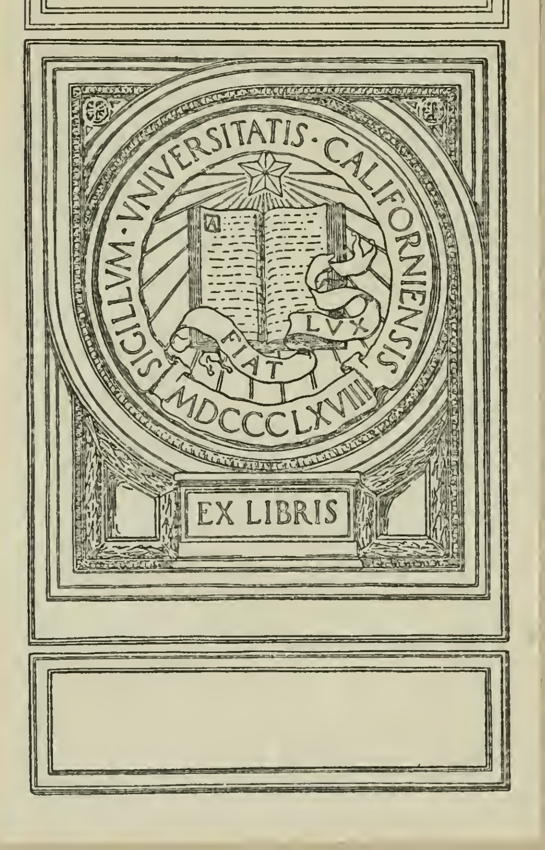
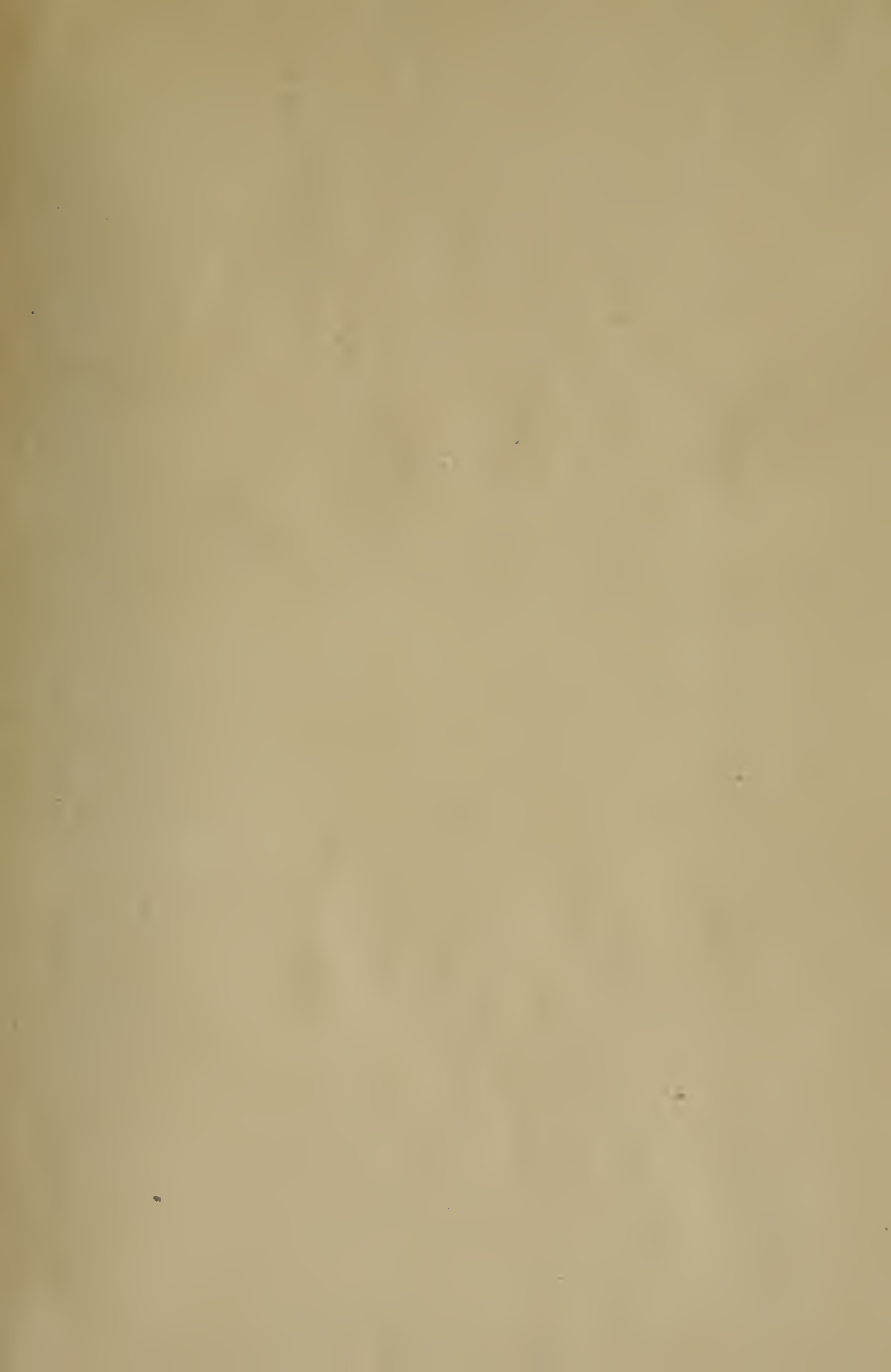

Heinrich Friedjung
Das
Zeitalter des
Imperialismus
1884–1914


SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
FIAT
LVX
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS









Das Zeitalter des Imperialismus
1884–1914

Dritter Band





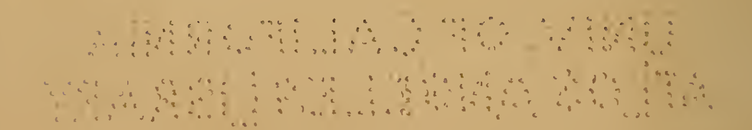
Heinrich Friedjung

Das Zeitalter des Imperialismus 1884–1914

Dritter Band

Elftes bis dreizehntes Tausend

Verlag Neufeld & Henius – Berlin
1922



Druck der Spamerschen Buchdruckerei in Leipzig

Inhaltsverzeichnis

XXIX

Frankreichs innere Zustände. Lösung der Marokkofrage

Die zwei Jahrzehnte vor dem Weltkriege brachten allen Ländern Europas eine nie dagewesene Blüte der Volkswirtschaft und im Vereine damit ein bis zum Trotze gesteigertes nationales Selbstgefühl. Der Überschuß an Kraft sprengte zuletzt den Rahmen friedlichen Wettbewerbes und führte die furchtbare Entladung des Weltkrieges herbei. Die während seines Verlaufs andauernde Hochspannung der Geister, die unerhörten Anstrengungen wären ohne die strotzende Gesundheit der kämpfenden Nationen nicht möglich gewesen. Jede von ihnen mutete sich das Äußerste an Blut- und Geldopfern zu und so rissen sie sich gegenseitig in das Verderben, aus dem Amerika allein Vorteil zog.

*

Frankreich als Republik

An dem vorhergehenden Aufschwung nahm, wenn auch nicht in demselben Maße wie Deutschland und Großbritannien, auch Frankreich teil. Nach 1871 mußte es sich erst von dem Sturze aus seinen politischen Himmeln erholen. Ebenso schmerzlich wie die Losreißung Elsaß-Lothringens war den Franzosen der Verlust der Vorherrschaft auf dem Festlande, die sie, bis zum Aufkommen Bismarcks, noch unter Napoleon III. innehatten. Der Ehrgeiz der Nation bäumte sich gegen die Schranken auf, welche Deutschland und Italien ihren Wünschen nach größerer Macht und nach der Rheingrenze entgegensetzten. Dazu kam der Zwist der Parteien, die bis zum Ende des Jahrhundertes herrschende Unsicherheit, ob die Zukunft der Republik oder aber der Monarchie gehöre. Während das Land wirtschaftlich aufs beste gedieh, ging die

politische Genesung nur langsam vor sich, unterbrochen von Rückfällen, so durch den, zahlreiche Abgeordnete und Minister bloßstellenden Panama-Skandal, so durch den Unsinn des Dreyfus-Prozesses.

Der Zweifel, ob sich Frankreich überhaupt von Grund aus erholen werde, war eine der Ursachen, weshalb Rußland unter Alexander II. und zeitweilig auch unter dessen Nachfolger eine nähere Verbindung mit der Republik vermied. Nicht bloß der Petersburger Hof dachte so, auch ein nachdenklicher Kopf wie Dostojewskij kam über die Verfallserscheinungen im französischen Volke nicht hinweg. Der große Schriftsteller war der Herold der tiefen religiösen Gesinnungen und der glühenden Zuversicht seines Volkes auf eine strahlende Zukunft. Die Hingabe an die Orthodoxie, dieses Erbstückes des alten Rußland, vermählte sich in seinem Geiste mit der Hoffnung auf Rußlands erhöhte Macht, auf die Gewinnung Konstantinopels; Erfolge, die aber zu benützen seien, um im Geiste Christi die gealterte Menschheit zu verjüngen. Dostojewskij liebte zwar Frankreich wegen all dessen, was es für die europäische Gesittung geleistet, aber er konnte sich weder für die vertriebenen Dynastien erwärmen, die seiner Meinung nach von der ihm verhaßten römischen Kurie gelenkt wurden, noch auch für die Republik, die halb seinen Spott, halb sein Bedauern erregte. Diese Auffassung geht durch die politischen Aufsätze des 1881 verstorbenen Dichters, aus denen eine Stelle herausgehoben sei[1]). Im Jahre 1877, als Marschall Mac Mahon zur Monarchie zurückstrebte, schrieb er über die Aussichten der Republik: „Nun sind es bald hundert Jahre, daß diese Einrichtung auf die Welt gekommen. Und seit dieser Zeit ist es immer geschehen — jetzt zum dritten Male —, daß, wenn gewandte Usurpatoren die Republik sozusagen konfiszierten, sich niemand erhob, sie ernstlich zu verteidigen, außer vielleicht irgendein kleines Häuflein Machtloser. Eine allgemeine starke Unterstützung der Republik von Seite des ganzen Volkes hat es noch nie gegeben!" Ähnlich urteilten in Europa alle diejenigen,

[1]) So in F. M. Dostojewskijs „Politische Schriften", die im 13. Bande der deutschen Übersetzung seiner sämtlichen Werke abgedruckt sind. Die Stelle steht S. 101; aber die Aufsätze S. 3—54 aus den Jahren 1873 bis 1881 sind in demselben Geiste geschrieben.

die an dem historisch Gewordenen festhielten. Aus einem andern Grunde sah Wilson in seinem 1889 erschienenen Buche „Vom Staate“ die französischen Verhältnisse in ungünstigem Lichte. Die in der Verwaltung viel verbreitete Korruption erfüllte ihn mit Besorgnis, so daß er vom Deutschen Reiche mit größerem Beifall sprach als von der französischen Republik.

Trotzdem setzte sich die Republik durch. Der wiederholte Wechsel der Regierungen, unter dem Frankreich bis 1870 gelitten hatte, nahm nicht etwa deshalb ein Ende, weil der Sinn des Volkes stetiger geworden war; der Grund liegt vielmehr darin, daß die republikanische Staatsform besser als die Monarchie der veränderten Schichtung der Gesellschaft entsprach.

Die Pfeiler der ehemaligen Ordnung der Dinge, der Adel und der Großgrundbesitz, waren zum Teil in der großen Revolution niedergeworfen worden oder vermorschten mit der Zeit, so daß sich eine starke monarchische Partei auf ihnen nicht aufbauen konnte. Es blieb für eine solche nur noch eine ragende Stütze, die katholische Kirche, auf welche die Anhänger des Königtums ihre letzte Hoffnung setzten; aber auch sie verlor mit der Zeit an treuen Bekennern. Die neuen Schichten dagegen hatten von einem Monarchen nichts Gutes zu erwarten; auch war die moderne Gesellschaft, wenngleich gespalten in Bürger und Arbeiter, in ihren Ideen über göttliche und menschliche Dinge auf naturwissenschaftlicher Grundlage einheitlicher geworden. Dazu kam der Drang nach bürgerlicher Gleichheit, der sich zeitweilig mächtiger erwies als der Gegensatz von Reich und Arm. Halb im Scherz, halb im Ernst hat man in Frankreich deshalb von der „heiligen Gleichheit“ gesprochen; sie hindert den Kapitalisten nicht am Genuß seines Vermögens, dem Arbeiter wieder eröffnet sie die Aussicht auf eine gerechtere Verteilung der Güter. So wuchs die französische Demokratie zusammen und hätte einen Alleinherrscher nicht mehr ertragen.

*

Herrschaft des linksrepublikanischen Blocks 1899 bis 1907

Noch einmal rafften sich während des Dreyfus-Prozesses die Schleppträger der Monarchie und der Kirche zu einer starken Anstrengung auf und bedienten sich zur Werbung unter den Massen des Judenhasses und der aufgepeitschten nationalen Leidenschaft. Gegen sie vereinigten sich die Anhänger der Ideen der Revolution von 1789 zu einem Bunde, der bald von der Verteidigung zur Erringung der Macht überging. Der 1899 gebildete republikanische Block zeigte, was der Demokratie an treibender und verjüngender Kraft innewohnt und was sie darin doch wieder schuldig bleibt. Der Block — diese Namenstaufe ging von Clemenceau aus — bestand aus drei Gruppen: an Zahl die kleinste war der linksstehende Teil des besitzenden Bürgertums, der unter Führung Waldeck-Rousseaus stand; den Kern bildete die radikale Partei, welche, mit Clemenceau als stärkster Persönlichkeit, die große Masse der Kleinbürger bis in den Mittelstand hinein um sich scharte; endlich die von Jaurès glanzvoll geleitete Arbeiterpartei. Dieser Bund regierte Frankreich von 1899 bis 1907; er ist für die Sozialgeschichte Europas deshalb von Bedeutung, weil damals zum ersten Male die Sozialdemokratie eines Landes sich zur Unterstützung von bürgerlichen Ministerien bereit fand, wenn sie auch, um ihren Grundsätzen treu zu bleiben, nicht selbst in die Regierung eintrat. Nicht, daß der Klassenkampf vollständig geruht hätte; Hauptsache aber war damals für Jaurès und seine Freunde die Verteidigung der Republik.

Naturgemäß richtete die radikale Linke die Wucht des Angriffes gegen die als letzte aus der Vergangenheit in die Gegenwart hineinragende Gewalt, gegen die katholische Kirche, die allein ihr noch gefährlich werden konnte. Kirchen- und Schulwesen wurden von Grund aus umgestaltet, eine Reform, die in das Leben der Nation tief einschnitt.

Der erste Schlag traf das Klosterwesen; unter dem Ministerium Waldeck-Rousseau wurden die vom Staate nicht autorisierten Orden aufgelöst, unter dem darauf folgenden Kabinett Combes (1902—1905) auch alle anderen bisher vom Gesetz geschützten geistlichen Gemeinschaften; ihr gesamtes Eigentum ward eingezogen und Bildungs- oder Wohltätigkeitszwecken zugewendet. Darauf folgte durch das Gesetz vom 7. Juli 1904 die Ausschließung der katholischen Geistlichkeit vom Schulwesen; demgemäß durfte keine Person Unterricht erteilen, die das Gelübde der Ehelosigkeit und des Gehorsams gegen die Oberen abgelegt hatte. Zum Ersatze für die aufgelösten klerikalen Volksschulen gründete der Staat zu seinen bisherigen noch tausende neuer Unterrichtsanstalten, aus denen allen nach den 1886 festgelegten Bestimmungen der Religionsunterricht verbannt war. Den Abschluß bildete das Gesetz über die Trennung des Staates von der Kirche vom 9. Dezember 1905. Alle Beiträge des Staates für Kultuszwecke wurden aus seinem Budget gestrichen. Hand in Hand damit ging die Einziehung alles Kirchengutes, wobei ein Unterschied gemacht wurde zwischen den Gotteshäusern auf der einen, den anderen Gebäuden, Grundstücken und dem beweglichen Vermögen auf der anderen Seite. Die ersteren blieben den Kultusgemeinden überlassen, deren Bildung das Gesetz regelte; die letzteren wurden zwischen dem Staate, den Departements und den Gemeinden verteilt, jedoch nicht zu beliebigen öffentlichen Zwecken, sondern bloß für Armenpflege und Wohltätigkeitsanstalten. Da der Staat den Bischöfen und deren Seelsorgern keine Gehälter mehr zahlte, so verzichtete er dafür auch auf jedweden Einfluß bei der Bestellung der hohen und niederen Geistlichkeit. Somit verfügte fortan der unfehlbare Papst allein über die Einsetzung der Bischöfe und durch diese auch über die der anderen Geistlichen. Das aber führte zu Verhältnissen, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Während die französische Kirche die Kosten des Kampfes zahlte und finanziell schwer getroffen wurde, teilten sich der Staat und die römische Kurie stillschweigend in das Erbe. Die Republik zog alles geistliche Gut an sich und ebenso die ausschließliche Besorgung des Schulwesens; der Papst

gewann die unbeschränkte Gewalt über den hohen und den niederen Klerus. Es gehört zu den Rätselfragen der politischen Zukunft Frankreichs, welche der beiden Gewalten sich eines größeren Machtzuwachses erfreuen wird.

Gegen den Bruch mit der Vergangenheit erhob sich eine Opposition, die nicht bloß aus den Klerikalen, aus den Anhängern der Monarchie und den Nationalisten, sondern auch aus dem konservativen Teile der Republikaner bestand. Viele Freunde der bestehenden Staatsform wollten dem religiösen Erbe der Vergangenheit nicht ganz entsagen und zu ihnen gehörte der größere Teil des wohlhabenden Bürgertums. Diese Gruppe wählte den Parteinamen der Progressisten und befand sich bei den Abstimmungen über die Kirchenpolitik in einer gemischten Gesellschaft; denn sie umschloß die Vertreter des Industrie- und des Finanzkapitals, wie Méline und Ribot, stand jedoch zusammen mit den Nationalisten, die, unter Führung Deroulèdes, auch die reizbaren Patrioten und allerhand wüste Elemente um sich scharten, mit denen sie bis etwa 1906 in Paris die Straße beherrschten. Hier behaupteten sie, da die organisierten Arbeiter tagsüber in den Werkstätten beschäftigt waren, in argen Tumulten oft das Feld.

Es war keineswegs eine imposante Mehrheit im Volke, die für die Kirchenpolitik der Freidenker und überhaupt für die radikale Umformung des Staates eingenommen war. Selbst Emil Loubet, Präsident der Republik von 1899 bis 1906, ging bei der Trennung der Kirche vom Staat nur zögernd mit, die erst von seinem Nachfolger Armand Fallières (1906—1913) nach Kräften gefördert wurde. Lange schwankte die Wage, noch bei den Wahlen von 1906, die den Sieg der linksrepublikanischen Parteien entschieden, erklärten sich 3 690 000 Wähler für die Opposition, also eine stattliche Zahl neben den 5 070 000 für die Mehrheit abgegebenen Stimmen. Die Radikalen waren die stärkste Partei im Lande, und demgemäß waren alle Ministerpräsidenten von 1902 bis 1912 ihren Reihen entnommen: Combes, Rouvier, Sarrien, Clemenceau, Briand, Monis, Caillaux.

Tiefgreifend war auch der Einfluß des radikalen Blocks auf die

Armee. Bis dahin brachten im Offizierskorps mit Vorliebe die monarchisch und gut katholisch gesinnten Familien ihre Söhne unter; hier herrschten noch viele Überlieferungen des alten Frankreich; im Generalstabe konnte sich überhaupt nur behaupten, wer mit den Klerikalen zusammenhielt, zumal als der kluge Jesuitenpater Le Père während des Dreyfushandels hier seine Fäden zog. Um dies abzustellen, ging General André, Kriegsminister in den Kabinetten Combes und Rouvier, mit der größten Härte vor. Ein Fanatiker der gleichmachenden Demokratie, verfolgte er die Männer anderer Gesinnung in der Armee; jeder Offizier, der regelmäßig den Gottesdienst besuchte, war, wenn er auch seine militärische Pflicht tat, dem Minister von vornherein verdächtig. Er nahm die geheimen Berichte und Anzeigen der Freimaurer beim Befördern und Zurücksetzen der Offiziere zur Grundlage: der Einfluß der Logen ersetzte den der geistlichen Orden. Allmählich häufte sich so viel Unwille gegen André auf, daß die Regierung ihn schließlich fallen ließ. Aber nur die Methode änderte sich, nicht das Ziel. Sowohl die bürgerlichen Kriegsminister, wie auch General Picquart, der das Amt unter Clemenceau bekleidete (1906—1909) — er war, von der Unschuld des Hauptmanns Dreyfus überzeugt, mannhaft für ihn eingestanden und deshalb seinerzeit aus dem Generalstabe gestoßen worden —, ließen den neuen Geist durch die Armee fluten, ohne jedoch die Andersdenkenden zu verfolgen. Das Wehrgesetz von 1905 trug das seinige zur Demokratisierung der Armee bei. Die Dauer der Dienstpflicht wurde von drei auf zwei Jahre herabgesetzt und gleichzeitig alle bisher geltenden Begünstigungen abgeschafft. Das Vorrecht des Einjährig-Freiwilligendienstes für die studierende Jugend hörte auf, die Priester und Kleriker aller Bekenntnisse wurden gleich den anderen Staatsbürgern zum Waffendienste herangezogen. Mit der allgemeinen Gleichmachung ging die größte Sorgfalt für die Armee Hand in Hand. Alle verlangten Gelder wurden vom Parlamente ohne Zögern bewilligt; zwischen den verschiedenen Waffengattungen herrschte reger Wetteifer; sichtbar hob sich die Ausbildung der Offiziere, besonders im Generalstabe. Dagegen litt die Mannszucht, welche die demokratischen Regie-

rungen nicht mit der gehörigen Strenge zu fordern wagten; dies wie die Vernachlässigung der Flotte gehörten zu den Schattenseiten des Systems.

Demokratisierung war auch die Losung in der Beamtenschaft, die sich, wie alle anderen Berufe, in Gewerkschaften zusammenzuschließen begann. Zuletzt erstreckte sie sich auch auf die Diplomatie. Die Sprossen des alten Adels traten aus dem Dienste, so die Marquis von Noailles und Reverseaux, die Botschafter in Berlin und Wien; dagegen rückten Familienangehörige der radikalen Abgeordneten vor; die Enkel zweier Mitglieder des Konvents, die für die Hinrichtung Ludwigs XVI. gestimmt hatten, Barrère und die Brüder Cambon, bekleideten die wichtigsten diplomatischen Posten. Diese drei Männer füllten ihren Platz vollständig aus; im allgemeinen aber änderten sich im Nutzgenusse der Günstlingswirtschaft nur die Personen. Die schmähliche Stellenjagd der Abgeordneten zugunsten ihrer Verwandten und Freunde erregte Erbitterung und bot den Lustspieldichtern, Satirikern und Moralisten unerschöpflichen Stoff. Viele Abgeordnete benutzten das Mandat, um sich zu bereichern; in der Verwaltung waren Günstlingswesen und Bestechlichkeit unausrottbar. Ein Vergleich mit dem lauteren Charakter und der Gewissenhaftigkeit des deutschen Beamtentums konnte im Ernst nicht gewagt werden; Nationalfehler und Nationalvorzüge bleiben sich unter wechselnden Staatsformen gleich.

*

Soziale Kämpfe 1906 bis 1909

Der linksrepublikanische Block trug den Keim der Zersetzung in sich. Auf die Dauer konnten Männer des Großkapitals nicht mit Sozialisten, die Fürsprecher der Welt- und Kolonialpolitik nicht mit den Pazifisten zusammenarbeiten. Auch hielt nach Erreichung der großen Ziele der Kirchen- und der Armeepolitik der Kitt nicht mehr, mit dem die bürgerlichen und die sozialistischen Demokraten aneinander gekettet waren. Die

Selbstsucht der besitzenden Klassen tat das ihrige, um die Trennung zu beschleunigen. Sie zeigte sich schon darin, daß der Entwurf des Gesetzes zur Einführung der Einkommensteuer im Senat abgelehnt wurde; das bewegliche Kapital entzog sich seiner Pflicht gegen den Staat fast vollständig. Ebenso weit blieb die französische Republik hinter Deutschland in der sozialen Gesetzgebung, besonders in der Sorge für den alten und invaliden Arbeiter, zurück. Erst 1905 wurde ein Bettel hingeworfen, indem den mehr als 70jährigen Arbeitern ein Rentengehalt zugesprochen wurde. Die Eisenbahnangestellten konnten erst 1907 durch einen gefährlichen Ausstand die Zahlung von Pensionen durchsetzen, die auf den Linien der Privatgesellschaften bis dahin nur gnadenweise zugebilligt worden waren. Es lag viel Wahres in dem Spotte des Sozialistenführers Guesde über den Block der Linken: die regierenden Schichten hätten sich mit den Proletariern verbündet, um sie zu entwaffnen. Jaurès wurde in seiner Partei von den Unversöhnlichen hart angefochten, die meinten, die Arbeiter täten Unrecht, sich als Mauerbrecher für die Kirchenpolitik gebrauchen zu lassen, der ganze Streit gehe nur die bürgerlichen Schichten an, die die Sache unter sich abmachen sollten.

Im Jahre 1907 brach der linksrepublikanische Block auseinander, wozu die großen, damals ausgebrochenen Ausstände den Anstoß gaben. Es streikten zuerst die Arbeiter in den Bergwerken, vom 7. März 1907 an die in den Elektrizitätswerken der Stadt Paris, so daß die meisten Theater und viele Geschäfte geschlossen werden mußten; die Postbeamten versagten den Dienst, bis ein mißliebiger hoher Beamter entfernt war; und so setzte sich die Reihe weiter fort. Die Unruhen griffen derart um sich, daß das Ministerium Clemenceau die strengsten Maßregeln ergreifen mußte. Da hielt Jaurès dem Ministerpräsidenten vor, daß er von den früheren Regierungen stets verlangt habe, sie hätten sich bei den Zusammenstößen von Kapital und Arbeit neutral zu verhalten, nun aber biete er gegen die Streikenden Waffengewalt auf. Eine neue Verlegenheit erwuchs aus der großen Bewegung unter den Weinbauern Frankreichs, die unter wiederholten Mißernten litten; in Kundgebungen, — anfangs von Zehntausenden, im Juni 1907

von Hunderttausenden — forderten sie Staatshilfe und drohten mit gewaltsamer Erhebung, wenn sie nicht gewährt werde.

Eine Zeit hindurch schien es, daß die Führung der Sozialistenpartei der parlamentarischen Fraktion entgleiten und auf die wildesten Elemente übergehen werde. Diese hatten ihren Sitz in den Gewerkvereinen, den Syndikaten, die weiterstürmen wollten als die geschulten Politiker der Partei. Das war die Kehrseite der Zustände in Deutschland und in England, wo die Gewerkvereine immer mäßigend eingewirkt haben. Dies hing mit der Rückständigkeit der französischen Arbeiter und tiefer noch mit der geringeren Opferwilligkeit der Genossen zusammen. Die 66 französischen Syndikate zählten damals zusammengenommen 500000 Mitglieder, aber diese entrichteten an Jahresbeiträgen bloß 2 Francs 76 Centimes, so daß die Verbände jährlich nur über 1 380 000 Francs verfügten. Ganz anders jenseits des Rheins. Hier betrug der Jahreszuschuß jedes Arbeiters durchschnittlich 32 Francs 60 Centimes, so daß die Generalkommission der Gewerkvereine Deutschlands 1911 einen regelmäßigen Haushalt von nicht weniger als 60 Millionen Francs zu überwachen hatte. Noch stärker besteuerten sich die großen englischen Verbände, in denen jedes Mitglied schon 1907 jährlich 42,6 Francs entrichtete. Der französische Arbeiter war in jedem Augenblicke bereit, für die Sache der Kameraden in den Kerker zu gehen und selbst auf die Barrikaden zu steigen, aber er knöpfte die Taschen zu, wenn es galt, in die Streikkassen und für andere Zwecke regelmäßig und pünktlich einzuzahlen.

Daraus ergab sich, daß die deutschen und die englischen Gewerkschaften, um nicht die ansehnlichen Geldmittel unüberlegt aufs Spiel zu setzen, nur überlegte Streiks ins Werk setzten, sie aber dann lange und zähe durchfechten konnten, während in den französischen Syndikaten die Hitzköpfe das große Wort führten und der Stoßtaktik den Vorzug gaben. Man nannte die von ihnen empfohlene Methode die syndikalistische; sie hat Frankreich zwischen 1907 und 1909 mit revolutionären Ausbrüchen bedroht. Der Syndikalismus arbeitete nicht auf eine neue Parteibildung hin, sondern war vielmehr eine Strömung unter den Sozialisten,

um die bisherigen Führer und besonders die Massen mit fortzureißen. Allen Parlamentarismus geringschätzend, forderten die Männer der Tat das unmittelbare Eingreifen der Syndikate, vor allem den Generalstreik, um die bestehende soziale Ordnung durch einen gewaltigen Schlag über den Haufen zu werfen. Es wäre, so entwickelte der Theoretiker unter ihnen, Sorel, ein großer Irrtum von Marx gewesen, zu glauben, daß, sobald sich das Kapital zusammengeballt hätte und die Mittelschichten völlig proletarisiert sein würden, von selbst der Tag kommen werde, an dem die Massen sich ohne Anstrengung in den Besitz sämtlicher Arbeitswerkzeuge setzen könnten. Es verhalte sich umgekehrt; nie hätte sich in der Geschichte etwas Großes automatisch vollzogen, immer mußten Begeisterung und heldenhafter Opfertod das Beste tun. Zu solchen Taten und Leiden riefen die Syndikalisten auf, wobei sie erklärten, es sei gleichgültig, ob die Mehrheit oder ob auch nur die Minderheit der Arbeiter sich zum unmittelbaren Handeln entschlösse; das Spiel mit den Grundsätzen der Demokratie führe nicht zum Ziele; den an Willen und Geist Höchststehenden gebühre die Führung. All dies klingt vielfach an die späteren Lehren der Bolschewiken an, von denen 1907 mancher in Paris weilte und von den Syndikalisten Anregungen erfuhr. In Frankreich selbst rauschte die Bewegung zwischen 1907 und 1909 hoch auf, um dann von selbst zusammenzusinken, worauf Jaurès, der vor Übertreibungen gewarnt hatte, die marxistische Taktik wieder zu Ehren brachte.

Zunächst aber stieg für die bürgerliche Gesellschaft die Gefahr, weil die Funken auch in die Armee hinübersprühten. Solange das Heer der Regierung gehorchte, war der Bestand der bestehenden Staatsordnung verbürgt. Dies bedenkend, ließ der Arbeiterbund der Syndikalisten in mehr als 100 000 Abdrücken eine Flugschrift unter den Soldaten verbreiten, in der sie zum Ungehorsam und zur Desertion aufgefordert wurden. Damit wurde zuerst in den Weinbaugebieten ein Erfolg erzielt, so zwar, daß die zur Bewältigung der Unruhen aufgebotenen Soldaten der Landschaft sich weigerten, gegen ihre Brüder und Kameraden loszugehen. Am 9. Juni 1907 meuterte in Narbonne das

100. Regiment, es folgte zu Montpellier das 122., hierauf das 12. und das 17. Regiment. Die Lockerung der Disziplin ließ es zweifelhaft erscheinen, ob Frankreich selbst gegen das Ausland noch über seine Armee verfügen könne[1]).

In diesen Schwierigkeiten entfaltete Clemenceau seine ganze Energie. Gegen den Ausstand der Eisenbahner griff er zu dem Mittel, sie zum Waffendienst einzuberufen, so daß sie unter Kriegsrecht standen und zum Gehorsam gebracht wurden. Es gelang auch, der Unruhen überall Herr zu werden; aber Clemenceaus hitziges Temperament und seine Rücksichtslosigkeit rissen ihn zu Ausfällen gegen die Sozialisten hin, durch welche sich deren Erbitterung steigerte; unaufhörlich standen er und Jaurès sich auf der Tribüne der Kammer gegenüber. Oft hatte Clemenceau im politischen Leben wie Sprengpulver gewirkt, und so ging diesmal der Block der Linken für immer in Trümmer. Um so mehr zollten die besitzenden Klassen dem schneidigen Ministerpräsidenten Anerkennung, der aus einem Manne schonungsloser Kritik der Mann der Ordnung und der Faust geworden war. Aber er nützte sich in diesen Kämpfen ab und trat nach einem wüsten Wortgefechte mit Delcassé am 20. Juli 1909 aus dem Amte. Aristide Briand, der ihm folgte, trat in seine Fußstapfen, obwohl er seine Laufbahn als Sozialist begonnen hatte. Als er im Jahre 1910 einen Eisenbahnerstreik durch die Einberufung der Teilnehmer zum Waffendienste niederwarf, hielt ihm einer seiner ehemaligen Genossen vor, er habe sich seinerzeit für seine den Generalstreik empfehlenden Vorträge aus der Kasse der Arbeiter bezahlen lassen. Briand stellte die Tatsache in Abrede; darauf wurde der Kammer ein mächtiges Plakat vorgelegt, in welchem mit Riesenlettern eine Rede Briands abgedruckt war, die zum Generalstreike aufforderte; auch wurde bezeugt, daß er zu jener Zeit die Soldaten zum Ungehorsam aufgefordert hatte. Das waren vergangene Zeiten; jetzt kündigte er (29. Oktober 1910) den Männern der Revolution an, daß er, wenn bei einer drohenden Gefahr die Gesetze nicht zum Schutze

[1]) Diese Befürchtungen sind in der Schrift des Majors Driant: „Vers un nouveau Sedan“, Paris 1907, ausgesprochen.

des Vaterlandes ausreichen sollten, auch vor ungesetzlichen Mitteln nicht zurückscheuen würde. Darauf brach ein Sturm los; der Sozialist Colly wurde von seinen Freunden nur mit Mühe zurückgehalten, sich auf ihn zu stürzen, und schrie wie ein Rasender: „Laßt mich den Diktator erwürgen!“ Die bürgerliche Mehrheit der Kammer aber stand zu Briand, und er erhielt am nächsten Tage mit 388 gegen 94 Stimmen ein Vertrauensvotum. Das Gebäude der Gesellschaft zeigte Risse, aber es hielt dem Sturme stand, und nach dreijährigen Aufregungen beruhigten sich die Gemüter. Mit aller Schärfe ging die Regierung gegen die das Heer zersetzenden antimilitaristischen Treibereien vor. Gustave Hervé, der den Patriotismus für eine Narrheit und soldatische Mannszucht als Knechtschaft hinstellte, wurde 1910 zu vierjährigem Gefängnisse verurteilt. Im Kerker kam der heißblütige Mann auf andere Gedanken, sagte sich nach seiner Entlassung 1912 von seinen Genossen los, wurde ein braver Patriot und im Kriege sogar ein Eisenfresser. Eine verwandte Entwicklung machte Sorel durch, der dem Syndikalismus ein System an den Leib geschnitten hatte. Er verbiß sich so hartnäckig in die Gegnerschaft wider das parlamentarische Getriebe und gegen die rechtgläubige marxistische Lehre, daß er zuletzt in das Lager des Königtums einschwenkte. Das Hauptblatt der Legitimisten aber, „L'action française“, predigte mit Feuereifer, Frankreich habe die schönste Blüte unter den Königen erlebt, damals Europa beherrscht; nur nach deren Wiederkehr werde es sich von seinem Falle erholen, die Deutschen besiegen und Elsaß-Lothringen zurückerobern. Lebensläufe wie die Hervés und Sorels, noch mehr aber das Abflauen der inneren Kämpfe sind hauptsächlich auf die steigende Bedeutung der äußeren Politik für das Leben der Nation zurückzuführen, auf die Gewalt, die der Gedanke des Vergeltungskrieges immer stärker auf die Gemüter übte. Dem gegenüber versank alles übrige zwar nicht unterhalb der Schwelle des Bewußtseins, wohl aber hinter dem Entschlusse zum Handeln.

*

Das Verhältnis zu Deutschland

Niemals hatte in Frankreich der mit Elsaß-Lothringen getriebene Heiligenkultus aufgehört. In der großen von Lavisse und Rambaud herausgegebenen Weltgeschichte sind die Ereignisse nach 1871 von Malet behandelt, der — seine Arbeit erschien 1901 — den Deutschen den nahenden Krieg mit den Worten ankündigte: „In Frankfurt am Main ist ein Waffenstillstand unterzeichnet worden, aber keineswegs der Friede", und noch deutlicher mit den Worten: „Selbst wenn Frankreich den Schrei seiner Eigenliebe unterdrücken und sich mit der Niederlage abfinden konnte, so kann es doch ihre Konsequenzen nicht hinnehmen, weil das Recht der Selbstbestimmung der Elsaß-Lothringer verletzt und seine Sicherheit durch die Verschiebung der Grenze bedroht ist. Wenn es sich nicht für die Revanche schlägt, muß es für die Grenze kämpfen." Nicht einen Augenblick in den Jahren 1871 bis 1914 konnten die Deutschen des Lebens froh werden, immer mußten sie sich auf den Losbruch im Westen gefaßt machen. „Es wurde in Frankreich zum System," schrieb 1919 ein Kenner der europäischen Verhältnisse, „Deutschland wie den Stier in der Arena zu reizen, zu triumphieren, wenn es ruhig blieb und über Brutalität und Bedrohung zu klagen, wenn es zurückschlug"[1]).

Indessen sind in den Verhältnissen der zwei Nachbarvölker deutlich zwei Abschnitte zu unterscheiden, der vor und der nach dem ungeschriebenen Bündnisse Frankreichs mit Großbritannien 1904. Bis dahin war der Eroberungsgedanke der Traum der Nächte der Franzosen, die Forderungen des Tages nötigten sie zum friedlichen Zusammenleben. Gegen das Ende des 19. Jahrhunderts stellte sich ein erträgliches Verhältnis ein, zumal als England der Republik in der Faschoda-Angelegenheit eine schmähliche Niederlage bereitete. Vorher war schon Hanotaux als Minister des Äußeren in Kolonialfragen mehrfach zu einem Ver-

[1]) Berthold Molden, „Die Politik der Besiegten", Wien 1919, S. 26.

ständnisse mit dem Berliner Kabinett gelangt. Waldeck-Rousseau besuchte nach Niederlegung seines Amtes die deutsche Reichshauptstadt, ohne daß ihm dies von seinen Landsleuten verargt wurde. Daß Präsident Loubet 1904 die deutsche Regierung wissen ließ, er habe nichts dagegen, auf seiner Reise nach Italien mit Kaiser Wilhelm II. zusammenzutreffen, war ein noch deutlicheres Zeichen der Zeit.

Dann kam die Verständigung der französischen und englischen Regierung, April 1904, und damit erwachte der Vergeltungsgedanke mit neuer Kraft. Daß Delcassé seine Tätigkeit als Minister des Äußeren von vornherein auf ein Bündnis mit Großbritannien eingestellt habe, ist falsch; war er doch während des Burenkrieges zum Vorgehen gegen England bereit, gemeinsam mit Rußland und Deutschland. Was er innerlich gefühlt haben mochte, ist eine Sache für sich. Vertreter des Rachekrieges mit Deutschland wurde er erst seit seinem nahen Verkehr mit Eduard VII. So oft Frankreich seit 1904 mit der deutschen Regierung in Händel verwickelt war, kam von London her die in eine feste Formel geprägte Botschaft, die Flotte Britanniens, daneben sechs Divisionen Infanterie und eine Division Kavallerie, ständen zu seiner Unterstützung bereit. So 1905 und 1906, wie bereits erzählt wurde, so bei späteren Gelegenheiten. Anfangs war die Aussicht nicht verlockend, wenngleich Delcassé ihr erlag; denn so lange Rußland nicht im Osten gegen Deutschland aufmarschieren konnte, ging Frankreich trotz englischer Hilfe einer sicheren Niederlage entgegen. Das wußte Rouvier und ließ deshalb seinen Kollegen fallen. Clemenceau hielt sich auf derselben Linie. Dieser temperamentvollste aller französischen Staatsmänner wollte die Brücke zu Deutschland nicht abbrechen; er besuchte sogar 1906 nach einer Karlsbader Kur vorübergehend Berlin. Vergebens wollte ihn Eduard VII. 1908 bei der Zusammenkunft in Marienbad in seine Netze ziehen, Clemenceau wich aus, und machte aus seinem Mißtrauen gegen die Absichten des Königs auch Nichtfranzosen gegenüber kein Hehl. Damals war Rußland noch ungerüstet, außerdem seine Politik von Iswolskij so kläglich geführt, daß Europa sich über ihn belustigte. Der Fall des Ministeriums Clemenceau war von Um-

ständen begleitet, die auf seine damalige Auffassung helles Licht werfen. Zwischen ihm und Delcassé herrschte aus nicht aufgehellten Gründen glühender persönlicher Haß, der losbrach, als der letztere im Namen des Marineausschusses die schweren Schäden der Flotte zur Sprache brachte. Die zwei Männer überhäuften sich mit Vorwürfen. Clemenceau, der alle Selbstbeherrschung verlor, warf seinem Gegner dessen Fehler in der Marokkopolitik vor, durch die Frankreich fast in einen Krieg verwickelt und zuletzt zum Rückzuge genötigt worden sei. Die Kammer hörte schon unruhig zu, da der Ministerpräsident alles Maß überschritt und von den Ereignissen des Jahres 1905 als von einer Niederlage des Reiches sprach. Als er gar in den Ruf ausbrach: „Ich habe Frankreich nicht gedemütigt wie Sie", empfand die Versammlung dies als Beleidigung Frankreichs und versagte Clemenceau, dessen Stellung bereits erschüttert war, das verlangte Vertrauensvotum, so daß er am 20. Juli 1909 zurücktrat. Clemenceau hatte oft parlamentarische Siege erfochten, ohne das Recht auf seiner Seite zu haben, jetzt stürzte er, weil er im Zorne der Wahrheit die Ehre gab.

Es wäre ein Wunder gewesen, wenn Frankreich, mit dem Stachel von 1870 im Herzen, nicht durch die ihm wiederholt von England angebotene Hilfe zu Rachplänen gereizt worden wäre. Die Ungeschicklichkeit der deutschen Politik tat das ihrige, da sie die von Rouvier gebotene Möglichkeit der Teilung Marokkos in den Wind schlug und damit die Fortdauer des bis 1904 bestehenden nachbarlichen, wenn auch kühlen Verhältnisses verhinderte. So gewann Elsaß-Lothringen wieder den früheren breiten Raum in den Berechnungen der französischen Patrioten. General Boulanger, der mit Bismarck hatte anbinden wollen, war ein Abenteurer, Deroulède, der den Mantel des nationalen Propheten trug, ein begabter Dichter, aber ein politischer Phantast; Delcassé aber und Poincaré, der im Jahre 1906 durch einige Monate zum erstenmal einen Ministerposten bekleidete, konnten mit der geänderten Lage Europas rechnen.

*

Die Franzosen bemächtigen sich Marokkos

So kam es, daß auch in der Marokko-Angelegenheit alle 1909 und 1910 unternommenen Versuche eines Ausgleiches der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Frankreichs scheiterten; das Hindernis lag nicht bei den Regierungen, die hüben wie drüben zu einem Ausgleiche bereit waren, sondern an der gereizten öffentlichen Meinung, an der Eifersucht der französischen Kolonialpartei wie an den hochgespannten Ansprüchen der Alldeutschen.

Das zeigte sich deutlich, als die beiden Kabinette an die Ausführung des am 9. Februar 1909 geschlossenen Vertrages gingen. Diese Vorgänge sind durch den Verlauf der Dinge unwichtig geworden, dennoch können sie nicht übergangen werden, da sich in ihnen das Grollen des aufziehenden Sturmes ankündigte. In jener Abmachung war versucht worden, zwischen dem politischen Einflusse auf das scherifische Kaiserreich und dessen wirtschaftlicher Durchdringung einen Unterschied zu machen. In ersterem Belang wurde das Übergewicht Frankreich zuerkannt, wogegen den Deutschen wirtschaftlich das gleiche Recht eingeräumt ward. Im Anschlusse daran tauschten Staatssekretär Schoen und Botschafter Jules Cambon Briefe aus, in denen sich die zwei Kabinette verpflichteten, das wirtschaftliche Zusammenarbeiten ihrer Staatsangehörigen in Marokko zu fördern. Das klang recht schön, und tatsächlich hielten beide Regierungen ihre Zusage, auch Clemenceau und Briand, in deren Kabinetten Stéphen Pichon die auswärtigen Angelegenheiten leitete. Es wiederholte sich aber immer dasselbe Schauspiel: so oft von oben herab eine Verständigung angebahnt war, bliesen dies- wie jenseits des Rheins die nationalistischen Zeitungen Sturm und klagten über die Preisgabe des öffentlichen Wohles; fast niemals gelang es, die zwei Gruppen von Kapitalisten zusammenzuspannen. So bei der Regelung der marokkanischen Staatsschuld, beim Baue von Eisenbahnen wie bei den Lieferungen für den Staat. Am bezeichnendsten war der Vorgang, als die

zwei Regierungen den Grenzstreit zwischen Kamerun und dem französischen Kongo schlichten wollten. Zu diesem Behufe wäre ein Ausgleich zwischen der französischen N'Goko-Sanga-Kompanie und der entsprechenden deutschen Gesellschaft notwendig gewesen, in der Art, daß man die zwei Unternehmungen zusammenlegte. Briand war bereit, zur Abfindung der französischen Gesellschaft etwas über zwei Millionen Francs aus dem Staatsschatze beizutragen, um so mehr als der einflußreiche Redakteur des „Temps", Tardieu, an dem Geschäft beteiligt war[1]). Als aber die Sache ins Parlament kam, ging alles in Brüche; die Gegner der Regierung und Tardieus hintertrieben die Bewilligung. Am erbittertsten wogte der Streit um die marokkanischen Bergwerke, an denen die Brüder Mannesmann beteiligt waren. Sie hatten vom Sultan eine Bestellung erhalten, die aber von der französischen „Union des Mines" angefochten wurde. Die Alldeutschen schäumten vor Entrüstung über die deutsche Regierung, weil sie wegen der Brüder Mannesmann nicht dreinschlagen wollte. Das Berliner Kabinett gab sich große Mühe, um die zwei Unternehmungen zu bestimmen, sich zur Ausbeutung zu verbinden; diese aber konnten sich nicht über ihren Anteil einigen. Überall klaffte der Zwiespalt.

Die rasch aufeinander folgenden radikalen Ministerien konnten sich dem Drängen der öffentlichen Meinung nicht entziehen, um so weniger als die europäische Lage durch die immer enger werdende Einkreisung Mitteleuropas für Frankreich stets günstiger wurde. Marokko sollte endlich französisch werden, ob die Deutschen einverstanden waren oder nicht. Die Ungeduld der Franzosen war erklärlich, denn sie hatten die Ernte aus dem Einvernehmen mit England noch nicht eingeheimst, während dieses sich des ungestörten Besitzes von Ägypten erfreute. Man

[1]) Der finanzielle Vorteil Tardieus an einem Ausgleiche war der Grund, weshalb sich der „Temps" damals einer friedsamen Haltung Deutschland gegenüber befliß. Diese Vermengung persönlicher und öffentlicher Interessen veranlaßte einen Teil der Presse zu heftigen Angriffen auf ihn. Darüber ist der Aufsatz von F. Challaye in der „Revue politique et parlementaire" vom 10. September 1911 zu vergleichen. Deshalb nehmen in Tardieus Buche: „Le mystère d'Agadir", Paris 1912, die Angelegenheiten der N'Goko-Sanga-Kompagnie einen breiten Raum ein.

rechnete den Briten auch die anderen Vorteile nach, die sich ihnen aus der Verständigung mit Frankreich ergeben hatten. Der frühere Minister des Äußeren, Hanotaux, ließ sich darüber folgendermaßen vernehmen: „Sollte der Hauptteil Marokkos nicht der Republik zufallen, so wäre sie des einzigen mageren Gewinnes beraubt, für den sie Ägypten, Neufundland, Tripolis, den Kongo und den spanischen Anteil Marokkos hingegeben hat. Wenn dies das Ergebnis der Politik von 1902 und 1904 ist, dann ist diese Politik gerichtet“[1]). Darüber waren alle bürgerlichen Parteien einig, und auch von den Sozialisten war eine andere als grundsätzliche Verwahrung gegen imperialistische Unternehmungen nicht zu besorgen. Nur mit dem Widerspruche Deutschlands mußte gerechnet werden. Dessen Regierung war zu einer endgiltigen Regelung im französischen Sinne bereit, erwartete aber irgendeine Entschädigung für ihren Verzicht. Das Natürliche wäre gewesen, wenn das Pariser Kabinett sich mit ihr ins Einvernehmen gesetzt hätte. Dieses vertraute jedoch auf das Bündnis mit Rußland, noch mehr auf die sichere Hilfe Englands und schob Deutschland geringschätzig beiseite. Das war es, was schon Jaurès und ebenso Lord Rosebery 1904 an dem damaligen Vorgehen Delcassés getadelt hatten. Seither war Frankreichs Stellung stärker geworden, so daß es frischweg an die Einverleibung des Landes schritt.

Im Februar 1911 trat die entscheidende Wendung ein. Der Vorwand für die völlige Unterwerfung Marokkos war leicht gefunden. Damals brach gegen die Herrschaft des Sultans Muley Hafid ein Aufstand an der Karawanenstraße aus, die von Tanger zur Hauptstadt Fez führt. Das Ereignis war nicht tragischer als ähnliche sich jährlich wiederholende Erhebungen; die französische Regierung ließ aber verkünden, sie müsse einschreiten, um, wie sie sich ausdrückte, den Maghzen zu retten. Gerade in diesem Augenblicke kam das Ministerium Briand

[1]) Die in diesen Jahren veröffentlichten Aufsätze Hanotaux' sind in den zwei Büchern seiner „Études diplomatiques“ gesammelt erschienen. Das erste Buch trägt den Untertitel „La politique d'Équilibre“, Paris 1911, das zweite „La guerre des Balkans“, Paris 1913. Hanotaux schreibt zwar nicht in einem Deutschland freundlichen Sinne, indessen fällt er über die englische Politik ein unabhängiges Urteil.

in einer innerpolitischen Frage in die Minorität und mußte zurücktreten; das nachfolgende Kabinett Monis, gebildet am 2. März 1911, trat in dessen Fußstapfen und setzte die Unterdrückung ins Werk. Ein Heer von 35000 Mann unter General Moinier wurde ausgerüstet, das sich gegen Fez in Bewegung setzte. Auf dem Marsche erhielt Moinier die unwillkommene Kunde, der Sultan habe die Aufständischen bereits besiegt und sich somit selbst gerettet. Die französische Regierung stand deswegen aber nicht von ihrem Vorhaben ab, das Heer der Befreier rückte vielmehr am 21. Mai in Fez ein, nachdem der Sultan und die Seinigen bereits das Siegesfest gefeiert hatten. Ohne auf Widerstand zu stoßen, besetzten die Franzosen ebenso die anderen wichtigeren Plätze des Landes. Darauf beeilten sich auch die Spanier, den Anteil von Marokko in Beschlag zu nehmen, auf den sie nach dem Geheimvertrage vom 4. Oktober 1904 Anspruch erhoben. Schon im Jahre vorher hatten sie zu eben diesem Zwecke unter nichtigen Vorwänden Marokko mit Krieg überzogen, wobei sie sich aber blutige Köpfe holten, so daß sie am 15. November 1910 großmütig Frieden schlossen. Jetzt aber war der Sultan wehrlos, so daß die Spanier am 8. Juni 1911 Larasch und zwei Tage darauf El-Ksar-el-Kebir besetzten. Der Algeciras-Vertrag flatterte zerrissen in den Lüften.

*

Agadir

Deutschland hatte das Nachsehen. Auf Grund der Vereinbarungen mit Frankreich, besonders nach dem Vertrage von 1909 (Band II, Seite 316ff.), besaß es eine Art Hypothek auf Marokko, die jetzt ihren Wert verlor. Wieder zeigte sich, daß die Westmächte entschlossen waren, ohne weiteres über das Berliner Kabinett hinwegzugehen und es seine Vereinsamung fühlen zu lassen. Es wartete durch Wochen, ob die französische Regierung sich zu irgendeiner Erklärung, zu einem wenn auch mageren Ausgleichsangebote herbeilassen werde; der belgische Gesandte

meldete am 17. Juni aus Berlin, einige seiner Kollegen seien über die Langmut Deutschlands erstaunt. Das einzige aber, was die französische Regierung von sich hören ließ, war die Versicherung des Botschafters Cambon, die Truppen des Generals Moinier würden die Residenz des Sultans räumen, sobald die Ordnung wieder hergestellt sei. Natürlich dachte in Paris kein Mensch an die Erfüllung der Zusage, und auch Cambon glaubte kein Wort von dem, was er sagte. Trotzdem antwortete ihm Staatssekretär Kiderlen-Wächter entgegenkommend: „Werdet ihr aber, wenn ihr einmal in Fez seid, wieder hinausgehen können? Ich setze keinen Zweifel in euren guten Glauben, aber die Ereignisse können stärker sein als euer guter Glaube." Kiderlen irrte, wenn er glaubte, solche Höflichkeit werde die französische Regierung zu einer Aussprache veranlassen; diese hielt die Worte des Staatssekretärs für ein Zeichen der Schwäche und schwieg sich weiter aus. Durch die konservative und die nationalliberale Presse ging tiefe Unzufriedenheit; die Alldeutschen konnten es nicht fassen, daß sich Kaiser Wilhelm und seine Minister so viel gefallen ließen. Aber auch die Männer der Regierung fühlten, daß die Probe auf die Geltung Deutschlands als Großmacht gekommen sei. Sie überlegten, welches das zweckmäßigste Mittel sei, um der Welt Deutschland in Erinnerung zu bringen. Die Kunde von dieser Absicht drang in die Öffentlichkeit, so daß man in Paris doch unruhig wurde und Cambon den Auftrag erhielt, sich mit dem Reichskanzler auszusprechen. Dieser wies den Botschafter an Kiderlen, der gerade im Bade Kissingen weilte, wohin sich Cambon auch begab. Hier fanden am 21. und 22. Juni die ersten Unterhandlungen statt. Kiderlen-Wächter verlangte für Deutschland zunächst ein Stück Marokkos. Als Cambon dringend von dieser für Frankreich unannehmbaren Forderung abmahnte, schien sich der andere eines besseren zu besinnen. Darauf habe das Gespräch die Wendung genommen, daß der Botschafter fragte: „Sie verzichten also auf einen Hafen in Marokko?" „Ja!" war die Antwort, „es gibt noch andere Dinge als Marokko." „Wo?" lautete die Gegenfrage. „Suchen Sie!" erwiderte der Staatssekretär. „Da Sie nach Paris zu gehen beabsichtigen, bringen Sie uns von dort etwas mit."

Damit erklärte sich Deutschland im allgemeinen bereit, Marokko den Franzosen zu überlassen, aber nur gegen eine Abfindung, die der Staatssekretär noch nicht näher bezeichnete. Es war aber ein offenes Geheimnis, daß Gebiete am Kongo gemeint waren. Dies die Botschaft, die Cambon nach Paris mitbrachte.

Indessen war man in Berlin der Ansicht, Deutschland habe lange genug gewartet. Fünf Wochen waren seit dem Einzuge der Franzosen in Fez verstrichen und sie breiteten sich nach einem Worte Kiderlens wie ein Ölfleck aus. Er hielt es an der Zeit, ihnen die Macht Deutschlands zu zeigen. Verschiedene Maßnahmen wurden erwogen, bis sich die Regierung auf den Rat des Staatssekretärs für das entschied, was man hochtrabend den Schlag von Agadir genannt hat. Am 1. Juli erschien das deutsche Kanonenboot „Panther", das nicht mehr als 125 Mann an Bord hatte, an der Westküste Marokkos und warf vor Agadir Anker aus. Das kleine Kriegsschiff war nicht darnach geartet, zu imponieren, auch unterblieb jedwede Landung; sein Erscheinen sollte nach der Absicht des Berliner Kabinettes nur wie ein Signalschuß wirken. Daran änderte sich auch nichts, als der „Panther" einige Zeit später von dem kleinen Kreuzer „Berlin" abgelöst ward. Gleich anfangs verkündete die Regierung amtlich, die Maßregel diene ausschließlich dem Schutze von Leben und Sicherheit der in dieser Landschaft, dem Sus, lebenden Deutschen. Das war aber nur ein Vorwand; vielmehr wurden Mannschaft und Kanonen gezeigt um festzustellen, Deutschland sei bereit, die Waffen dafür einzusetzen, daß ihm aus dem Marokkohandel Landgewinn zufalle.

Bei all dem spielte die Absicht mit, durch ein kräftiges Lebenszeichen der öffentlichen Meinung im eigenen Lande eine gewisse Genugtuung zu bereiten. Denn allgemein herrschte tiefes Mißvergnügen über die Ausschaltung Deutschlands, über die Aufteilung der Südküste des Mittelländischen Meeres unter Engländer, Franzosen, Italiener, Spanier, ohne Rücksicht auf den stärksten Staat des europäischen Festlandes. In dieser gemeinsamen Empfindung der Nation gab es verschiedene Abschattungen von links nach rechts. Bei den Sozialisten

äußerten sie sich in Spott über den Mißerfolg der angeblich starken Regierung, in der bürgerlichen Demokratie und beim Zentrum in einer Unruhe, die zwischen den Ratschlägen zur Kraftentfaltung und zum Maßhalten schwankte; die Parteien der Rechten endlich von den Nationalliberalen an grollten laut und vernehmlich. Aus diesen Stimmungen war zu ersehen, wie stark das Selbstgefühl der Nation seit der Marokkokrise von 1905 gestiegen war. Die Alldeutschen waren nicht mehr eine kleine überlaute Gruppe, sondern hatten ihre Anhänger in allen Fraktionen der Rechten; ihr bekanntes Marokko-Programm fand hier überall Zustimmung. Es ging auf die Erwerbung Westmarokkos, die von Frankreich zu fordern und nötigenfalls durch Krieg zu erzwingen sei[1]). Was 1905 nur platonisch als Ziel hingestellt wurde, war den Bekennern jetzt blutiger Ernst. Wichtig war, daß sich den Schriftstellern, Gymnasiallehrern und den anderen Intellektuellen des Alldeutschen Verbandes viele Großindustrielle zugesellten, die in Marokko wegen dessen Reichtums an Erzen festen Fuß fassen wollten, oder dort Absatz für ihre Waren zu finden hofften. In diesen Kreisen war übrigens die Ansicht verbreitet, daß Frankreich, sobald es den unbeugsamen Ernst des Deutschen Reiches spüre, gutwillig zurückweichen werde. Auch diesmal war Harden der lauteste Rufer im Streite. Nach dem Weltkriege zwar gab er seinem wilden Drängen die Deutung, er sei sicher gewesen, der Friede wäre nicht gefährdet gewesen, wenn Deutschland nur mit voller Wucht seine Ansprüche angemeldet und den Weltteil vor das Biegen oder Brechen gestellt hätte. Im Jahre 1911 klang das anders; er forderte, wenn Deutschland nicht weite Kolonialgebiete in Afrika zugebilligt werden sollten, den Krieg gegen Frankreich.

Von dieser Absicht waren jedoch Kaiser Wilhelm und seine Ratgeber weit entfernt. In den nächsten schwülen Wochen, so berichtet Bethmann Hollweg wahrheitsgemäß, habe sich der Kaiser nicht einen Augenblick in der Absicht eines friedlichen Ausgleiches beirren lassen. Der leitende Gedanke Bethmann Hollwegs und Kiderlens war, dem

[1]) Das ist dargestellt in der Schrift von Heinrich Claß, dem Obmann des Alldeutschen Verbandes, „West-Marokko deutsch!", München 1911.

leidigen Marokkohandel ein Ende zu bereiten, der das Verhältnis zu Frankreich immer aufs neue vergiftete. Die Entschädigung suchten sie im Inneren Afrikas. Kiderlen besonders verfolgte daselbst den Plan der Gründung eines großen deutschen Kolonialreiches, für das er bei diesem Anlasse einen und den anderen Baustein herbeischaffen wollte. Ihm schwebte die Verbindung Kameruns mit Deutsch-Südwestafrika und dieses Gebietes mit Deutsch-Ostafrika vor, wozu man freilich nur durch lange diplomatische Arbeit, durch Teilung der portugiesischen Besitzungen mit England, durch eine Reihe von Verträgen mit Frankreich gelangen konnte. Diesem Zwecke sollte auch der durch das Erscheinen vor Agadir geübte Druck dienen. Den Reichen der Briten im Osten und Süden, der Franzosen im Westen Afrikas wäre ein deutsches im Innern dieses Erdteiles ebenbürtig zur Seite getreten.

Es lag aber an der diplomatischen Schule, durch die Kiderlen-Wächter gegangen war, daß er dieses eines jeden deutschen Staatsmannes würdige Ziel zu verheimlichen und Mittel anzuwenden für gut fand, die Freund wie Feind von der richtigen Fährte ablenken sollten. In dieser Art verfuhr er auch mit den Alldeutschen, deren westmarokkanischer Lieblingsplan ihm ein gutes Mittel zu sein schien, in den Franzosen die Sorge um das heißerstrebte Land wachzurufen und sie dadurch zur Nachgiebigkeit am Kongo zu bestimmen. Als eine alldeutsche Abordnung zu ihm kam, um ihn zu bearbeiten, hörte er aufmerksam zu und widersprach nicht; seine Worte klangen so, als ob ihm die geräuschvolle Tätigkeit der Herren nicht unwillkommen wäre. Sie verließen ihn beruhigt und erklärten sich, als Deutschland in dem darauffolgenden Ausgleiche vom 4. November 1911 Marokko aufgab, für getäuscht; der Verzicht sei ein Verrat an Deutschlands überseeischer Zukunft. Darauf erwiderte der Staatssekretär, das sei ein Mißverständnis; er habe allerdings nichts dagegen gehabt, daß die Alldeutschen Sturm läuteten, um die französische Regierung darauf verweisen und williger stimmen zu können[1]). Solche Schlauheiten sahen ihm ähnlich, sie waren jedoch

[1]) Als der Obmann des Alldeutschen Verbandes den Staatssekretär der Unredlichkeit beschuldigte, versicherte dieser am 23. November im Ausschusse des Reichstages, er habe

hier übel angebracht und trugen ihm böse Stunden ein. Anders hatte es Bismarck gehalten, der bei ähnlichen und größeren Anlässen von vornherein die Absicht auf den Erwerb von Schleswig-Holstein, selbst auf die Herrschaft Preußens in Deutschland vor aller Welt verlautbarte. Kiderlen war ein Mann von hervorragenden Fähigkeiten, aber seine Art zu derb für das feine Spiel, daß er treiben wollte.

In England und Frankreich ist auch später immer behauptet worden, die deutsche Regierung habe 1911 nur notgedrungen auf Marokko verzichtet, und man führte als Beweis eine Äußerung des deutschen Kronprinzen an, der in jenen bewegten Tagen zu Botschafter Cambon sagte: „Ihr seid jetzt in Fez... Marokko ist ein schöner Bissen... Ihr werdet uns unseren Teil ablassen und alles ist dann fertig. (Vous ferez notre part et tout sera fini.)“ Selbst wenn der Kronprinz mit diesen Worten Anspruch auf ein Stück Marokkos erhoben hätte, so beweist das nichts für die Absicht des Kaisers und dessen verantwortliche Ratgeber, da Prinz Friedrich Wilhelm sich zu der alldeutschen Opposition hielt. Jedenfalls sprach auch er sich damit zu Cambon im Sinne eines friedlichen Ausgleiches aus.

Indessen kam dies alles erst später in Frage; in jenem Augenblicke übertönte der Eindruck des Ereignisses von Agadir die Abwägung der Gebietsansprüche; es dröhnte mächtig durch Europa, mächtiger, als die deutsche Regierung berechnet hatte. Nicht sowohl in Frankreich, wenn es sich auch bitter beklagte, es stehe diesmal wie 1905 unter Kriegsdrohung; die französische Regierung jedoch schätzte den Ernst der Kundgebung ungefähr so hoch ein wie sie gemeint war. Anders in England; denn es ging den Briten auf die Nerven, daß ein anderes Volk Seegewalt beanspruchte und zur Geltung brachte. Von dort fegte der Sturm herüber, der beinahe auch Frankreich mit sich gerissen hätte. Die

---

Claß über seine Absichten nicht im unklaren gelassen. Der Streit dauerte fort und Kiderlen kam am 17. Februar 1912 im Reichstage noch einmal auf die Sache zurück. Graf Ernst von Reventlow, der selbst zu den Alldeutschen gehörte, stellte sich auf Seite Kiderlens und bezeugte („Deutschlands auswärtige Politik 1884—1913“, 4. Aufl. 1916, S. 399), dieser habe ihn vom Anfang an darüber unterrichtet, der Verzicht auf Marokko sei unabweislich. Im gleichen Sinne berichteten andere glaubwürdige Zeugen.

deutsche Regierung hatte absichtlich eine Maßregel vermieden, die wie eine Rüstung an der französischen Landesgrenze aussah, damit der Nachbar nicht erschreckt auffahre und mit Gegenrüstungen antworte. Deshalb wurde die See als militärdiplomatischer Schauplatz gewählt. Aber war es nicht bedenklich, damit die Frage der Seeherrschaft aufzurollen? Eine Frage, die der Führer der Nationalliberalen, Bassermann, nicht viel später im Reichstage aufwarf. Unterdessen fuhr Albion gereizt in die Höhe und trat streitfertig in den Vordergrund.

*

Beginn der deutsch-französischen Verhandlungen

Unmittelbar vorher war zum Glück für den europäischen Frieden in Frankreich wieder ein Ministerwechsel erfolgt, da die Herrlichkeit des Kabinetts Monis — ausschließlich aus Gründen der inneren Politik — schon nach vier Monaten zu Ende ging. Nun hatten die zwei Haupthähne der regierenden radikalen Partei gerade ihre Kräfte abgenützt, so daß die Bahn für Josef Caillaux frei wurde, der am 27. Juni die neue Regierung zustande brachte. Ursprünglich hatte sich Caillaux etwas mehr rechts gehalten, er rechnete aber mit der Zeitströmung und empfahl sich der Linken durch das lebhafte Eintreten für die Einkommensteuer, so daß ihn die Welle emportrug. In der äußeren Politik gehörte er zu den Besonnenen und wirkte aus zwei Gründen für den Frieden. Er sah die Dinge mit dem Auge des geschulten Volkswirtes, weshalb er gerne französisches und deutsches Kapital zusammengespannt hätte; vor allem aber wollte er seinem Lande das Meer von Blut und Tränen ersparen, das sich mit einem großen Kriege notwendigerweise über Europa ergießen mußte. Dieser Gesinnung blieb er auch während des Weltkrieges treu, was seit dessen Ausbruche zu den über Caillaux verhängten unerbittlichen Verfolgungen führte. In seinem Ministerium vertraute er die äußere

Politik dem Polizeipräfekten von Paris, de Selves, an, zeichnete aber in jedem Augenblick die Richtung vor. Es ergab sich aber zum Unheil für Caillaux, daß sein Gehilfe zu den Deutschenhassern des französischen Durchschnittes gehörte und sich nur widerwillig der Politik des Ministerpräsidenten anbequemte.

Dagegen traf es sich gut, daß die Ansichten Caillaux' sich mit denen des französischen Botschafters in Berlin begegneten. Daß sich Jules Cambon mit den Jahren zu einem Träger der Kriegspolitik entwickelt hat, ändert nichts an der Tatsache, daß er 1911 zur Beilegung des Zwistes soviel wie Kiderlen-Wächter beitrug. Er war übrigens eine schmiegsame Natur und ging mit Caillaux ebenso wie mit dessen von ganz anderen Gesinnungen beseelten Nachfolger Poincaré. Wie sein Bruder Paul Cambon, der Botschafter in London, war auch er aus dem Beamtenstande hervorgegangen und hatte sich als Präfekt hervorgetan, so daß er 1891 als Generalgouverneur nach Algier kam. Dann trat er in die Diplomatie, wurde 1897 Botschafter in Washington, 1902 in Madrid, endlich 1907 in Berlin. Aber anders als sein Bruder, der zu imponieren und sich aufzuspielen liebte, war Jules Cambon schlicht und gewinnend; wenn er sich ernste Mühe gab, jemanden zu überzeugen, spürte man die Feinheit seines Geistes und seiner Bildung. Als Unterhändler war er unter dem Anschein des Entgegenkommens ebenso berechnend wie zähe, so daß Kiderlen ihn schmunzelnd „mit allen Salben gerieben" nannte. Während der langwierigen Verhandlungen um Marokko kamen sich die zwei Männer näher und jeder lernte die Kraft des anderen schätzen. Nach dem Abschlusse der Frage schickte der Staatssekretär dem Botschafter seine Photographie mit der schmeichelhaften Widmung: „Meinem liebenswürdigen Freunde und schrecklichen Feinde", worauf der Botschafter auf seinem eigenen Bilde mit den Worten antwortete: „Meinem schrecklichen Freunde und liebenswürdigen Feinde". Eine Umstellung der Worte, die ihnen, wohl nach der Absicht des Botschafters, einen ironischen Beigeschmack gab [1]).

[1]) Im Pariser „Éclair" vom 26. September 1919 wurden Briefe Kiderlen-Wächters veröffentlicht, in denen er einer Freundin über seine mit Cambon geführte Unterhandlung

Cambon wartete in Paris die Bildung des neuen Ministeriums ab, besprach mit Caillaux die nach Berlin zu überbringende Mitteilung und nahm am 9. Juli die Besprechungen mit Kiderlen wieder auf. Er war mit der Weisung ausgerüstet, den Deutschen auch diesmal nichts anzubieten, sondern nur zu hören, was sie verlangten. Das Gespräch begann mit Vorwürfen Cambons. Er beschwerte sich, daß der Staatssekretär sich in Kissingen von ihm mit der Aufforderung getrennt hatte, von Paris etwas mitzubringen, daß jedoch die deutsche Regierung, ohne seine Rückkehr abzuwarten, den Schlag von Agadir geführt habe. Dadurch sei ihm die Vermittlung erschwert, er selbst vor seiner Regierung bloßgestellt. Daran war viel Wahres, aber der Staatssekretär konnte entgegnen, er habe lange genug gewartet. Und schließlich brachte Cambon aus Paris wieder nichts zurück. Nach diesem Wortgefechte knüpfte das Gespräch wieder dort an, wo es am 22. Juni abgebrochen worden war. Damals war man bis zu der von Deutschland beanspruchten Entschädigung gekommen, und jetzt sagte Kiderlen wieder: „Demnach wollt ihr, daß wir auf Marokko verzichten. Es sei, wir stimmen zu. Aber dann gebt uns Kompensationen.“ „Wo?“ fragte der Botschafter. „Am Kongo!“ lautete die Antwort. Dasselbe sagte der deutsche Botschafter Schoen schon am 8. Juli zum französischen Minister des Äußeren, so daß man nach vielen überflüssigen Umwegen endlich bei der Sache war. Es war ebenso unzweckmäßig gewesen, daß die Franzosen bei ihrem Marsche nach Fez in Berlin erklärt hatten, sie gedächten die Hauptstadt des Sultans bald wieder zu räumen, wie auch, daß die Deutschen mit ihrem eigentlichen Verlangen erst nach Wochen herausrückten. Sie richteten damit Verwirrung an.

In einem spätern Gespräche, am 15. Juli, umschrieb Kiderlen den Umfang der deutschen Forderung. Wie wir wissen, war es den Franzosen zwanzig Jahre vorher durch die Umsicht Brazzas gelungen, sich mit ihrer Kongokolonie in die Mitte zwischen das deutsche Kamerun und den belgischen Kongo zu schieben (Band I, Seite 193). Die Deutschen

fortlaufend berichtet. Die Echtheit dieser Briefe, die die „Vossische Zeitung“ vom 2. Oktober 1919 wiedergab, ist zweifelhaft.

waren somit vom Kongostrome abgedrängt. Das war es, was Kiderlen bessern wollte. Er verlangte ein Stück der französischen Kongokolonie, und zwar alles, was Kamerun von dem großen Strome trennte. Um die Sache dem anderen Teile schmackhaft zu machen, bot Kiderlen den Franzosen außer dem völligen Verzichte auf Marokko auch das Togogebiet und ein Stück Kameruns am Tschadsee an, den sogenannten Entenschnabel.

Es war offenkundig, worauf die deutsche Regierung abzielte. Gelang es Deutschland, sein Gebiet in Westafrika bis an den Kongostrom zu rücken, so grenzte es an den belgischen Kongostaat, also an einen schwächeren Nachbarn, und hatte weitere Möglichkeiten der Ausdehnung. War doch überhaupt nur in dieser Gegend noch Raum für ein größeres deutsches Kolonialreich, auf dessen Erwerb Kiderlen hinarbeitete. Auf der anderen Seite war es den Franzosen nicht leicht, das verlangte Landgebiet herauszugeben. Nicht etwa wegen seines an sich unerheblichen Bodenwertes, sondern wegen seiner geographischen Lage. Wenn sie den Deutschen nämlich in der gewünschten Weise Platz machten, so hatte ihr weites Hinterland keinen anderen Zugang zum Meere als durch deutsche oder belgische Besitzungen. Auf dieses Abgeschnittenwerden vom Meere (la coupure) wollten sie sich nicht einlassen.

Das nächste war, daß die französische Regierung in Berlin wissen ließ, so viel könne und werde sie auf keinen Fall zugestehen. Doch wurde die Antwort nicht in schroffer Form erteilt, sondern so, daß zum Feilschen Raum blieb. Beide Teile suchten einen Mittelweg, als plötzlich England dazwischenfuhr und den Schlag von Agadir durch eine drohende Erklärung zurückgab.

*

England schürt den Streit.
Rede Lloyd Georges

Bisher spielten sich, dank vor allem der Besonnenheit der französischen Regierung, die Dinge in leidlicher Ruhe ab. Denn England war gleich nach Agadir an Frankreich mit einem bedenklichen Ansinnen herangetreten. Der belgische Gesandte Guillaume meldete aus Paris nach Hause, Grey habe nach dem Erscheinen des „Panther" dem Ministerium Caillaux vorgeschlagen, jede der zwei Mächte solle sofort zwei Kriegsschiffe nach Agadir senden; dadurch wäre der Eindruck erweckt worden, es sei notwendig, Deutschlands schlimmen Begierden einen Zaum aufzuerlegen. Frankreich habe jedoch lebhaft abgeraten, so daß die gefährliche Drohung unterblieb. Da das Pariser Kabinett nach diesem Berichte den Eifer des Londoner dämpfte, so begnügte sich Grey mit einigen spitzigen Bemerkungen, die er am 4. Juli zum deutschen Botschafter Wolff-Metternich fallen ließ. Er eröffnete ihm, England sei an den Ereignissen in Marokko mitinteressiert und werde kein Abkommen über das Land anerkennen, an dem es nicht teilgenommen habe. Damit sprach England den Wunsch aus, von den beiden festländischen Kabinetten zu den Verhandlungen als dritter zugezogen zu werden.

In Berlin glaubte man die Sache auf sich beruhen lassen zu können, da der Marokkohandel doch Frankreichs Sache wäre und sich mit diesem ruhig sprechen ließ. Indessen brach das Londoner Kabinett unvermutet heftig los. Am 21. Juli machte Grey dem deutschen Botschafter eine peinlich ernste Mitteilung. Zunächst wiederholte er, Britannien müsse vor der Lösung der Marokkofrage gehört werden. Dann folgte eine kalte Sturzwelle nach der anderen. Gerüchte seien im Umlauf, sagte der Staatssekretär, daß eine deutsche Truppe bereits in Agadir gelandet sei, und daß Deutschland die Absicht hege, dort einen Kriegshafen anzulegen. Er müsse aber, bevor dies geschehe, ohne Rück-

halt aussprechen, daß England dies nicht gestatten werde. Auch vernehme er, das Berliner Kabinett habe an Frankreich unannehmbare Forderungen gestellt. Wenn aber die Verhandlungen darüber nicht zum Ziele führen sollten, dann werde die Agadir-Angelegenheit in den Vordergrund treten. Deshalb empfehle es sich, England jetzt schon zu den deutsch-französischen Besprechungen heranzuziehen.

Schon das klang übermäßig unfreundlich, besonders deshalb, weil Kiderlen dem französischen Botschafter schon zweimal erklärt hatte und auch in Paris durch Schoen sagen ließ, Deutschland habe nicht die Absicht, auf Marokko zu greifen. Es war doch nicht anzunehmen, daß Grey von seinen französischen Freunden nichts darüber gehört haben sollte. Selbst wenn Deutschland vom Pariser Kabinett ein Stück Marokkos verlangt hätte, wäre dies kein Länderraub gewesen. Es kam aber, soweit England im Spiele war, noch schlimmer. Grey hatte zwischen den Wänden seines Arbeitszimmers gesprochen, so daß sich das Mißverständnis dessen, was in Agadir vor sich ging, durch das Berliner Kabinett leicht aufklären ließ. Da aber erhob die englische Regierung am Abend desselben 21. Juli ihre Vorwürfe auch vor der breiten Öffentlichkeit. Schatzkanzler Lloyd George hielt, nach Verabredung mit Asquith und Grey, bei einem Festmahle eine in Drohungen gegen das Deutsche Reich ausklingende Rede. Zuerst erging sich der Finanzminister im Lobe der Friedensliebe Englands, dann aber stieß er mit folgenden Worten in die Kriegstrompete: „Wenn uns jedoch eine Situation aufgezwungen würde, in der der Friede nur durch das Aufgeben der großen und wohltätigen Stellung erhalten werden könnte, die England sich in Jahrhunderten von Heroismus und Erfolg erworben hat, und nur dadurch, daß Großbritannien in Fragen, die seine Lebensinteressen berühren, in einer Weise behandelt würde, als ob es im Rate der Nationen gar nicht mitzählte; dann — ich betone es — würde ein Friede um jeden Preis eine Erniedrigung sein, die ein großes Land wie das unserige nicht ertragen könnte."

Wohl sagte der Schatzkanzler nur etwas Selbstverständliches, indem er feststellte, ein ehrliebendes Volk wie die Briten besäße zwischen

Krieg und Selbsterniedrigung keine Wahl. Wer aber stellte denn England vor dieses Entweder-Oder? Deutlich war auf Deutschland hingewiesen, jedoch mit keinem Worte angedeutet, was dieses eigentlich verbrochen hatte; dennoch wurde ihm ohne Umschweife Krieg in Aussicht gestellt. Eine Herausforderung, wie sie England in demselben Menschenalter bald gegen kleinere, bald gegen größere Staaten hatte ergehen lassen. Portugal bekam 1892, die Türkei 1896, Frankreich 1898, die Buren 1899 eine solche Sprache zu hören. Selbst Deutschland war 1904 ähnlich behandelt worden (Band II, Seite 21ff). Keine andere europäische Großmacht hatte seit dem russisch-türkischen Kriege von 1877 eine Kriegsdrohung ausgestoßen. Die Staaten des Festlandes müssen mit Worten dieser Art vorsichtig sein, da sie mit den Ellbogen fast aneinander stoßen, sie könnten sonst jeden Augenblick handgemein werden. Drohungen wie die Lloyd Georges erlaubte sich ohne Bedenken immer nur das auf seinen Inseln unnahbare England.

Die Rede des englischen Schatzkanzlers erregte in Frankreich einen wahren Freudentaumel und verschärfte den gegen Deutschland bestehenden Gegensatz. Die Briten waren also die echten, im Gedränge hilfreichen Freunde und wiesen den hochmütigen Deutschen die Zähne; erst jetzt ließ sich die französische Presse zügellos gegen den östlichen Nachbar gehen. Die französische Regierung sprach der englischen den Dank aus und war sehr zufrieden, daß diese den Zorn Deutschlands auf sich zog; um so zäher widersprach sie selbst dem Anspruche auf einen Gegenwert für Marokko. In Deutschland war man bestürzt und überrascht über die Feindseligkeit Englands, die nicht so hoch eingeschätzt worden war. Stieß also jeder Wunsch der Deutschen nach überseeischem Besitze auf den unversöhnlichen Widerstand Englands? Von da an galt weiten Schichten der Nation nicht Frankreich, sondern Albion als der Feind, mit dem man sich früher oder später werde messen müssen. Allgemein erwartete man von der deutschen Regierung eine kräftige Zurückweisung der Drohrede; als das Berliner Kabinett nichts derartiges hören ließ, ergoß sich die Klage über dessen Zaghaftigkeit in breiten Strömen durch die Presse und die politischen Vereine. Nicht,

daß die Regierung den Peitschenhieb nicht fühlte; sie wollte aber die Aufregung nicht vergrößern und holte sich die Genugtuung in mündlicher, vertraulicher Aussprache mit Sir Edward Grey. Das machte sie erst im November bekannt, bis dahin nahm sie den Tadel der aufbrausenden öffentlichen Meinung kaltblütig auf sich.

Es war eine starke Lektion, die das Berliner Kabinett dem Londoner durch den Botschafter Grafen Metternich erteilen ließ. Er erhielt den Auftrag, die Eröffnungen Greys vom 21. Juli und die Rede des Schatzkanzlers gleichzeitig zu beantworten, was am 24. Juli geschah. Der Botschafter hatte folgendes auszurichten: Deutschland habe gleichzeitig mit dem Eintreffen des „Panther" vor Agadir die englische Regierung wie die anderen beteiligten Staaten wissen lassen, daß es bloß den Schutz seiner Staatsangehörigen und nicht die Erwerbung marokkanischen Gebietes beabsichtige. Das Berliner Kabinett bedauere, daß England den von deutschfeindlicher Seite ausgehenden Ausstreuungen („Insinuationen") Glauben zu schenken scheine; es seien Wahnvorstellungen („Halluzinationen"), daß Deutschland an die Schaffung eines Kriegshafens auf marokkanischem Boden gedacht habe. Klangen schon diese vom deutschen Botschafter gebrauchten Ausdrücke kräftig, so war die für Lloyd George bestimmte Antwort von kaum zu überbietender Schärfe. Der deutsche Botschafter machte Grey aufmerksam, daß, wenn England Wünsche hege, diese auf dem üblichen Wege von Kabinett zu Kabinett hätten bekanntgegeben werden sollen. Für eine öffentliche, an eine Drohung grenzende Warnung bestünde kein Anlaß; die Rede Lloyd Georges sei aber eine Provokation. Der Kernsatz der im Namen Deutschlands abgegebenen Erklärung lautete: „Sollte die englische Regierung die Absicht haben, die politische Lage zu verwickeln und zu verwirren und einer gewaltsamen Entladung entgegenzuführen, so hätte sie allerdings kein besseres Mittel wählen können als die Rede des Schatzkanzlers."

Diese Worte trafen glücklich den hochmütigen Ton, den die Engländer gegen einen Schwächeren anzuschlagen beliebten und der ihnen wieder am ehesten Eindruck macht, wenn er von einer starken Regierung

ausgeht. Demgemäß beantwortete Grey die Erklärung Deutschlands, die er selbst etwas später im Parlament „außerordentlich steif im Ton" nannte, auffallend sanft. Er erklärte sich davon befriedigt, daß Deutschland jetzt endlich ausdrücklich auf die Festsetzung in Marokko verzichte, und das, so behauptete er fortan immer wieder, betrachte er als den von ihm angestrebten Erfolg. In bezug auf die Abkanzelung des englischen Finanzministers beschränkte er sich auf eine wohlabgewogene Verteidigung des Amtsgenossen. Somit war Deutschland zweckmäßig vorgegangen. Das zeigte sich erst recht deutlich in dem glatten Verlaufe einer zweiten, drei Tage später erfolgenden Aussprache Greys mit Wolff-Metternich. Aus zwei Gründen zog die englische Regierung die Krallen ein. Zunächst zeigte es sich, daß einige Minister, die vor der Rede des Schatzkanzlers nichts von dessen Absicht gewußt hatten, mit ihr nicht einverstanden waren; auch viele liberale Abgeordnete fanden sie zu heftig. Ebenso wichtig oder noch wichtiger war, daß die französische Regierung, so warm sie auch für die gewährte Unterstützung dankte, eine der von Grey gestellten Forderungen nicht unterstützte.

Der Staatssekretär hatte am 4. und am 21. Juli von Wolff-Metternich verlangt, England solle zu der deutsch-französischen Verhandlung mit herangezogen werden. Die französische Regierung ließ aber in London sagen, daß sie es für ersprießlicher halte, allein mit der deutschen Regierung zu unterhandeln; sie bäte, England möge nicht auf der Teilnahme beharren. Damit war der von Grey an Deutschland gestellten groben Forderung die Spitze abgebrochen. Auf diese Art wurde das englische Kabinett von Berlin wie von Paris aus zur Mäßigung gemahnt, selbstverständlich in ganz verschiedenem Tone. Darauf ist die von Asquith am 27. Juli im Parlamente abgegebene Erklärung zurückzuführen, die ein Doppeltes ankündigte: es sei auch England erwünscht, wenn sich für Deutschland außerhalb Marokkos eine Entschädigung fände, und dann, daß Großbritannien keinen Anspruch erhebe, den französisch-deutschen Verhandlungen als dritter zugezogen zu werden. Da das Londoner Kabinett sich die Methode Frankreichs sowohl in der Sache wie in der Form zu eigen machte, löste sich die bedrohliche Spannung;

freilich nur, um sich zwei Wochen später in der früheren Schärfe wieder einzustellen.

Grey gab etwas später in der am 27. November vor dem Parlamente gehaltenen großen Rede eine rechtfertigende Darstellung der englischen Politik, die von seinen Freunden bis heute als vollberechtigt angesehen wird. Er habe, so sagte er, dem deutschen Botschafter am 4. Juli deutlich gesagt, daß Britannien eine Festsetzung Deutschlands in Marokko nicht gestatten werde und erwartete darüber eine bestimmte Erklärung. Diese kam aber nicht, deshalb wäre es notwendig gewesen, die Warnung nachdrücklicher zu wiederholen, was am 21. Juli durch ihn selbst und durch Lloyd George geschah. Als sich Wolff-Metternich darauf am 24. Juli einstellte und, wenn auch schroff in der Form, den Verzicht Deutschlands aussprach, wäre er beruhigt gewesen und habe die Sache ohne weiteres fallen lassen.

Das wichtigste an dieser Darstellung war, daß Grey es als Kriegsfall bezeichnete, wenn die Deutschen einen oder den anderen Hafen Marokkos besetzen sollten, daß er weiter verlangte, sie müßten nicht bloß den Franzosen, als den Anwärtern auf das Reich des Scherifen, sondern auch vor dem englischen Richterstuhl den Verzicht aussprechen. Dies hat den Beifall der englischen Imperialisten beider Parteien gefunden, sehr nachdrücklich aber war der Widerspruch der linksstehenden Liberalen; denn nicht alle Engländer waren der Ansicht, Britannien dürfe Krieg oder Frieden diktieren, je nachdem es seinen Machthabern zum angeblichen Schutze seiner Seeherrschaft beliebe. Darauf erwiderten die Imperialisten, das Erscheinen eines deutschen Kriegsschiffes vor Agadir sei eine Herausforderung Englands gewesen, die es durch die Rede des Schatzkanzlers beantworten mußte [1]). Ähnlich stellte im August

[1]) So auch G. Murray, „The foreign policy of Sir Edward Grey", der der deutschen Regierung fälschlich vorwirft (Seite 74), sie habe plötzlich angekündigt, daß alle über Marokko geschlossenen Verträge ungültig seien. Bezeichnend ist, daß Murray über die von Wolff-Metternich überbrachte Botschaft kurz hinweggeht, offenbar weil sie seinem Helden Grey unangenehm war. Kurios ist seine Behauptung, das kräftige Auftreten Englands habe Deutschland zur Besinnung gebracht, so daß der Einfluß der Alldeutschen zurückgedrängt wurde. Gegen Murrays Auffassungen schrieb Bertrand Russell die Schrift: „The

1911 auch der englische Botschafter in Wien die Verhältnisse dar: England bedauere nicht nur, sondern verurteile das Vorgehen der deutschen Regierung in der Marokkofrage; nicht Frankreich, sondern das friedenstörende Deutschland müsse zur Ruhe gemahnt werden; hinter der äußeren Politik des Berliner Kabinetts stehe nicht das deutsche Volk, in Berlin regiere vielmehr ein Klüngel wie 1870 in den Tuilerien. Durch einen Vertrauensmißbrauch kam das von Cartwright in diesem Sinne geführte Gespräch in die Öffentlichkeit. Es brachte denjenigen, die ihn kannten, nichts Neues; denn er gab sich in Wien zwar als Freund Österreich-Ungarns, warb aber mit scharfen Ausfällen auf Deutschland für die Loslösung der habsburgischen Monarchie von ihrem Bundesgenossen. Es war aber Grey doch unangenehm, daß bekannt wurde, wie der Botschafter seine Politik auslegte; um so mehr, als dessen Erklärungen die Ansichten der englischen Regierung gut wiedergaben [1]).

*

Kriegsstimmung. Die Rüstungen Englands

Die nächste Folge der Rede Lloyd Georges war, daß sich die deutsch-französischen Unterhandlungen versteiften. Das Ministerium Caillaux ließ sich zwar nicht zu einer Unbesonnenheit fortreißen, fühlte sich aber in seinem zähen Beharren bestärkt. Es gab in keinem Punkte nach, so daß der deutschen Regierung die Hoffnung schwand, wertvolle Bausteine für ihr innerafrikanisches Reich zu erwerben. Dies drückte Kiderlen

policy of the Entente 1904—1914. A Reply to Professor Gilbert Murray", London 1915, die die Rede Lloyd Georges gut kennzeichnet. Er sei herausfordernd und kriegsdrohend gewesen, das richtige Gegenstück zu der Sendung des „Panther" nach Agadir.

[1]) Das Gespräch wurde mit dem Wiener Schriftsteller Siegmund Münz geführt, der aber an der Form der Veröffentlichung in der „Neuen Freien Presse" vom 24. August 1911 unschuldig war. Als sich die deutsche Regierung in London über Cartwright beschwerte, erklärte Grey am 7. Dezember 1911, der Botschafter habe die Veröffentlichung nicht veranlaßt. So war es auch; aber weder Grey noch Cartwright stellten in Abrede, daß die Äußerungen des letzteren richtig wiedergegeben waren.

nieder, der, ohnedies leidend, bei der einfallenden Sonnenhitze der Erholung bedurfte. Am 17. August trat in den Verhandlungen eine Pause ein, Kiderlen ging nach der Schweiz, von wo er nach Chamonix, also auf französischen Boden, einen Ausflug machte; Cambon wieder reiste nach Paris, um sich neue Weisungen zu holen.

Die Zeit während des Stockens der Unterhandlungen war die böseste des Krisenjahres, da man sich auf einen Bruch gefaßt machte; die Stimmung in Europa war fieberhaft erregt. Die Franzosen beschwerten sich immer heftiger über das Verbleiben des deutschen Kriegsschiffes vor Agadir und warfen Deutschland vor, es beschwöre alle drei Jahre den Streit um Marokko herauf. Die Vergeltungspolitik fand jenseits der Vogesen immer mehr Anklang, die Klage um Elsaß-Lothringen ertönte in der schärfsten Tonart, so in einer Rede des Historikers Lavisse am 16. August. Der Geldmarkt spiegelte die Sorge um den Frieden wider, die Kurse sanken. In Deutschland zogen viele Einleger ihre Kapitalien aus den Banken, die bedeutende Summen bereit halten mußten, um einem verstärkten Andrange auf ihre Kassen standhalten zu können.

Die Sturmzeichen mehrten sich noch. Im August reiste der englische General French mit vier Offizieren nach Frankreich, nahm an den Manövern teil und besichtigte — wie vor einem Bundeskriege — die Festungen und die Lager an der Nord- wie an der Ostgrenze der Republik. Der militärische Berichterstatter der „Times“, Oberst Repington, legte dar, die Manöver in Frankreich hätten bewiesen, daß dessen Truppen in wesentlichen Eigenschaften die deutschen überträfen; ein Lob, das den Franzosen Lust machen konnte, es auf eine Probe ihrer Überlegenheit ankommen zu lassen. Das waren aber nur erst die für die Außenwelt berechneten Kundgebungen. Dann aber meldete der „Daily Chronicle“ am 16. September, die englische Flotte werde auf Kriegsfuß gesetzt; den Seeoffizieren werde kein Urlaub mehr gewährt, die beurlaubten unter ihnen erhielten in großer Zahl ihre Einberufung. Vergebens also hatte Deutschland ausdrücklich auf Marokko verzichtet; es mußte sich auf einen Schlag von England her gefaßt machen.

Von weiteren Zeugnissen für die Flottenrüstung Englands seien bloß zwei angeführt. Das eine rührt von dem Vertreter der serbischen Regierung her, der einige Wochen später nach Belgrad meldete[1]: „Von den Maßnahmen mußten einige ihrer Natur nach zur Kenntnis der breiten Öffentlichkeit gelangen, aber es gab auch streng geheimgehaltene Vorkehrungen, die mir nachträglich von verschiedenen Freunden (Offizieren) mitgeteilt worden sind. Unter den ersteren will ich als Faktum erwähnen, daß alles für die Mobilisierung der Flotte Erforderliche vorgesehen war; die Effektivbestände der Kriegsschiffe wurden ergänzt, die auf Urlaub befindlichen Offiziere zurückberufen, und was besonders auffiel, es wurde eine ungeheure Menge Kohle bestellt (zu einem zu 25 Prozent höheren Preis als normal) und mit Spezialzügen in die Depots der Nordflotte in die östlichen Häfen Schottlands gebracht. Unter den geheimen Maßnahmen sind die wichtigsten die Vorbereitungen, die für den möglichst raschen Transport von 40 000 Soldaten nach Frankreich getroffen wurden. Charakteristisch ist, daß hierfür irische Regimenter unverzüglich bestimmt waren, welche in vollkommener Bereitschaft die Order zur Einschiffung in besonders bestimmte Transportschiffe erwarteten. Der Bestimmungsort dieser Leute war Boulogne, wo ebenfalls die nötigen Vorkehrungen für ihre Weiterbeförderung bis Amiens erfolgt waren."

Dies alles wurde noch im Herbst 1911 auch in England bekannt, und zwar durch eine Rede des britischen Parlamentsmitgliedes Hauptmann Faber vom 19. November, die merkwürdige Dinge enthielt. Er berichtete, daß Vorbereitungen im Zuge waren, 170000 Mann über den Kanal zu bringen. Alles sei zum Auslaufen der Flotte bereit gewesen, man habe aber, wie es scheint, nicht losgeschlagen, weil sich Mängel in der Mobilisierung zeigten und weil die großen Ausstände in den Bergwerken den Ankauf von Kohle erschwerten. Aber schon durchsuchten, so erzählte Faber weiter, britische Torpedoboote die Nordsee und verfolgten unbemerkt die Fahrten der deutschen Kriegs-

[1]) Die österreichisch-ungarische Regierung fand diesen Bericht zu Belgrad im Archiv des serbischen Ministeriums und übergab ihn am 7. September 1917 der Öffentlichkeit.

schiffe und Geschwader. Von der Admiralität seien Befehle an Schiffe und Schiffsverbände ergangen, sich auf die für den Kriegsfall vorgeschriebenen Stationen zu begeben.

Grey versicherte später, England wäre bloß zur Abwehr eines etwaigen Überfalles der Deutschen auf Frankreich gerüstet gewesen. Merkwürdig aber war, daß eben dieses bedrohte Frankreich alles unterließ, was als Furcht vor einer Überschwemmung durch deutsche Truppen gedeutet werden konnte. In der bereits erwähnten Rede Greys vom 27. November 1911 äußerte er sich geringschätzig über die Enthüllungen Fabers und bezeichnete sie als politischen Alkoholismus. Indessen bestritt Grey, wie der belgische Gesandte Greindl am 6. Dezember 1911 schrieb, nicht die Genauigkeit des Berichtes Fabers, was er gewiß nicht unterlassen hätte, wenn es möglich gewesen wäre, „sondern er vermochte mit einem Witzwort über die Verlegenheit hinwegzukommen“. Auch hatte die englische Regierung schon deshalb allen Grund zum Leugnen, weil Faber die mangelhafte Bereitschaft der Flotte und die Unmöglichkeit einer Mobilmachung ausgeschwatzt hatte. Das war gewiß übertrieben; daß die Regierung aber mit der Leitung der Admiralität unzufrieden war, erhellt daraus, daß Mac Kenna im Oktober zurücktreten mußte und dem bisherigen Handelsminister Churchill Platz machte, dessen Ehrgeiz und Tatkraft Besseres hoffen ließ.

Wohl hegte die englische Regierung nicht die Absicht eines Überfalles auf Deutschland; ihr lag aber daran, die französische Regierung von nennenswerten Zugeständnissen abzuhalten; nicht gerade aus Haß gegen Deutschland, wenn dieser Beweggrund auch bei vielen Regierungsmännern mitspielte, und nicht weil sie ernste Befürchtungen für Gibraltar hegte, das von einem marokkanischen Kriegshafen aus hätte bedroht werden können [1]).

[1]) Das bezeichnete der englische Kolonialpolitiker H. H. Johnston in einem Artikel der Zeitschrift „The new Statesman“, 1915, als maßgebend. Unmöglich, so legte er dar, konnte Britannien die Deutschen in Marokko Wurzel fassen lassen, da sie von da aus Nordwestafrika unterworfen, die Einfahrt ins Mittelländische Meer beherrscht und Gibraltar bedroht hätten. Man müsse nur einen Blick auf die Landkarte werfen, um zu erkennen, daß es noch mehr im Interesse Englands als Frankreichs lag, Deutschland von Marokko fernzuhalten.

Die entscheidende Triebfeder war, daß England die vollständige Aussöhnung der zwei Festlandsmächte verhindern wollte, die für seine maritime Größe, für seine Seeherrschaft, eine schwere Gefahr bedeutet hätte. Konnten die Grenzstreitigkeiten der Völker des Kontinents jemals geschlichtet werden, so wäre es mit „Britannia rules the waves" zu Ende gewesen. Es war bedenklich, daß in Frankreich ein Mann am Ruder war, der die Versöhnung mit Deutschland ernsthaft betrieb. Deshalb mußte den Franzosen gezeigt werden, daß sie es nicht nötig hätten, den Deutschen irgendwelches Opfer zu bringen. Ähnlich wird England immer handeln und Greys Politik entsprach vollständig dem von ihm klar erkannten britischen Interesse. Das war auch die Ansicht des belgischen Gesandten Guillaume in Paris, der England als Hindernis des Weltfriedens bezeichnete, Deutsche und Franzosen dagegen versöhnlich fand. Er sagte über Deutschland: „Ich habe sehr großes Vertrauen zu der Friedfertigkeit Kaiser Wilhelms, trotz gewissen Übertreibungen in seinem Auftreten, die nicht selten sind." Strenge dagegen urteilt Guillaume über England: „Geringeres Vertrauen hege ich zu den Friedenswünschen Großbritanniens, das nicht unglücklich ist, wenn sich die anderen gegenseitig verschlingen... Wie ich seit dem ersten Tage annahm, liegt der Schwerpunkt der Lage in London. Nur dort kann sie ernst werden. Die Franzosen werden in allen Punkten nachgeben, um den Frieden zu bewahren. Nicht so die Engländer, die über gewisse Grundsätze und Ansprüche keinen Vergleich eingehen werden."

Zu den Vorbereitungen Englands gehörte auch, daß es auf dem Höhepunkte der Marokkokrise eine Landung in Belgien ins Auge faßte. Es wollte nicht etwa ein Gesuch Belgiens um Hilfe gegen Deutschland abwarten, sondern aus eigenem Ermessen zugreifen. Das wurde der belgischen Regierung kurz darauf vom britischen Militärbevollmächtigten Bridges trocken bekanntgegeben [1]). Einer Landung englischer Truppen

[1]) Nach einem amtlichen belgischen Berichte sagte Oberst Bridges zu dem belgischen General Jungbluth: Die englische Regierung hätte während der letzten Ereignisse unmittelbar eine Landung in Belgien vorgenommen, selbst wenn dieses keine Hilfe verlangt hätte. Der General wandte ein, daß dazu Belgiens Zustimmung notwendig sei. Der Militärattaché antwortete, daß er das wisse, aber da die Belgier nicht in der Lage seien, die Deutschen

in Antwerpen stand aber im Wege, daß sich die Scheldemündung im Besitze Hollands befindet; dieses aber hatte, um sich gegen einen Gewaltstreich zu schützen, Anfang 1911 die Verstärkung der Forts von Vlissingen angeordnet. Darauf fiel die englische Presse über Holland her und behauptete, das sei ein Anschlag auf die Neutralität der Schelde; die Kabinette von London und Paris erhoben im Haag gegen die Erbauung der Seeforts Einspruch. Holland ließ sich jedoch, wenn auch höflich antwortend, nicht einschüchtern und hielt die Scheldemündung in fester Hand. So werden schon 1911 die Linien sichtbar, auf denen sich die Mächte drei Jahre später zum Kampfe stellten.

War Grey einer Gewalttat abhold, so dachten die aus härterem Holze geschnitzten Führer der britischen Flotte anders; sie werden damals wieder auf einen unvermuteten Vorstoß gegen die deutschen Kriegshäfen gedrungen haben. Was Sir John Fisher schon 1905 und 1908 für nötig hielt, war gewiß auch 1911 der leitende Gedanke der Männer der Admiralität. Ob und wie weit Marineminister Winston Churchill ihnen beipflichtete, ist unbekannt und ebenso, ob die Maßregeln zur Mobilmachung der Flotte von ihm auf eigene Verantwortung oder, was wahrscheinlicher ist, nach Abrede mit Asquith und Grey befohlen wurden. Hätte damals nicht Caillaux, sondern Poincaré oder Delcassé das Steuerruder geführt, so wäre das Abkommen über Marokko nicht zustande gekommen. Ohne Zweifel wird sich, sobald das britische Staatsarchiv gesprochen hat, aus den Akten ergeben, daß die englische Regierung zunächst darauf ausging, den Ausgleich auf dem Kontinente zu vereiteln, und daß sie erst einlenkte, als sie in Paris keine Gegenliebe fand. Bei der Grey eigenen Kaltblütigkeit ging er nur so weit, um noch umkehren zu können und um sich den Vorwurf des linken Flügels seiner Partei zu ersparen.

---

abzuhalten, durch ihr Land zu marschieren, so hätte England seine Truppen in Belgien auf jeden Fall gelandet. („Belgische Aktenstücke“, veröffentlicht von der deutschen Regierung, Berlin 1915.)

*

Deutsch-französische Einigung vom 4. November 1911

Das war der düstere Hintergrund, auf dem sich die deutsch-französischen Endverhandlungen abspielten. Da brach aber von Osten her durch das Gewölk ein Strahl von solcher Stärke, daß die Schatten doch verschwanden. Wie wir wissen, hatte das Berliner Kabinett schon 1910 mit Rußland angeknüpft, um ein Abkommen über den nahen und den mittleren Orient zu vereinbaren; ein Jahr lang dauerte es, bis man ins reine kam; zuletzt einigten sich die zwei Mächte am 19. August 1911 über Persien sowohl wie über die vorderasiatischen Eisenbahnen. Das war ein schöner Erfolg der Diplomatie Kiderlens und das Ereignis um so willkommener, als es in die Zeit der englischen Seerüstungen fiel. Britannien ließ sich zwar durch die Vereinbarung nicht weiter beeinflussen, Frankreich jedoch, das für sich allein den Deutschen zu Lande nicht gewachsen war, mußte sich hüten, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Das Pariser Kabinett war von dem Petersburger ohne Zweifel über den Verlauf der Verhandlungen und auch davon in Kenntnis gesetzt worden, daß der Zar in einen Krieg mit Deutschland nicht hineingezogen werden wollte. Darauf wies auch die vielbemerkte Mäßigung der Sprache der russischen Presse hin. Und während Rußland von Frankreich ein wenig abrückte, schlug auf der anderen Seite das Wiener Kabinett dem Berliner gegenüber einen unangenehm kühlen Ton an. Mehrmals betonten die halbamtlichen Wiener und Budapester Zeitungen, der Marokkostreit gehe Österreich-Ungarn nichts an. Aehrenthal zeigte dem deutschen Botschafter Tschirschky, mit dem er überhaupt persönlich nicht gut stand, eine üble Laune, die nach den großen, ihm im bosnischen Streit erwiesenen Diensten Deutschlands unverständlich war. Vielleicht war dies auf die schwere Krankheit zurückzuführen, die ihn

einige Monate später aufs Totenbett streckte; oder der reizbar stolze Mann wollte den Deutschen zeigen, daß sie seine Hilfe benötigten, daß er sich gegebenenfalls auf Undankbarkeit ebensogut verstünde wie weiland Fürst Felix Schwarzenberg. Genug, auf der einen Seite fühlte der österreichisch-ungarische Minister, auf der anderen die Regierung des Zaren die Hitze der streitenden Teile, die übrigens beide einen mageren Ausgleich dem Weltkriege vorzogen.

Die Haltung Rußlands bestärkte Caillaux in dem Vorsatze, eine Vereinbarung mit Deutschland zu treffen. Nicht Billigkeit gerade brachte ihn zu der von ihm gelegentlich geäußerten Ansicht, daß Deutschland schließlich doch nicht von der Teilung der Welt ausgeschlossen werden könne; eher wollte er seinem Lande die gefährliche Wucht des deutschen Unwillens ersparen. Deshalb eröffnete er mit Berlin eine Unterhandlung, die er so geheim betrieb, daß selbst der Minister des Äußeren, de Selves, und Jules Cambon nichts erfuhren. Er benützte als Vermittler den Direktor einer französischen Schiffahrtsgesellschaft am Kongo, Fondère, einen Kenner der innerafrikanischen Angelegenheiten. Durch ihn ließ er zuerst mit der deutschen Botschaft in Paris anknüpfen, dann reiste Fondère nach Berlin mit einem Angebote, das über die zuletzt durch Cambon in Aussicht gestellten Zugeständnisse hinausging. Wiewohl eine Einigung auch jetzt nicht erzielt wurde, kam man sich doch wieder etwas näher[1]).

Gleichzeitig wurden in Paris amtliche Beratungen über die Angelegenheit gepflogen. An ihnen nahmen außer Caillaux und dem Minister des Äußeren auch die drei Botschafter, Barrère, Paul und Jules Cambon teil. Schon damals ergaben sich Meinungsverschiedenheiten zwischen Caillaux und de Selves. Der letztere, von Barrère unterstützt, erklärte sich gegen weitere Zugeständnisse an Deutschland, da man des Beistandes Großbritanniens sicher sei. Caillaux aber setzte seinen Willen durch und Cambon erhielt, nach Berlin zurückkehrend, entgegen-

[1]) Diese geheimen Unterhandlungen sind auf Grund der Aufzeichnungen Fondères und mit Zustimmung Caillaux' ausführlich dargestellt bei Mermeix (Pseudonym für Gabriel Terrail), „Chronique de l'an 1911“, Paris 1912, S. 204—289.

kommende Aufträge. Die Zugeständnisse bewegten sich im Rahmen des von Fondère gemachten Angebotes[1]).

Im September trat Cambon mit Kiderlen aufs neue zusammen. Der Botschafter legte folgendes dar: Es sei Frankreich schlechterdings unmöglich, das ganze Gebiet zwischen dem Kongostrom, Kamerun und dem Meere abzutreten. Am allerwenigsten könne die Meeresküste des französischen Kongo ganz dahingegeben werden, bloß ein schmaler Streifen an der Mündung des Kongo. Freigebiger war die französische Regierung mit Landstrichen im Binnenland; sie gab grundsätzlich zu, daß die Kolonie Deutsch-Kamerun sich bis an Belgisch-Kongo ausdehne. Nun legte Kiderlen eben darauf den größten Wert, immer im Hinblicke auf sein großes innerafrikanisches Projekt. De Selves und Barrère hatten dies nicht zugeben wollen, aber Caillaux ließ sich doch dazu herbei; natürlich unter der Bedingung, daß Deutschland auf Marokko gänzlich verzichte.

Damit war endlich eine Grundlage des Ausgleiches gewonnen. Indessen gab es noch ein zähes, sechs Wochen dauerndes Feilschen um jeden Paragraphen, jedes Sätzchen, jeden Beistrich des Vertrages, dem die große Öffentlichkeit mit peinlicher Erregung folgte. Das nächste war, daß Kiderlen erklärte, von der Abtretung der Kolonie Togo könne nicht mehr die Rede sein, da Deutschland am Kongo, zumal an der Küste, nicht das von ihm Verlangte erhalten solle. Dann ging man in die Einzelheiten ein, wobei mit Marokko begonnen wurde. Am 14. Oktober einigte man sich über dieses Land in der Art, daß der Republik in politischer Richtung freie Hand gelassen wurde, während in wirtschaftlichen Dingen Deutschland das gleiche Recht genießen sollte wie alle anderen Nationen. Hierauf kam der Kongo an die Reihe. Die Schwierigkeit bestand, wie gesagt, darin, daß Deutschland von Kamerun aus den Kongo

[1]) Der Verlauf der in Paris gepflogenen Beratungen ist, offenbar nach Mitteilungen de Selves', geschildert in dem Buche von Pierre Albin „Le coup d'Agadir", Paris 1912, S. 240ff. Diese Arbeit belehrt über die Ereignisse von 1911 am besten. Die unserer Darstellung zugrunde liegenden Bücher von Tardieu, Mermeix und Albin, sämtlich 1912 erschienen, geben sich Mühe, sachlich zu sein und sind gute Beiträge zur Geschichte der Marokkokrise.

in breiter Front erreichen, Frankreich dagegen seine Kongokolonie nicht vom Meere abschneiden lassen wollte. Nach langem Ringen und Feilschen kam man auch hier zum Schlusse. Deutschland begnügte sich mit einem Zugeständnisse eigentlich nur formeller Art: es sollte sich fortan mit zwei schmalen Spitzen, jede nur einige Kilometer, bis an den Kongo und seinen Nebenfluß Ubanghi ausdehnen; dieser Gebietsfinger, mehr war es nicht, war das, was Kiderlen für seinen Lieblingsgedanken heimbrachte. Die Franzosen aber behaupteten, sie seien unerhört nachgiebig, denn sie geständen die Trennung des französischen Hinterlandes vom französisch bleibenden Meere zu. Sie blieben aber fest, als Kiderlen die Abtretung des Vorkaufsrechtes auf Belgisch-Kongo von ihnen verlangte. Schließlich war man zu Ende und der Vertrag konnte am 4. November 1911 unterzeichnet werden.

Was Marokko allein betraf, so hatte Frankreich allen Grund zur Zufriedenheit. Es errang nach siebenjährigem Streite die Herrschaft über das Land und damit die Gebietsvereinigung Algeriens mit dem weiten Reiche, das von Senegambien bis Ägypten der Republik gehörte. Die Nation war stolz darauf, Deutschland diplomatisch aus dem Felde geschlagen zu haben.

Das den Deutschen am Kongo abgetretene Gebiet war nicht unansehnlich. Der von ihnen aufgegebene „Entenschnabel" (Tschaden) war nur 12000 Quadratkilometer groß, während die neuerworbenen Landstriche 27500 Quadratkilometer umfaßten. Aber der neue Besitz war zum größten Teil Sumpfland, in vielen Gegenden herrschte die Schlafkrankheit. Lästig waren auch die Wegerechte, die den Franzosen eingeräumt waren, damit sie von deren Küste in das Innere gelangen könnten. Immerhin erhielt die Kamerunkolonie zu ihren 493000 Quadratkilometern einen ansehnlichen Zuwachs. Im ganzen jedoch war das Geschäft nicht gerade glänzend; der deutsche Kolonialsekretär Lindequist hielt es für so ungünstig, daß er den Vertrag nicht vor dem Reichstag vertreten wollte und lieber vom Amte zurücktrat. Dies war der Ausgang des Marokkohandels, der seit 1905 Europa in Atem gehalten hatte.

Trotzdem waren der Kaiser, der Kanzler und die Parteien der Linken von der Beilegung des Zwistes befriedigt, da Deutschland endlich den marokkanischen Mühlstein vom Halse hatte, den es sich 1905 auflud. Seit Jahren war es allgemeine Überzeugung, Bülow und Holstein hätten fehlgegriffen, als sie den Kampf um die Unabhängigkeit Marokkos aufnahmen. Alles wäre besser gewesen als dieses Programm; sowohl ein Abkommen mit Frankreich über die Aufteilung des Landes als auch dessen vollständige Überlassung an die Republik. Schon Bülow hatte versucht, sich aus dem Handel zu ziehen und deshalb mit Frankreich den Vertrag vom 9. Februar 1909 geschlossen, jetzt wurde die Sache endlich bereinigt, aber mit einem Fehlbetrage an Weltgeltung Deutschlands.

Daher die erbitterte Gegnerschaft der Alldeutschen wie überhaupt der Rechten des Reichstages gegen die Politik Bethmanns und Kiderlens. Die Opposition zielte aber noch höher, gegen den Kaiser selbst; wäre Deutschland nur mit größerer Schärfe vorgegangen und hätte es aufs Schwert geschlagen, so würde Westmarokko die Beute gewesen sein. Wieder ertönte der Vorwurf, Wilhelm II. habe zu laut seine Friedensliebe verkündet und dadurch Frankreich zur Unnachgiebigkeit ermuntert. Diesmal war der Vorwurf grundlos. Der Kaiser hatte seine Minister gewähren lassen; es gereicht ihm aber zur Ehre, daß es sein dringender Wunsch war, die Nation nicht wegen eines Fetzens marokkanischen Bodens oder südafrikanischen Sumpflandes in den Krieg zu führen. Das deutsche Volk hatte den bestimmten Eindruck des ehrlichen Friedenswillens des Kaisers und in dieser Überzeugung folgte es ihm vertrauensvoll in den Kampf, als der Kaiser ihn 1914 für unvermeidlich erklärte.

In dieser Krise trat etwas Neues in Erscheinung und das war das Anschwellen der Opposition gegen die äußere Politik der Regierung. Der Alldeutsche Verband stand nicht mehr allein wie 1905, seine Ziele und seine Taktik hatten den Beifall der Konservativen und eines großen Teiles der Nationalliberalen. Deutlicher wird die Sache, wenn man an die Stelle der Namen aller Fraktionen die hinter ihnen stehenden

sozialen Schichten setzt. Die Junker und die Offiziere dort, die Schwerindustrie hier forderten eine größere Kraftentfaltung des Reiches, dem sie die Macht zuschrieben, sich auch in einem großen Kriege gegen seine Feinde zu behaupten. Das war der Gegenpol zu der Erscheinung des britischen Imperialismus. Der Unterschied war aber der, daß in England die Imperialisten an der Regierung waren, während sich die alldeutsch genannten Elemente in Opposition gegen den Kaiser und gegen dessen verantwortliche Ratgeber befanden. Kiderlen-Wächter wurde vom Alldeutschen Verband des Wortbruches und einer an Verrat grenzenden Schwäche beschuldigt; Bethmann Hollwegs besonnener Ernst ward, indem man den fünften deutschen Reichskanzler mit dem ersten verglich, als unpraktische Weltfremdheit belächelt. Nur von den Mittelparteien, dem Zentrum und dem Fortschritt, also von den wahren bürgerlichen Elementen, wurden die Beweggründe der Regierung nach Gebühr gewürdigt, die unter dem Kreuzfeuer der nie zu befriedigenden Sozialisten und der noch anspruchsvolleren Junker stand.

Die Verbitterung der nationalistischen Parteien stieg noch, als die englische Regierung im Sommer 1911 an den Nerven der deutschen Nation zerrte. Der Führer der Konservativen, Heydebrand, der Mann nach dem Herzen des Offiziersadels, schlug gegen Britannien Töne an, die bei der Besprechung der Beziehungen zum Auslande im Deutschen Reiche kaum je gehört worden waren. Es war der doppelte und dreifache Widerhall dessen, was jenseits des Kanals herüberschlug. Er hielt am 29. Oktober 1911 in Breslau eine Rede, in der er den Niedergang des Ansehens Deutschlands beklagte und von der „grandiosen Unverschämtheit" des englischen Ministeriums sprach. Selbst das liberale Kabinett, das für wenig kriegerisch gelte, halte dem Deutschen Reiche die Faust unter die Nase, was für ein Volk bitter hart sei, das den Krieg von 1870 hinter sich habe. Womöglich noch schärfer sprach Heydebrand, als am 9. November im Reichstage der Vertrag mit Frankreich zur Beratung stand. Er verteilte die Hiebe gleichzeitig auf die deutsche Regierung, deren Schwäche das Übel herbeigeführt hätte, und auf die von ihm hart hergenommenen Westmächte. Der Friede werde nicht durch die Nachgie-

digkeiten der Regierung erhalten, sondern durch die Furcht der Franzosen vor dem guten deutschen Schwerte, das, wie die Franzosen wissen, nicht immer rosten werde. Auf die Drohungen Lloyd Georges werde das deutsche Volk, wenn die Stunde komme, noch die Antwort zu geben wissen. Während er so sprach, befand sich Kronprinz Friedrich Wilhelm unter den Zuhörern und bekundete durch Miene und Bewegungen, daß er mit Heydebrand übereinstimme. Von diesem Tage an wurde der Kronprinz den Alldeutschen zugezählt, und man nahm an, er könne den Tag nicht erwarten, um jene Drohungen zur Tat zu machen. Noch am selben Abend ließ der Kaiser den Kanzler zugleich mit dem Kronprinzen zu sich berufen und beauftragte den Kanzler, seinem Sohne die Gründe für die von der Regierung befolgte Politik auseinanderzusetzen. Es war ein förmliches Kolleg, das der junge Herr über sich ergehen lassen mußte. „So entschieden und markant billigte der Kaiser", damit schließt Bethmann Hollweg den Bericht über den Vorgang, „eine auf Ebbung der Weltgegensätze gerichtete Politik"[1]).

Vor dem Reichstage verteidigte Bethmann Hollweg seine Politik mit der ihm eigenen Sachlichkeit, wobei er die Mängel des Vertrages ruhig zugestand. Die Selbständigkeit des Sultans von Marokko sei eine Fiktion, die nicht länger haltbar sei, die seit der Algecirasakte in der Sache und moralisch unbefriedigend gewesen sei, so daß es sich empfahl, sich mit Frankreich zu vertragen. Herrn von Heydebrand aber erwiderte er nachdrücklich und betonte, der Starke brauche sein Schwert nicht im Munde zu führen. Darauf wurde das Abkommen dem Reichstagsausschusse überwiesen und hier im einzelnen geprüft. Kiderlen-Wächter hielt am 17. November einen längeren, mit reichem geschichtlichen Stoffe ausgestatteten Vortrag. Um zu zeigen, daß die Regierung nicht mutlos gehandelt habe, verlas er die Antwort, die sie Grey am 24. Juli durch Wolff-Metternich hatte erteilen lassen. Darnach mußte die Anklage verstummen, Deutschland hätte sich einschüchtern lassen. Am 5. Dezember sprach der Reichstag seine Zustimmung zu dem Vertrage aus.

[1]) Th. v. Bethmann Hollweg, „Betrachtungen zum Weltkriege", I, S. 35.

Nicht weniger lebhaft verliefen die Beratungen in den französischen Kammern, obwohl Frankreich allen Grund zur Zufriedenheit mit dem Ausgange hätte haben sollen. Den nächsten Anlaß zur Aufregung bot die Veröffentlichung des am 4. Oktober 1904 zwischen Frankreich und Spanien geschlossenen Geheimvertrages, der durch eine nicht aufgehellte Indiskretion in einer Pariser Zeitung abgedruckt wurde. Daraus erfuhren die Franzosen, daß Delcassé auf Andrängen Englands die ganze Nordküste Marokkos den Spaniern überlassen hatte. (Band I, Seite 408). Somit war der Wert der Erwerbung nicht so groß, als man angenommen hatte. Die Unannehmlichkeit mußte hingenommen werden, da England auch jetzt hinter Spanien stand. Trotzdem war der Vorteil Frankreichs so überwiegend, daß die Deputiertenkammer den Vertrag mit Deutschland am 20. Dezember mit großer Mehrheit annahm. Caillaux verteidigte ihn in einer großen Rede, in der er mit einer für einen Franzosen seltenen Unbefangenheit den Wert des Einvernehmens mit Deutschland hervorhob. Aber der dumpfe Groll der unversöhnlichen Vergeltungspolitik kam in der Beratung mehrfach zum Ausdrucke, auch darin, daß alle Abgeordnete des französischen Lothringen erklärten, sie müßten gegen den Vertrag stimmen, damit es nicht den Anschein habe, Frankreich könne jemals „vergessen". Es sollte also nie zwischen den zwei Völkern Frieden geben.

Bewegter war die Aussprache im Senat. Hier zog sich über Caillaux ein Ungewitter zusammen. Es wurde ruchbar, daß er sich durch Fondère mit dem Berliner Kabinett in eine geheime Unterhandlung eingelassen, von der er nicht einmal den Minister des Äußeren, de Selves, verständigt hatte. Dieser wurde befragt und nahm an Caillaux Rache für die Zurücksetzung, so daß der Ministerpräsident mit Vorwürfen überschüttet wurde; Clemenceau stellte sich an die Spitze seiner Gegner, benutzte die Gelegenheit, um den jüngeren Nebenbuhler niederzuringen. Es war ein bedenkliches Zeichen der Zeit, daß er, die Friedenspolitik seines eigenen Ministeriums (1906—1909) verleugnend, seinen feurigen Patriotismus glänzen ließ und Deutschland wegen angeblicher Übergriffe zur Rechenschaft zog. Wieder also, das erkannte

man, bahnte es den Weg zur Macht, wenn ein Parteiführer der Eitelkeit und dem Rachedurste der Nation Worte lieh. So hatte sich im Jahre 1911 die Stimmung zum Schlimmeren gewendet. Das bekam vor allem Caillaux zu verspüren. Gegen ihn erhoben sich auf der einen Seite seine nationalistischen Landsleute, dann aber auch die Presse Englands, soweit sie den Imperialisten zu Gebote stand. Für sie war Caillaux der bestgehaßte Mann, da er seinen eigenen Weg gegangen war, England zwar vorgeschoben, aber die Versöhnung mit Deutschland angebahnt hatte. Von Britannien wurde der Sturm gegen ihn genährt. Die Wochenschrift „Spectator" behauptete, er sei ein Verräter an seinem Vaterlande, vielleicht ohne es zu wollen; er demütige es durch Hinneigung zu Deutschland. Es war also ein Verbrechen, wenn ein französischer Staatsmann von Friedenswillen getragen war. Von seiner eigenen Partei, den Sozialradikalen, im Stiche gelassen, bot Josef Caillaux am 13. Juni 1912 seine Entlassung an. Sein Fall bewies, daß die Kluft zwischen den zwei Nachbarvölkern nicht zu schließen war. Das wurde noch deutlicher, als Raymond Poincaré sein Nachfolger wurde. Er war der Mann nach dem Herzen Englands, der sich beeilte, wegzulöschen, was Caillaux für eine deutsch-französische Verständigung vorgearbeitet hatte.

So zerrann die Hoffnung der deutschen Staatslenker, sie würden nach der Lösung der Marokkofrage zu einem Einvernehmen mit Frankreich gelangen. Sie waren nicht ganz schuldlos daran, da die Sendung des „Panther" nach Agadir alte Leidenschaften wiedererweckt hatte. Cambon hatte nicht unrecht, als er Kiderlen vorhielt, das sei geschehen, weil die Deutschen den französischen Nationalcharakter nicht genügend kannten und die Wirkung der Maßnahme auf seine Landsleute nicht richtig einschätzten. Als die deutsche Regierung den Schlag führte, wußte sie noch nicht, daß mit Caillaux ein Minister ans Steuer kam, bei dem die derbe Mahnung nicht notwendig war, weil er von selbst auf ein Abkommen mit Deutschland hinarbeitete. Nur darf man Zwischenfällen wie dem Agadir-Ereignisse nicht die Bedeutung beimessen, sie hätten das Verderben herbeigeführt oder auch nur beschleunigt.

Schließlich war der „Panthersprung" doch kein Hindernis für das deutsch-französische Abkommen. Die Ursachen der Feindschaft lagen tiefer; der eine Streitgegenstand war wohl aus dem Wege geräumt, aber das „Irréparable", wie Courcel den Verlust Elsaß-Lothringens nannte, wurde in Frankreich so empfunden wie am ersten Tage. Der Lustspieldichter darf ein Glas Wasser oder einen verlorenen Brief benützen, um die Knoten der Komödie zu schlingen, die Weltgeschichte aber schürft nach tieferen Anlässen und Ursachen des die Völker umfangenden Verhängnisses.

XXX

Die Italiener in Tripolis. Aehrenthals letzte Jahre

XXX. Die Italiener in Tripolis. Aehrenthals letzte Jahre

Das Zwischenspiel von Tripolis

Unversehens löste sich ein Stein von einer Seitenwand los und brachte die Lawine ins Rollen. Tripolis und Cyrene, der schmale Küstensaum mit sanderfülltem Hinterlande, reizte trotz wirtschaftlicher Wertlosigkeit den Ehrgeiz der Italiener, und der Überfall auf diese Gebiete gab den Anstoß zur Umwälzung auf der Balkanhalbinsel.

Die Besetzung von Tripolis durch Italien wurde seit mehr als einem Jahrzehnt erwartet, da die Verabredung darüber schon 1900 mit Frankreich und England getroffen und im Jahre darauf im römischen Parlament der Welt bekanntgegeben worden war. Der Habicht kreiste seitdem um die Beute; ungewiß war nur, wann er zustoßen werde. Daß das römische Kabinett gerade im Herbst 1911 losschlug, hing mit der Lösung der Marokkofrage zusammen. Sobald es klar war, daß Deutschland und Frankreich vor der Einigung standen, war die Aufteilung Nordafrikas so gut wie beendet. Tripolis blieb das letzte noch nicht von Europäern besetzte Gebiet. Es war also Zeit, auch diesem Lande einen neuen Herrn zu geben. Möglich, daß nach der deutsch-französischen Verständigung eine neue Ordnung der Dinge begann. Wie, wenn sich ein leidlich nachbarliches Verhältnis zwischen den zwei Mächten anbahnte? Löste sich dann alles in Wohlgefallen auf, so konnte Italien aus seiner bisherigen Doppelstellung keinen Vorteil mehr ziehen. Deshalb 1911 der rasche Zugriff auf Tripolis.

Der Rat, den Augenblick zu nützen, ging von dem Minister des Äußeren, San Giuliano, aus; er überzeugte den Ministerpräsidenten Giolitti, der nach seiner Art Vor- und Nachteile sorgsam abwog; beide brachten dann den König auf ihre Seite. Am 28. September überreichte der italienische Botschafter dem Großwesir ein Ultimatum, in dem zwischen der italienischen Okkupation von Tripolis und dem

Kriege die Wahl gestellt wurde; nur 24 Stunden Bedenkzeit waren gelassen. Der Stärkere darf sich ungestraft nicht bloß über das Recht hinwegsetzen, sondern auch die Logik auf den Kopf stellen: in dem Schriftstück war gesagt, die Hebung der Provinzen Tripolis und Cyrene auf eine höhere Stufe der Zivilisation sei ein Lebensinteresse Italiens; da die Türkei aber dieser Aufgabe nicht gewachsen sei, bleibe dem römischen Kabinett nichts anderes übrig, als die Besitzergreifung. Die Pforte willfahrte in ihrer Antwort den im Ultimatum erhobenen wirtschaftlichen Beschwerden, lehnte jedoch die italienische Okkupation ab. Sofort erschienen die Italiener vor der Stadt Tripolis, in welche sie am 5. Oktober ohne viel Anstrengung einzogen, nachdem die Besatzung sich auf die Anhöhen hinter den Hafen zurückgezogen hatte. Ebenso mühelos kamen sie in den Besitz der wichtigeren Küstenplätze Tobruk, Derna, Benghasi und Lebda.

Soweit ging alles nach Wunsch, dann aber erfolgte ein Rückschlag. Es gab etwa 6000 türkische Soldaten im Lande, diese fanden jedoch bei den kriegerischen Stämmen des Inneren Unterstützung. Als die Italiener die Hochebene oberhalb der Hauptstadt besetzten und sich in deren schmalen und langgestreckten Oase ausbreiteten, wurden sie am 23. Oktober plötzlich gestört, ihre Vorposten überfallen und zurückgedrängt. Wohl sammelten sich die weichenden Truppen wieder und straften die Erhebung in der Oase durch Niedermetzelung von Schuldigen und Unschuldigen; der Oberbefehlshaber, General Caneva, hielt es aber für geraten, die bereits besetzten Punkte aufzugeben und sich vorerst mit der Festhaltung des schmalen Küstenstriches zu begnügen. Ähnliches ereignete sich in der Nähe des Hafens von Benghasi. Hier erschien aus eigenem Antriebe Enver Bey, der türkische Militärbevollmächtigte in Berlin, flößte den Arabern neuen Mut ein und drängte die Italiener fast bis zur Küste zurück. Die Wüstensöhne rechneten es ihm hoch an, daß er, der die Tochter des neuen Sultans zur Gattin erhalten hatte, alles im Stiche ließ, um sich an ihre Spitze zu stellen. So kam es, daß die Italiener an der Küste das Feld nur so weit behaupteten, als ihre Geschütze reichten. In aller Eile schifften sie neue,

starke Truppenkörper aus, so daß bis Ende des Jahres fünf Divisionen, etwa 80 000 Mann, zur Stelle waren. Mit diesen Truppen wurde die Oase im Dezember wieder besetzt, hier aber ließ der Oberbefehlshaber Halt machen. Das Ministerium gab ihm in der Erwägung recht, daß die unglücklichen Feldzüge gegen Österreich 1866 und gegen Abessinien 1896 zur Vorsicht mahnten. Caneva begnügte sich also damit, den Feind im Schach zu halten und verschob den Vormarsch auf das nächste Jahr. Indessen war die Regierung entschlossen, das Unternehmen zu Ende zu führen; um dies zu bekunden, sprach schon am 5. November ein Dekret des Königs die Annexion von Tripolis und Cyrene aus. Das Parlament gab seine Zustimmung zur Einverleibung des ganzen noch nicht eroberten Gebietes, welches den Namen Lybien erhielt.

Man hätte annehmen sollen, daß der von Italien begangene Einbruch in das internationale Recht in den Ländern, in denen die Annexion Bosniens 1908 die höchste Entrüstung hervorgerufen hatte, Widerspruch finden werde. Wie hatten sich besonders die Briten moralisch gegen Österreich-Ungarn aufgeregt, obwohl dieses seiner von Europa anerkannten Herrschaft nur einen anderen Namen gab! England hatte jedoch einen verschiedenen sittlichen Maßstab für die Beurteilung Österreich-Ungarns, das unerschütterlich zu Deutschland hielt, und Italiens, das vom Dreibunde weggelockt werden konnte. Den Italienern gegenüber verwandelte sich Fluch in Segen, zumal da sie sich die Gunst Englands durch ein fettes Beutestück erkauften. Golf und Hafen von Sollum, an der Grenze von Ägypten gelegen, gehörten zum türkischen Paschalik Tripolis, stachen aber den Briten seit langem in die Augen. Bei der Annexion von Lybien wurde Sollum ausgeschieden und, offenbar nach einer früheren Abmachung, zu Ägypten geschlagen. Durch diese Handsalbe wurden die Gewissensbedenken Albions beschwichtigt.

Nun hätte dieser Handel auch denjenigen Osmanen die Augen öffnen sollen, welche die Anlehnung an England für zweckmäßiger hielten als die an Deutschland. Indessen erlitt das Ansehen des Deutschen Reiches in Stambul durch den Überfall auf Tripolis eine beträchtliche Minderung. Der eine Bundesgenosse Kaiser Wilhelms hatte die Pforte

in Bosnien, der andere in Tripolis geschädigt. Diese zwei Tatsachen zusammengenommen schienen zu beweisen, daß Deutschland dem Sultan keinen ausreichenden Schutz zu gewähren imstande war. Da man am Bosporus dem Dreibunde grollte, mußte der deutschfreundliche Großwesir, Hakki Pascha, Anfang Oktober dem zu England neigenden Said Pascha Platz machen. Zum Präsidenten des geheimen Rates wurde Kiamil Pascha ernannt, der Schleppträger Albions.

Nicht so gleichmütig wie England nahm Frankreich die Ausdehnung Italiens hin. Wohl war diesem Tripolis längst vertragsmäßig überlassen, als aber die Italiener sich des Landes bemächtigten, wurde dies mit Unbehagen aufgenommen. Das zeigte sich gelegentlich des Schmuggels von Waffen, die auf französischen Schiffen den Türken und Arabern zugeführt wurden. Zwei französische Dampfer wurden, da sie Bannware führten, von den italienischen Kriegsschiffen mit Beschlag belegt. Darob Aufregung in Frankreich, wobei Poincaré, seit Anfang 1912 Ministerpräsident, die erste Probe seiner gewöhnlichen Übereilung ablegte. Er sah in Italien bloß den Bundesgenossen Deutschlands und behandelte es darnach. In drohenden Worten verlangte die französische Regierung die Freigebung der zwei Dampfer, indem sie für sich die Untersuchung der Ladung in Anspruch nahm. Italien mochte sich nicht einem Kriege mit Frankreich aussetzen und gab widerwillig nach.

Nicht ohne Sorge blickte Italien auf Österreich-Ungarn, dem es in der bosnischen Krise große Verlegenheiten bereitet hatte. Indessen beruhigte Aehrenthal das römische Kabinett und hielt, wie noch zu erzählen ist, die kriegslustigen Elemente durch seine Autorität nieder; ihm schien es vom österreichischen Standpunkte aus ein Vorteil, wenn der imperialistische Drang des italienischen Volkes sich im Süden des Mittelländischen Meeres auslebte[1]).

Er ließ den südlichen Nachbar also gewähren, wenn auch mit einer wichtigen Einschränkung. Die Italiener erhielten freie Hand zur Führung von Schlägen gegen die Türkei, aber nur dort, wo die politischen Inter-

[1]) A. F. Pribram, „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914", Wien 1920, S. 275ff.

essen Österreich-Ungarns nicht zu Schaden kamen. Deshalb bestand Aehrenthal auf Abberufung der italienischen Eskader von der albanischen Küste und verwahrte sich auch gegen einen Anschlag auf Saloniki. Das wurde von Italien auch zugestanden. Der Einspruch des Wiener Kabinetts stützte sich auf die Bestimmung des Dreibundvertrages von 1887, welche den zwei Genossen vorschrieb, sich bei Aktionen auf der Balkanhalbinsel ins Einvernehmen zu setzen.

Italien ersah sich zunächst andere schwache Punkte des weitgedehnten türkischen Reiches zum Angriffe. In Arabien, wo die Pforte fast unausgesetzt mit Aufständen zu tun hatte, wurde der Aufruhr genährt. Dann aber wurde gegen die Dardanellen ein Schlag versucht. Italienische Kriegsschiffe beschossen die Forts an der Einfahrt, doch ohne sonderlichen Erfolg. Bei diesem Anlasse tat sich Kapitän Millo rühmlich hervor. Er drang in der Nacht vom 18. auf den 19. Juli 1912 mit fünf Torpedoschiffen in die Dardanellen ein und kam bis zu deren engster Stelle vor Kilid Bahr; dann kehrte er, obwohl von den Küstenforts heftig beschossen, ohne Verluste ins offene Meer zurück. Die Pforte sperrte, um neuen plötzlichen Überfällen zu begegnen, die Meerengen auch für Handelsschiffe vollständig, was den russischen Handel stark schädigte. Die Sperre wurde von der Türkei erst aufgehoben, als die Großmächte bei der italienischen Regierung erwirkten, daß ihre Flotte von der Blockade der Dardanellen abstand.

Dies alles waren magere Kriegsergebnisse, bis den Italienern im Ägäischen Meere eine Unternehmung gelang. Am 28. April wurde die Insel Astrophalia besetzt, darauf anfangs Juni Rhodus vom General d'Ameglio mit überlegener Macht angegriffen. Am 4. Mai mußte die schwache türkische Besatzung die Waffen strecken und Italien gewann in Rhodus einen altberühmten, vielversprechenden Hafen. Endlich wurden noch neun kleine Inseln, zu den Sporaden gehörig, besetzt. Diesen sicherte Italien Selbstregierung zu, während es in Rhodus und Astrophalia seine Flagge hißte.

Bei alledem hätte die Türkei den Krieg noch lange fortsetzen können, da nur der Verlust von Rhodus schmerzlich empfunden wurde,

während die anderen italienischen Angriffe sie wenig anfochten. Gleichmütig nahm die Pforte den Verlauf der Dinge in Tripolis hin, wohin sie zwar keine Verstärkungen schicken konnte, wo aber die energische Führung Enver Beys jeden Fortschritt des Feindes hinderte. Die Scharen Envers wagten im Juni und im September 1912 sogar Überfälle auf die Küstenplätze Lebda (Homs) und Derna, ohne sie aber erobern zu können. Die Italiener hielten sich vorsichtig in der Nähe des Meeres, ins Innere nur einzelne Abteilungen bedächtig vorschiebend. Zuletzt wurde der Tadel gegen die zaghafte Kriegführung Canevas so allgemein, daß er am 28. August 1912 den Oberbefehl niederlegte. Aber auch dann ging es nur langsam vorwärts. Indessen stand die Großmachtstellung Italiens auf dem Spiele, so daß es den unleidlichen Krieg trotz den großen Kosten fortführte, die er verursachte. Darin waren Regierung und Volk einer Meinung. Und schon nahte dem römischen Kabinett die langersehnte Hilfe. Die Balkanhalbinsel kam in Bewegung, die Türkei wurde von den christlichen Staaten bedroht, wobei das Geld Italiens und die Tätigkeit seiner Diplomatie mächtig mithalfen[1]). Der Aufstand der Albanesen im Sommer 1912 war zum guten Teil darauf zurückzuführen. Das war aber Nebensache im Vergleiche zur Bildung und Erhebung des Balkanbundes. Tripolis fiel dem römischen Kabinett darauf als reife Frucht in den Schoß.

*

Aehrenthals letzte Jahre

Zuvor aber ging noch eine ernste Sorge an Italien vorüber. Seine Verlegenheiten wurden in den militärischen Kreisen Österreich-Ungarns gern gesehen, und bedenkliche Verwicklungen wären eingetreten, wenn Kaiser Franz Josef sich in seiner Bundestreue hätte erschüttern lassen. Dabei stand ihm Aehrenthal zur Seite, der bei diesem Anlasse wieder

[1]) G. Hanotaux, „La Guerre des Balkans et l'Europe 1912—1913", S. 112.

eine Probe seiner Beharrlichkeit ablegte, die letzte vor seinem nahenden Ende.

Nach Durchführung der Annexion Bosniens war Aehrenthals Ruf unter den Staatsmännern seiner Zeit festbegründet. Das Bündnis mit Deutschland blieb der Eckstein seiner Politik, aber auch dem Genossen gegenüber ließ er es nicht an Bestimmtheit fehlen. Er wollte nicht den Schein aufkommen lassen, als ob Österreich-Ungarn auf Hilfe und Gnade einer anderen Macht angewiesen wäre. Nun war es zwar verständlich, daß er davon ausging, für die Monarchie sei das Bündnis nicht nötiger als für Deutschland; er hätte diesen Satz jedoch nicht so oft unterstreichen sollen. Es wäre vornehmer gewesen, wegzuhören, so oft die Gegner des Bündnisses über die Abhängigkeit Wiens von Berlin anzügliche Bemerkungen machten.

Diese Eigenart Aehrenthals brachte es mit sich, daß er die Verabredungen Kaiser Wilhelms mit dem Zaren zu Potsdam 1910 mit Mißmut zur Kenntnis nahm, als ob deren Abkommen über die Balkanhalbinsel (Band II, S. 390) ohne Österreich-Ungarn und über dessen Kopf hinweg eine Minderung des Ansehens der Monarchie bedeutet hätte. Deshalb gab er sich auch während der Marokkokrise 1911 den Anschein kühler Objektivität zwischen den streitenden Teilen. Gleichzeitig stellten sich zwischen ihm und dem deutschen Botschafter Tschirschky persönliche Mißhelligkeiten ein, über welche die Presse des Dreiverbandes frohlockend berichtete. Indessen war Aehrenthal weit davon entfernt, von Deutschland abzurücken; die Äußerungen seiner üblen Laune waren eher die Folge der ihn bereits quälenden Krankheit. Auch legte er immer größeren Wert darauf, mehr gefürchtet als geliebt zu werden. Würde die marokkanische Angelegenheit zu einem Zusammenstoße geführt haben, so hätte auch er für die Erfüllung der Bündnispflichten Österreich-Ungarns gesorgt.

Seine Balkanpolitik blieb konservativ; auch mit Serbien stellte sich ein erträgliches Verhältnis her, so daß zuerst mit Rumänien, dann auch mit Serbien ein Handelsvertrag geschlossen wurde. Aehrenthal machte auch keine Schwierigkeit, als Fürst Nikolaus von Monte-

negro am 29. August 1910 die Königswürde annahm, schon deshalb, weil der neue König damit als Nebenbuhler des Hauses Karageorgević auftrat. Daneben behielt Aehrenthal, wenn sich die Türkenherrschaft nicht halten sollte, die Autonomie Albaniens im Auge. Daraus ergab sich aber die Unmöglichkeit größeren Entgegenkommens an das Belgrader Kabinett. Dieses stellte 1910 in Wien die Anfrage, ob die Ausdehnung des serbischen Gebietes nach Südwesten, nach Altserbien zu, von Österreich-Ungarn zugelassen werden würde. Der serbische Minister des Äußeren, Milovanović, gewitzigt durch die unangenehmen Erfahrungen im Annexionsstreite, versuchte es diesmal mit einer Verständigung mit Österreich-Ungarn. Aehrenthal wollte sich aber nicht in eine Verabredung über die Zerlegung der Türkei einlassen; auch war die Absicht Serbiens auf Gebiete gerichtet, die zum Teile von Albanesen bewohnt waren, und deren Preisgebung war nicht nach seinem Sinne. Milovanović überzeugte sich, daß das Wiener Kabinett ein unabhängiges und möglichst ausgedehntes Albanien zu schaffen beabsichtigte, was sich mit dem serbischen Vergrößerungsplane nicht vertrug. Der Albanesen nahm sich Aehrenthal auch an, als die türkische Regierung so unklug war, sie durch zentralistische Maßregeln zu reizen; Serbien aber, das die Hoffnung aufgeben mußte, sich mit Hilfe Österreich-Ungarns auszudehnen, spann sich immer tiefer in Feindschaft und Bündnisse gegen dieses Reich ein.

Wie ernst es Aehrenthal mit dem Dreibunde nahm, bekundete seine Politik anläßlich der tripolitanischen Unternehmung. Gleich der deutschen Regierung stand er zu Italien und wehrte jede Feindseligkeit gegen den Bundesgenossen ab. Wohl veranlaßte er das römische Kabinett, die italienischen Kriegsschiffe von der albanischen Küste und von Saloniki zurückzuziehen, sonst aber ließ er Italien gewähren. Darob geriet er in Gegensatz zum Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und noch mehr zum Chef des Generalstabes, Freiherrn Conrad von Hötzendorf.

Das war aber nicht der einzige Streitpunkt zwischen dem Minister des Äußeren und dem Thronfolger, der sich in den letzten Lebensjahren Aehrenthals dessen Gegnern zugesellte und ihm aufs schroffste seine Abneigung zu erkennen gab. Die nächste Ursache war die tiefe Unzu-

friedenheit des Erzherzogs Franz Ferdinand mit der Nachgiebigkeit Aehrenthals gegen das nach Unabhängigkeit strebende Ungarn. Er war der Ansicht, der Versuch, die Magyaren durch nationale Zugeständnisse zu gewinnen, sei hoffnungslos, sie würden dadurch nur ermutigt, mehr zu verlangen. Als die Minister des Kaisers im Jahre 1909, um die Vermehrung der jährlichen Rekrutenzahl zu erwirken, in der Frage der deutschen Dienst- und Kommandosprache nachzugeben rieten, trat der Thronfolger mit seinem Einspruch hervor, stimmte den Kaiser um und grollte den Ministern des Äußeren und des Krieges, weil sie sich nicht in die Bresche gestellt hatten. Er drohte damals mit der Niederlegung seiner militärischen Stellen und wendete damit den nächsten Schritt zur Zweiteilung der Armee ab. Dem Kriegsminister Schönaich gab er sein Mißfallen so schroff zu erkennen, daß dieser 1911 zurücktreten mußte. Als die ungarische Regierung verlangte, daß dessen Nachfolger Auffenberg einfach zum Kriegsminister und nicht, wie es bisher Brauch gewesen, zum Reichskriegsminister ernannt werde, sah der Thronfolger darin einen neuen Vorstoß gegen den Einheitscharakter des Reiches[1]. Seinem Widerspruche wurde jedoch zu seinem tiefem Unmut nicht stattgegeben; unter seinen Papieren befindet sich aber eine vom Oktober 1911 datierte Erklärung, er mißbillige die Änderung und werde, zur Regierung gelangt, den früheren Titel wieder herstellen. Von Aehrenthal hatte er sich bei dessen Eintritt ins Amt eines anderen versehen: auch dieser also wich, wenn gleich nur in einer Formfrage, dem von den Magyaren geübten Drucke und war somit nicht sein Mann.

Ernstere Folgen hatte die Meinungsverschiedenheit über die äußere Politik. Auch über sie hatte der Erzherzog eine bestimmte Auffassung, der er seiner Natur entsprechend mit leidenschaftlicher Heftigkeit Geltung zu verschaffen bemüht war.

Der Kern war: er wünschte in den Jahren vor dem Balkankriege die Herstellung des Einvernehmens mit Rußland, dagegen die kriegerische Abrechnung mit dem österreichische Gebiete begehrenden Italien. Und

[1]) Vgl. Auffenberg-Komarów, „Aus Österreichs Höhe und Niedergang", 1921, S. 152.

wer möchte bezweifeln, daß er auf der richtigen Fährte war, wenn er den lebensgefährlichen Zusammenstoß mit Rußland vermeiden wollte, wenn er einen Ausgleich der beiderseitigen Interessen auf der Balkanhalbinsel anstrebte. Auf der anderen Seite drängte er mit Ungestüm darauf, Italien eine Lektion zu erteilen, um es nicht erstarken zu lassen und ihm die Lust nach dem Besitze von Triest und Trient für immer zu nehmen. Damit geriet er in Gegensatz zu Aehrenthal, der Rußland durch seine bosnische Politik tief verletzt hatte und gerade deshalb auf das Festhalten Italiens beim Bunde der Mittelmächte den größten Wert legte. Nur widerstrebend gab der Erzherzog 1908 seine Zustimmung zur Einverleibung Bosniens und ward nicht müde, zur Gutmachung des daraus erwachsenen Schadens zu mahnen. Im Mittelpunkte seines Systems stand aber sein Mißtrauen gegen Italien, wo die irredentistischen Treibereien seit 1908 einen bedrohlichen Umfang annahmen. Jede dieser Kundgebungen erregte ihm die Galle und er tadelte es bitter, daß die österreichische Regierung Italien trotzdem mit Samthandschuhen anfaßte. Sie ging in ihrer Rücksicht so weit, daß sie auf Wunsch des italienischen Botschafters die Ausstellung eines Panoramas der Seeschlacht von Lissa nur unter der Bedingung gestattete, daß der Name der Schlacht nicht genannt, die Erinnerung an die Niederlage der Italiener nicht wachgerufen werde. Solche Vorkommnisse reizten den temperamentvollen Prinzen zu Zornesausbrüchen. Er und Generalstabschef Conrad wiesen darauf hin, daß Italien sich durch Festungsbauten und Truppenansammlungen im Nordosten zum Kriege gegen Österreich-Ungarn rüstete. Gerade zu Beginn der Tripolis-Unternehmung kam der österreichische Generalstab zur Kenntnis eines zwingenden Beweises, daß der vermeintliche Bundesgenosse während der bosnischen Krise alles zur Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn vorbereitet hatte. Auf den gedruckten Blättern, durch welche die italienischen Reservisten 1911 zur Fahne berufen wurden, befand sich nämlich ursprünglich die Jahreszahl 1908, die in aller Eile ausgelöscht war, als man nach drei Jahren wirklich mobil machte. Conrad legte das Blatt dem Kaiser vor und zog daraus den Schluß, daß er recht

gehabt hatte, schon 1907 zum Vorbeugungskriege gegen Italien zu mahnen und seinen Rat während der bosnischen Krise zu wiederholen[1]).

Es war daher nur folgerichtig, daß der Chef des Generalstabes die tripolitanische Verwicklung zum Anlasse nahm, um den Kriegsruf abermals ertönen zu lassen. Jetzt sei Italien in Afrika überbeschäftigt, seine Nordgrenze läge dem Einmarsche eines österreichischen Heeres offen. Wir wissen, daß Conrad es für einen Grundfehler Aehrenthals hielt, nicht schon 1909 Serbien in einem raschen und mühelosen Feldzuge niedergestreckt zu haben. (Band II, Seite 268.) Seither war die Entzweiung zwischen den beiden Männern bis zur persönlichen Bitterkeit gediehen. Schon einige Monate vor dem Ultimatum Italiens an die Pforte brach ihr Zwist mit einer Heftigkeit aus, die ein Zusammenwirken nur schwer zuließ. Conrad fand damals, der österreichische Botschafter Mérey in Rom zeige der italienischen Regierung ein der Würde der habsburgischen Monarchie nicht entsprechendes Entgegenkommen. Einmal verlangte Mérey (Mai 1911), der österreichische Generalstab solle in der Entsendung von Spionen nach Italien vorsichtiger sein, da, wie er schrieb, sonst die Langmut der italienischen Regierung zu Ende gehen und sie amtliche Beschwerde erheben werde. Darauf legte Conrad dem Kaiser eine Liste von 18 festgenommenen und abgeurteilten italienischen Spionen vor, während die Italiener in derselben Zeit nur drei Österreicher zu Gefangenen gemacht hätten; als Soldat brauche er keine Belehrung über die pflichtgemäße Vorsorge zur Sicherung des Reiches gegen feindliche Anschläge; in Méreys Händen sei die Vertretung Österreichs schlecht aufgehoben. Darauf nahm Aehrenthal den Botschafter als einen der fähigsten und gewissenhaftesten Diplomaten des Staates in Schutz und verbat sich mit kaum zu überbietender Schärfe Conrads Einmischung in die auswärtigen Geschäfte. Der Chef des Generalstabs blieb die Antwort nicht schuldig, so daß der Kaiser eingreifen mußte und durch seinen Generaladjutanten Bolfras den Streit soweit schlichten ließ, daß die zwei Männer eben noch nebeneinander im Amte bleiben konnten.

[1]) A. F. Pribram, Der Kampf Conrad—Aehrenthal („Österreichische Rundschau" 1920, Augustheft).

Das war aber nur das Vorspiel zum unabwendbaren Bruche. Nach dem Ultimatum Italiens an die Türkei vom 28. September reifte der persönliche Gegensatz zu einem grundsätzlichen aus, bei dem die Lebensfragen des Reiches im Spiele waren. Die beiden Männer, jeder in seiner Art hervorragend, stellten den Kaiser vor die Wahl, mit dem einen seine bisherige Friedens- und Bündnispolitik fortzusetzen oder sich des anderen bei dem Waffengange gegen Italien zu bedienen. In bemerkenswerten Denkschriften legten sie ihre nicht zu vereinbarenden Auffassungen nieder.

In einem im November 1911 dem Kaiser erstatteten Vortrage, mit zahlreichen, die militärischen Verhältnisse behandelnden Beilagen, faßte Conrad noch einmal die Gründe zusammen, die nach seiner Ansicht für den Krieg gegen Italien und gleichzeitig gegen Serbien sprachen. Er setzte auseinander, daß Österreich-Ungarn, je länger es die Entscheidung hinausschiebe, unter um so ungünstigeren Umständen den Kampf um sein Dasein werde führen müssen. Denn außer an der Grenze Deutschlands sei es rings von Feinden umgeben; ließe man diesen Zeit sich zu vereinigen, verbände sich Rußland mit Italien und den Südslawen und gar mit Rumänien zu einem Angriffe, so wäre das Reich vor eine unlösbare militärische Aufgabe gestellt. Einem solchen Kriege sei es nicht gewachsen. Conrad zog aber daraus nicht den Schluß, daß die Diplomatie den Zusammenstoß verhindern, sondern den, daß das Reich dem Unheil durch einen gegen die schwächeren Gegner gerichteten Vorbeugungskrieg zuvorkommen müsse. Insofern hat die Denkschrift etwas gewaltsames und überspanntes, denn es drängt sich die Frage auf, ob denn die rings lauernden Feinde es der Monarchie gestattet hätten, Teilkriege zu führen, ob sie sich nicht vielmehr zusammengefunden haben würden, um Österreich-Ungarn zwischen die Zange zu nehmen.

Darauf gibt Conrad die Antwort, daß es die Hauptaufgabe der Diplomatie wäre, einen Ausgleich zwischen Österreich und Rußland herbeizuführen. Denn es fehle, so behauptete er, jeder Interessengegensatz zwischen den zwei Mächten. Er führt einen Hieb gegen Aehrenthal,

indem er hervorhebt, die Beziehungen zu Rußland hätten sich in letzter Zeit aus politisch-persönlichen Gründen verschlechtert. Aus dem Entwurfe der Denkschrift ersieht man, wie darin durch ausführliche Zusätze der Gedanke einer Verständigung mit Rußland immer schärfer herausgearbeitet wurde. Ohne dieses Einvernehmen war der von ihm empfohlene Krieg gegen Italien und Serbien doch das gefährlichste Abenteuer.

Das Gewagte der Beweisführung Conrads liegt darin, daß er auf die Neutralität Frankreichs und Englands rechnete, falls Rußland sich dennoch an die Seite Italiens und Serbiens stellen sollte; dann aber, daß er nicht abwarten wollte, bis Rußland — etwa durch Überlassung des Bosporus — begütigt und abgefunden wäre, sondern unmittelbar auf das Zuschlagen gegen Süden und Südosten drang. Noch sei Rußland nicht genügend gerüstet, auch durch das bundestreue Deutschland im Zaume gehalten. Überdies seien die Kräfte Italiens in Tripolis gebunden, also Österreich-Ungarn ihm und gleichzeitig auch den zwei südslawischen Königreichen militärisch überlegen. So könnte die Monarchie zunächst diese drei Feinde erledigen. Warte man zu, so werde Italien die nächste Gelegenheit benützen, um über Österreich-Ungarn herzufallen; das Bündnis — Conrad setzt das Wort unter Anführungszeichen — sei innerlich unwahr und unaufrichtig, wie es nie eines in der Weltgeschichte gegeben habe. Durch einen Sieg sei Italien dauernd zu schwächen; selbst wenn man ihm auch nicht Venedig abnehmen könnte, so sollte man wenigstens das Land bis zum Tagliamento und ebenso die militärisch wichtigen Grenzstreifen an der kärntnerischen Grenze in Besitz nehmen; Serbien aber müßte der habsburgischen Monarchie vollständig einverleibt werden, da es sonst immer deren südslawische Provinzen in Aufruhr zu setzen bestrebt sein werde. Auch mit dem Zeitpunkte des zu führenden Krieges beschäftigt sich die Denkschrift. Alle Anzeichen sprächen dafür, daß Italien an der Wende der Jahre 1912 auf 1913 mit den Vorbereitungen eines Krieges gegen Österreich-Ungarn fertig zu sein gedenke. Sonach hätte Österreich-Ungarn im Frühjahr 1912 loszubrechen.

Es wurde Aehrenthal nicht schwer, die Schwächen dieses Gedankenbaues nachzuweisen. Er legte dem ohnedies vom Herzen ihm zustimmenden Kaiser dar, daß ein Überfall auf den langjährigen Bundesgenossen ein unentschuldbarer Treubruch wäre; um den guten Ruf des Wiener Kabinetts wäre es dann geschehen. Er warnte auch vor den politischen Irrtümern in der Rechnung des Generalstabschefs. Es sei wahrscheinlich, daß Rußland sich der südslawischen Staaten annehmen und um Serbiens willen in den Kampf eingreifen werde. Dann wäre der allgemeine Krieg in Europa entfesselt. Denn Conrads Annahme, England und Frankreich würden bei einem Zusammenstoße der slawischen Welt gegen Mitteleuropa neutral bleiben, sei höchst gewagt. Überhaupt böte er durch seine Ausführungen den Beweis seiner Unvertrautheit mit der äußeren Politik. Eine derartige Einmischung des Chefs des Generalstabs sei unstatthaft und führe zu Reibungen mit dem Minister des Äußeren, was eine Klärung der Lage notwendig mache. Sache des Generalstabs sei es, die Vorbereitungen für einen etwa notwendigen Krieg zu treffen. Conrad gehe über diese Obliegenheiten hinaus, indem er der äußeren Politik die Wege weise[1]).

Die Ansichten standen sich so schroff gegenüber, daß der Kaiser die Wahl zwischen seinen zwei vornehmsten Gehilfen treffen mußte. Er schwankte keinen Augenblick, da er den Bruch des Bündnisses mit Italien aus sittlichen wie aus politischen Gründen weit von sich wies. In einer kurzen Audienz kündigte er Conrad an, daß er ihm eine andere Verwendung geben müsse; am 1. Dezember erfloß in ehrenvollen Formen das kaiserliche Handschreiben mit der Enthebung vom Amte. Conrad erhielt eine rein militärische Stellung als Armeeinspektor, und Italien wurde darüber beruhigt, daß Franz Josef seiner Bündnispflicht treu bleiben werde. Noch im Winter auf 1912 begannen die Verhandlungen zwischen Wien, Berlin und Rom über die Verlängerung des Dreibundes, die später, am 5. Dezember 1912, erfolgte[2]).

Aehrenthal gab sich keiner Täuschung über die innere Unwahrheit

[1]) A. F. Pribram, Konflikt Conrad—Aehrenthal, l. c. S. 113ff.

[2]) A. F. Pribram, „Die Geheimverträge", l. o. S. 268ff.

des Bündnisses hin; er war aber der Ansicht, es sei noch immer besser, Italien an dem, wenn auch dünnen Faden des Bundes festzuhalten, als es in das feindliche Lager zu treiben. Das sah Erzherzog Franz Ferdinand auch später ein, wenn er auch den Wert des Bündnisses niedriger einschätzte, als der von ihm bekämpfte Minister. Er ließ nach dem Siege der Friedenspolitik versichern, daß er nicht den Krieg gewollt, aber gewünscht hätte, das Wiener Kabinett solle die tripolitanische Verwicklung dazu benützen, Italien zum völligen Verzicht auf Albanien und zur Niederhaltung der irredentistischen Treibereien zu bestimmen. Außerdem ließ er mit besonderem Nachdrucke in der Presse erklären, ihm läge es ungeachtet seiner gut katholischen Gesinnung ferne, auf die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes hinzuarbeiten, wie man ihm zumutete; er beurteile das Verhältnis zu Italien nur unter dem österreichisch-patriotischen Gesichtspunkte[1]).

Aehrenthal errang seinen letzten Erfolg als ein dem Tode geweihter Mann. Eine unheilbare Krankheit, Leukämie, die Zersetzung der roten Blutkörperchen, zehrte seit längerer Zeit seine Kraft auf. Aber sein Wille war so fest wie früher und es ist etwas Großes, wie er zur rechten Zeit sein Haus bestellte. Er legte die Richtlinien seiner Politik in einer Denkschrift nieder, von der er je eine Abschrift für den Kaiser, den Thronfolger und das Archiv seines Ministeriums bestimmte. Als Schwerkranker bat er um seine Entlassung, sorgte aber noch für die Bestellung eines Nachfolgers, der die Geschäfte in seinem Sinne führen sollte. Ihm lag, wie seine Freunde behaupteten, am Herzen, zu verhindern, daß ihm ein Mann von der Richtung des Thronfolgers, etwa Graf Czernin, folge. Es heißt, daß der Erzherzog seinerseits den Freiherrn von Burian und den Botschafter in Paris, Grafen Szécsen,

[1]) Über die Ansichten des Thronfolgers belehrt man sich aus dem Buche von Leopold Freiherrn von Chlumecky, „Die Agonie des Dreibunds“, Wien 1915. Diese Arbeit ist eine Sammlung von Aufsätzen, die Chlumecky, im Vertrauen des Erzherzogs stehend, zwischen 1906 und 1915 veröffentlichte; auf Seite 201—280 wird die Politik des letzteren im Gegensatze zu der Aehrenthals dargelegt. Der Verfasser sagte mit großer Klarheit durch Jahre vorher, daß sich Italien den Gegnern des Dreibunds zugesellen werde. Vgl. auch Th. von Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866“, II. Band, S. 247—252.

ablehnte, mit welch letzterem der Kaiser tatsächlich selbst über den Eintritt in das auswärtige Amt verhandelt hatte. Man einigte sich endlich auf den Grafen Berchtold, Botschafter in Petersburg, der aber dem Kaiser vorstellte, die Bürde wäre für seine Schultern zu schwer. Da er jedoch allen leitenden Personen als Minister genehm war, so bestand der Herrscher auf seiner Ernennung, die am 16. Februar 1912 kundgemacht wurde. Am Tage darauf starb Aehrenthal, 58 Jahre alt. Weshalb sein Heimgang nicht abgewartet worden war, wurde erst später bekannt und ebenso, aus welchem Beweggrunde der Minister mit der ihm eigenen Willensstärke auf seinem Rücktritte beharrt hatte.

XXXI

Bündnis- und Einkreisungspolitik Greys 1912

XXXI. Bündnis- und Einkreisungspolitik Greys 1912

Es war kein zufälliges Zusammentreffen, daß die englische Politik im Herbste 1911 ebenso von den preußischen Junkern und den Alldeutschen wie von den britischen Radikalen verurteilt wurde, obwohl die einen von den anderen durch eine Welt von Vorstellungen getrennt waren. Es war aber eine in die Augen springende Tatsache, daß sich die Kabinette des Festlandes während der Marokkokrise insgesamt um den Frieden bemühten, während die Reden und Kriegsrüstungen der britischen Staatslenker allgemeine Unruhe verbreiteten. Die französische Regierung hatte das Hauptverdienst an dem friedlichen Austrage, aber alle Urteilsfähigen stimmten darin überein, daß auch Wilhelm II. ihn aufrichtig wünschte[1]). Dasselbe galt von Rußland, denn von Petersburg kam der vielleicht entscheidende Anstoß, der die zwei Kabinette zur Mäßigung verhielt[2]); Österreich-Ungarn endlich und Italien taten, wenn sie der Sache auch ferner standen, nichts zur Verschlimmerung der Lage. Es fiel den englischen Radikalen schwer aufs Herz, daß sich England an diesen Bemühungen für den Frieden nicht beteiligte. Allerdings begegnete der Schlag von Agadir auch bei den englischen Liberalen einmütigem Tadel, aber der radikale Flügel der Partei gab der Überzeugung Ausdruck, das Londoner Kabinett habe Europa an den Rand des Weltkrieges geführt.

---

[1]) In diesem Sinne äußerte sich auch der russische Botschafter in Berlin in seinem Berichte vom 13. Oktober 1911. Vgl. Siebert, l. c. S. 445.

[2]) Ebenda, S. 408ff.

*

Die englischen Radikalen gegen Grey

Wohl verfügte das Ministerium Asquith-Grey auch in der äußeren Politik über die Mehrheit der beiden Häuser des Parlaments, aber in der eigenen Partei war der Glaube an seinen Friedenswillen erschüttert. Dieses Vertrauen wieder herzustellen, war der Zweck der großen Parlamentsrede Greys vom 27. November 1911. Das gelang ihm zwar nicht vollständig, indessen machte sowohl die stolze Ruhe, mit der er den von Bethmann Hollweg und Kiderlen-Wächter gegen England erhobenen Vorwürfen entgegentrat, wie der von einer höheren Warte aus gewährte Überblick der Weltlage einen starken Eindruck; der Grundton der Rede war friedlich, wenn auch tiefe Abneigung gegen Deutschland durch die Hülle drang. Drohende Worte wechselten mit Versicherungen der Friedensliebe und selbst des Wohlwollens ab. Um seinen guten Willen zu erweisen, gebrauchte Grey die entgegenkommende Wendung, England werde dem Deutschen Reiche bei der Ausdehnung in der Mitte Afrikas nicht im Wege stehen. Auf der deutschen Botschaft zu London wirkte der Beschwichtigungstrank. Waren aber die Worte aufrichtig gemeint? Sie enthielten auch eine Warnung an Belgien und Portugal, vor dem Ehrgeize der Deutschen auf der Hut zu sein. So brachte Grey jedem etwas und rückte mit dieser Rede in die vorderste Reihe der europäischen Staatsmänner.

Indessen erreichte er nicht seinen Hauptzweck, die Liberalen der Gladstoneschen Schule zu überzeugen, er habe im Sommer 1911 redlich am Friedenswerke mitgearbeitet. Im Oberhause tadelte der angesehene Lord Courtney Ende November die Regierung, weil sie nicht auf die Versöhnung, sondern auf die Isolierung Deutschlands hinarbeitete, worin ihm die Lords Weardale und Newton zustimmten, obwohl viele Anwesende die Kritik mit Unwillen aufnahmen[1]).

[1]) Vgl. G. P. Gooch, Life of Lord Courtney, London 1920, S. 568 ff.

Die genannten Lords und die Zeitungen, die Gladstones politisches Vermächtnis hüteten, waren darin einig, daß die Politik Greys den Frieden gefährde. Die „Daily News", das Sprachrohr des linken Flügels der liberalen Partei, forderte geradezu seinen Rücktritt, indem sie am 10. Januar 1912 schrieb: „Die Zeit ist jetzt gekommen, mit einer nicht mißzuverstehenden Klarheit festzustellen, daß Sir Edward Grey als Staatssekretär des Äußeren unmöglich ist." Um Neujahr 1912 erschienen in der „Fortnightly Review" und in der „Contemporary Review" Artikel mit bitteren Klagen über die unselige englische Marokkopolitik, wozu dann noch der schlechte Eindruck der Zertretung Persiens kam, die im Winter 1912 vor sich ging. Die Seele dieses Feldzuges war der Pazifist E. D. Morel, der sich schon früher einen Namen gemacht hatte, als er die im belgischen Kongostaate an den Eingeborenen verübten Greuel ans Tageslicht zog. Morel vereinigte seine während der Marokkokrise geschriebenen Aufsätze in einem Buche, das wichtige Beiträge zur Geschichte des Jahres 1911 bietet[1]). Man erfährt daraus, daß Lloyd George seine Rede vom 21. Juli zwar im Einvernehmen mit Asquith und Grey gehalten hatte, daß dagegen die anderen Minister nicht zu Rate gezogen worden waren; sie und die liberale Partei seien zum Teil von der Aussprache unangenehm berührt gewesen. Er stellt ferner fest, daß die Falschmeldung, Deutschland schreite soeben zur Besetzung Agadirs, um den Hafen zu behalten, von den „Times" in die Welt gesetzt worden war, daß dieses Blatt unaufhörlich zum Kriege gehetzt hatte. Erst durch die „Times" sei die Aufregung über das Erscheinen des deutschen Kanonenbootes auch in die französische Presse hineingetragen worden. In einem der Aufsätze wies Morel überdies darauf hin, daß Deutschland einen friedlichen Ausgleich anstrebte, ferner, daß es volles

[1]) E. D. Morel, „Marocco in Diplomacy", London 1912. Das Buch führt in seinen späteren Auflagen den Titel: „Ten Years of Secret Diplomacy". Während des Weltkrieges schrieb derselbe Verfasser das Buch „Truth and the war", London 1915, in dem er Englands Mitschuld an dem Weltkriege darlegte und für einen Verständigungsfrieden eintrat. Er machte den Versuch, das Buch dem Dichter Romain Rolland auf dessen Wunsch zuzuschicken, und wurde deshalb zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. So nach einem von Georg Brandes 1917 veröffentlichten Artikel, übersetzt in der „Frankfurter Zeitung" vom 9. Dezember 1917.

Recht auf eine Landentschädigung besaß. Mit ihm zusammen stritt das demokratische Wochenblatt „Nation“ gegen Grey, dem es am 18. Januar 1912 in einem kraftvollen Artikel vorwarf, „er habe alles geopfert, nur nicht seine Vorurteile, alles geduldet, nur keine friedliche Verständigung, er habe jeden Handel abgeschlossen, nur keinen mit Deutschland“. Der europäische Friede sei von seinem Rücktritte bedingt.

Es ist oft gesagt worden, die englische Diplomatie habe im 20. Jahrhunderte die deutsche an Umsicht und Geschicklichkeit übertroffen, sonst hätte sie nicht das gewaltige Bündnis gegen Mitteleuropa zustande bringen können. Sicherlich ist dies richtig; indessen fällt in zwei wichtigen Aktionen, bei der bosnischen Krise von 1908 und im Marokkostreite von 1911, die Plumpheit auf, mit der sich das Londoner Kabinett dort Österreich-Ungarn, hier Deutschland, entgegenwarf, wobei es sich jedesmal eine Schlappe holte. Im ersten Falle hatte Bülow, im zweiten Staatssekretär Kiderlen besser manövriert. Allerdings wurde der Verlauf der Dinge in der Hauptsache dadurch nicht geändert. Die Politik der Einkreisung wurde mit echt britischer Zähigkeit und erfolgreich fortgesetzt, so daß das Deutsche Reich immer enger umstellt und in eine ungünstige Verteidigungsstellung gedrängt ward. Die offenkundige Übermacht Großbritanniens aber erfüllte die große Mehrheit des britischen Volkes mit Stolz, so daß sie König Eduard wie dem Ministerium Asquith-Grey das Mißlingen eines oder des anderen von ihnen geführten Schlages bald verzieh. Diese Männer hatten doch höchstens durch Übereifer im Dienste des Imperiums gefehlt und das war in den Augen der Nation, eine kleine Minderheit abgerechnet, eine läßliche Sünde. Es war dieselbe Sachlage wie im Burenkriege; auch damals fühlten sich die gerecht urteilenden Engländer in ihrem Gewissen durch die Brutalität der amtlichen Politik beschwert, ohne daß dem Niedertreten des Burenvolkes dadurch Einhalt getan wurde. Der starke, die britische Nation erfüllende Machtwille setzt sich in solchen Fällen über die moralischen Bedenken hinweg, er ist ebenso die Wurzel der Größe Englands wie die Ursache des Unheils, das es nur zu oft über das europäische Festland gebracht hat.

Kriegs- und Friedensstimmungen. Roberts. Asquith

Man muß sich hüten, die Frage einfach so zu stellen, ob das englische Volk 1911 den Krieg gewollt habe oder nicht. Jenseits des Kanals waren eben alle Farbentöne vom entschlossenen Kriegswillen bis zum aufrichtig gemeinten Pazifismus vertreten. Durch Verallgemeinerungen entwirft man von britischer Art und Staatskunst ein schiefes Bild. Es gab allerdings eine Kriegspartei, die dafür wirkte, den Kampf mit Deutschland vor dem Ausbaue seiner Hochseeflotte aufzunehmen. In der Admiralität herrschte diese Ansicht vor; sehr begreiflich, da der Seekrieg mit jedem Jahre, mit jedem vom Stapel gelassenen deutschen Kriegsschiffe schwerer zu führen war. Lord Roberts erwartete schon 1911 den Ausbruch des Krieges; er versicherte dem General Townshend, dazu werde es in diesem Jahre oder spätestens im nächsten Jahre bestimmt kommen; Deutschland und Frankreich würden handgemein werden, Britannien werde sich auf die Seite der letzteren Macht stellen, der ganze Kriegsplan sei zwischen London und Paris bis ins einzelne verabredet[1]). Während aber Roberts sich nur unter vier Augen derart aussprach, auch als Feldmarschall im Ruhestande keine amtliche Geltung beanspruchen konnte, ließ sich ein aktiver englischer General bei einer offiziellen Sendung im ähnlichen Sinne vernehmen. General Bethune wurde im Januar 1912 zu Petersburg durch ein ihm von Parlamentariern gegebenes Festmahl geehrt und hielt hier eine Rede, in

[1]) General Townshend erzählte das Gespräch bald nachher auf der von ihm nach Südafrika angetretenen Seereise. So berichtete der deutsche Konsul in Johannisburg dem deutschen Reichskanzler („Norddeutsche Allgem. Zeitung" vom 19. Mai 1916). Townshend war der General, der 1915 mit seiner Division in Mesopotamien von den Türken gefangengenommen wurde.

der er sagte: „Soldaten beschäftigen sich nicht mit Politik, sie erfüllen bloß ihre Pflicht, und die englischen Soldaten werden froh sein, wenn sie bald Gelegenheit haben werden, Schulter an Schulter mit den Russen gegen einen gemeinsamen Feind zu kämpfen.“

Alles Vorausgegangene wurde jedoch durch eine von Lord Roberts am 22. Oktober 1912 zu Manchester gehaltene Rede überboten. Wie seine ganze damalige Tätigkeit galt sie der Empfehlung der allgemeinen Wehrpflicht, war aber deshalb eindrucksvoller als seine früheren Ansprachen, weil sie nicht bloß ausführte, die Deutschen bereiteten den Angriffskrieg gegen England vor, sondern weil er unverhohlen verkündete, es sei die für jede Nation, also auch für die seinige, richtige Politik, zuerst zuzuschlagen und einen notwendigen Vorbeugungskrieg ohne Bedenken und so bald als möglich zu beginnen. Schon früher war es das Leitmotiv seiner Ansprachen gewesen, daß er den Deutschen das Schlimmste zumutete, jetzt wollte er seine Landsleute dazu bestimmen, ihnen zuvorzukommen. Das war folgendermaßen ausgedrückt:

„Von unseren deutschen Freunden, ich weiß dies wohl, wird im Jahre 1912 zwar nicht dogmatisch behauptet, daß in diesem oder im nächsten Jahre der Krieg mit Großbritannien ausbrechen wird; aber im Innersten ihres Herzens wissen sie, jedermann unter ihnen, daß — genau so wie 1866 und 1870 — Krieg in dem Augenblick sein wird, in dem die deutschen Streitkräfte zu Land und zur See, durch ihre Überlegenheit an jedem Punkte, so sicher des Sieges sind, wie irgend etwas in menschlicher Berechnung sicher sein kann. Deutschland schlägt zu, wenn Deutschlands Stunde geschlagen hat. Das ist die seither befolgte Politik seines Auswärtigen Amtes. Das war die von Bismarck und Moltke 1866 und 1870 ohne Bedenken befolgte Politik. Es war seine Politik Jahrzehnt für Jahrzehnt seit dieser Zeit. Es ist seine Politik zu gegenwärtiger Stunde.“

„Es ist eine ausgezeichnete Politik. Es ist oder sollte doch die Politik jeder Nation sein, die bereit ist, eine große Rolle in der Geschichte zu spielen. Durch diese Politik schwang sich Deutschland innerhalb der letzten zehn Jahre mit einem Sprung vom Range eines der

schwächsten Seestaaten zu der, eine einzige ausgenommen, größten Seemacht empor.“[1])

Die Rede des edlen Lords erweckte viel Beifall, aber noch mehr Widerspruch.

Die „Nation“ brachte darüber einen Aufsatz mit der Aufschrift: „Eine teuflische Rede“; „Daily News“ und „Manchester Guardian“ schrieben in ähnlichem Sinne. Auch ein Mitglied der Regierung, Handelsminister Runciman, wandte sich energisch dagegen, daß England ein Friedensbruch zugemutet werde; sogar Grey erhob, wenn auch höflichen Widerspruch, da er nicht als Mitschuldiger des Feldmarschalls gelten wollte. Da Roberts, obschon Lord Rosebery für ihn eintrat, stark ins Gedränge kam, erklärte er in einem vom „Manchester Guardian“ am 5. November veröffentlichten Briefe, er habe sich bloß gegen die pharisäische Verurteilung deutscher Methoden gewendet und dieses Land als einen ebenso würdigen als furchtbaren Gegner hingestellt. Der schwächste Punkt in den Behauptungen des Lord Roberts war, daß er davon sprach, Deutschland habe seit 1871 immer wieder, und auch im letzten Jahrzehnt, zugeschlagen, wenn immer es seinem Vorteile entsprach; das war eine in die Augen fallende Geschichtsfälschung, was die „Nation“ auch hervorhob: „Deutschland hat seit 1870“, so schrieb sie, „niemanden angegriffen, auch schlug es damals nur zur Sicherung seiner nationalen Einheit zu und um der ständigen Drohung des französischen Imperialismus ein Ende zu machen. Seitdem blieb es das friedlichste und das zurückhaltendste, wenn auch ohne Zweifel nicht das sympathischeste Mitglied der europäischen Familie.“[2])

Wenn nun auch die Jingos, als deren Haupt Roberts in der radikalen Presse bezeichnet wurde, in den oberen Schichten der Gesell-

[1]) So nach Lord Roberts „Message to the nation“, London 1913, S. 4—6. Nach Oliver, l. c. S. 334, wurde die Rede am 22. Oktober 1912 gehalten, nicht am 25. Oktober, wie es in der genannten Ausgabe der Rede heißt.

[2]) Die Polemik über die Rede des Lord Roberts' ist dargestellt bei F. S. Oliver, „The Ordeal by battle“, S. 333—349. Oliver steht selbstverständlich ganz auf der Seite Roberts', macht aber den schüchternen Versuch des Nachweises, dieser sei mißverstanden worden.

schaft stark vertreten waren, so bildeten sie im Lande doch nur eine kleine Minderheit, und waren wohl geringer an Zahl als die zuverlässigen Friedensfreunde. Soweit die letzteren im Ministerium saßen, Morley, Burns, Trevelyan, haben sie es 1914 vorgezogen, ihr Amt niederzulegen, um nicht vor dem Parlamente für die Kriegserklärung einstehen zu müssen; aber wenn sie auch allgemeine Achtung genossen, waren sie weder einflußreich, noch auch besaß ihre Gruppe nach dem Tode Campbell-Bannermans ein anerkanntes Haupt. Premierminister Asquith gehörte zu den Imperialisten, aber er war nicht der Mann, um auf irgendeinem Gebiete aus eigenem große Entscheidungen zu treffen; er verkündete für die äußere Politik die Richtschnur: „Wait and see“ — warten und sehen. „Asquith besaß“, so sagt Shaw, „eine glückliche Natur und eine bewegliche Begabung mit Schwierigkeiten fertig zu werden, ohne sie aber vorauszusehen oder ihrer auch nur einen Tag eingedenk zu sein.“ Er war eben keine überragende Persönlichkeit und lenkte seine Partei weniger, als er es verstand, die den öffentlichen Geist bestimmenden Gedanken zu formulieren und die für das Programm gewonnene Mehrheit zusammenzuhalten. Seit zwei Jahrhunderten war er der erste Advokat, der an die leitende Stelle erhoben wurde. Während der Zwischenzeit herrschte ein gewisses Vorurteil gegen Politiker aus diesem Stande; es waren immer große und mittlere Grundbesitzer, nach der Wahlreform von 1832 auch Fabrikanten und angesehene Kaufleute, die das Parlament lenkten, bis sich gegen das Ende des 19. Jahrhunderts die Gepflogenheit änderte. Asquith brachte die seinem Berufe entsprechenden Vorzüge und Schwächen ins Amt mit. Er war ein Debatter ersten Ranges, als parlamentarischer Taktiker seiner Partei unentbehrlich. Oft, wenn sie sich in einer bedrängten Lage befand, hieb er sie durch einen glänzenden Gegenangriff heraus. Darin wurde er, wie man gesagt hat, mit den Jahren seinen Parteigenossen so überlegen, wie ein erfahrener alter Fechtmeister seinen besten Schülern. Indessen war er doch vorwiegend nur ein Formtalent und erhob sich in seinen Ideen nicht über die seiner politischen Umgebung. Er tastete nach allen Seiten und wandte sich dann dorthin, wo

der Erfolg winkte; dann legte er sich mit ganzer Kraft ins Geschirr, so in der Oberhausfrage und beim Fortgange der sozialen Reform. Obwohl von Haus aus Imperialist, schmiegte er sich, solange Campbell-Bannerman Premierminister war, dessen pazifistischen Bestrebungen an; er verteidigte unter ihm ein Friedensbudget, um nach Übernahme des höchsten Amtes den Bau von Kriegsschiffen gewandt und siegreich zu vertreten. In der äußeren Politik ließ er Grey vollständig gewähren. Als während des Weltkrieges die stärkere Persönlichkeit Lloyd Georges, der seinem Berufe nach gleichfalls Rechtsanwalt war, ihre Wucht geltend machte, als alle von Asquith gemachten Versuche gemeinsamen Handelns an dessen herrischem Willen scheiterten, erblich Asquiths Stern vor dem des leidenschaftlichen und rücksichtslosen Wallisers.

*

Persönlichkeit und Politik Greys

So lag die Last und Verantwortung für die äußere Politik auf den Schultern Greys, dessen Name seit König Eduards Tode dem Auslande soviel galt wie England selbst. Er war ebensowenig wie Eduard ein großer Staatsmann; es war ihnen gemeinsam, daß sie ohne scharfe persönliche Eigenart den echt englischen politischen Typus, jeder in einem besonderen Querschnitt, aufzeigten.

Sir Edward Grey war eine langsam reifende Natur, er ist in sein Amt erst mit den Jahren hineingewachsen. In der ersten Zeit seines Staatssekretariats war König Eduard die alle Blicke auf sich ziehende Gestalt; auch Hardinge, der nächste Gehilfe Greys im Ministerium, genoß wegen seiner reicheren Erfahrung in den Geschäften größeres Ansehen als Grey. Dieser war, wie ein Landsmann von ihm schrieb, ein Engländer von insularstem Schlage, dessen Blick durch die geringe Kenntnis des Auslandes beengt war. Er hat keine größere Reise unternommen und sah Paris zum erstenmal auf einem kurz vor dem Welt-

kriege unternommenen politischen Ausfluge. Selbst das Französische lernte er erst genauer, als er 1892 Unterstaatssekretär unter Lord Rosebery wurde; doch brachte er es im Gebrauche dieser Sprache auch als Minister nicht zur Fertigkeit; er antwortete den Diplomaten, die sich ihrer bedienten, lieber englisch. Seine persönlichen Neigungen waren die eines Landedelmannes. Jeden Tag der Muße benützte er zur Fahrt auf sein Gut, um dort zu fischen, während er sich des Jagens enthielt. Lieber beobachtete er die Tiere des Feldes und des Waldes, ohne sie in ihrem Treiben zu stören. Wegen dieser stillen Neigungen hielten ihn die Sportsleute und Fuchsjäger Englands für einen Träumer und Schwärmer, wie überhaupt seiner Natur das derb Zugreifende fehlte. So erklärt es sich, daß er der Gattin des deutschen Geschäftsträgers Kühlmann sagte, ihn zögen in der deutschen Literatur am meisten die Dichtungen Roseggers an, offenbar im Hinblicke auf dessen liebevolle Schilderung seiner Alpenheimat.

Persönlich war Grey ein tadelloser Gentleman, bescheiden und wohlwollend, frei von Eigennutz oder unreinem Ehrgeize. Diese Eigenschaften des Privatmannes kamen aber bei der Regierung des Weltreiches in zweiter Linie in Betracht, denn auch in moralischer Hinsicht waren ihm die Wohlfahrt und Größe seines Vaterlandes der entscheidende Maßstab. Nicht etwa, daß er Neigung und Talent zu den üblichen Kunststücken des diplomatischen Handwerkes gehabt hätte. Auch förderte er das Gute gern, wenn es sich nicht mit dem Vorteile Großbritanniens kreuzte. Als die schändliche Ausbeutung der Eingeborenen im belgischen Kongo durch Morel, die in Putumayo (Südamerika) durch Casement ans Licht gebracht wurden, lieh Grey diesen Männern den Beistand seines Amtes. Wenn dagegen die Ungerechtigkeiten von England selbst und seinen Bundesgenossen verübt wurden, dann stießen die Beschwerden bei ihm auf taube Ohren. Als Unterstaatssekretär wirkte er an der Verabredung mit Italien über die Teilung Abessiniens mit; er gehörte zu denjenigen Liberalen, die die Mißhandlung der Buren durch die englische Gewaltpolitik billigten und deckten. Mit Persien trieb er Rußland zuliebe ein Spiel, das den aufrichtig Freisinnigen

auch in England ein Greuel war. Hier hatte seine Menschen- und Freiheitsliebe ihre Grenzen. Wir werden noch hören, wie die in den Balkankriegen von 1912 und 1913 verübten Grausamkeiten seinen Unwillen und Einspruch hervorriefen, wenn sie den Türken, also den Freunden Deutschlands, zur Last fielen, daß sie ihn aber unberührt ließen, wenn sie von den Klienten Großbritanniens herrührten. Er betrieb, wie Karl Peters richtig bemerkt, keine Stimmungs- und Sentimentalitätspolitik. Die sittlichen Forderungen, die er an sich und die anderen stellte, richteten sich nach den Bedürfnissen Großbritanniens. Nicht daß die Berufung auf Moral und Menschlichkeit in seinem Munde Heuchelei war, denn er fühlte menschlich mit den Menschen; indessen hielt er sein Gewissen in politischer Zucht und ließ sich von ihm im Handeln nicht stören.

Darnach richtete sich auch der Grad der Aufrichtigkeit, mit dem er, sei es vor dem Parlament, sei es im diplomatischen Verkehr, über Richtung und Ziele seiner Politik sprach. Es wurde bereits dargelegt, daß er, wie alle liberalen Imperialisten, durch die humanitären und pazifistischen Strömungen seiner Zeit zu allerhand rednerischen Kunststücken genötigt wurde. Oft verwickelte er sich dadurch in Widersprüche, die ihm Stead, der Führer der englischen Friedensfreunde, während der zweiten Haager Konferenz aufs bitterste vorhielt (Band II, Seite 122ff.). Mit der Zeit jedoch eignete sich Grey den Gebrauch pazifistischer Formeln bis zur Vollkommenheit an und handhabte sie während der Balkankriege so geschickt, daß die braven Leute diesseits und jenseits des Ozeans überzeugt waren, der englische Staatssekretär verdiene wie kein anderer den Friedens-Nobelpreis. Damals lag ihm viel daran, auf der Balkanhalbinsel rasch Ordnung zu machen und die christlichen Staaten zu einem großen Bunde zusammenzuspannen, der, vereint mit den Westmächten und mit Rußland, den um Mitteleuropa gelegten Ring schlösse. Deshalb vermittelte er auf der Londoner Konferenz so klug zwischen den streitenden Teilen, daß er sein und Englands Ansehen auf die höchste Stufe hob. Das war der Gipfel seiner diplomatischen Laufbahn; mit dem also gewonnenen Rufe eines friedliebenden Staatsmannes traf er mit

Frankreich und Rußland die Verabredungen, die zum Weltkriege führten. Diese Geltung war ein von ihm in den Krieg mitgebrachtes moralisches Kapital. In demokratisch regierten Ländern ist es für einen Staatsmann unendlich wichtig, seinen Landsleuten so zu erscheinen, wie er genommen sein möchte. Wie er im Grunde geartet ist, steht auf einem anderen Blatte.

Dabei aber übte er die Kunst der Verschweigung von Tatsachen, des Abschlusses geheimer Verträge, mit aller Umsicht, was ihm in der liberalen Partei verargt wurde. Einer seiner Verehrer findet, in England habe man Grey großes Unrecht angetan, indem er auch bei Leuten, die sonst sein Werk anerkannten, für den Vertreter der Geheimdiplomatie galt[1]). So hielt er es sowohl vor als im Weltkriege, wie es auch nicht anders möglich war, wenn er die einzelnen Staaten für den Bund gegen Mitteleuropa gewinnen wollte.

Von den vielen Fällen, in denen er Freund und Feind irrezuführen beliebte, sei bloß einer hervorgehoben, weil das Aufsehen darüber auch in England ungewöhnlich war. Es geschah zu Beginn der von den Mittelmächten gegen Serbien im Herbste 1915 glücklich durchgeführten Offensive, daß er die Serben durch tönende Redensarten zum Ausharren ermutigte. Er stellte ihnen zu diesem Behufe am 29. September 1915 im Unterhause die vollste Hilfe ihrer Verbündeten in Aussicht, indem er sagte: „Großbritannien ist entschlossen, seinen Freunden auf dem Balkan jede Unterstützung, die in seiner Macht liegt, angedeihen zu lassen, und zwar, in Übereinstimmung mit den Verbündeten, ohne Vorbehalte und Einschränkungen in einer Weise, die jedem am angenehmsten ist." Jedermann mußte diese Worte als feste Zusage auffassen, den Serben von Mazedonien aus mit den Waffen zu Hilfe zu kommen. Als

[1]) Gilbert Murray, S. 123: „Gleichwohl ist für gewisse Kreise in England Grey der typische Vertreter nicht allein der Diplomatie, sondern der besonders verhaßten Form der sogenannten ‚geheimen Diplomatie'. Es ist seltsam, wie eine kräftige Phrase durch ein ganzes Land ungeprüft und unbezweifelt blitzen kann." Diese Worte beweisen, daß die öffentliche Meinung Englands Grey richtiger beurteilte als Murray. Für ihn ist Grey das Muster eines edelgesinnten, friedliebenden Staatsmannes. Die Stelle seines Buches über die Bemühungen Greys um allgemeine Abrüstung ist ein Gewebe von Wahrheit und Dichtung.

dies nicht geschah, als Serbien infolgedessen militärisch zusammenbrach, deutete Grey sein Versprechen im Parlamente — November 1915 — folgendermaßen um: „Meine Worte, mit denen wir Serbien unbedingte und unbeschränkte Hilfe versprachen, hatten nur politische Bedeutung. Die Worte hatten keine militärische Bedeutung. Wir versprachen, unseren Freunden alle Hilfe zu gewähren, die in unserer Macht stand, und das geschah und geschieht.“ Das Verhalten der englischen Regierung war so jämmerlich, daß Lord Curzon am 8. November im Oberhause sagte: „Künftig werden die Nationen unsere Versprechen und Verpflichtungen zur Unterstützung genau prüfen und sie nicht zum Nennwerte nehmen, sondern von allen Seiten betrachten und nachsehen, wo die Falle steckt.“ [1]) Jedem Staatsmanne kann es im Kriege widerfahren, daß die militärischen Verhältnisse stärker sind als seine Absichten. Wer sich aber so unredlich aus der Schlinge zu ziehen sucht, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er einen Bundesgenossen in die Falle lockte.

Daß Grey selbst sehr gut wußte, die schönen Redensarten von den edelmütigen Absichten Großbritanniens, mit denen auch er zeitweilig nicht sparte, fänden doch nur beschränkten Glauben, erhellt aus dem offenherzigen Zugeständnisse, das er am 27. Juli 1909 im Parlamente machte, als ein Abgeordneter ein Loblied auf Großbritannien anstimmte und behauptete, es habe immer eine unparteiische und großmütige Politik getrieben. Darauf erwiderte der Staatssekretär kühl: das sei ganz richtig, bedauerlich aber, daß die fremden Nationen nicht daran glaubten.

Die Unterstützung, die Grey auch bei der Mehrheit seiner Partei fand, und die Rücksicht, welche selbst die Radikalen im Parlamente ihm persönlich angedeihen ließen, ist erst durch seine Stellung zu den Aufgaben der inneren Politik verständlich. Er versöhnte die Opposition der Radikalen mit seiner auswärtigen Politik dadurch, daß er während der sozialen und politischen Reformen auf dem linken Flügel seiner Partei stand. Für seine imperialistische Politik konnte er nicht auf deren Beifall rechnen, um so mehr durch sein Verhalten beim Nieder-

[1]) Das Angeführte nach dem Buche von R. Rotheit, „Kernworte des Weltkriegs“, Berlin 1916.

werfen der Opposition der Lords, bei der Erweiterung des Wahlrechtes, bei der Beratung von Homerule. Er gehörte, was das Stimmrecht der Frauen betraf, zu der Minderheit des Kabinetts, die der Reform freundlich gesinnt war. Nun besteht ein gewisser Widerspruch zwischen der Gewalttätigkeit in der Behandlung fremder Völker, so der Buren und der Perser, und dem weitherzigen Sinne, so oft es sich um die Freiheitsrechte der Briten selbst handelte. Indessen ist Mangel an Folgerichtigkeit der geringste Fehler eines Staatsmannes, wenn überhaupt ein Fehler. Das wichtigste ist, daß die von ihm angewendeten Mittel, gleichviel, ob sie miteinander übereinstimmen oder nicht, dem großen, von ihm angestrebten Zwecke dienen. Das aber war bei Grey der Fall. Sein offener Sinn für die Forderungen der Zeit gewann ihm das Vertrauen der Massen, die ihm deshalb folgten, auch wenn sie bei manchem seiner Schritte stutzten. Wenn in den letzten Jahren vor dem Weltkriege gelegentlich die Rede davon war, wem nach Asquith die Führung der liberalen Partei und die Stelle des Premierministers zufallen dürfte, schwebte der Name Greys auf allen Lippen. Er vermehrte sein Ansehen durch sein seltenes, aber dann um so wirkungsvolleres Auftreten im Unterhause. Gewöhnlich ließ er seinen parlamentarischen Unterstaatssekretär sprechen; wenn er bei wichtigen Anlässen selbst das Wort ergriff, war es ein Ereignis. In der „Westminster Gazette“ war einmal zu lesen: „Man denke sich einen Schulmeister, der einer Zuhörerschaft von Kindern, denen er gerade die Anfangsgründe des Rechnens eingebläut hat, nachträglich eine Predigt hält, und man hat ein richtiges Bild vom Unterhause, wenn es Sir Edward Grey während einer Debatte über auswärtige Angelegenheiten zuhört.“ Durch die Sparsamkeit, mit der er davon Gebrauch machte, erhielt er sein Ansehen frisch.

Dabei waren es nicht etwa ungewöhnliche Geistesgaben, die ihm diese Geltung verschafften. Er erhob sich nicht über das gediegene Mittelmaß eines wohlerzogenen, in Staatsgeschäften emporgekommenen englischen Edelmannes. In der Schnelligkeit der Auffassung blieb er sogar unter dieser Stufe. Er war, wie man von ihm sagte, ein Mann

von „negativem Charakter"; man konnte leichter die Fehler aufzählen, die ihm fehlten, als die Vorzüge, die ihn auszeichneten. „Ich zweifle," so schrieb der Herold seines Ruhms, „ob es je einen großen Minister des Äußeren gegeben hat, der so wenig ein Mann von Geist war als er. Bismarck war ein Mann von Geist erster Klasse. Talleyrand war der Fürst aller witzigen Köpfe. Lord Salisbury war voll von kühnen Epigrammen... Aber in allen Reden Greys ist kaum ein einziger Scherz zu finden, ein einzelner bunter Fleck, eine einzige glänzende Indiskretion. Sie sind als Reden eines Ministers schwach. Dennoch wurden sie mit einem Interesse und einem Vertrauen angehört, wie es das Los von wenigen Ministern des Äußeren gewesen ist." [1])

Auch lag in seiner Natur ein gewisses Schwanken, wenn ein Entschluß zu fassen war. In den Zielen war er sich vollständig klar, aber in den Methoden unsicher, und mancher Widerspruch in seinem Handeln ist darauf zurückzuführen, nicht auf weitwendige Berechnung. Bezeichnend ist das Urteil, das die Jingos nach Art des Lord Roberts und Scott Olivers über ihn fällten. Letzterer fand an den liberalen Ministern im allgemeinen keinen Gefallen, weil sie der allgemeinen Wehrpflicht vor dem Kriege abhold waren und nicht geradenwegs auf den deutschen Nebenbuhler losgingen. Doch fanden in Olivers Augen Grey und Churchill Gnade, da sie sich von der Lehre vom „Machtgleichgewicht" leiten ließen; nur sei Grey in seiner Partei einsam gestanden und habe seiner Natur nach Ratgeber zur Entschlossenheit nötig gehabt. Er sei aber zu entschuldigen gewesen, da er innerhalb der liberalen Partei mit Skeptizismus und Vorurteilen zu kämpfen hatte.

Nach all dem läßt sich der Kern der Politik Greys aus den Hüllen schälen. Im Mittelpunkte steht, daß er den Krieg mit Deutschland für so gut wie unvermeidlich hielt.

Persönlich wohlwollend, wurde er von dieser Aussicht mit Trauer erfüllt, und es ist seinen Freunden zu glauben, daß, wenn er aus der

---

[1]) Gilbert Murray, „The foreign policy of Sir Edward Grey 1906—1914", Oxford 1915, S. 122.

furchtbaren Verwicklung einen Ausweg gesehen hätte, er ihn eingeschlagen haben würde.

Diese menschliche Empfindung konnte und durfte nicht Raum über ihn gewinnen, da das Niederhalten des aufstrebenden Nebenbuhlers sonst nicht zu erzielen war; das Machtgleichgewicht auf dem Festlande, wie man sich in England ausdrückte, war für dessen Seeherrschaft, also nach Ansicht der Briten für Leben und Freiheit, unumgänglich notwendig.

Nur hielt Grey daran fest, daß der erste Schlag nicht von England ausgehen solle, aus Gründen der Moral sowohl, wie um die gesamte öffentliche Meinung seines Landes von der Unvermeidlichkeit des Krieges zu überzeugen. Ein französischer Offizier rief zu Beginn der Schlacht bei Fontenay dem Feinde zu: „Schießen Sie zuerst, meine Herren Engländer!“

Grey war dabei jedoch nicht von ritterlichem Empfinden, sondern gewiß mehr von dem Beweggrunde geleitet, daß England es nicht darauf ankommen lassen dürfe, allein in den Krieg gegen Deutschland einzutreten. Er wollte abwarten, bis der Gegner in einen großen Festlandskrieg verwickelt war; dann aber, dazu war er fest entschlossen, mußte England ohne Zögern über Deutschland herfallen. Auf keinen Fall durfte den Deutschen gestattet werden, ihre Feinde auf dem Festlande früher niederzuwerfen.

Die Zukunft richtig voraussehend, tat Grey pflichtgemäß alles, um England durch Bündnisse zu stärken, und diese Einkreisung wurde eine der wichtigsten Ursachen des Weltkrieges. Greys große Stellung in der Geschichte beruht im wesentlichen in der Knüpfung des großen Allianzsystems gegen Mitteleuropa.

Diese Gedankenkette war fest geschlossen, ihre unerbittliche Logik nur etwas gemildert durch das Gefühl der Verantwortlichkeit, die Grey beseelte. Auch dachte er, wie schon erwähnt, zwar folgerichtig, war jedoch schwankend im Handeln. Daß er keine andere als streng englische Bildung und demnach einen engen Gesichtskreis besaß, war der Erreichung seiner Zwecke eher förderlich. Weltbürgerliche Ideen waren ihm wohl geläufig und dienten zum Aufputze seiner ausschließlich britischen Politik,

sie störten ihn aber nicht auf seinem Wege; er ließ sie in Reden und diplomatischen Aktenstücken prunkvoll aufmarschieren, doch ohne die harten Forderungen der britischen Seeherrschaft je aus den Augen zu verlieren. War ihm mancher zeitgenössische Staatsmann an Geist und philosophischer Bildung überlegen, so verstand er es besser, Bündnisse zu schließen und Deutschland mit einem Netze zu umspinnen, dessen Engmaschigkeit während des Weltkrieges sichtbar wurde. Erfolge, wie er sie erzielte, fallen seltener den reich veranlagten, als den unzergrübelten und unzersplitterten Naturen zu. Da ihm jedoch Tiefe und schöpferische Phantasie fehlten, so zählte er vor dem Kriege die für und gegen Deutschland aufgebotenen Machtmittel nur mechanisch zusammen und kam zu dem Rechnungsfehler, der ihn bestimmte, in seiner großen Rede vom 3. August 1914 zu sagen, daß England bei der Teilnahme am Kriege nicht mehr leiden würde als bei Neutralität.

Er hatte also keine richtige Vorstellung von dem ungeheueren Kampfe, der notwendig war, um die deutsche Nation niederzuringen, was zuletzt überhaupt nur dadurch erreicht werden konnte, daß Amerika in den Krieg eingriff. Im stolzen Gefühle insularer Sicherheit bereitete Grey den verderblichsten Krieg vor, der seit der Völkerwanderung über Europa hinweggebraust ist.

*

Die deutsche Flottennovelle von 1912

Wohl war die Opposition der Radikalen gegen Greys Marokkopolitik der Regierung unbequem, da aber der überwiegende Teil der Nation und mit ihr nahezu alle großen Tagesblätter Londons auf ihrer Seite standen, so sah sie sich nicht veranlaßt, die Richtung zu ändern. Indessen blieben die Vorgänge des Jahres 1911 nicht ohne Wirkung. Grey durchmusterte sein Verfahren und fand es nicht fehlerfrei. Nicht bloß in dem, was

die Radikalen daran tadelten, sondern noch mehr in bezug auf das unbefriedigende Verhältnis zu Rußland. Das Petersburger Kabinett hatte sich mit Deutschland durch das über Vorderasien getroffene Abkommen so tief eingelassen, daß es während des Marokkohandels den Westmächten nicht zu Gebote stand; die Einkreisung Deutschlands hatte hier eine breite Lücke. Die Ursache lag darin, daß die englische Regierung der russischen in Persien nicht freie Hand ließ; das aber konnte nur gut gemacht werden, wenn dieses Reich völlig preisgegeben wurde, um alles Rußland Verstimmende zu beseitigen. Andererseits, so sagte sich Grey, hatte sich die englische Regierung zugunsten Frankreichs zu weit gegen Deutschland vorgewagt und den Vorwurf auf sich geladen, in Europa der Störenfried zu sein; im März 1912 schrieb der belgische Gesandte Lalaing nach Brüssel, das Londoner Kabinett sei päpstlicher gewesen als der Papst. Dies erwägend, lenkte Grey ein, um nicht mit den Jingos verwechselt zu werden; er hatte nicht Lust, der Admiralität zuliebe das Stichblatt der Radikalen zu werden. Fortan trat er in Angelegenheiten des Festlandes vorsichtiger auf und beschwichtigte so die Opposition, die, seiner persischen Politik noch immer abhold, mit der Besserung des Verhältnisses zu Deutschland von Herzen einverstanden war. Auf diese Art gelang es ihm 1912, die Spuren seiner Marokkopolitik zu verwischen; in diesem Sinne lenkte er während der Balkankriege von 1912 auf 1913 die Dinge mit klugem Bedacht. Der Unterschied zwischen dem hitzigen Vorgehen Greys in der bosnischen und Marokkofrage und seiner maßvollen Haltung vor dem Weltkriege ist auffallend; er erklärt sich durch die größere Rücksichtnahme Greys auf die liberale öffentliche Meinung. Zieht man die innerbritischen Verhältnisse in Rechnung, so lassen sich die Faktoren der äußeren Politik unter einen gemeinsamen Nenner bringen. Erst seit 1912 formte sich Grey zu dem Staatsmanne, wie er seinen Zeitgenossen bei Beginn des großen Krieges entgegentrat; er wird der Mann der Versöhnung und des Friedens, der, trotz heißem Widerstreben, in die Kriegswirren hineingerissen wird. Aus seiner Geheimpolitik geht jedoch hervor, daß nicht seine Natur, sondern nur seine Methode sich geändert hat.

Ernstere Gründe noch hatte nach dem Ereignisse von 1911 die deutsche Regierung, mit sich zu Rate zu gehen. Sie stand im Juli und August hart vor dem Kriege mit England, dessen Feindseligkeit sich nie so unverhohlen geäußert hatte. Wie dieser Gefahr begegnen? Darüber gelangten die Leiter der Reichskanzlei und des Marineamtes zu grundverschiedenen Ansichten. Bethmann Hollweg und Kiderlen-Wächter lugten nach Mitteln aus, um den Spalt zu schließen, am besten durch ein diplomatisches und ein Marineabkommen. Tirpitz aber hielt dieses Bemühen für aussichtslos, da der letzte Grund von Englands Feindseligkeit in dem Vordringen des deutschen Handels liege, den man doch nicht zurückstauen könne; es wäre also verderblich und doch vergeblich, den Briten zuliebe die deutsche Kriegsflotte zu opfern, über deren Wachstum er mit der Sorgfalt eines Vaters für sein Kind wachte. Der bereits zwischen ihm und dem Reichskanzler bestehende Gegensatz wurde darauf 1911 zu einer nicht zu schließenden Kluft aufgerissen. Bethmann Hollweg verletzte den Marineminister dadurch schwer, daß er es nicht für nötig hielt, dessen Ansicht über die Entsendung des „Panther" nach Agadir zu hören; Tirpitz erfuhr von dem Vorhaben außerdienstlich erst im Augenblicke seiner Abreise in die Sommerfrische und erlebte hier den Ausbruch der fast zu einem Seekriege führenden Krise. Wohl war der Kanzler, der vor dem Reichstage allein die Verantwortung trug, staatsrechtlich nicht verpflichtet, das ihm untergeordnete Marineamt um seine Meinung zu fragen; es war aber doch ungehörig, in dieser Angelegenheit über den Marineminister zur Tagesordnung überzugehen. Ähnliches widerfuhr Tirpitz, wie wir wissen, schon vordem und auch später; unter Bethmann Hollweg häuften sich die Fälle und gipfelten 1914 in der Geheimhaltung der dem Kriege vorangehenden unheilvollen Maßnahmen. Nun mißbilligte Tirpitz von jeher das unruhige Gebaren der Wilhelminischen Politik und war auch mit dem „Panthersprung" nicht einverstanden; er sah nicht ein, weshalb England durch eine maritime Maßnahme herausgefordert werden mußte, wenn man Frankreich einen Denkzettel geben wollte. Auch die Fortführung der Angelegenheit durch Kiderlen-Wächter verstimmte ihn tief. Der leidenschaftliche Mann behauptete,

Deutschland hätte eine Ohrfeige eingesteckt, indem es zuerst überflüssigerweise England reizte und dann vor dessen Drohungen zurückwich. Wie wir wissen, tat Tirpitz dem Staatssekretär des Äußeren damit Unrecht; dieser war nicht der diplomatische Stümper, als den ihn Tirpitz in seinen Erinnerungen hinstellt. So kam es gleich bei der Rückkehr des Admirals nach Berlin zu widrigen Auseinandersetzungen. Tirpitz stellte dem Kaiser vor, das Ansehen Deutschlands sei schwer geschädigt, so daß eine Probe von Kraft und Furchtlosigkeit abgelegt werden müsse. Die bestünde am besten in einer Vorlage an den Reichstag behufs neuerlicher Verstärkung der Flotte. Tirpitz hatte immer Wünsche dieser Art und unterbreitete sie jetzt rund und klar dem Kaiser.

Nun war Wilhelm wie immer ohne Mühe für den Bau neuer Kriegsschiffe zu gewinnen; indessen stellte ihm der Reichskanzler vor, der Zeitpunkt vor dem Abschlusse mit Frankreich sei so schlecht wie nur möglich gewählt, da leicht alles in Brüche gehen könne. Zunächst müßten die Verträge über Marokko und den Kongo durch den Reichstag gehen. So ließ sich Wilhelm zu einem Aufschub bestimmen, doch erhielt Tirpitz den ihm erwünschten Auftrag zur Vorbereitung der Vorlage.

Die vom Marinesekretär darin vorgeschlagenen Maßnahmen bezweckten auf der einen Seite die schnellere Indienststellung der Kriegsflotte, auf der anderen den Bau neuer Schiffe. Doch wäre nichts an dem Flottenprogramm von 1900 zu ändern, soweit es für die Bildung von vier Geschwadern vorsorgte (Band II, Seite 110 ff.). Seitdem waren immer zwei Geschwader dienstbereit, die beiden anderen standen in der Reserve. Das Marineamt verlangte nun die Bereitstellung noch eines dritten. Zu diesem Zwecke mußten mehr Mannschaften eingestellt werden, was sich auch aus einem anderen Grunde empfahl. Alljährlich fand im Herbste die Beurlaubung des betreffenden Jahrganges statt, an dessen Stelle Rekruten in Dienst traten; bis zu deren Ausbildung verging aber eine gewisse Zeit, während der nicht alles klappte. Daher beantragte das Marineamt die Vermehrung der einzustellenden Mannschaften, wobei die Ausrüstung des dritten Geschwaders der Hauptzweck war.

Was den Bau neuer Schiffe betraf, so erregte der von drei neuen Panzern (zu den 34 im Flottengesetz von 1900 vorgesehenen) damals größere Aufmerksamkeit; unendlich wichtiger aber sollte für den Weltkrieg die Ausrüstung von Unterseebooten werden.

So viel über die Vorschläge des Marineamtes. Sie stießen bei dem Reichskanzler auf entschiedenen Widerspruch, da er davon neue Aufregungen in England erwartete. Er erklärte, auf dem Boden des Flottenprogramms von 1900 zu stehen und nichts davon preisgeben zu wollen; ein Mehr jedoch sei schädlich, da man dadurch der Kriegsgefahr wieder um ein Stück näher komme. Stand es so, dann war Bethmann Hollweg verpflichtet, sein Amt zum Pfande zu setzen und den Kaiser vor die Wahl zwischen seinem Kanzler und seinem Marineminister zu stellen. Eben waren in London zwischen dem deutschen Botschafter und Grey Unterhandlungen über ein Kolonialabkommen im Zuge, welches Deutschland eine Ausdehnung in Innerafrika versprach. Vom Botschaftsrat Kühlmann traf im Januar 1912 eine Denkschrift beim Auswärtigen Amte ein, derzufolge das Gelingen davon abhinge, daß die Flottennovelle nicht eingebracht werde. Durch Wochen, vor und nach Neujahr, dauerte das Ringen zwischen Tirpitz und Bethmann Hollweg. Der Kanzler konnte nur mit Mühe erreichen, daß die in der Flottennovelle verlangte Summe nicht schon in den Voranschlag für 1912 eingestellt wurde. Da aber Wilhelm auf seiten seines Marineministers stand, so erwog er im Dezember 1911, ob nicht Tirpitz zum Reichskanzler erhoben werden solle. Als dieser eines Tages zum Vortrage beim Kaiser eintrat, gab ihm der Chef des Marinekabinetts, Müller, Kunde davon; doch schob Tirpitz während des Vortrages einen Zettel zu Müller hin, mit der Erklärung, er würde die Übernahme des Amtes ablehnen müssen. Er hätte sich aber doch wohl nicht lange bitten lassen.

Um diese Zeit war es, daß Bethmann Hollweg einem seiner Gehilfen im Auswärtigen Amte seine Not klagte und von neuen Flottenbauten schlimme Folgen voraussagte. Auf die Frage, ob der Kanzler unter diesen Umständen nicht seine Entlassung nehmen sollte, erwiderte Bethmann, er klebe gewiß nicht an seinem Amte, allein mit seinem Rück-

tritte bräche der letzte Damm, denn dann würde Tirpitz Reichskanzler werden und der Krieg mit England unabwendbar. Diese Antwort enthüllte die Schwäche Bethmanns, der seinem Verbleiben übergroßen Wert beimaß und darob den Pflichten eines Staatsmannes untreu wurde. Es war auch vergebens, daß Kiderlen-Wächter ihn zum Beharren auf seiner Meinung bestimmen wollte. Anders Tirpitz, der übrigens angesichts der Gesinnung des Kaisers seiner Sache sicher war. Als das Fingerziehen kein Ende nehmen wollte, bat er am 13. Januar den Kaiser um die Entscheidung, ob die Flottennovelle im nächsten Budget erscheinen solle oder nicht. An den noch immer schwankenden Kanzler erließ der Kaiser die Weisung, dem Verlangen zu willfahren. Darauf unterwarf sich Bethmann und am 25. Januar wurde die Marinevorlage ihrem Inhalte nach festgesetzt. Zur selben Zeit wurde auch eine Verstärkung des stehenden Heeres dahin beschlossen, daß im Osten und im Westen je ein neues Armeekorps aufzustellen wäre.

*

Haldane in Berlin

Dem Reichskanzler wurde der Rückzug durch eine Art Ausgleich innerhalb des Kabinetts erleichtert. Die Unterhandlungen mit England liefen nämlich unterdessen weiter, und in Berlin stellte sich der englische aus Deutschland stammende Finanzmann Sir Ernest Cassel ein, der eine angenehme Botschaft überbrachte. Er berief sich auf den gemeinsamen Auftrag Greys, Lloyd Georges und Churchills und legte eine wenn auch nicht amtliche Denkschrift mit Richtlinien eines möglichen Ausgleiches vor. Ihr wesentlicher Inhalt war, Deutschland möge die Schiffsbauten einschränken, dafür würde Großbritannien Unterstützung der kolonialen Wünsche der Deutschen versprechen; zu einer

Erörterung auf dieser Grundlage sollte sich ein englischer Minister in Berlin einfinden[1]).

Darauf einigte man sich im Rate Kaiser Wilhelms zu einem Vorgehen auf mittlerer Linie. Der nur zu leicht beschwichtigte Kanzler war einverstanden, daß in der am 7. Februar zu haltenden Thronrede eine Flottennovelle angekündigt werde, ohne nähere Mitteilung ihres Inhaltes. Gleichzeitig ließ der Kaiser in London sagen, daß er bereit sei, den neuen Flottenplan vor dessen Veröffentlichung der englischen Regierung mitzuteilen, um die Wünsche Großbritanniens entgegenzunehmen und zu prüfen. Doch hänge das Eingehen auf die maritimen Einwendungen Englands davon ab, daß dieses sich zu einem politischen Abkommen entschließe, das Deutschland eine gewisse Sicherheit für den Fall eines Festlandskrieges böte. Großbritannien müßte zusagen, an keiner gegen Deutschland gerichteten Verbindung und Verwicklung teilzunehmen. Nach der Ansicht des Kaisers war es nichts Kleines, daß er sich über den Inhalt eines dem Reichstage vorzulegenden Gesetzes in eine Aussprache mit einer fremden Macht einließ. Er lud den englischen Kriegsminister Haldane, der schon 1906 in Berlin Besprechungen gepflogen hatte (Bd. II, Seite 117ff.), als Gast in seine Hauptstadt, um den Abschluß zu erleichtern. Das war die Botschaft, die am 4. Februar an das Auswärtige Amt in London abging.

Die Sache wurde in London gründlich erwogen, die Einladung, die an Haldane ergangen war, angenommen und die Weisungen für ihn festgestellt. Durch ihn selbst ist bekanntgeworden, daß er bloß den Auftrag erhielt, die Vorschläge des Berliner Kabinetts entgegenzunehmen und seinerseits die ihm mitgegebenen Anregungen zu überbringen; doch hatte er nur zu hören und nach London zu berichten; zum Abschlusse war er nicht bevollmächtigt. Schon durch diesen die Form betreffenden Vorbehalt war die Bedeutung der Sendung Haldanes gemindert, da das übrige auch durch die Botschafter der zwei Reiche gehen konnte. Bezeichnender noch war die Enge im Inhalte der dem Kriegsminister mit-

[1]) Bethmann Hollweg, „Betrachtungen zum Weltkriege", S. 50. Haldane l. c. S. 55.

gegebenen Weisungen, aus denen hervorging, daß die Regierung eine grundsätzliche Annäherung an Deutschland entweder nicht in Aussicht nahm oder doch nicht erhoffte.

Es hätte für die Vereinigung der unmäßig angeschwollenen deutsch-englischen Rechnung eine einfache Formel gegeben: Großbritannien verlangt eine bestimmte Verminderung der deutschen Flottenbauten und sagt dafür seine Neutralität in einem Festlandskriege zu, in dem Deutschland der angegriffene Teil ist; behält sich aber freie Hand vor, falls dieses über einen seiner Nachbarn herfällt. Der Teil, der diesen Vorschlag machte, handelte in der aufrichtigen Absicht der Versöhnung; wer ihn ablehnte, war der Hinterhältigkeit überwiesen.

Das war der von Bethmann Hollweg innerlich bevorzugte Gedanke, mit dem er jedoch weder in Berlin noch in London durchdringen konnte; die amtliche Politik sowohl Großbritanniens wie Deutschlands, also auch seine eigene, bewegte sich weitab von der ihm vorschwebenden Mittellinie. Er selbst hatte im Auftrage des Kaisers den Standpunkt zu vertreten, daß Deutschland von dem Flottenprogramm von 1900 nicht abgehen wolle und nicht abgehen werde. Auf der anderen Seite geht aus den von Haldane veranlaßten Veröffentlichungen hervor, daß auch die englische Regierung einen Ausgleich wie den oben umschriebenen nicht ins Auge faßte[1]). Haldane erhielt nämlich die Weisung, ein Abkommen abzulehnen, durch welches Britannien sich für den Fall eines Krieges auf dem Festlande zur Neutralität hätte verpflichten müssen. Ob Deutschland der Angegriffene oder der Angreifer sein werde, machte für Großbritannien keinen Unterschied. Es wollte nur zusagen — und dies hatte Haldane in Berlin auszurichten —, daß es weder selbst einen nicht herausgeforderten Angriff unternehmen, noch auch sich an einer Verbindung zum Zwecke eines derartigen Unternehmens beteiligen werde. Bräche aber trotzdem der Sturm auf dem Festlande los, so müßte es freie

[1]) Haldane veröffentlichte in der „Westminster Gazette" am 8. Oktober 1919 und den folgenden Tagen seine Erinnerungen aus den Jahren 1906 bis 1914. Vgl. jetzt sein Buch: „Before the war", 1920, S. 56ff. u. 108ff. Die englische Regierung hat es nach Loreburn, „How the war came", S. 92, abgelehnt einen Bericht über die Verhandlungen zu erstatten.

Hand haben. Mehr wollte England in dieser Hinsicht für das Innehalten in der deutschen Seerüstung nicht bieten. Dagegen schlug es ein anders geartetes Abkommen vor: Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes in Südafrika, wofern das Berliner Kabinett darauf verzichte, die Bagdadbahn bis an den persischen Golf vorzutreiben und zu beherrschen. An den Weisungen war vielleicht das Bemerkenswerteste das, was in ihnen fehlte. Sie enthielten nämlich weder einen Vorschlag über das Verhältnis der zwei Flottenstärken noch über eine etwaige Abrüstung. Mit diesem armseligen diplomatischen Reisegepäck machte sich Haldane auf den Weg[1]).

Haldane weilte in Berlin vom 8. bis zum 10. Februar 1912. Der ihm bereitete ehrenvolle Empfang galt nicht bloß dem britischen Abgesandten, sondern auch dem Kenner und Verehrer der deutschen Literatur und Philosophie, mit der er sich schon in seiner Studienzeit zu Göttingen als Schüler Lotzes beschäftigt hatte. Dieses Interesse wurde von seinem Bruder und seiner Schwester, der Übersetzerin Hegels, geteilt. Das hinderte ihn als imperialistisch gesinnten Staatsmann nicht, in Deutschland den Nebenbuhler zu sehen. Seiner eigenen Angabe zufolge wäre der Hauptzweck seiner Reise gewesen, sich über die Absichten der deutschen Regierung zu unterrichten und darnach die von England anzulegende Rüstung zu bemessen; er verwahrt sich wiederholt gegen die Annahme, er sei so leichtgläubig gewesen, an den Erfolg der Ausgleichsbemühungen zu glauben. Das war es, was ihm während des Krieges in England oft vorgeworfen wurde und was ihn zu seinen Veröffentlichungen veranlaßte[2]).

[1]) Das ist den in der Hauptsache übereinstimmenden Berichten Haldanes, Bethmanns und Tirpitz' zu entnehmen. Es ist also unrichtig, daß England der deutschen Regierung die Hand zur Versöhnung hingehalten und eine Ablehnung erfahren habe. So behauptete u. a. die „Frankfurter Zeitung" immer wieder. Im November 1919 legte sie dar, 1912 wäre von England die Teilung der Erde „halb auf halb" vorgeschlagen, von Deutschland abgelehnt worden. Solche Luftgebäude werden aufgeführt, um ein übermäßiges Verschulden des Wilhelminischen Regiments vorzuspiegeln.

[2]) F. Scott Oliver hält in seinem Buche „Ordeal by battle", S. 288, Haldane vor, er hätte überhaupt nicht nach Berlin gehen sollen, er sei in eine Falle gelockt worden. „Er kehrte ohne Erfolg von seiner Wanderung zurück und die englische Regierung war am Ende ihres Witzes, wie den Unversöhnlichen versöhnen."

Die Unterredungen Haldanes mit dem Kaiser und Bethmann Hollweg verliefen freundschaftlich, selbst herzlich, auch die mit Tirpitz in der Form befriedigend. Eine Stelle aus dem von ihm durchgesehenen und gebilligten Buche Begbies mag über die vorwaltende Stimmung Aufschluß geben: „Es ist nicht Geschichte," so heißt es dort, „es ist nicht einmal ein Roman, es ist barer Unsinn, anzunehmen, daß die deutsche Regierung in diesem Augenblick nicht nach Frieden strebte. Der Kaiser wünschte Frieden, der Kanzler wünschte Frieden, und Annäherung an England war das Ideal, dem Kiderlen-Wächter, wie uns der Korrespondent der ‚Daily Mail' versichert, seine Kräfte widmete. Die Kriegspartei arbeitete natürlich auf den Krieg hin; aber die verantwortliche Regierung des Landes wirkte ernstlich für den Frieden"[1].

Angesichts der mageren Ergebnisse der Sendung Haldanes ist es kaum der Mühe wert, auf die Einzelheiten der geführten Gespräche einzugehen. Haldane redete, nachdem er genauen Einblick in die Flottennovelle bekommen hatte, den deutschen Ministern ins Gewissen, sich nicht in ein Wettrüsten einzulassen, das doch vergeblich wäre, da England nach wie vor für jedes deutsche Schiff zwei auf Stapel legen werde. Indessen fand er an der Vorlage nichts Bedrohliches; er wandte seine Aufmerksamkeit fast ausschließlich dem Baue der drei neuen Panzer zu und erwirkte so viel, daß einer von ihnen aus dem Programm gestrichen wurde.

Das wäre an sich günstig gewesen, wenn die eigentliche Absicht der englischen Regierung damals nicht durch den Marineminister Churchill zutage getreten wäre. Am Tage nach der Ankunft Haldanes in Berlin hielt er zu Glasgow eine Rede, in der er von der Kriegsflotte sagte, sie sei für England eine Notwendigkeit, „für die Deutschen dagegen von manchen Gesichtspunkten aus mehr ein Luxus". Dieses Urteil über ein von der deutschen Nation ähnlich wie von den Amerikanern und allen anderen Seevölkern empfundenes Lebensbedürfnis ward genau zu der Stunde gefällt, in der Haldane mit der ihm vom Kaiser geschenkten Bronzebüste im Arm die Berliner Schloßtreppe hinabstieg. Es wäre kindlich anzu-

[1]) Begbie „The vindication of England" (London 1916). S. 142.

nehmen, daß Churchill damit seinem Ministerkollegen Grey einen Streich spielen wollte; er enthüllte vielmehr in dessen Sinne den Grund, weshalb Haldane nicht den Auftrag erhalten hatte, auf eine Übereinkunft über die Flottenstärken hinzuwirken; die deutsche Marine als Ganzes war der Stein des Anstoßes, der verschwinden mußte, sollte sich die englische Admiralität zufriedengeben.

Sonach führte die von Haldane und Bethmann über die Weltpolitik gepflogene Unterhaltung zu keinem Erfolge. Der englische Minister machte der deutschen Regierung wieder, was ihr bereits durch den Windsor-Vertrag 1898 (Band I, Seite 240) in Aussicht gestellt und nicht gehalten worden war, Hoffnung auf afrikanische Gebiete; auf der anderen Seite gab sich der Kanzler Mühe, England das gewünschte politische Abkommen schmackhaft zu machen. Bethmann warb um den Beistand der englischen Regierung gegen die „Flottenmenschen" in seinem eigenen Lande und deutete an, er werde, wenn man ihn unterstütze, bei Kaiser Wilhelm in der Marinefrage eher durchdringen. Das rührte nun Haldane gar nicht, um so weniger, als der Kanzler eine sehr weitgehende Neutralitätsformel vorschlug: England sollte das Versprechen geben, es werde im Falle eines Festlandkrieges „eine für Deutschland wohlwollende Neutralität beobachten und nach allen Kräften für die Lokalisierung der Krise bemüht sein"[1]). Es war von Bethmann Hollweg eine Naivität zu erwarten, Großbritannien werde sich ohne eine gewaltige Gegenleistung derart die Hände binden. Haldane erwiderte ihm denn auch, daß die Verbindung Englands mit Frankreich und Rußlands ihm nicht gestatte, sich so tief mit dem Deutschen Reiche einzulassen[2]). In seinen nach dem Weltkriege erschienenen Erinnerungen

[1]) Haldane, l. c. S. 64f.

[2]) Mit einem geschickten Fechterkniff sagte Asquith am 2. Oktober 1914 in Cardiff, die deutschen Machthaber hätten bei den Verhandlungen mit Haldane 1912 freie Hand verlangt, um die europäische Welt zu überwältigen und zu beherrschen, wann immer sie die Gelegenheit für günstig erachten würden. Sie verlangten das von dem erstaunten englischen Abgesandten zur Zeit, als Deutschland gewaltig anwuchs an Angriffs- und Verteidigungskraft, besonders auf der See. Wie weit aber war Bethmann Hollweg davon entfernt! Asquith hatte jedoch mit seinem rednerischen Kunststück Glück, sein Ausfall wird in einer Menge von Büchern und Schriften als gewichtiges historisches Zeugnis angeführt. Lord Lore-

gab Bethmann selbst zu, mit seinem Vorschlage einen Fehler begangen zu haben[1]). Seine Friedensliebe war ebenso groß wie seine Weltfremdheit.

Man trennte sich also ohne greifbares Ergebnis, doch äußerlich in aller Freundschaft und mit dem Versprechen, die Verhandlungen fortzusetzen. Die Außenwelt erhielt den Eindruck, die Verständigung sei auf dem Wege, zumal Asquith und Grey in ihren nächsten Reden freundlichere Töne anschlugen und die Führer der Konservativen, Lansdowne und Bonar Law, dem zustimmten. Tatsächlich gelangten die zwei Regierungen ein Jahr später zu der Übereinkunft, die das Verhältnis der Flottenstärken mit 16 zu 10 festsetzte. Dagegen scheiterten die Versuche eines Einvernehmens über einen Neutralitätsvertrag. Nach langem Hin- und Herreden erklärte sich die britische Regierung zu der Zusage bereit, „daß England keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen und sich einer aggressiven Politik enthalten wolle“. Aber war das nicht selbstverständlich? Und wann durfte England sich als provoziert ansehen? Da eine derartige nichtssagende Erklärung keine Sicherheit bot, verlangte das Berliner Kabinett wenigstens die Zusage der Neutralität, „falls Deutschland der Krieg aufgezwungen sein sollte“. Aber nicht einmal dazu wollte sich die englische Regierung herbeilassen, so daß es aufs gleiche herauskam, ob Deutschland die britische Formel annahm oder nicht. Das Berliner Kabinett lehnte ab; auch wenn es zugestimmt hätte, wäre England 1914 nicht behindert gewesen zu handeln, wie es für gut hielt. Das Ganze war, um mit einer Wendung aus Wilhelm Meister zu sprechen, ein Spiel mit hohlen Nüssen um hohle Nüsse.

---

burn, „How the war came“, S. 93, findet, England hätte das Neutralitätsabkommen schließen können.

[1]) Bethmann Hollweg, „Betrachtungen zum Weltkriege“, S. 61.

Annahme der deutschen Flottennovelle

So nahm das Wettrüsten seinen Fortgang. Dem heimgekehrten Haldane hielt die Admiralität vor, er habe übersehen, daß der Bau der drei deutschen Panzer nicht so wichtig wäre, wie das Instandsetzen des dritten deutschen Geschwaders und was damit zusammenhänge; dadurch werde England zu beträchtlichen Mehrausgaben genötigt. Deren Notwendigkeit begründete Churchill am 18. März 1912 vor dem Parlamente in ausführlicher Rede, die zwar keinen Ausfall auf Deutschland enthielt, aber in ihrer Sachlichkeit dessen Schuld um so feindseliger hervortreten ließ. Er zog einen Vergleich zwischen der Stärke der zwei Flotten und wog die Kampfesmöglichkeiten ab, als ob ein Krieg bevorstünde. Das war so auffallend, daß sogar Admiral Lord Beresford, obwohl freundlicher Gesinnung für das Deutsche Reich unverdächtig, im Oberhause dem Marineminister vorhielt, er hätte alles der Verteidigung Englands Dienliche vorbringen können, ohne Deutschland immer als Widerpart zu behandeln. Churchill gefiel sich eben in der Rolle eines der Lanzenreiter in der Arena, die den Stier so lange reizen und ermüden, bis er für den Messerstoß des Matadors reif wird.

Darnach war es auf der anderen Seite der deutschen Regierung nicht schwer, den Reichstag zur Annahme der am 15. April unterbreiteten Wehrvorlagen zu vermögen. Sie sorgten für die Landmacht durch die Aufstellung von zwei neuen Armeekorps und für die Flotte in dem uns bekannten Ausmaße; zwei Drittel der neuen Auslagen kamen dem Heere, ein Drittel der Marine zugute. Kriegerische Äußerungen fielen nicht, selbst der Alldeutsche Liebert sagte am 25. April: „Wer die Vorlagen bewilligt, der dient dem Frieden; wer sie ablehnt, stärkt die Angriffslust der Gegner.“ Tirpitz sprach mit aller Mäßigung und versicherte im Budgetausschusse am 11. Mai, er begrüße es, daß die Vorredner den Verteidigungs- und friedenerhaltenden Charakter der Flotte betont hätten. Nur die Sozialdemokraten erhoben Widerspruch und stimmten

mit den Polen gegen die Vorlage; alle übrigen Parteien einstimmig dafür[1]).

Das Gefühl überwog, Deutschland sei von allen Seiten von Feinden umgeben. Als Kaiser Wilhelm um diese Zeit von einem wohlmeinenden Ausländer gefragt wurde, ob er nicht die Zeit für allgemeine Abrüstung gekommen glaube, wies er mit der Schulter nach der einen Seite und sprach: „Blicken Sie auf Rußland!“ und die andere Schulter erhebend: „Blicken Sie auf Frankreich!“ In England ging gleichzeitig eine nicht unwichtige Personalveränderung vor sich. Der Lordkanzler Loreburn war im Kabinett der unerschütterliche Vertreter des Friedensgedankens, dem er schon als Sir Thomas Reid hingebend gedient hatte. Er trat am 10. Juni ins Privatleben zurück, sein hohes Amt dem Kriegsminister Haldane überlassend, der von Haus aus Jurist war. Das hohe Alter Lord Loreburns wurde vorgeschützt; aber er war vor allem den Imperialisten des Kabinetts mißliebig, deren Treiben zu rügen er nicht müde wurde.

Die deutsche Flottennovelle von 1912 bedeutete keinen Wendepunkt im Gange der Ereignisse, erweiterte jedoch die Torspalte, durch welche der Weltkrieg bald eintrat. Dies wollte Tirpitz weder damals noch später zugeben, er bestand immer darauf, daß Handelseifersucht die Ursache der Feindseligkeit Englands war, unabhängig von der Stärke der deutschen Marine. Sobald die Flotte furchterweckend dastand, so legte er dar, hörten auch die Drohungen mit einem uner-

[1]) Auch das „Berliner Tageblatt“ und die gelesensten demokratischen Zeitungen erklärten sich mit der Flottennovelle einverstanden, indem sie anerkannten, daß sich die Vorlage im Rahmen des Gesetzes von 1900 halte. Darüber dürfe man unter keinen Bedingungen hinausgehen. So auch L. Persius in einem Aufsatze des „Berliner Tageblattes“ vom 1. März 1912, in dem er den uns bekannten Inhalt der Vorlage in ihren drei Hauptpunkten billigt. Nach der Entwicklung der obigen Grundsätze heißt es darin: „Die Konsequenzen ergeben sich von selbst. Stärkung des Heeres, um jeder Eventualität gewachsen zu sein. Erlauben es irgend die Finanzen, dann, um keinesfalls Schwächezustand zu markieren, geringe Stärkung der Seemacht durch Formierung eines dritten Geschwaders und Vermehrung der Unterseeboote. Das würde den Rahmen des Gesetzes nicht überschreiten. Allenfalls noch Kielstreckung eines dritten Linienschiffs, die sich sinngemäß mit den gesetzlichen Bestimmungen begründen läßt.“ Was konnte Tirpitz von seinen Gegnern Besseres wünschen? Nach dem Kriege verleugneten Persius und das „Berliner Tageblatt“ dreist das vordem Gesagte.

warteten Überfall auf, und seit der Marokkokrise von 1911 bis zum Weltkriege besserten sich die Beziehungen der zwei Staaten; Großbritannien habe sich mit dem Bestand der deutschen Flotte zuletzt recht und schlecht abgefunden. Würde sich die deutsche Regierung nicht im Juli 1914 kopfüber in den Abgrund des Krieges gestürzt haben — damit schließt die Beweiskette des Großadmirals —, so hätte England den Nebenbuhler wohl oder übel als gleichberechtigt anerkennen müssen.

Die Frage nach der Haupttriebfeder der englischen Politik — Handelseifersucht oder Furcht vor dem Anwachsen der deutschen Kriegsflotte — wurde von Bethmann zu verschiedenen Zeiten verschieden beantwortet. Im Winter auf 1912 besorgte der Kanzler vom Wettrüsten das Schlimmste und bemüht sich um dessen Innehalten. Als jedoch von England her mildere Lüfte wehten, stellte sich bei ihm Hoffnungsseligkeit ein, und er zog aus den Unterredungen mit Haldane den voreiligen Schluß, er werde auch so mit der englischen Regierung zu einem politischen Übereinkommen gelangen. Der stärkere Wille des Großadmirals bezwang ihn, und er kam in der Zeit vor dem Weltkriege zu der Ansicht, dieser habe recht behalten, was er auch unumwunden einräumte. So sagte er am 23. April 1914 zum Botschafter Wangenheim: „Es sei keine Frage, daß 1911/12 die Tirpitzsche Politik die richtige war und daß wir unser jetziges aussichtsreiches Verhältnis zu England nur dieser Marinepolitik verdanken. Er selbst habe das damals nicht so einschätzen können, bekenne sich aber jetzt zu dem Tirpitzschen Standpunkt."[1]) Und ebenso urteilte Bethmann Hollweg nach dem Weltkriege, worüber in seinen „Betrachtungen" zu lesen ist: „Die Flottenfrage hat mitgespielt, aber (für das Verhalten Englands) nicht den Ausschlag gegeben."[2])

Die Bekehrung des Reichskanzlers zu der Ansicht des ihn bekämpfenden Marineministers beweist an sich nicht viel; kam er doch darüber hinaus zu einer rosenfarbenen Auffassung, so zwar, daß er 1914 von dem Eintritte Großbritanniens in den Krieg völlig überrascht wurde. Ihm wie überhaupt den Englandfreunden in Deutschland entging, daß

[1]) Tirpitz, „Erinnerungen", S. 195.
[2]) Bethmann Hollweg, „Betrachtungen", S. 59.

das Einlenken Greys im Jahre 1912 vornehmlich durch die inneren Verhältnisse des eigenen Landes veranlaßt wurde. Daher auch die Selbsttäuschung, der sich, vom Kanzler beeinflußt, Kaiser Wilhelm hingab. Man staunt über den Optimismus, mit dem er sich in der mit dem Grafen Berchtold am 23. März 1912 geführten Unterredung über die Weltlage aussprach. Er sagte ihm, daß er sich in die Organisation seiner Armee und Flotte nichts dreinreden lasse, trotzdem aber mit England zu einer politischen Verständigung zu kommen hoffe. Die Sendung Haldanes sei allerdings mißglückt, aber die Bemühungen würden schließlich zum Erfolge führen. England habe in der Welt ernstere Nebenbuhler als Deutschland, nämlich die Vereinigten Staaten und Japan. Es werde also Deutschland möglich sein, mit England zusammenzugehen, vornehmlich in China und Südafrika, so daß er Großbritannien „auf seine Seite und damit dem Dreibunde näher zu bringen" hoffe. Dann entfiele auch „jede Velleität" einer Einschränkung der Rüstungen. Und da der Kaiser sich das freundlichste Weltbild ausmalte, befürchtete er auch von Rußland nichts Arges. Dessen Regierung wäre friedlich gesinnt und hätte keine Lust, das Balkanproblem aufzurollen, was schon durch die Furcht vor der Revolution im Innern des russischen Reiches ausgeschlossen sei. Diese Äußerungen fielen eine Woche nach Abschluß des Bündnisses Serbiens und Bulgariens gegen die Türkei, bei dem die russische Regierung zu Gevatter stand. Die Herzensergießung des Kaisers zeigt aber auch, wie fern ihm der Gedanke an Krieg und Weltherrschaft lag; die deutsche Regierung ahnte nicht, daß gerade im Jahre 1912 durch neue Abmachungen zwischen England, Frankreich und Rußland das Netz über sie geworfen wurde.

*

Die drei Triebfedern der englischen Politik

Geht man auf die Beweggründe der britischen Politik näher ein, so wird man der Sorge vor der deutschen Flotte den ersten Platz einräumen müssen. Der Zeit nach geht allerdings der wirtschaftliche Wettbewerb der zwei Nationen voran; er war schon zu Ende des 19. Jahrhunderts die Atmosphäre, in der sie atmeten; dann wächst die deutsche Flotte und wird jenseits des Kanals als Herausforderung angesehen. Aber auch eine dritte Triebfeder darf nicht unterschätzt werden: die altbritische Lehrmeinung, daß England sich der Sicherheit nach außen wie der Freiheit im Innern nur so lange erfreuen könne, als auf dem Festlande Kräftegleichgewicht bestehe. In den Friedensjahren nach den napoleonischen Kriegen sank diese Theorie unter die Schwelle des Bewußtseins des englischen Volkes, jetzt aber tauchte sie, wie bereits eingehend dargestellt wurde, mit Macht empor und beherrschte den Sinn der historisch Gebildeten. Auf die Masse des Volkes wirkte der Bestand der deutschen Flotte als sinnfällige Tatsache wuchtiger, die Staatsmänner aber und die Rhetoren im Parlamente wie in der Presse standen mehr unter dem Eindrucke des Gespenstes, das nach den Tagen Ludwigs XIV. und Napoleons I. verschwunden zu sein schien. In diesen alten Zeiten war England von Argwohn gegen jene Nation erfüllt, der zuzutrauen war, sie könnte die gesamten Kräfte des Festlandes zusammenfassen und am Ende gegen die britische Seeherrschaft in Bewegung setzen. Es war nicht notwendig, daß diese Macht die Briten auch durch ihre Kriegsflotte bedrohte. England blieb unter Waffen, selbst als Frankreich, nach der Vernichtung seiner Flotte bei Trafalgar, 1805, zur See ohnmächtig war; auch schritt es 1854 zum Angriff auf Nikolaus I., wiewohl Rußland auf dem Meere wenig zu bedeuten hatte.

In verschiedenster Art greifen die drei Triebfedern der äußeren Politik Englands ineinander. Es wird sich nach dem Weltkriege zeigen, welche bei der Bekämpfung des Deutschen Reiches die stärkste gewesen

ist. Dieses liegt zu Boden und seine Kriegsflotte auf dem Meeresgrunde, nur als Handelsmacht kann die deutsche Nation dank ihrem Unternehmungsgeiste und ihrem technischen Genie den Engländern den Raum einengen. Verhindert Großbritannien die Erholung des Nebenbuhlers, schnürt es ihm am Ende die Kehle zu, dann behält Tirpitz recht, wenn er behauptet, nicht die deutsche Kriegsflotte sei Ursache gewesen, daß Englands Eifersucht angefacht wurde. Man muß es Haldane und Grey glauben, wenn sie der deutschen Regierung 1912 sagten, daß es ihnen vor allem darauf ankomme, durch das Einvernehmen mit Frankreich und Rußland das europäische Gleichgewicht zu erhalten und Deutschlands weitere Machtausdehnung zu verhindern. Deshalb lehnten sie ein Neutralitätsabkommen ab und stellten die Verbindung mit den zwei festländischen Randmächten höher als selbst die Aussicht auf das Innehalten in den Seerüstungen; Deutschland war ihnen auch bei geringerer Anzahl seiner Kriegsschiffe zu mächtig. Deren Zahl war ihnen nicht so wichtig wie die Erhaltung des Machtgleichgewichtes. Dieser Ausdruck wurde in England mit Vorliebe gebraucht, während die Deutschen statt seiner von der sie bedrohenden Einkreisung sprachen. Es waren zwei Worte für dieselbe Sache. Wenn die Briten Besorgnis vor der Weltherrschaft der Deutschen äußerten, hielten diese ihnen entgegen, sie könnten nach solchen Zielen schon deshalb nicht streben, weil sie unter dem auf ihnen lastenden Drucke weltpolitisch kaum zu atmen vermöchten. Was die Briten befürchteten, war nicht eigentlich die damalige Macht Deutschlands, der von allen Seiten Schranken gesetzt waren, sondern die Entwicklungsfähigkeit der deutschen Nation, die Vermehrung ihrer Menschenzahl, ihr rastloses Fortschreiten auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, der Naturwissenschaften und der Technik. Wie, wenn die aufgespeicherten Energien die Bande politischer Mäßigung sprengten, wenn ein späterer deutscher Herrscher Lust bekäme, dem Beispiele Friedrichs des Großen und Bismarcks zu folgen? Immer sannen die Briten auf neue Bündnisse, neue Verträge gegen das erstaunlich erstarkende Volk; das ist 1912 der Inhalt der von Erfolg zu Erfolg fortschreitenden englischen Politik.

Die chinesische Revolution

Haldane kam nach Berlin und verschwand von dort wie der Schatten an der Wand, auf der sich zur selben Zeit unauslöschliche Schriftzeichen eingruben. Sie verkündeten von fernen Ländern und Völkern, von China und Japan, wo sich Ereignisse abspielten, welche die Gruppierung der Westmächte dauernd bestimmten. Durch sie wurde das russische Reich dem britischen nähergebracht, so daß die Deutschland günstigen Ergebnisse der Potsdamer Zusammenkunft Wilhelms II. mit Nikolaus in die Winde zerstoben. In China brach 1912 die Revolution aus und in Persien wurden die Ansätze zu Freiheit und Ordnung von Rußland mit Hilfe der englischen Regierung zertreten. Trotz der inneren Verschiedenheit der zwei Ereignisse war ihnen gemeinsam, daß sich durch sie die Weltstellung Englands befestigte.

Wie sehr die Rücksicht auf die chinesischen Verhältnisse die europäische Politik Rußlands bestimmte, hatte die Potsdamer Begegnung gezeigt (Band II, Seite 390). Diese Zusammenhänge wurden bisher von uns bloß gestreift, werden aber nur deutlich, wenn auf den Gang der chinesischen Revolution und auf deren Vorgeschichte zurückgegriffen wird. Man stößt hierbei immer auf die Gestalt der Kaiserin-Witwe Tschu-Hsi, der merkwürdigen Frau, die durch ein halbes Jahrhundert bis an ihren Tod (1908) auf die Geschicke des Reiches der Mitte beherrschenden Einfluß geübt hat. Seitdem sie durch einen Staatsstreich 1898 die Partei der Reform niedergeworfen und den armen Kaiser Kwangsü zu einem Sklaven herabgewürdigt hatte, der, in steter Todesfurcht vor ihr schwebend, sich ihrem festen Willen unterwarf, behauptete sie sich als die eigentliche Regentin. Wiewohl sie während des Aufstandes der Boxer von Aufruhr bedroht war und vor den Truppen der europäischen Mächte auf der Flucht, blieb ihr die Verehrung des Volkes treu (Band I, Seite 329—335). In dieser schwierigen Zeit vertraute sie sich, die Stimmung des Landes genau kennend, der reaktionären und

fremdenfeindlichen Strömung an; die Boxer sahen in ihr im Kampfe gegen die „weißen Teufel“ eine Bundesgenossin, wenn die Kaiserin-Witwe sich auch mit Rücksicht auf Europa nicht offen für die nationale Erhebung erklärte. Auf der Flucht vor den fremden Truppen wurde sie, die im Volke die „Große Buddha“ hieß, überall mit hohen Ehren aufgenommen. Als der Sturm vorübergebraust war, kehrte sie mit dem Jammerkaiser wieder nach Peking zurück. Sie erkannte aber die Zeichen der auf Neuerungen drängenden Zeit und lenkte anscheinend in die Bahn der Reform ein. Dabei folgte sie dem Rate Yuanschikais, des Vizekönigs der Provinz Tschili, des Geliebten ihrer früheren Jugend, der ihr durch seinen Verrat an Kaiser Kwangsü 1898 wieder zur Macht verholfen hatte. Manche Verbesserung wurde eingeführt, vieles aber war nur Schein und Flitter, das Ganze ein vergängliches Machwerk. So versprach die Kaiserin-Witwe 1907 feierlich eine Verfassung, die aber erst nach neun Jahren in Kraft treten sollte. Unterdessen tagten geräuschvoll arbeitende Reformkommissionen, die auch einiges Gute zustande brachten, so die Unterdrückung der Opiumhöhlen und die Erlaubnis der Ehe zwischen den herrschenden Mandschu und den Chinesen; dabei wurde nur weniges an dem alten, morschen Baue und an den Vorrechten der Mandschu geändert. Am 15. November 1908 starb Tschu-Hsi, am Tage vorher der zuckerkranke Kaiser Kwangsü, dessen Tod vielleicht beschleunigt worden war. Noch konnte die „Große Buddha“ ihm einen Nachfolger in der Person eines Kindes geben, des Kaisers Puyi, für den dessen Vater Prinz Tschun die Vormundschaft führte. Kaiserin Tschu-Hsi war unübertroffen in den arglistigen Künsten der Regierung, aber keine große Herrscherin, da sie nicht aufzubauen verstand. Sie widersetzte sich der Reform des Staates, als eine solche noch helfen konnte, und spielte dann mit ihr, um sich in ihrer Stellung zu behaupten. So hinterließ sie das Reich im Verfall, nach außen kraftlos. Je nach dem Augenblicksgebote der Herrschaft war sie großmütig oder treulos, sie befahl ohne Scheu Mordtaten, aber nicht aus Grausamkeit, sondern wo ein Hindernis nicht anders aus dem Wege zu räumen war. Sie besaß die richtige Witterung für die die Nation

jeweilig beherrschende Stimmung, war gegen die kleinen Leute gütig und freigebig, aber sie sah ihre Hauptstütze doch in den Mandschu, wenn sie auch die aus den Chinesen hervorgegangenen Talente, so Yuanschikai, zu verwenden verstand. Alles in allem war sie das Abbild des überfeinerten, Kraft und Größe entbehrenden, zum Untergange bestimmten alten China.

Über der neuen Regierung schlugen die Wellen zusammen (Band II, Seite 388). Ein zuverlässiges Heer bestand nicht, nicht einmal die Kerntruppe eines solchen; die Finanzen befanden sich in Zerrüttung; die Gouverneure der achtzehn Provinzen zitterten zwar vor dem Hofe, regierten aber nach unten despotisch; die meisten von ihnen bereicherten sich und ließen Wehrmacht, Gerichtswesen und gemeinnützige Anstalten verfallen. Der Klügste unter ihnen war Yuanschikai; aber gehaßt von dem Regenten, Prinzen Tschun, verlor er Ämter und Würden und wurde in seine Heimat verbannt, auch hier niemals des Lebens sicher. Unterdessen schwoll die revolutionäre Flut und unterwusch die Stützen des Thrones wie die Stellung der 1644 ins Reich gedrungenen Mandschu. Die Dynastie war nicht so angefeindet wie dieser aufgeblasene Adel, dem die chinesische Bildung ebenso fremd war wie die europäische, dessen an Geburt und Rang höchststehende Familien sich an dem Marke des Volkes vollsogen und es verpraßten. Die Kluft ward dadurch erweitert, daß der Adel dem chinesischen Volke stammesfremd war. Vergebens versuchte die Regierung, den Sturm durch das abermalige Versprechen einer Verfassung zu beschwören. Indessen forderte die revolutionäre Partei, erfüllt von den aus Europa und Amerika eingeströmten Ideen, nichts weniger als Volkssouveränität und Parlamentsherrschaft; Aufklärung und Rechtsgleichheit sollten die Nation erneuern, womit sich viel Überspanntes und Verworrenes vermengte, wie es der Landesart entsprach. An der Spitze stand Sunyatsen, der an der amerikanischen Lehranstalt zu Kanton Medizin studiert und das Doktorat erworben hatte. Im Süden brach (September 1911) die Revolution aus, für die sich auch der Westen erklärte. In Peking zitterte der Hof und bat den verfolgten Yuanschikai um Rettung aus der Not. Er ließ sich lange nicht erweichen,

dann nahm er die Stelle des Ministerpräsidenten und des Generalissimus an. Anfangs scheint es ihm mit der Erhaltung des Kaiserthrones Ernst gewesen sein; als er aber dessen Sache verloren sah, schlug er sich zur Revolution und nötigte im November 1912 die Dynastie zur Abdankung. Die Republik wurde ausgerufen und Yuanschikai zum Präsidenten gewählt. Es war eine erstaunliche Wandlung, so ganz den Vorstellungen von dem konservativen Charakter des chinesischen Volkes widersprechend. Allerdings äußerte sich dieser Wesenszug in der Behandlung des Kaiserhauses; keinem Mitgliede wurde Gewalt angetan, die Dynastie erhielt sogar einen Ruhegehalt, und dem Kaiser blieben bei den Sühnopfern gewisse Ehrenrechte. Der Mandschu-Adel dagegen erfuhr keine Schonung und verlor Ämter und Gehälter, in vielen Provinzstädten wurden seine Familien abgeschlachtet.

Den europäischen Mächten stieg mit der Revolution die Sorge auf, ob das 400 Millionen zählende chinesische Volk sich nicht erheben und im Bewußtsein seiner uralten Bildung gegen die Anmaßungen der fremden Nationen kehren werde. Das glückliche Beispiel des reformierten Japan reizte zur Nachahmung; die Welt erhielt aber ein anderes Antlitz, wenn China zu der seiner Volkszahl entsprechenden Macht emporwuchs. All dies lag im Jahre 1912 im Dunkeln. Rußland besonders, das mit Tausenden von Kilometern an China grenzte, machte sich darauf gefaßt, daß der erste Stoß sich gegen Sibirien richten werde. Wenn selbst das chinesische Volk sich für Freiheit reif zeigte, mußten die es bewegenden Ideen früher oder später auch nach Rußland überspringen. Wie, wenn Japan auf die Leitung der chinesischen Revolution Einfluß gewann, wie, wenn es die Völker der gelben Rasse um sich scharte und nach der Herrschaft über Ostasien griff? Diese Befürchtungen bewegten den Petersburger Hof tief und bestimmten ihn zur Annäherung an Großbritannien. Da außerdem im März 1912 auch der Balkanbund entstand und sich gegen die Türkei wandte, war es für Rußland aus einer Reihe von Gründen unendlich wichtig, sich mit England über die Gestaltung der Welt zu verständigen; in Ost- und Südasien waren dessen Hilfsquellen so gewaltig, daß neben ihnen die Deutschlands kaum ins

Gewicht fielen. Der zu Potsdam noch aufrechtgehaltene Flirt mit dem Berliner Hofe war zu Ende, und der Dreiverband — Rußland, Britannien und Frankreich — erwuchs zu seiner vollen Bedeutung für die Weltpolitik.

*

Erdrosselung Persiens

Während in bezug auf China nur Zukunftssorgen und Zukunftshoffnungen mitspielten, erforderte die persische Frage eine schleunige Antwort, die auch im Winter von 1911 auf 1912 gegeben wurde. Haldane erzählt uns, daß er sich in Berlin Mühe gab, herauszubringen, ob ein geheimes Übereinkommen zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche bestünde. Das war nicht der Fall. Aber schon jener Augustvertrag von 1911 war ein Dorn im Fuße der englischen Regierung, der sie im Gehen nicht hinderte, aber doch belästigte. Grey war entschlossen, ihn herauszuziehen, und zwar um den Preis der Überantwortung Persiens an die russische Regierung.

Den Russen war es unleidlich, daß die persischen Patrioten, die Partei des Fedaïs, alle Anstrengungen machten, um in ihrem Lande Ordnung herzustellen und dessen Selbständigkeit aufzurichten. Das Notwendigste war die Regelung der zerrütteten Finanzen, welche Aufgabe im Mai 1911 dem sachkundigen Amerikaner Morgan Shuster anvertraut wurde. Er ging rüstig an die Arbeit und traf eine Reihe geeigneter Maßregeln. Da trat die russische Regierung mit der Beschwerde dazwischen, Shuster hätte gewisse von ihr erworbene Rechte angetastet. Sie schob Truppen an die Grenze und schickte am 29. November 1911 ein Ultimatum ab, in welchem sie nicht nur Shusters Entlassung, sondern auch Ersatz für die Kosten ihres bewaffneten Aufgebotes verlangte. In tiefer Trauer, den Untergang der Freiheit vor Augen, beriet das persische Parlament über das Ansinnen. Es unterwarf sich nicht, sondern

trat dem Antrage eines angesehenen Geistlichen bei, dessen Rede bloß in den Worten bestand: „Es mag der Wille Allahs sein, daß Freiheit und Unabhängigkeit uns mit Gewalt genommen werden, wir aber wollen ihren Verlust nicht mit eigenen Händen unterzeichnen." Darauf rückten die russischen Truppen vom Nordwesten ins Land auf Täbris los, dessen Bewohner Widerstand versuchten und einige in der Stadt wohnende Russen erschlugen. Furchtbar war die über die Stadt verhängte Strafe, in der ein Blutbad angerichtet wurde. Im Januar 1912 besetzten die Russen auch die Hauptstadt Teheran, Persien wurde niedergetreten und Shuster kehrte in seine Heimat zurück, worauf er ein eindrucksvolles Buch „Die Erwürgung Persiens" veröffentlichte. Darin legte er dar, in welcher Art die englische Regierung der russischen ihre Unterstützung geliehen hatte; die eine habe mit Gewalt, die andere mit vollendeter Heuchelei alles getan, um dem persischen Volke die Mittel zu nehmen, sich aus Wirrsal und Ohnmacht zu erheben [1]).

Die Vorgänge bei der Einnahme von Täbris waren der Anfang der Ereignisse, über welche Georg Brandes folgendermaßen berichtet [2]): „Auf diesen Staatsstreich folgte die Schreckensherrschaft in Täbris, Rescht, Meschhed und in anderen Städten. Allein in Täbris wurden weit über hundert angesehene Patrioten, darunter der höchste mohammedanische Geistliche, nationale Führer, Landtagsabgeordnete usw., den grausamsten Foltern unterworfen und darauf gehenkt. In der Provinz Aserbeidschan ernannten die Russen zum Gouverneur einen berüchtigten Räuberhauptmann, der dort mit ihrer Zustimmung drei Jahre hindurch die entsetzlichsten Barbareien beging; so ließ er einen persischen Freiwilligen kaltblütig mitten durchschneiden und je eine Hälfte der Leiche an zwei verschiedenen Enden der Stadt öffentlich zur Schau stellen; ein anderes Opfer, einen Geistlichen, ließ er zu Tode martern, nachdem er

---

[1]) W. Morgan Shuster, „The Strangling of Persia", London und Leipzig, 1912. Die von England gespielte Rolle ist S. 221—244 geschildert. Vgl. auch „Englische Dokumente zur Erdrosselung Persiens", Berlin 1917, und die Korrespondenz der russischen Regierung bei Siebert, l. c. S. 211—253.

[2]) Der Artikel des dänischen Literarhistorikers, „Das Verbrechen Englands und Rußlands an Persien", erschien im März 1917 in der Monatsschrift „Die Islamische Welt".

ihm vorher die Augen ausgestochen hatte. Professor Edward Brown in Cambridge, wohl der beste europäische Kenner des modernen Persiens[1]), hat über die russischen Schandtaten des Jahres 1912 in Täbris ein ganzes Buch veröffentlicht, in dem sich die russische Kultur, mit der wir nun auch in Europa bedacht werden sollten, an der Hand eines reichen photographischen Materials in ihrer wahren Gestalt studieren läßt."

Das Verhalten Greys erfuhr den schärfsten Tadel der englischen Radikalen, die aber auch diesmal der geschlossenen Mehrheit des Parlaments gegenüberstanden, welche die amtliche Politik billigte. Über die Beschönigung, Persien hätte sein Unglück sich selbst zuzuschreiben, schrieb die „Nation": „Es ist ein Fall von Wolf und Lamm, so flagrant und so zynisch, daß man sich kaum versucht fühlt, ihn weiterer Untersuchung wertzuhalten." Im „Manchester Guardian" war zu lesen: „Kein Engländer kann diese Erzählung ohne ein tiefes Gefühl von Scham und Verwunderung lesen, — von Scham über die Schmach, mit der wir jeden Grundsatz geopfert haben, der unser Land in Asien großgemacht hat, und von Verwunderung über die Gründe, die einen liberalen Staatsmann zum Agenten der Erniedrigung gemacht."[2]) Das radikale Blatt findet also, Greys Liberalismus habe nicht die Probe bestanden, aber die Beweggründe des Staatssekretärs wurden von dem Oxforder Professor Bertrand Russel sachgemäß gekennzeichnet: „Seitdem wir im Schrecken vor der Annäherung des Zaren und des Kaisers lebten, waren wir Rußland vollständig unterwürfig."[3])

Wichtiger aber als die Gedankengänge der radikalen Opposition sind für das Geschehene die der britischen Imperialisten, welche es für richtig fanden, den persischen Stein auf dem Schachbrette zu verwenden.

---

[1]) Der von Brandes genannte Professor Edward G. Brown ist einer der besten Kenner der persischen Sprache und Literatur in England; er veröffentlichte über die Ereignisse mehrere Schriften, darunter: „The Persian Crisis of December 1911" und „The Reign of Terror at Tabriz: English Responsibility"; diese beiden Schriften sind 1912 in London erschienen.

[2]) Die zwei Zitate nach Ferd. Tönnies, „Englische Weltpolitik in englischer Beleuchtung", Berlin 1915, S. 74. Vgl. auch Th. Jäger, „Persien", 14. Heft der „Deutschen Orientbücherei", Weimar 1916.

[3]) Bertrand Russel, „The Policy of the Entente 1904—1914, S. 53 u. 64.

Man lernt ihre Vorstellungen gut aus dem Buche kennen, das Murray der Politik des ihm befreundeten Grey widmete. Murray nennt sich einen Liberalen und Radikalen, sieht aber die persischen Zustände völlig mit den Augen der russischen Regierung. „Die persische Revolution", so schreibt er[1]), „war angeregt und geleitet durch das Beispiel der russischen Revolution. Die Neigungen der amtlichen russischen Kreise waren instinktmäßig monarchisch und verfassungsfeindlich; dabei ist es überraschend, daß sie sich so korrekt und ehrenhaft verhielten, wie sie es taten." Dann hält Murray den persischen Parteien einen Sündenspiegel vor und verspottet ihre Anstrengungen, im Lande Ordnung zu schaffen. Wohl gibt er zu, daß Grey die Perser in ihrem Streben, sich zu erholen, nicht unterstützt habe, faßt aber sein Urteil dahin zusammen: „Verständig, hilfreich, fest, manchmal übergewissenhaft, unveränderlich, loyal und ehrenhaft, haben die Entscheidungen des englischen Staatssekretärs des Äußeren die Lage fast immer zu einer besseren gestaltet, als sie früher war. Alles in allem ist es nicht immer Schuld der Ärzte, wenn der Kranke stirbt." Der Kranke ist aber besonders schlimm daran, wenn der Arzt mit den gewissenlosen Erben im Einverständnisse ist. Die Brücke zwischen London und Petersburg war geschlagen; Grey aber genoß bei den Russen um so höhere Schätzung, als er in England um seiner Freunde willen angefeindet wurde.

*

Englisch-belgischer Vertrag

Der britische Staatssekretär übereilte sich nicht, sondern ließ die Früchte seiner russischen Politik reifen. Es mußte sich auch erst zeigen, wie sich die Dinge auf der Balkanhalbinsel nach dem am 13. März 1912 unter dem Schutze des Zaren zustande gekommenen serbisch-bulgari-

[1]) Gilbert Murray, „The foreign Policy of Sir Edward Grey" 1906—1914, Oxford 1915. Die in der vorigen Anmerkung erwähnte Schrift Russels ist eine Antwort auf die Murrays. Dieser ist Professor der klassischen Philologie; Russel ist Mathematiker.

schen Vertrage entwickelten. Hier wurde der russischen Regierung der Vortritt gelassen, während England um so zäher daran arbeitete, Belgien in das englisch-französische System hereinzuziehen. Der verheißungsvolle Anfang war schon 1906 gemacht worden. Der Punkt, an dem die englische Regierung den Hebel ansetzte, war auch diesmal der Kongo mit seiner die Einwohner drückenden Finanzverwaltung (Band II, Seite 89 f.). Schon 1906 hatte die englische Regierung die Mißstände dazu benützt, um König Leopold II. zu schrecken und ihn mit sanfter Gewalt zum Anschlusse an das britisch-französische Einvernehmen zu zwingen. Die dem Könige also erwachsenden Schwierigkeiten bestimmten ihn, die ihm persönlich zustehende Staatshoheit über den Kongo an Belgien abzutreten; dieses war sonach mit der Aufgabe belastet, der Ausbeutung der Kongoneger durch die Kolonialgesellschaften ein Ende zu machen. Die britische Regierung erklärte, sie werde die Einverleibung des Kongostaates nicht früher anerkennen, bis die Mißstände abgestellt seien. Am 17. Dezember 1909 starb Leopold II., aber die Regierung seines Nachfolgers stand unter demselben Drucke. So oft man in London mit Belgien unzufrieden war, veröffentlichte die britische Regierung in den Blaubüchern die Berichte ihrer Konsuln in Afrika; einmal ließ der englische Gesandte in Brüssel die Drohung fallen, Belgien könne die Unannehmlichkeit in jedem Augenblicke wieder haben. Das ging so weiter, wiewohl im Kongo manche Verbesserung eingeführt, Handelsfreiheit gewährt und in großen Gebieten das Monopol der Kolonialgesellschaften aufgehoben worden war. Wie England die Drähte zog, ist den Gesprächen Greys mit dem belgischen Gesandten Lalaing zu entnehmen. Am 11. Mai 1911 sagte er ihm, die Berichte seien so ungünstig wie früher, doch würden sie zurückgehalten werden; etwas später fügte er noch beruhigender hinzu, die Agenten hätten die Weisung erhalten, die belgische Verwaltung zu schonen und auf die großen ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten hinzuweisen. Man sieht, daß die Bösartigkeit der Kongogreuel sich nach den politischen Bedürfnissen Englands richtete[1]).

[1]) Die obigen Zitate nach dem Aufsatze von Rathgen in der Zeitschrift „Preußische Jahrbücher", 1915, Band 162.

So drückte England auf die Brüsseler Regierung, die aber auch aus einem anderen Grunde in London Anlehnung suchte. Es war ihr nicht unbekannt, daß Deutschland die Absicht hegte, bei Ausbruch eines Krieges mit Frankreich Hand auf Belgien zu legen, aber ebenso Großbritannien, was der englische Militärbevollmächtigte in Brüssel 1911 ohne weiteres bekannt hatte (Band III, Seite 42f.). In dieser Not besorgte Belgien, die Verträge über seine Neutralität böten nicht genügenden Schutz, und glaubte sich noch am besten bei den Westmächten geborgen. Die Verabredungen von 1906 wurden wieder aufgenommen, und im Frühjahr 1912 schloß der belgische Generalstabschef Jungbluth mit dem britischen Militärbevollmächtigten, Obersten Bridges, eine Militärkonvention, die für den Fall des Einmarsches deutscher Truppen dem Lande die britische Hilfe sicherte. Da die Gefahr doch auch von England drohte, so war dies ein einseitiges und Deutschland feindseliges Vorgehen. Diesem blieb der Vorgang geheim; erst die Haltung der belgischen Regierung beim Ausbruche des Weltkrieges enthüllte den Sachverhalt, der durch die zu Brüssel gefundenen Aktenstücke volle Aufklärung erhielt. Aus ihnen ging hervor, daß der englische Generalstab in genaue Kenntnis der militärischen Hilfsmittel des Landes und der militärischen Verhältnisse Deutschlands gesetzt wurde[1]).

*

Poincaré

Hatte England dem Zaren in Persien ein Opfer bringen müssen, so kam ihm dagegen Frankreich von selbst entgegen, was mit dem

[1]) Es gab belgische Diplomaten, die den Anschluß an England bedenklich fanden und davor warnten. So Guillaume, der Gesandte in Berlin, wie aus seinem Berichte vom 23. Dezember 1911 hervorging. („Belgische Aktenstücke“, S. 77, 101, 102.) Ähnlich das Urteil des belgischen Majors Girard. Er veröffentlichte 1912 einen Aufsatz, in dem er riet, bei einem Einfalle der Deutschen neutral zu bleiben und mit ihnen auf folgender Grundlage abzuschließen: Die belgische Regierung gestattet den Durchzug, doch müßten die Festungen Belgien bleiben, welches auch das Recht zu behalten hätte, seine Armee mobil zu machen. Der Aufsatz Girards ist wieder abgedruckt in seinem Buche: „Avant la guerre“, Brüssel 1916.

Ministerwechsel vom 13. Januar 1912 zusammenhing. Nicht zum mindesten durch englischen Einfluß wurde Josef Caillaux gestürzt, der die unverzeihliche Schuld der Annäherung an Deutschland auf sich geladen hatte, um derentwillen er während des Weltkrieges wegen Hochverrats in den Kerker geworfen wurde[1]). An seiner Stelle übernahm Raymond Poincaré die Leitung der Regierung, in dessen Kabinett zwei ehemalige Ministerpräsidenten, Briand und Bourgeois, eintraten. Allgemein bemerkte man, wie vertraut er mit dem russischen Botschafter Iswolskij verkehrte; die zwei Männer bestärkten sich gegenseitig in dem Vorsatze, das germanische Mitteleuropa zwischen die Zange zu nehmen. In einem Buche von René Pinon ist der Gedanke ausgesprochen, daß unter den französischen Politikern der Zeit zwei Reihen zu unterscheiden sind; die einen befolgten den von Gambetta gegebenen Rat, Frankreich solle unausgesetzt an Elsaß-Lothringen denken, aber nie davon sprechen, während die anderen die Vergeltung im Munde führten. An Ferry, Rouvier, Caillaux denkt Pinon, wenn er von der ersten Gruppe spricht; zur zweiten gehörten Boulanger, Delcassé, endlich Poincaré. Wiederholt kommt der belgische Gesandte Guillaume in seinen Berichten auf die bedenkliche Seite der Regierungstätigkeit Poincarés zu sprechen. So schreibt er am 21. Februar 1913: „Ich bin der Ansicht, daß Herr Poincaré als Lothringer sich darin gefiel, vom ersten Tage seines hohen Amtes die Sorge zu bekunden, sich fest zu zeigen und die Fahne des Vaterlandes hochzuhalten; das ist die Gefahr, welche die Anwesenheit des Herrn Poincaré im Elysée in den bewegten Zeiten bietet, in denen sich Europa befindet."

Nicht, daß Poincaré eine bahnbrechende, eine beherrschende Persönlichkeit gewesen wäre. Er für sich war nicht stark genug, um den Krieg gegen Deutschland zu entfachen, aber in ihm verkörperten sich die die Nation leitenden Empfindungen. Im Notfalle hätte er sich wohl oder übel auch zu einer friedlichen Politik verstanden; jetzt aber, da die Hoffnung auf Vergeltung durch die von Rußland und von Großbritannien

[1]) J. Caillaux hat über seine Gefangenschaft ein Buch veröffentlicht, das in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Meine Gefangenschaft" 1921 erschienen ist und auch auf seine Außenpolitik Licht wirft.

zu erwartende Haltung in Frankreich bis zum Rausche aufgepeitscht war, flossen seine persönlichen Neigungen mit denen der Mehrheit des Volkes in einen Strom zusammen.

Zuerst bekam Italien zur Strafe für seine Zugehörigkeit zum Dreibunde die harte Hand des neuen Ministerpräsidenten zu fühlen; während des Feldzuges in Tripolis kam es zu argen diplomatischen Weiterungen (Band III, Seite 60). Aus demselben Grunde wurde Österreich-Ungarn, und zwar bei seiner Finanznot, gefaßt, in der Art, daß ihm eine Anleihe auf dem Pariser Geldmarkte versagt blieb. Auch abgesehen davon sprach die französische Regierung den Grundsatz aus, nur in verbündeten und befreundeten Staaten des Auslandes dürften die Kapitalien des Landes angelegt werden. Dadurch aber, daß die französischen Banken genötigt wurden, sich mehr von politischen als von kaufmännischen Erwägungen leiten zu lassen, entstand der Nachteil, daß das französische Geld mitunter unzuverlässigen Schuldnern anvertraut wurde, so einigen südamerikanischen Republiken. Die Rußland gewährten Anleihen verursachten im Weltkriege große Verluste an Kapital und Zinsen und schon 1913 entstand durch säumige südamerikanische Schuldner eine Finanzkrise. Bis zu diesem Zeitpunkte galt Frankreich für den an Anleihekapital reichsten Staat des Festlandes, jetzt kam das Sinken seiner finanziellen Kraft zum Ausdruck.

Bei solcher Gesinnung richtete Poincaré sein Augenmerk zunächst auf die engste politische und militärische Verbindung mit Rußland. Am 13. Juli 1912 vereinbarte der russische Konteradmiral, Fürst Lieven, der Generalstabschef der Flotte, zu Paris ein Abkommen über das Zusammenwirken der beiden Marinen; damit hingen die darauffolgenden russischen Flottenbauten zusammen.

Dann reiste Poincaré nach Petersburg, wo er vom 9. bis zum 16. August wichtige Verhandlungen zum Abschlusse brachte, andere anknüpfte. Dort wurde zunächst jenes Marineabkommen in die endgültige Form gebracht[1]). Wichtiger waren die Verabredungen, wie in einem

[1]) Vgl. das Schreiben Sasonows über seine Verhandlungen mit Poincaré bei Siebert, l. c. S. 792.

Bundeskriege die Bewegungen der französischen und der russischen Heere ineinander zu greifen hätten. Nach dem japanischen Kriege hatte der russische Generalstab den Grundsatz aufgestellt, daß im Falle eines Zusammenstoßes mit den Mittelmächten Kongreßpolen zunächst zu räumen und das Heer hinter dem Bug zu sammeln wäre. Denn Polen konnte von den Ostprovinzen Preußens und von Galizien her im Halbkreise umfaßt werden; dann fielen schwächere russische Truppen daselbst dem Verderben anheim. Dieser Kriegsplan war nicht nach dem Wunsche Frankreichs, das auf ein möglichst frühes Vorbrechen des russischen Heeres gegen Berlin Wert legen mußte. Von russischer Seite wurde die Unvollständigkeit des Eisenbahnnetzes des Zarenreiches eingewendet, das den Aufmarsch hart an der Westgrenze nicht erlaubte. Frankreich erklärte sich nun zu neuen großen Anleihen bereit, die dem Ausbaue der Eisenbahnen und dem der polnischen Festungen zu dienen hätten. Daraufhin verständigte man sich über einen Frankreich genehmeren Operationsplan. Die Russen ihrerseits fanden, die gemeinsame Sache sei dadurch gefährdet, daß Deutschland infolge seiner größeren Volkszahl und seines stärkeren stehenden Heeres über Frankreich mit Übermacht herfallen und seine Armee in deren Aufmarschraume zerschlagen könnte. Sie legten Poincaré nahe, diesen Übelstand durch die Verlängerung der Dienstzeit zu beheben, was eine Auffüllung der Mannschaftsstände ermöglichte. Darauf ging der französische Ministerpräsident ein und traf nach seiner Heimkehr die notwendigen Vorbereitungen[1]). In seinem Kabinett war Millerand Minister des Krieges, Delcassé der Marine, beide von demselben Geiste erfüllt wie Poincaré. Millerand stellte seine Umsicht und große Beredsamkeit in den Dienst des französischen Militarismus. Mit Recht sprach man von dem „neuen Geist“, der mit Poincaré in das öffentliche Leben eingezogen war. Die Nation glaubte sich den größten Anstrengungen und Prüfungen gewachsen.

[1]) Im September 1919 erschien in der Londoner „Nation“ ein Aufsatz, in dem Poincarés Schuld am Weltkriege betont wurde. Darauf ließ dieser im selben Monate in der „Europe Nouvelle“ diplomatische Depeschen vom September 1912 veröffentlichen, um den friedlichen Charakter seiner Politik zu erweisen.

Selbsttäuschungen der deutschen Regierung

Wohl war die deutsche Regierung durch die Vorgänge in Paris beunruhigt, sie gab sich aber der Hoffnung hin, dafür mit England ins reine zu kommen. Denn während dieses insgeheim für seine belgische Flanke Vorsorge traf, setzte es 1912 und 1913 die Unterhandlungen mit Deutschland fort, welche die Flottenstärken der zwei Staaten, die Aufteilung der portugiesischen Kolonien in Südafrika, endlich die Bagdadbahn zum Gegenstande hatten. Dadurch wurde das Berliner Kabinett in der Überzeugung bestärkt, Grey wünsche nichts Besseres als einen Austrag der bestehenden Weiterungen. Um ihn in diesen löblichen Gesinnungen zu bestärken, berief Deutschland im Mai 1912 seinen Botschafter in London, den Grafen Wolff-Metternich, ab, dem man eine gewisse Schroffheit Schuld gab; er wurde von dem Entschlusse des Auswärtigen Amtes unversehens überrascht, so daß er beim Abschiede von der deutschen Kolonie seinem Mißvergnügen Ausdruck gab. An seine Stelle trat Marschall von Bieberstein, der sich am Bosporus in jeder Weise bewährt hatte; er verließ jedoch den Schauplatz seiner Tätigkeit nicht ungern, da der Tripolisfeldzug der Italiener ihm seine Stellung in Konstantinopel erschwerte. Marschalls große diplomatische Fähigkeiten zeigten sich auch in London, wo er das Recht Deutschlands auf eine starke Kriegsflotte bestimmt betonte, dabei aber so maßvoll auftrat, daß er allgemeines Vertrauen gewann. Er hoffte, seine Laufbahn mit der deutsch-englischen Verständigung glanzvoll abschließen zu können, starb aber schon am 24. September 1912 eines plötzlichen Todes. Seine Bemühungen wurden von dem Geschäftsträger Kühlmann fortgesetzt, dann seit dem November 1912 von dem deutschen Botschafter, Fürsten Lichnowsky. In dieser Zeit schlug Grey im Verkehr mit den Vertretern Deutschlands einen wärmeren Ton an und diese Zeichen von Vertraulichkeit des sonst ebenso gemessenen wie höflichen Staatssekretärs machten auf sie einen starken Eindruck, dem Lichnowsky sich fessellos hin-

gab. Auch in Berlin glaubte man, ein anderer Geist wäre ins britische Auswärtige Amt eingekehrt, der Tod König Eduards nicht ohne Folgen geblieben. Dabei wurde übersehen, daß die Formen nebensächlich sind, und daß Grey ununterbrochen an der Erweiterung des von Eduard VII. mitgeschaffenen, gegen Deutschland gerichteten Bündnissystems arbeitete. Der Staatssekretär und Haldane hatten dem Berliner Kabinett übrigens unverhohlen gesagt, daß Britannien sein Verhältnis zu Rußland und Frankreich als den Eckstein seines diplomatischen Gebäudes betrachte. Wenn sich Bethmann Hollweg trotzdem über die Absichten des englischen Staatssekretärs täuschte, war es seine eigene Schuld.

*

Englisch-französisches Bündnis

Immer enger zog sich um die Mittelmächte der Ring. England und Frankreich hatten schon 1906 eine Militärkonvention geschlossen; wichtig aber war bei der Schwäche der englischen Landmacht und dem Übergewichte seiner Flotte, daß im September 1912 ein Marineabkommen zustande kam[1]). Es war, man kann sagen, eine Verabredung auf Sein und Nichtsein. Denn die zwei Staaten vertrauten einander wechselseitig den Schutz ihrer Küsten und Gewässer an und entblößten weite Gebiete von den eigenen Streitkräften, wenn nur die des Genossen zur Stelle waren. Britannien zog einen Teil seiner Mittelmeerflotte ab, welchen es für die Verstärkung seiner Heimatflotte benützte. Dafür verlegte die Republik nahezu alle ihre Geschwader nach ihrer südlichen Küste, so daß die Verteidigung auch der englischen Interessen im Mittelländischen Meer ihr übergeben war, während England den Schutz der französischen Küsten im Ärmelkanal und ebenso im Atlantischen Ozean übernahm. Es war ein Aufmarsch im Norden gegen Deutschland, im Süden gegen dessen Bundesgenossen. Bei der Spannung, die damals

[1]) Das Datum ist in Bethmann Hollwegs „Betrachtungen", S. 63, angegeben.

wegen Tripolis zwischen Italien und Frankreich bestand, war den Italienern die Anhäufung der französischen Seestreitkräfte in ihrer Nähe peinlich. Durch das Marineabkommen wuchsen die Flotten Englands und Frankreichs zu einer organischen Einheit zusammen. Die Sache war so wichtig, daß der Premierminister und Churchill anfangs Juni ins Mittelländische Meer gereist waren, um in Malta mit Lord Kitchener zu beraten; es scheint, daß sie ihn darüber zu beruhigen für notwendig hielten, ob es angehe, die Obhut der Meeresstraße nach Ägypten und Suez ausschließlich den Franzosen zu überlassen.

Da die zwei Westmächte sich militärisch fest zusammenschlossen, war es eine Lücke, daß zwischen ihnen noch kein politisches Bündnis bestand. Jetzt aber glaubten die Kabinette von London und Paris den Augenblick der Ergänzung gegeben. Das Jahr 1912 brachte am 13. März das Angriffsbündnis Bulgariens und Serbiens gegen die Türkei und im November den Vertrag zwischen den beiden Westmächten. Der innere Zusammenhang zwischen den beiden Staatsakten, durch den sich auch eine gewisse Ähnlichkeit im Aufbaue der zwei Verträge erklärt, soll uns noch beschäftigen.

Bisher hatten die Lenker der französischen Republik es vermieden, ihr Land mit Großbritannien durch einen Vertrag zu verketten, weil sie nicht Lust hegten, dessen Seeherrschaft zu verteidigen, wobei Frankreich vom ersten Stoß der deutschen Heeresmacht getroffen werden mußte. Das war der Grund gewesen, weshalb Rouvier das ihm angebotene Bündnis 1905 abgelehnt hatte, so lebhaft auch Delcassé einem solchen das Wort gesprochen. Die eigentliche Ursache der Kühle Frankreichs war die Schwäche der englischen Landarmee, worüber sich André Tardieu, dem während des Weltkrieges eine wichtige diplomatische Rolle zufallen sollte, 1910 aussprach, indem er sagte, die britische Freundschaft werde für Frankreich erst wertvoll sein, wenn England die allgemeine Wehrpflicht eingeführt habe; vorher wäre es besser, von einem förmlichen Bündnisse abzusehen [1]). Ähnlich urteilte Clemenceau als Ministerpräsident. Aber in den letzten Jahren vor dem Weltkriege traten diese

[1]) A. Tardieu „La France et les alliances", 3. Auflage, Paris 1910.

Bedenken in den Hintergrund, weil sich Frankreich an der Hoffnung berauschte, unterstützt von Britannien und Rußland, den Erbfeind niederzuringen. Die Militärkonvention und das Marineabkommen zwischen den beiden Mächten schienen nicht ausreichend, denn sie regelten wohl die gemeinsame Tätigkeit, falls es zu einem Bundeskriege kommen sollte, nicht aber die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen ein solcher Kampf zu führen wäre. Als mit Poincaré die Kriegspartei in die Regierung einzog, wollte sich das Pariser Kabinett darüber Sicherheit verschaffen und begann die tiefeinschneidende Verhandlung. Poincaré stellte an die englische Regierung die Frage, Frankreich wolle wissen, unter welchen Umständen die eine der zwei Mächte auf die bewaffnete Hilfe der anderen rechnen dürfe.

Auf diesen Augenblick hatte Grey lange gewartet. Er zögerte also nicht, in die entgegengestreckte Hand einzuschlagen. Indessen hatte er in bezug auf die Form des Abkommens Grund zur Vorsicht. Einmal durfte die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht der unruhigen französischen Nation anheimgegeben werden; England tat gut, sich Freiheit des Handelns vorzubehalten; darauf richtete Grey nach seiner späteren Versicherung das Augenmerk. Dann aber hatte die englische Regierung Rücksicht auf das Parlament zu nehmen, dessen liberale Mehrheit von einem Kriegsbündnisse nichts wissen wollte. Auch im Ministerium saßen einige Männer pazifistischer Gesinnung, dieselben, die im August 1914 lieber ihr Amt niederlegten als den Eintritt Englands in den Krieg mitzumachen; ihnen (Morley, Burns, Trevelyan) wäre auch 1912 nicht eine unbedingte militärische Verpflichtung abzuringen gewesen. Ein liberales Kabinett bewegt sich überhaupt in der äußeren Politik nicht so frei wie ein konservatives. Das Abkommen mit Frankreich mußte also derart abgefaßt werden, daß die Regierung auf eine Anfrage im Parlament zur Not antworten konnte, England habe sich nicht zur Kriegshilfe verpflichtet.

Deshalb wurde nicht ein Vertrag von Kabinett zu Kabinett geschlossen, sondern die Form gewählt, daß Grey am 22. November an Cambon einen Brief mit der Aufschrift „Mein lieber Botschafter" richtete, und

daß dieser durch ein Schreiben antwortete, das mit den Worten begann „Lieber Sir Edward“. Grey erwähnte in seinem Briefe, daß allerdings früher schon militärische Besprechungen zwischen den zwei Regierungen stattgefunden hätten, doch sei dadurch „die Freiheit jeder Regierung, in Zukunft zu entscheiden, ob sie der anderen mit Waffenmacht Hilfe leisten werde, nicht beschränkt worden“. Demgegenüber gab der englische Staatssekretär jetzt eine Erklärung ab, die Cambon wieder nahezu wörtlich in seinen Brief hinübernahm. Ein Vertrag also, ohne die Form eines solchen. Der französische Botschafter bezog sich in dem Schreiben vom 23. November auf seine zu Grey gemachte Bemerkung, es sei notwendig, zu wissen, ob die eine Macht im Falle eines auf sie unternommenen Angriffes auf die Hilfe der anderen zählen könne und fuhr dann übereinstimmend mit der Erklärung Greys fort:

„Ihr Brief erwidert auf diese Bemerkung; und ich bin ermächtigt, Ihnen zu erklären, daß, falls eine von unseren zwei Regierungen einen gewichtigen Grund hätte, entweder den Angriff einer dritten Macht oder ein den allgemeinen Frieden bedrohendes Ereignis zu befürchten, diese Regierung sofort mit der anderen beraten werde, ob die zwei Regierungen übereinstimmend handeln sollen, um dem Angriffe zuvorzukommen oder den Frieden zu bewahren. In diesem Falle würden die zwei Regierungen über die Maßnahmen beratschlagen, die sie gemeinsam zu ergreifen geneigt wären; wenn diese Maßnahmen zu einer Aktion führen sollten, so würden die zwei Regierungen sofort die Pläne ihrer Generalstabschefs in Betracht ziehen und über die Folge entscheiden, die diesen Plänen zu geben wäre.“

Die Abmachung war in der Form gewunden, sprach aber insofern deutlich, als auch ein Angriff auf Deutschland ins Auge gefaßt war. Denn es ist nicht bloß von der Abwehr eines deutschen Angriffs die Rede, sondern von einem sonst „den allgemeinen Frieden bedrohenden Ereignisse“, auf das hin man die Waffen gemeinsam ergreifen würde. Unter diesem Vorwande konnte wann immer losgeschlagen werden. Eine Milderung bestand nur darin, daß die zwei Mächte auch in diesem Falle noch beraten wollten, ob den von ihren Generalstäben ausgear-

beiteten Plänen Folge zu geben wäre. Auf diesen hemmenden Umstand hat Grey nach Ausbruch des Weltkrieges wiederholt hingewiesen, um zu zeigen, England sei nicht an Frankreich gebunden gewesen. Indessen liegt es in der Natur eines derartigen Bündnisses, daß die vertragschließenden Teile sich die Entscheidung darüber vorbehalten, ob nach ihrer Ansicht der Kriegsfall auch wirklich eingetreten ist. In dem Briefe Greys an Cambon ist ausdrücklich gesagt, daß die bis dahin bestehenden Militärkonventionen die Freiheit der zwei Regierungen nicht beschränkt haben und daß eine Ergänzung notwendig befunden werde. Das früher nicht vorhandene enge Zusammenstehen ist durch den Vertrag vom November 1912 vereinbart; es liegt also ein Verteidigungs- und zugleich verkapptes Angriffsbündnis vor.

Nahezu alle Angriffsbündnisse früherer Zeit haben denselben bedingten Charakter, ohne daß ihre wahre Natur einem Zweifel unterliegt. So auch der serbisch-bulgarische Vertrag vom 13. März 1912. Hier wird ausgemacht, daß, wenn die Verhältnisse es erheischen sollten, die vertragschließende Macht, die den Krieg mit der Türkei für notwendig hielte, sich an die andere mit einem motivierten Vorschlage zu wenden hätte; dieser Teil könnte dann zustimmen, oder er hätte die Ablehnung zu begründen. Auch hier gab es also allerhand Schlupflöcher; man muß jedoch sagen, daß der serbisch-bulgarische Vertrag eine weniger bestimmte Sprache führte als der zwischen Grey und Cambon vereinbarte[1]).

Gedeckt durch die hinterhältigen Vorbehalte des Briefes Greys

[1]) Zur Begründung des oben Gesagten sei die entscheidende Stelle des serbisch-bulgarischen Vertrages hierhergesetzt: „Au cas où il surviendrait en Turquie des troubles intérieurs de nature à mettre en danger les intérêts nationaux ou d'état des parties contractantes ou de l'une d'elles, comme au cas où les difficultés intérieures ou extérieures avec lesquelles la Turquie se verrait en prise, mettraient en cause le maintien du statu quo dans la péninsule des Balkans, celle des deux parties contractantes qui aboutirait la première à la conviction qu'une action militaire doit être engagée de ce fait s'adressera, par une proposition motivée, à l'autre partie qui sera tenue d'entrer immédiatement dans un échange de vues, et si elle ne tombe pas d'accord avec son alliée, de lui donner une réponse motivée." Mit meiner Auffassung der Natur des englisch-französischen Vertrages erklärt sich der ungarische Historiker Wilhelm Fraknoi in der „Deutschen Revue" vom September 1916 einverstanden.

stellte die englische Regierung, so oft im Parlament auf das Verhältnis zu Frankreich die Rede kam, dessen wirklichen Inhalt in Abrede. So als Hugh Cecil, der Bruder des späteren Ministers Lord Robert Cecil, am 10. März 1913 in der Adressedebatte bemerkte, er halte es für begründet, daß man die englische Politik, wenn nicht geradezu aggressiv, so doch abenteuerlich nenne. Es werde allgemein geglaubt, so fügte er hinzu, England habe sich unter gewissen Umständen — wenngleich nicht durch einen bestimmten Vertrag — verpflichtet, eine bedeutende bewaffnete Macht zum Eingreifen aufs Festland zu senden. Da unterbrach der Premierminister den Redner mit den Worten: „Ich sehe mich zu der Erklärung genötigt, daß dies eine Unwahrheit ist.“ Und als Asquith am 24. April 1913 von einem Abgeordneten gefragt wurde, ob es wahr sei, daß unter Umständen englische Truppen auf das Festland geschickt werden müßten, erwiderte er: „Wie schon wiederholt hervorgehoben, hat unser Land keine Verpflichtung, die nicht dem Parlamente und der Öffentlichkeit bekannt wäre und die das Land in einen Krieg führen könnte.“ Diese Ableugnung durfte sich nur ein Gentleman erlauben, der sonst im Rufe der Wahrheitsliebe stand und daraufhin etwas wagte. Es ist bekannt, daß ein Diplomat, wenn er von einem anderen über einen Geheimvertrag befragt wird, lügen darf; von diesem Rechte machte Asquith auch dem Parlamente gegenüber Gebrauch. Dasselbe gilt von Grey, der am 1. Juni 1914 im Unterhause sagte, daß die soeben angeführte Erklärung des Premierministers jetzt ebenso gelte wie ein Jahr vorher. Als der Sachverhalt durch die Rede Greys am 3. August 1914 bekannt wurde, hielt der Führer der Arbeiterpartei, Ramsay Macdonald, ihm vor, Asquith habe das Gegenteil behauptet[1]).

[1]) Derselben Ansicht war Georg Brandes, der 1916 in einem offenen Briefe über die englische Politik schrieb: „Das englische Auswärtige Amt hatte heimlich, ohne Mitwissen des Parlaments, Großbritannien verpflichtet, Frankreich im Falle eines europäischen Krieges zu helfen.“ Die Übersetzung des Briefes in der „Kölnischen Zeitung“ vom 26. Juli 1916. Ähnlich Bernard Shaw bald nach Ausbruch des Krieges: „Die Neutralität Belgiens war nur Vorwand; der tatsächliche Grund war: Grey wurde insgeheim verpflichtet, Frankreich zu unterstützen, wann immer die österreichisch-deutsche Allianz mit der franko-russischen zusammenprallen werde.“ Am treffendsten ist, was Shaw 1919 in seinen „Winken zur Friedenskonferenz“ darüber sagt: „Die russische Freundschaft zwang Mr. Asquith zu einer Geheim-

Grey aber wahrte auch später das Gesicht und blieb dabei, England hätte 1914 die volle Freiheit des Entschlusses besessen. Es bereitete ihm deshalb große Verlegenheit, als der nächste Premierminister, Lloyd George, der doch sein Amtsgenosse gewesen war, am 7. August 1918 die Unvorsichtigkeit beging, dem Parlament zu sagen, England habe einen Vertrag mit Frankreich des Inhaltes gehabt, daß, wenn dieses angegriffen werden sollte, das Vereinigte Königreich ihm zu Hilfe kommen werde. Er wurde von Zwischenrufen unterbrochen: „Das haben wir nicht gewußt!" „Das ist uns neu"; es erhob sich auch sofort ein Mitglied des Kabinetts Asquith, Herbert Samuel, um Lloyd George vorzuhalten, er sei im Irrtum; es müsse betont werden, daß England im August 1914 nur aus Pflichtgefühl, nur zur Verteidigung des öffentlichen Rechtes die Waffen ergriffen habe, nicht in Erfüllung eines Geheimvertrages. Lloyd George sah, daß er unvorsichtig gewesen war, machte die Sache aber nicht besser, als er Samuel erwiderte, das von ihm gebrauchte Wort „Pakt" sei in diesem Zusammenhang zu stark, er hätte nur sagen sollen: „Es war eine Ehrenverpflichtung".

---

politik, in deren Dienst er und Sir Edward Grey nicht davor zurückschreckten, auf wiederholte Anfragen im Unterhause glatt zu leugnen, daß irgendeine bindende Verabredung zwischen England und Frankreich bestehe. Es kam dann auch wirklich soweit, daß die beiden Mächte Noten austauschten, die förmlich feststellten, daß keine bindende Verpflichtung vorhanden sei. Formell entsprach also jene Ableugnung der Wahrheit. Trotzdem war sie irreführend und es war ihr Zweck, irrezuführen." Als Grey im Mai 1914 dem russischen Botschafter in London, Benckendorff, Kopien der zwischen ihm und Cambon im November 1912 gewechselten Schreiben übergab, die als Grundlage für ein englisch-russisches Marineabkommen dienen sollten, hob er, wie Benckendorff am 10/23. Mai 1914 an Sasonow berichtete, hervor (Siebert, l. c. S. 814): „daß der Wortlaut dieser Schriftstücke zeige, daß zwischen den beiden Mächten kein Bündnis geschlossen sei. Sie bezweckten vielmehr vor allem, den Inhalt der militärischen Abmachungen in das rechte Licht zu setzen, welche zwischen den Armee- und Marinebehörden für den Fall vereinbart worden sind, daß die Notwendigkeit eines aktiven Zusammenwirkens der englischen und französischen See- und Landstreitkräfte entsteht." Siebert gibt die beiden Briefe S. 816f. in deutscher Übersetzung wieder.

*

Hat England den Krieg gewollt?

In das Geheimnis der englischen Politik waren auch diejenigen Mitglieder der englischen Regierung nicht eingeweiht, deren pazifistische Ansichten bekannt waren; Loreburn, der Lordkanzler des liberalen Kabinetts, hat sich darüber in seinen Erinnerungen beschwert. Wie die Radikalen behaupteten, waren nur „die drei“ (Asquith, Grey und Haldane) von allen Verträgen unterrichtet. Über diese Vorgänge wird man auch in Zukunft aus amtlichen englischen Quellen nur wenig erfahren, da über die britischen Ministerratssitzungen Protokolle nicht geführt werden, um der Opposition, wenn sie an die Macht gelangt, nicht Einblick in die Politik ihrer Vorgänger zu gewähren. Um so leichter wird der Regierung die Geheimdiplomatie gemacht, und niemand übte deren Künste fleißiger als Sir Edward Grey.

Die Form der mit Frankreich geschlossenen Verträge ist nicht das Wesentliche; der springende Punkt ist, ob die französische und die unzweifelhaft von ihr eingeweihte russische Regierung die Überzeugung haben durften, England werde ihnen für den Fall eines Festlandskrieges Waffenhilfe leisten. Dann konnte ihre Diplomatie, des Rückhaltes an Englands seebeherrschender Flotte sicher, ungestraft auf Deutschland loshämmern. Hier liegt der Schlüssel zu der Balkanpolitik Rußlands und zur Erklärung der an sich verwegenen Herausforderung Österreich-Ungarns durch das kleine Serbien.

Das der englischen Politik dieser Jahre eigene war die Umsicht, mit der sie den Schein zu wahren und die Verantwortlichkeit von sich abzuschieben verstand. Nie sprachen die englischen Minister friedsamer als in dem Monate des Abschlusses mit Frankreich. Die durch den Balkankrieg beunruhigten Gemüter erbauten sich an dem am 10. November wie jährlich in der Guildhall gehaltenen Festmahl, da nicht bloß Asquith, sondern auch Churchill versicherte, England sei mit den Großmächten einig in dem Bestreben, auch den übrigen Nationen den Frieden

zu erhalten. Unmittelbar vorher hielt zwar Lord Roberts (Band III, Seite 80f.) die aufreizende Rede, in der er die Deutschen belobte, weil sie sich an den Grundsatz hielten, den Streich auf ihre Feinde niedersausen zu lassen, wann immer es ihnen zweckmäßig scheine, ein Beispiel, das Roberts den Briten zur Nachahmung empfahl. Die Regierung ließ jedoch nicht bloß durch ihre Organe diese Empfehlung eines vorbeugenden Krieges als unheilvoll zurückweisen; Grey selbst sagte in der Antwort auf eine an ihn im Unterhause gestellte Anfrage, es sei bedauerlich, daß es in England wie in Deutschland Personen gebe, die, wenn auch außerstande die Politik ihrer Regierungen zu beeinflussen, sich in Angriffen, wie die des Feldmarschalls, ergehen. Hinter dem Vorhange versöhnlicher Versicherungen schloß die Regierung den Geheimvertrag mit Frankreich, von dem die öffentliche Meinung nichts erfahren durfte.

Wenn es schon den Vorschriften der Moral und den demokratischen Grundsätzen widersprach, das Parlament irrezuführen, so waren die Folgen für den europäischen Frieden ganz besonders verderblich. Während die in das Geheimnis eingeweihten Kabinette von Paris und Petersburg der Versuchung nicht widerstanden, das Bündnis mit England auf die Probe zu stellen, ward die deutsche Regierung in Sicherheit gewiegt, da der Friedenswille Englands eine Bürgschaft schien gegen die Anschläge unruhiger Köpfe in Ost und West. Wenige Tage, nachdem der deutsche Botschafter, Lichnowsky, in London eingetroffen war, verkündete er am 30. November bei einem Festessen, daß „England und Deutschland Seite an Seite an der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens arbeiten, und daß die politischen Beziehungen der beiden Mächte niemals vertraulicher und aussichtsreicher waren als gegenwärtig." Der Übereifer, mit dem sich Lichnowsky der englischen Regierung an den Hals warf, war unpassend, auch wenn seine Annahme im allgemeinen richtig gewesen wäre; es war schlimm, daß er sich überhaupt den Reizen des großzügigen englischen Lebens fessellos hingab und in den Bann der Persönlichkeit Greys geriet. Auffallenderweise ließ sich Kiderlen-Wächter durch die Berichte aus London einspinnen und sagte am 2. Dezem-

der im Reichstage über die Lage auf der Balkanhalbinsel: „Die offene, von vollem Vertrauen getragene Aussprache zwischen London und uns während aller Phasen dieser Krise hat nicht nur eine erfreuliche Intimität hervorgerufen, sondern sie hat auch einer Verständigung aller Mächte gute Dienste geleistet.“ Vertrauensvolle Beziehungen, Intimität, Verständigung aller Mächte: das ging doch weit über die wohlabgewogenen Höflichkeiten in den Reden der englischen Minister hinaus; nie war einer von ihnen gleich gefühlsselig gewesen. Grey mochte dabei zumute sein wie der Spinne, die ihr Netz auseinandergelegt hat und ruhig das Kommende abwartet; ist es denn ihre Schuld, wenn die Fliege unvorsichtig hineinflattert?

Die Gründe, die Asquith und Grey zum Verschweigen und Ableugnen wichtiger Staatsakte bestimmten, sind nach dem Kriege von ihrem langjährigen Amtsgenossen Loreburn eingehend untersucht worden. Er war durch sechs Jahre (1906—1912) neben ihnen Lordkanzler gewesen und im Sommer 1912 zurückgetreten, ebenso in Unkenntnis ihrer Geheimdiplomatie gehalten wie die Mehrzahl der anderen Minister und rechnete mit ihnen 1919 in dem Buche „How the war came“ ab. Auch ihm gilt Deutschland als der angreifende, am tiefsten in der Schuld stehende Teil, aber ein vollgerüttelt Maß daran habe auch die englische Politik auf sich geladen. Britannien hätte den von Gladstone 1870 befolgten Grundsatz, sich nicht in die festländischen Kriege einzumengen, weiter befolgen sollen; wenn die Staatsmänner jedoch einen anderen Weg einzuschlagen für notwendig fanden, dann wäre es besser gewesen, ein ehrliches, der Welt zur Kenntnis gebrachtes Bündnis mit Frankreich zu schließen. So aber übernahm England durch halbe Verabredungen geheimer Natur zum mindesten eine Ehrenverpflichtung der Verteidigung Frankreichs, so daß dessen Regierung mit nahezu unbedingter Sicherheit auf englische Waffenhilfe rechnen konnte; es wäre schimpflich gewesen, die Republik dann im Stiche zu lassen. Und da Rußland von dem Sachverhalte unterrichtet war, so gab sich England in die Hand einer ebenso kläglichen wie despotischen Regierung, welche die Briten 1914 mit in den Krieg riß. „Als die gewichtigste Entscheidung un-

serer ganzen Geschichte zu fassen war, waren wir im Entscheiden nicht frei“... „Wir kamen in einer russischen Streitsache unvorbereitet zu einem Kriege, weil wir an Frankreich ins Dunkle hinein gebunden waren.“ Und an einer anderen Stelle sagt er, die Politik der Regierung habe den Frieden von der Gnade des russischen Hofes abhängig gemacht. So legte schon das englisch-französische Militärabkommen von 1906 den Keim zu dem über Europa hereinbrechenden Unheil.

Loreburn spricht von Grey mit großer Achtung und stellt in Abrede, daß dieser oder Asquith den Krieg herbeiführen wollten. Ihre Schuld habe darin bestanden, daß sie von der Politik der Nichteinmischung abwichen und das Parlament in Unwissenheit hielten. Sie glaubten wirklich, freie Hand gegen Frankreich zu haben, und waren so sanguinisch, anzunehmen, daß sie trotzalledem durch ihre diplomatische Geschicklichkeit das Land vor dem Kriege bewahren könnten. Gegen ihren Willen seien sie durch ihre Taten 1906 bis 1914 in den Krieg geglitten und seien von ihm überrascht worden[1]).

Dieser Erklärungsversuch steht aber mit den Handlungen Greys in völligem Widerspruch und läßt ihn ebenso harmlos wie unklug erscheinen, als Mann ohne Augenmaß für die großen europäischen Ereignisse. Wäre er es wirklich gewesen, so hätte er nicht Schritt für Schritt, Masche um Masche das gewaltigste jemals auf der Erde geschaffene Bündnissystem aufrichten oder wenigstens ausbauen können. Loreburn selbst, obwohl ein hervorragender Rechtsgelehrter und, wie sein Buch beweist, voll redlichen Bemühens, die Wahrheit zu ergründen, Licht und Schatten gerecht zu verteilen, hat durch sein amtliches Wirken, zusammengehalten mit seiner Veröffentlichung, den Beweis geliefert, daß ihm zum Staatsmann und politischen Kritiker die Haupteigenschaft fehlte: der Scharfblick. Wie! Sechs Jahre war er Lordkanzler und merkte nichts von dem gefährlichen Treiben um ihn? Tat nicht alles, um sein Vaterland von dem Abgrunde des von ihm verabscheuten Weltkrieges zurückzuhalten? Wenigstens ist in dem Buche keine Andeutung darüber gemacht. Er war nach Stead der einflußreichste Mann der Friedensbewe-

[1]) Loreburn, „How the war came“, S. 2, 11, 15, 107, 111.

gung, als Lordkanzler hatte er die höchste Stellung und gab sich auch die größte Mühe, Reformen in dem zwischenstaatlichen Seekriegsrechte anzubahnen; wenn er aber nicht sah, was um ihn geschah, dann freilich war der Pazifismus von ihm mangelhaft behütet. Alles in allem: offenbar war ihm Grey als Politiker weit überlegen, täuschte auch ihn und ging, da er den Krieg für unabwendbar hielt, hinter dem Rücken seiner Amtsgenossen Loreburn und Morley, Burns und Trevelyan, die von ihm eingeschlagenen dunklen Wege.

Loreburn ist der Ansicht, daß, wenn die englische Regierung Deutschland offen gesagt hätte, sie sei zur Verteidigung Frankreichs verpflichtet, Kaiser Wilhelm und seine Minister gewarnt gewesen und 1914 der furchtbare Zusammenstoß vermieden worden wäre. Er beruft sich auf einen von Wilson im März 1919 gemachten Ausspruch: „Wir wissen bestimmt, daß, wenn Deutschland einen Augenblick lang gedacht hätte, Großbritannien werde mit Frankreich und Rußland gehen, es niemals dieses Unternehmen gewagt hätte.“[1]) Dieser Ansicht ist auch Shaw, aber er weicht von Loreburns Erklärung der Triebfedern Greys vollkommen ab, denn er nimmt an, der englische Staatssekretär habe die Verabredung mit Frankreich geheimgehalten, um Deutschland in Sicherheit zu wiegen und es zu verlocken, über seinen westlichen Nachbar herzufallen. Grey habe diese Tücke von Anfang an im Kopfe gehabt und seinen Plan bis zum August 1914 in meisterhaftem Spiele durchgeführt. „Sir Edward Grey wollte den Schafspelz bis zum letzten Augenblick nicht opfern“, schrieb Shaw 1919[2])... „Er tat nichts und sagte alles bis auf das eine, das vielleicht Deutschland von den Grenzen Frankreichs ferngehalten hätte. Wenn er dies ausgesprochen hätte, so wäre der britische Löwe nicht zum Sprunge gekommen. Aber der britische Löwe hatte keine Lust, sich am Springen hindern zu lassen... Wenn der Krieg kommen mußte, war es wesentlich, daß er kam, ehe die deutsche Flotte der englischen das Gleichgewicht hielt... Aber wenn England den Lorbeer in Anspruch nimmt, muß es auf den Ölzweig verzichten.

[1]) Ebenda S. 17.

[2]) Shaw, „Winke zur Friedenskonferenz“, S. 24—26.

Wenn es alles tat, um den Krieg aufzuhalten, bis auf das eine, das ihn offenbar allein hätte aufhalten können, so wird die Geschichte daraus sicher den Schluß ziehen, daß es ihn einfach nicht aufgehalten hat, weil es ihn im Grunde gar nicht aufhalten wollte."

Diese Gedankenreihe des englischen Satirikers überflügelt die Beweggründe Greys und beurteilt ihn nach der moralischen Seite hin nicht gerecht. Wenn der Staatssekretär auch den Krieg für unvermeidlich hielt, so war er sich doch der schweren Verantwortung bewußt, den Weltteil mit Blut und Tränen zu füllen. Wohl hielt er es mit gutem Grund für seine Pflicht, England durch Bündnisse gegen alle Gefahren zu wappnen und kein Mittel der Abwehr zu vernachlässigen; er überließ aber dem Schicksal die Entscheidung, ob sein Verfahren sich auf dem Schlachtfelde werde zu erproben haben. Er war nach den in der letzten Marokkokrise gemachten unangenehmen Eindrücken noch bedächtiger geworden und gelangte zu dem Vorsatze, Englands Kraft erst dann voll einzusetzen, wenn Frankreich und Rußland vor dem Losschlagen stünden. Er mochte sich nicht weiter vorwagen, um nicht abermals wie 1909 von Iswolskij im Stiche gelassen zu werden oder wie 1911 auf den festen Friedenswillen der französischen Regierung zu stoßen. Das Neue an Greys Vorgehen während der zwei Jahre vor dem Weltkriege war die verbindliche Gebärde, mit der er sich dem Friedensstiften widmete. Die Rolle lag ihm bei seiner menschlichen und christlichen Gesinnung besser als die frühere, und er hat sie unter größerem Beifall der Mitwelt gespielt.

Es ist falsch, die amtliche englische oder die amtliche deutsche Politik von dem Dämon des Kriegswillens erfüllt hinzustellen; ebenso ist es eine Übertreibung, wenn man die britischen Staatslenker wegen der Voraussicht bewundert, mit der sie den Krieg aufsteigen sahen, und die deutschen Machthaber als verblendet schmäht, weil sie glaubten, um ihn herumzukommen. Die Engländer waren ohne Zweifel politisch die Überlegenen, aber es ist nicht zu vergessen, daß, wer einen Krieg lieber früher als später führen möchte, auf den längeren Hebelarm drücken kann. Nicht etwa, daß die britischen Imperialisten ihrer Natur nach krie-

gerischer angelegt waren als die Alldeutschen, womit es sich eher umgekehrt verhielt; aber die ersteren wußten genau, es werde England jetzt geringere Anstrengungen kosten, der deutschen Flotte den Garaus zu machen als später, weshalb sie mit einem Zusammenstoße rechneten. Bülow dagegen und Bethmann Hollweg, Kiderlen-Wächter und Tirpitz sahen in der Erhaltung des Friedens einen Vorteil, um Deutschland wirtschaftlich und militärisch weiter wachsen zu lassen. Was jeder von ihnen wünschte, das hoffte er auch, wobei der größere oder der geringere Scharfsinn nicht den Ausschlag gab. Weder hüben noch drüben stand eine überragende Persönlichkeit an leitender Stelle; solcher Ausnahmsmenschen gibt es durch Jahrhunderte wenige; im allgemeinen folgt das menschliche Geschlecht den Anstößen, die von den nationalen, wirtschaftlichen und religiösen, die Massen bewegenden Triebkräften ausgehen. Die Männer, die 1914 an der Zeitgeschichte mitgewoben haben, waren unfrei in ihren Entschlüssen, so daß man über sie mit dem heiligen Augustinus sagen kann: Die Menschen bewegen nicht, sondern werden bewegt.

XXXII

Aus der slawischen Welt 1904–1911

XXXII. Aus der slawischen Welt 1904—1911

Der Panslawismus bis zum japanischen Kriege.

Dostojewskij

An verschiedenen Stellen seiner Werke zieht Ranke einen Vergleich zwischen der Macht der Realitäten und der Ideen. Bei seiner Einsicht in den Weltenlauf verkennt er zwar nicht die fortstürmende Wucht der Ideen, legt aber größeren Nachdruck auf das Sinnfällige und Greifbare im Völkerleben. Überträgt man seine Betrachtungsweise auf die panslawistische Bewegung, so wird ihr Ursprung, ihr Auf- und Niederfluten, ihr im Weltkrieg erfolgter Niederbruch erst verständlich.

Das Ursprüngliche in der Geschichte der Menschheit sind die von der Natur gesetzten Lebensbedingungen, die dann auch auf den höheren Stufen weiter wirken: Verteilung von Land und Meer, der Lauf der Ströme und die übrigen geographischen Verhältnisse; was die Erde, die Luft und das Wasser an Nahrungsmitteln bieten; der im Boden aufgespeicherte Vorrat an Metallen, besonders an Kohle; die Verschiedenheit der Rassen, die körperliche und geistige Anlage der Völker; dann der mit elementarer Notwendigkeit sich bildende Staat, der nach des Aristoteles nicht mißzuverstehendem Worte früher ist als die einzelnen; endlich die Gewalten, die sich entweder mit Wehr und Waffen, oder durch Behörden, Priestertümer und Kirchen die Menschen unterwerfen. Das sind durchwegs Realitäten, aber man sieht, wie sich in sie beim gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenleben die Ideen einzuschieben beginnen. Diese sind das Spätere, anfangs das Schwächere, sie wachsen jedoch, sobald die Menschen nicht mehr der Spielball der Natur sind, sondern ihrer Herr werden; sie lehnen sich gegen die Wirklichkeit auf und wollen über sie hinweg eine aus dem Geiste geborene bessere Welt aufrichten.

Dies ist auch der Werdegang in Rußland, wo die zarische Allmacht ursprünglich über alle Kräfte des Landes verfügte und, von Peter dem Großen bis heute, in neun Kriegen zur Eroberung Konstantinopels auszog, um sich die freie Ausfahrt in das „Warme Meer" zu erzwingen. Diese Tatsachen fand der um 1830 keimende allslawische Gedanke vor, der als Heilslehre nicht bloß für das russische Volk auftrat, sondern in der unverbrauchten Kraft der Slawen die Bürgschaft für den Anbruch eines der ganzen Menschheit beschiedenen schöneren Tages sah. Die ersten Slawophilen, wie sie sich ursprünglich nannten, hofften das Reich Gottes durch ihr Volk verwirklicht zu sehen; sie lehrten, daß der verfaulte Westen Europas, der von der Revolution und dem Sozialismus zerfressen sei, von der jungen Rasse erlöst und zum Glauben an Christus zurückgeführt werden solle. Diese Männer, so Chomjakow, die Brüder Kirejewskij, Konstantin Aksakow u. a., standen dem politischen Leben fern und Zar Nikolaus I. blickte unwillig auf die ihm verdächtigen Schwärmer herab. Er führte den Türkenkrieg von 1854 nicht im Namen der panslawistischen Idee, sondern zur Eroberung Konstantinopels. Aber schon unter ihm trat neben die messianische Slawophilie der politische Panslawismus, der sich die Einigung aller Völker der Rasse zum Ziele setzte, nicht etwa in einem Bunde von Freien und Gleichen, sondern unter dem unumschränkt herrschenden Zaren. Diese panslawistische Gruppe wird mit der Zeit maßgebend und nimmt das Kernwort Uwarows, des Unterrichtsministers Nikolaus I., zum Wahlspruch: Autokratie, Orthodoxie und Nationalität. Indessen verstand der Stockrusse Uwarow unter Nationalität nur die Zugehörigkeit zum heiligen Rußland, die Panslawisten dagegen die zur ganzen für die Weltherrschaft aufgesparten Rasse. Schon Uwarow benützt Michael Pogodin, der der Zeit nach als der erste politische Panslawist bezeichnet werden kann, zur Gewinnung der stammverwandten Westvölker, besonders der Tschechen, für die Zwecke des Zarismus. In der von Pogodin nach einer Reise durch Europa dem Minister 1840 unterbreiteten geheimen Denkschrift ist dargelegt, daß die Gelehrten und die Schriftsteller der Westslawen mit verhältnismäßig geringen Summen für

russisch-slawische Zwecke gewonnen werden könnten, da sie zum Abfalle von Österreich reif seien. Diese Beziehungen des Moskauer Professors zur russischen Regierung sind bezeichnend dafür, wie sich der allslawische Einheitsgedanke und die Machtzwecke des Zarismus verbinden und verflechten[1]). Zwanzig Jahre später schafft Katkow in der Moskauer Zeitung das Organ für diese gemeinsamen Bestrebungen; gleichen Zielen widmet sich sein Genosse Iwan Aksakow, doch nicht wie Katkow als Höfling, sondern als unabhängiger Geist, der mutigen Sinnes auch mit der Regierung ins Gericht geht, wenn sie sich von den slawischen Idealen abwendet. Alexander II. und Gortschakow verbinden sich mit der Volksstimmung, um den Türkenkrieg von 1877 vorzubereiten; es ist eine falsche, durch geschichtliche Forschungen überholte Vorstellung, wenn man noch immer liest, der Zar habe damals gegen seinen Willen, und von der nationalen Strömung fortgerissen, die Waffen gegen den türkischen Erzfeind ergriffen. Den russischen Staatslenkern war Konstantinopel die Hauptsache, während ihnen die Befreiung der Balkanslawen in zweiter Linie stand; sonst hätte das Kabinett von Petersburg nicht im Vertrage vom 15. Januar 1877 Österreich-Ungarn das gewaltige Zugeständnis gemacht, es dürfe sich über den Westen der Balkanhalbinsel, Bosnien und Mazedonien eingeschlossen, ausdehnen, wenn es nur den Russen den Vormarsch gegen Konstantinopel gestatte.

Das tatsächliche Verhältnis zwischen den zum Türkenkriege treibenden Kräften lernt man am besten aus den Aufsätzen kennen, die Feodor Dostojewskij unmittelbar vor dessen Ausbruch veröffentlichte[2]). Die große Stellung des berühmten Epikers in seinem Lande beruhte nicht bloß auf seinem poetischen Können, sondern auch darauf, daß er der Prophet der national-russischen Idee war, in ihrer Größe sowohl, wie

[1]) Das Buch von Alfred Fischel, „Der Panslawismus bis zum Weltkrieg", Stuttgart 1919, gibt einen dankenswerten Überblick über die allslawische Bewegung bei den Russen und bei den ihnen stammverwandten Völkern.

[2]) Sie sind als „Politische Schriften" im 13. Bande seiner sämtlichen Werke vereinigt (deutsche Übersetzung, Leipzig 1907). Zur Zeit des Krimkrieges gab Dostojewskij seiner Gesinnung in dem einzigen politischen Gedicht Ausdruck, das wir von ihm besitzen; es ist übersetzt in der „Österreichischen Rundschau" vom 15. März 1920.

mit ihren dem Volke vertrauten Schlacken und Vorurteilen. In diesem Feuergeiste vereinigte sich die kindlich reine Schwärmerei der ersten Slawophilen mit dem Stolze des von weiten Macht- und Herrschaftswünschen befeuerten russischen Patrioten; zarte Menschenliebe mit der Abneigung gegen alles dem russischen Wesen Fremde, also gegen die Deutschen, die Juden und die katholische Kirche; der Schwung einer freien, in sibirischen Gefängnissen geläuterten Seele mit der unbedingten Verehrung der Zarengewalt. Unter den christlichen Bekenntnissen gilt ihm das orthodoxe als das reinste; er erfaßt es gläubig und hofft auf den Sieg des Christentums im Staate sowohl, wie im Geiste und Gemüte der Menschheit. In seinen Werken findet man Lobgesänge auf die Jugendfrische der slawischen Rasse; doch ist er in politischen Dingen ausschließlich Russe, der auf die kleinen slawischen Brüder mitleidig, fast geringschätzig herabblickt. Man muß über die demokratischen Modeschriftsteller wie über Mereschkowskij, den Herausgeber seiner Werke, lächeln, die Dostojewskij wunders viel zu preisen vermeinen, indem sie ihn einen Revolutionär nennen. Er war es nur wie jeder Schriftsteller, der das Blut des Lesers schneller kreisen macht, der dessen Gehirn zum Umdenken zwingt. Dagegen wurzelt er mit seinem ganzen Wesen im Überlieferten, selbst Rückständigen, das er mit mystischer Glut ergreift, um es ins Ideale umzugießen[1]). Wenn er in seinem

[1]) So heißt es in seinen „Politischen Schriften“: „Der Zar ist unserem Volke ein Vater und das Volk verhält sich wie ein Kind zu ihm ... Für das Volk ist der Zar die eigene Fleischwerdung, die Inkarnation seiner Idee, seiner Hoffnungen und seines Glaubens.“ Wenige Wochen vor seinem Tode schreibt er: „Ich bin der Diener des Zaren. Ich werde noch mehr sein Diener sein, wenn er wirklich glauben wollte, daß das Volk sich zu ihm wie ein Kind verhält. Woran mag es nur liegen, daß er, wie es doch scheint, noch immer nicht daran glaubt?“ Dostojewskij ist auch ein Anwalt des Krieges, nicht bloß des 1877 gegen die Türken geführten. „Wir haben diesen Krieg“, heißt es Seite 192, „auch für uns selbst nötig; nicht nur für unsere von den Türken gequälten ‚slawischen Brüder‘ (die Anführungszeichen rühren von Dostojewskij her), sondern auch zur eigenen Rettung. Der Krieg wird die Luft, die wir atmen, erfrischen, die Luft, in der wir in der Ohnmacht unserer Verwesung und geistigen Bedrängtheit zu ersticken drohen.“ ... „Jedes große Volk glaubt und muß glauben, daß in ihm und auch in ihm allein die Rettung der Welt liegt, daß es bloß lebt, um an die Spitze aller Völker zu treten und sie bis zu dem letzten Ziele, das ihnen allen vorbestimmt ist, zu führen ... Der große Eigendünkel, der Glaube, daß man das letzte Wort der Welt sagen will, ist das Unterpfand des höchsten Lebens einer Nation.“

Hauptwerke, den Brüdern Karamasow, das Klosterleben schildert, so erhebt sich das alte Rußland und seine Kirche in ihrem Niedergange noch einmal zu hehrer Pracht, wie niemals früher, als sie den Volksgeist noch schrankenlos beherrschten.

In der Wertung des Staatsvorteils auf der einen Seite, auf der anderen des allslawischen Einigungsgedankens, steht Dostojewskij auf dem Standpunkte der Macht und der Eroberung. Er verwirft spöttisch den von Danilewskij gemachten Vorschlag, aus allen slawischen Völkern eine Föderation zu bilden und Konstantinopel zu deren Vorort zu machen. „Wie kann sich Rußland", so fragt er, „mit anderen Völkern in den Besitz dieser Stadt teilen, da es ihnen in jeder Beziehung weit überlegen ist, nicht nur jedem einzelnen kleinen Balkanvolke, sondern auch allen diesen Völkern zusammengenommen?" Dem Riesen Goliath werde es doch niemand glauben, wenn er auch hundertmal versichert, daß die Liliputaner ihm in jedem Betracht gleichkämen. „Wie kann man nur eine solche Geschmacklosigkeit behaupten und dazu noch selbst mit aller Gewalt an so etwas glauben? Nein, Konstantinopel muß uns gehören, muß von uns Russen erobert werden und bis in alle Ewigkeiten in unserem Besitze verbleiben. Uns allein soll die Stadt gehören; wir aber können dann, wenn wir sie beherrschen, alle Slawen und meinetwegen auch alle anderen Völker der Welt mit der Gewährung der größten Freiheit in ihr aufnehmen — aber keine Föderation zusammen mit den Slawen... Nur Rußland ist der Aufgabe gewachsen, Konstantinopel zu beherrschen; auch dürfen wir nicht die dazu gehörige Umgebung, den Bosporus und die Dardanellen, vergessen. Nur Rußland kann dort ein Heer und eine Flotte erhalten."

Dies ist das Glaubensbekenntnis der russischen Seele; der politische Panslawismus aber war bloß eine Verbrämung, um die kleinen slawischen Brüder heranzulocken, ein Blendwerk, das der freimütige Dichter verschmähte. Wunderbar, wie bei ihm, dem im Gottesglauben und in der Menschenliebe seligen Christen, vor dem Kriege von 1877 das russische Nationalgefühl, der russische Staatsvorteil elementar durchbrachen, wie er seinem Volke einen irdischen Siegespreis setzt! Legt man

an die religiösen und politischen Ansichten Dostojewskijs den Maßstab der Logik an, so zerbröckeln sie in Widersprüche. Das Elementare ist auch hier stärker als das Verstandesmäßige, es ist der letzte Grund der größten Erlebnisse der Menschheit[1]).

Nach dem russisch-türkischen Kriege wurde der Panslawismus von der Regierung, die ihn benützt hatte, in die Ecke verwiesen. Er war ihr zwar noch immer als Gegengewicht zur liberalen Strömung von Wert, sie benützte die slawische Wohltätigkeitsgesellschaft, den Sitz der Organisation, zur Beeinflussung der in der Türkei und im Donaureiche lebenden Slawen; aber die Bewegung störte die Zaren Alexander III. und Nikolaus II. oft in dem Wunsche, mit den Mittelmächten Frieden zu halten, und dann wurde ihr der Kappzaum aufgelegt. Um so knechtischer stellte sich der Panslawismus — der nach Iwan Aksakow die Menschheitsideale links liegen ließ — dem Despotismus in Staat und Kirche zur Verfügung, um so unduldsamer wurde er gegen jede Regung der Selbständigkeit bei den Polen und den Bulgaren. Folgerichtig wurde der ehemalige Botschafter N. P. Ignatiew, den die Türken den Vater der Lüge nannten, zum Präsidenten der Petersburger Wohltätigkeitsgesellschaft gewählt, aber seine Begrüßungsrede kurz nach dem Regierungsantritte Nikolaus' II. klang entsagungsvoll. Nur bei der Minderheit der Gebildeten besaß der Panslawismus eine Gefolgschaft, deren Mehrheit dagegen verlangte nach politischer Freiheit; die Massen endlich riefen nach Brot und kümmerten sich nicht viel um den slawischen Beruf Rußlands. Doch setzte Alexander Suworin in der „Nowoje

[1]) Wer den allslawischen Gedanken für die treibende Kraft des geistigen und politischen Lebens Rußlands hält, geht völlig irre. Das geht auch aus dem lesenswerten Buche Thomas Masaryks, „Rußland und Europa. Zur Geschichte der russischen Geschichts- und Religionsphilosophie" (1913) hervor. Da aber nur dessen erster Band erschienen ist, der die allslawische Idee behandelt, so erweckt das Buch noch immer eine übergroße Vorstellung von deren Einfluß auf den russischen Geist. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, daß das Lebenswerk Dostojewskijs erst in einem späteren Bande dargestellt werden soll. Da nun das Buch Masaryks das ganze Jahrhundert umfaßt, die zentrale Persönlichkeit der Zeit jedoch im Hintergrunde bleibt, so liegt ein Fehler der Komposition vor, und der nicht bereits unterrichtete Leser wird zwar im einzelnen in dankenswerter Weise belehrt, in der Gesamtauffassung jedoch vielfach irregeführt.

Wremja“ das Werk der Moskauer Zeitung mit großem journalistischen und geschäftlichen Geschicke fort, die Nachsicht des Zaren und der Regierung ausbeutend, die an dem Kampfe des Blattes gegen alle freiheitlichen Regungen ihre Freude hatten. Die „Nowoje Wremja“ durfte in der äußeren Politik ihre eigenen Wege gehen, durfte auch zum Kampfe gegen das Deutsche Reich aufreizen, da sie der Autokratie und der Orthodoxie diente. Nikolaus II. ließ sich aber durch keinen Einspruch von seiner ostasiatischen Politik abhalten; vergebens wollte die panslawistische Partei, um nicht ganz beiseite geschoben zu werden, seine Aufmerksamkeit von der Mandschurei wieder auf Konstantinopel lenken. Unbekümmert um sie ließ es die Regierung auf den Krieg mit Japan ankommen, dessen Ausgang den trüben Vorhersagungen der Allslawen recht gab. In das Jahrzehnt vor dem mandschurischen Krieg fällt der Tiefstand des von der Regierung verleugneten Panslawismus.

*

Die nationale Bewegung bei den Tschechen und Polen

Ungleich wichtiger als die slawische Ideologie war im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts das wirtschaftliche und dadurch bedingte politische Emporkommen der West- und der Südslawen. Dieser Auftrieb würde sich aus ökonomischen Ursachen eingestellt haben, auch wenn der Zusammenhang mit Rußland nicht bestanden hätte; er ist auch, wie der Weltkrieg bewiesen hat, für Mittel- und Osteuropa entscheidend geworden, während der Panslawismus in Ohnmacht versank. Die Segnungen des langen, von Bismarck nach 1871 begründeten und von den Mittelmächten gewährleisteten Friedens kamen auch den Tschechen und den Polen zugute, so daß ein starkes, selbstbewußtes Bürgertum emporwuchs, ein Element, das sich auch in der zwischenstaatlichen Politik Geltung verschaffte. Wie in Deutschland und in Italien wurde der

dritte Stand der Träger der ursprünglich nur von den Gelehrten, den Dichtern ausgehenden Einheitsbewegung. Der Drang nach nationalem Zusammenschlusse war, unabhängig von dem gesamtslawischen Rassengefühle, bei Tschechen und Polen, bei Serbokroaten und Bulgaren die beherrschende Tatsache[1]).

Es ist eine oft beobachtete Erscheinung, daß in einer aufsteigenden Schichte, einem emporkommenden Volke Männer von überragender Bedeutung erstehen, während nach der Sättigung in dem Hervorbringen von Talenten Ermattung eintritt. Unter den Deutschen Österreichs erwuchs zwischen 1815 und 1873 infolge der Entwicklung von Industrie und Handel ein starkes Bürgertum, das damals noch alle hochkommenden Elemente unter den Westslawen in sich aufnahm. Das war die Zeit der bemerkenswerten Talente von Schmerling und Bach bis auf Fischhof, Herbst, Unger und Plener. Dann kam die Zeit der Tschechen, denen in Kramař, in dem schon 1910 verstorbenen Kaizl, dann in Masaryk, die Führer erstanden. Das war die Luft, in der sich die politische Begabung des tschechischen Führers Karl Kramař entfaltete. Er war ein feuriger und leidenschaftlicher Slawe, hatte sich aber so sehr in der Gewalt, daß er gerade noch auf der Linie österreichischer Politik bleiben konnte. Nicht bloß zu jener Zeit, sondern noch bis tief in den Weltkrieg hinein rechnete er mit dem Fortbestande der habsburgischen Monarchie und warnte seine Landsleute vor der Hoffnung auf einen Umsturz, von dem sie völlige staatliche Unabhängigkeit erwarteten. Die Tschechen hatten sich infolge ihrer Tüchtigkeit, doch auch dank den verständigen Vorschriften der österreichischen Verfassung und der gerechten Verwaltung Böhmens, geistig und politisch reich entwickelt; das wollte Kramař durch eine „Katastrophenpolitik" nicht in Frage stellen. Eben darauf sannen die tschechischen Radikalen, so daß Kramař ihnen verdächtig ward. Sein Herz zog ihn zu den slawischen Idealen, sein Verstand bestimmte ihn zum Rechnen mit den tatsächlichen Verhältnissen, so daß

[1]) Die wirtschaftlichen Grundlagen der nationalen Bewegung unter den österreichischen Volksstämmen sind einleuchtend in dem Buche von Otto Bauer: „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie", Wien 1907, dargelegt.

er zu einem Eiertanze genötigt war, bei dem sich seine Haupteigenschaft entfaltete, die Behendigkeit des Geistes, der noch seine angenehmen Umgangsformen zu Hilfe kamen. Um solche Widersprüche auszugleichen, entwickelte er den österreichischen Regierungsmännern das nach seiner Ansicht beste politische System in folgender Weise: Die Österreich drohende Gefahr liegt in der Übermacht und der Herrschsucht des Deutschen Reiches, gegen welches zwei Hilfsmittel bestehen, die Aufrichtung eines tschechoslawischen Staates in den Sudetenländern unter dem Zepter des Hauses Habsburg, dann das Bündnis der Monarchie mit Rußland und Frankreich.

Bei seinem Hasse gegen das Deutsche Reich würde er sich wirklich mit Österreich ausgesöhnt haben, wenn es seine Waffen nur gegen den Hauptfeind gekehrt hätte. Da aber das von ihm empfohlene Bündnissystem außer dem Bereiche der Wahrscheinlichkeit lag, so war seine Wahl nicht schwer. Er fühlte sich vor allem als Slawe und dann erst als Tscheche; vor die Entscheidung zwischen den österreichischen und den russischen Staatsvorteil gestellt, stand er ohne Schwanken zu Rußland. Von da führte er seine Gattin heim, von der russischen Regierung empfing er das Schlagwort für die ihm angewiesene Rolle.

Da er nach seiner Weltanschauung konservativ, ein Anhänger der bestehenden Gesellschaftsordnung, Gegner des Sozialismus war, pflegte er nicht mit dem demokratischen Rußland, sondern mit den Mitgliedern der Rechten der Duma genaues Einvernehmen. Kurz vor der Revolution von 1905 veröffentlichte er einen Aufsatz, in dem er den Zarismus für unerschütterlich, eine parlamentarische Regierung in Rußland für unmöglich erklärte. Die Männer um Stolypin standen ihm am nächsten, so Gutschkow, der Führer der Oktobristen, der Kramař einmal den gescheitesten Mann in Europa nannte. Ihnen gegenüber öffnete er sein Herz, während er sich im österreichischen Parlamente so gab, wie es das Gebot der Stunde heischte.

Hier nun setzte der Irrtum ein, dem sich viele österreichische Politiker hingaben. Zur Zeit des Aufkommens des Neoslawismus befand sich (1906 bis 1909) in Österreich das Koalitionskabinett des Freiherrn

Max Wladimir von Beck am Ruder, in welchem neben Deutschen und Polen auch zwei Tschechen saßen; Kramař befand sich nicht auf der Ministerbank, er hatte aber als Führer der größten Partei seines Volkes, der Jungtschechen, das Kunststück zu leisten, in Österreich mitzuregieren und gleichzeitig die Geschäfte Rußlands zu besorgen. Da nun die Regierung die Stimmen der Tschechen im Abgeordnetenhause zur Bildung einer Mehrheit benötigte, so mußte sie sich den Anschein geben oder glaubte auch wirklich, Männer wie Kramař könnten durch gewisse nationale Zugeständnisse für den österreichischen Staat gewonnen werden. Sie ließen sich von ihm einspinnen, und Beck sowohl wie einer seiner Nachfolger in der Leitung der Regierung, Graf Stürgkh, legten vor dem über Kramař urteilenden Kriegsgericht das Zeugnis ab, dieser habe dem Staate immer Treue gehalten. Wer seine Blicke nur auf die österreichische Verfassungsfrage und den Nationalitätenstreit gerichtet hatte, konnte so urteilen; anders, wer die zwischenstaatlichen Verhältnisse überschaute und die Gefahren der äußeren Politik höher einschätzte als die der inneren; er mußte sehen, daß das Sinnen und Trachten des jungtschechischen Führers darauf ausging, in einem Weltkriege Rußland zum Siege zu führen, und ginge es über die Leiche Österreichs. Über den Sprachenstreit in Böhmen war mit Kramař immerhin ein kurzwährender Ausgleich möglich; darauf legte er auch nicht das größte Gewicht; für den Fall eines Zusammenstoßes mit Rußland war er, mochte er sich auch aus Klugheit zurückhalten, ein Todfeind[1]).

[1]) Bei dem während des Weltkrieges gegen ihn angestrengten Hochverratsprozesse gab er sich als guten Österreicher, der den Staat gegen die Aussaugung durch Deutschland bewahren wollte und statt dessen Rußland als Bundesgenossen empfohlen hätte. Es soll ihm kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß er, unter der Gefahr des Todes stehend, seinen letzten Gedanken verschwieg, doch fehlte seiner außerordentlich gewandten Verteidigung dadurch die Größe. Das über ihn ausgesprochene Todesurteil wurde von Kaiser Franz Josef in eine Kerkerstrafe umgewandelt; unter Kaiser Karl erhielt er in einer allgemeinen Amnestie die Freiheit. Die Anklageschrift des Militäranwaltes und die Begründung des Urteils, beides stattliche Bände, wurden in Druck gelegt und sind die wichtigste Quelle für die panslawistischen Umtriebe in Österreich während der zehn Jahre vor dem Weltkrieg. Auf den dort abgedruckten Aktenstücken beruht das Buch von Friedrich Wichtl: „Dr. Karl Kramarsch, der Anstifter des Weltkriegs", München 1918, welches dessen Bild vergröbert, auch oft übertreibt, die Tatsachen aber gut zusammenstellt.

Das tschechische Bürgertum ging auf die Herrschaft über die Deutschen der Sudetenländer aus und nahm die tschechische Sozialdemokratie dabei allgemach ins Schlepptau. Anfangs hatten sich die deutsche und die tschechische Arbeiterschaft Österreichs auf ein Programm der Autonomie der zwei Volksstämme geeinigt, jedes innerhalb seiner Wohnsitze; aber das ging rasch vorbei, indem die tschechische Sozialdemokratie den deutschen Genossen den Rücken kehrte und sich mit dem Bürgertum zur Erringung der Herrschaft über die 3,6 Millionen Deutschen Böhmens, Mährens und Schlesiens verband. Während die naiven deutschen Sozialisten noch auf einen nationalen Ausgleich, auf die Selbstbestimmung der zwei Völker in ihren Siedelungen hinarbeiteten, bildeten bei den Tschechen Bürger, Bauern und Arbeiter einen Block behufs Bildung eines tschecho-slowakischen Staates. Das nationale Urgefühl schritt über die internationale Ideologie unbekümmert hinweg.

*

Die Polen

Wie bei den Tschechen war auch bei den Polen die wirtschaftliche Entwicklung für den Aufbau der Parteien bestimmend. Die das russische Reich umschließenden Verbots- und Schutzzölle begünstigten das Entstehen einer kräftigen Industrie, woran Polen um so mehr teilnahm, als 1851 die russisch-polnische Zwischenzollinie fiel. Das Aufblühen des polnischen Gewerbefleißes, dem ein unermeßliches Absatzgebiet eröffnet war, führte zum Emporkommen eines Bürgerstandes, der aus dem politischen Zusammenhange mit Rußland Vorteil zog[1]). Während die große Mehrheit des Volkes den Gegensatz zum Zarismus ebenso tief empfand wie früher, bildete sich daneben eine politische Partei, die sich für den Ausgleich mit Rußland einsetzte. Ihre Anhänger nannten sich

[1]) Wilhelm Feldmann, „Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen“, 1795—1914, München 1917.

Nationaldemokraten, hatten in Roman Dmowski ihr Haupt und stellten als ihr Programm die Vereinigung der Polen aller drei Teilungsmächte im Bunde mit Großrußland auf. Als Vorbedingung des Zusammenschlusses mit dem Zarenreiche bezeichneten sie die Verleihung der Autonomie für Russisch-Polen, verbunden mit dem freien Gebrauche der Volkssprache in allen Unterrichtsanstalten bis zur Hochschule. Auch in Galizien gewannen sie einen gewissen Anhang, nannten sich aber hier Allpolen, um stärker hervorzuheben, daß es sich ihnen vor allem um die nationale Einigung vom Baltischen bis zum Schwarzen Meere handelte; Glombinski und Grabski standen an ihrer Spitze. Den ausgesprochenen Russenfreunden stand eine Gruppe nahe, mit den polnischen Magnaten als Mittelpunkt, die, weil in Rußland reich begütert, eine friedliche Auseinandersetzung mit der Zarengewalt wünschten; sie stellten sich gewissermaßen außerhalb des großen Streites, daher der Name „Ugodowcy", die Unabhängigen. Es herrschte zwar eine übermäßige Zersplitterung im Parteileben des Bürgertums und der Arbeiterschaft, aber in dem Streben nach Wiederaufrichtung Polens waren alle Gruppen einig. In Galizien war noch immer die Richtung vorherrschend, welche die Wiederherstellung Polens im Anschlusse an die habsburgische Monarchie für wünschenswert und erreichbar hielt, eingedenk der Tatsache, daß Kaiser Franz Josef die Polen mit der Landesautonomie und der Herrschaft über die Ruthenen ausgestattet hatte. Indessen wirkte dieser Stimmung der harte nationale Druck entgegen, den die deutsche Regierung in Posen übte. Unter dem Reichskanzler Caprivi wurden die Zügel gelockert, um dann um so schärfer angezogen zu werden. Zwei Maßregeln bildeten die Einschnitte in diesem Werdegange, die Entfernung der polnischen Sprache aus dem Religionsunterrichte in den Volksschulen, wo sie nach vollzogener Germanisierung aller Schulanstalten die letzte Stätte gehabt hatte und das Gesetz, welches die Regierung zur Enteignung von in polnischen Händen befindlichen Landgütern ermächtigte. Der 1894 gegründete „Ostmarkenverein" drängte die Regierung zu diesen Schritten und forderte ein rücksichtslos rasches Fortschreiten der „Eindeut-

schung“. Die Polen klagten über rohe Gewalt, eine Kluft zwischen ihnen und dem deutschen Wesen wurde aufgerissen, was der nationaldemokratischen Partei die Arbeit erleichterte[1]). Und doch war in Rußland der nationale Druck mindestens ebenso arg; hier trat noch die religiöse Unduldsamkeit hinzu, da die zur katholischen Kirche im 17. Jahrhunderte bekehrten Unierten (früher Angehörige der orthodoxen Kirche) mit unmenschlicher Grausamkeit zum alten Bekenntnisse gezwungen wurden.

Die Russifizierung war jedoch weniger zu befürchten als die Germanisierung, weil der deutsche Staat mit seiner trefflichen Verwaltung die gegebenen Vorschriften auch ausführte, während in Rußland durch Faulheit und Bestechlichkeit der Beamten, durch die ganze Verrottung des Staatswesens, Schlupflöcher zur Umgehung der Gesetze vorhanden waren. Daher wachsender Haß gegen das Deutsche Reich, während Österreich eine größere, Rußland eine geringere Anhängerschaft unter den Polen zählte. Die ganze Nation rechnete aber auf den furchtbaren Zusammenstoß zwischen Deutschen und Russen, um zwischen ihnen den alten polnischen Staat „vom Meer zum Meere“ aufzurichten.

Schon in einem früheren Abschnitte dieses Werkes ist das Bestreben zur Einigung aller Teile des serbokroatischen Volkes dargestellt worden; gleichzeitig strebten die Bulgaren, sich über Mazedonien und Thrazien bis ans Ägäische Meer auszudehnen. Überall erstanden also dem russischen Drange nach dem warmen Meere Helfer und Werkzeuge; und da die Großmacht wie die kleineren Brüder wechselseitige Unterstützung nötig hatten, so tauchte das an sich verstaubte Schlagwort des Panslawismus immer wieder auf, um die, sei es berechtigte, sei es unberechtigte Selbstsucht der einzelnen stammverwandten Völker zu decken. Den österreichischen und ungarischen Slawen diente es als Schreckgespenst gegen den Staat, dahinter aber stand der Entschluß, bei ausbrechendem Weltkriege zur russischen Macht zu stoßen, um sich mit ihrer Hilfe die Unabhängigkeit zu erringen.

---

[1]) „Prusse et Pologne. Enquête de Henryk Sienkiewicz“, Paris 1909. In diesem Sammelbande veröffentlicht der berühmte Romanschriftsteller die Äußerungen einer größeren Anzahl hervorragender Zeitgenossen.

Der Neoslawismus und Peter Stolypin

Mit dem japanischen Kriege und mit dem Ausbruche der Revolution beginnt ein neues Kapitel auch in der Geschichte der allslawischen Idee. Tief erschüttert durch die in der Mandschurei erlittenen Schläge sannen die denkenden Köpfe auf Mittel der Verjüngung des Vaterlandes; den rassebewußten Patrioten drängte sich der Gedanke auf, einer der schwersten Schäden sei die nationale Zerklüftung, besonders der Zwiespalt zwischen Russen, Polen und Ukrainern; hatte doch die Volkszählung von 1897 festgestellt, daß der großrussische Kern des Reiches nur 43,3 vom Hundert der Bevölkerung des Reiches zählte, das in 107 Völkerschaften zerfiel. Der politische Panslawismus hatte die Gegensätze noch durch seine rückläufigen Bestrebungen wie durch die nationale Unduldsamkeit gegen die russischen Slawen verschärft, hatte sich nur der in Österreich-Ungarn und der Türkei lebenden Stammesgenossen angenommen. Es erregte nun nicht geringes Aufsehen, daß der Gedanke der Versöhnung mit den Polen besonders warm von dem seine eigenen Wege gehenden Sohne des Herausgebers der „Nowoje Wremja“ vertreten wurde; er veröffentlichte zu Ostern 1905 in seinem Wochenblatte, dem „Rus“, einen Aufsatz, in dem er in erster Linie den Polen, doch auch den anderen Slawen die Versicherung gab, daß die Russen es nicht auf Knechtung, sondern auf Verbrüderung abgesehen hätten; sie alle sollten als Freie in einen Bund mit Freien treten; der Artikel schloß mit dem Ostergruße: „Christ ist erstanden, ihr rechtgläubigen und andersgläubigen Brüder, Christ ist erstanden, ihr polnischen Brüder!“ Der jüngere Suworin meinte es ernst mit seinem Angebote; er fand auch unter den Liberalen und Demokraten aufrichtige Zustimmung; in tieferem Grunde stand es so, daß die Zähne des erobernden Panslawismus stumpf geworden waren, so daß die Nahrung anders und weicher gekocht, ein neuer Lebensinhalt gewonnen werden mußte. In weiterer Entwicklung erklärte die neue Gruppe, daß Rußland auf

die Herrschaft über die slawische Welt verzichte, daß es mit allen stammverwandten Völkern einen Bund schließen wolle, der sich aber nicht politische, sondern geistige und wirtschaftliche Aufgaben setzen werde. Diese Richtung legte sich den Namen Neoslawismus bei, um nicht mit der panslawistischen verwechselt zu werden. Bald freilich zeigte sich, daß nur eine neue Bezeichnung für die alte Sache gewählt war.

Die entscheidende Probe war bei der Behandlung der Fremdvölker Rußlands, in erster Linie der Polen und Ukrainer, abzulegen. Eine neue Zeit schien für sie hereinzubrechen, als auf Grund der Verfassung vom 30. Oktober 1905 die erste russische Reichsduma am 26. Februar 1906 zusammentrat und in dieser die bürgerlichen Demokraten, die Kadetten, die leitende Rolle übernahmen. Diese Partei sprach sich für die Gewährung der Autonomie an Russisch-Polen mit einer eigenen auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes zustande gekommenen Vertretung aus, doch verlangte sie, daß dies nicht zur Zerreißung der Reichseinheit führen dürfe. Die Regierung ging nur zögernd mit; sie gewährte bloß die Milderung der strengen Gesetze über die Unterrichtssprache und die Erlaubnis für die Polen, in den Westprovinzen Grundeigentum zu erwerben. Ähnlich ging sie den Ukrainern gegenüber vor; deren Sprache wurde in den Schulen zugelassen, das Verbot ukrainischer Zeitungen aufgehoben, die Bildung nationaler Vereine gestattet. Aber obwohl dies unbefriedigend war, hofften die Fremdvölker auf das Wachstum der ihnen freundlich gesinnten russischen Demokratie; darauf bauend gab Roman Dmowski, der Führer der polnischen Nationaldemokraten, 1908 das Buch „Deutschland, Rußland und die polnische Frage“ heraus, das seinen Landsleuten einen völlig geänderten Kurs empfahl. Er wandte sich mit äußerster Heftigkeit gegen Deutschland, welches die Welt, namentlich die Polen, bedrohe; wie im Mittelalter müsse Polen den Schutz Europas gegen Deutschland übernehmen, nicht mehr, wie seit Jahrhunderten, den gegen Osten. Als Entgelt verlangte er von Rußland die Selbstverwaltung des Weichselgebietes und die Einführung des Polnischen als Amts- und Unterrichtssprache. Selbst

den russischen Demokraten schien dies nicht unbedenklich; die Regierung ihrerseits stellte sich schroff dagegen, da in der Zwischenzeit ein völliger Umschwung nach rückwärts erfolgt war.

Die demokratische Mehrheit der Duma hatte den Kampf gegen die Zarengewalt aufgenommen und war unterlegen. Ihr Bändiger war Peter Stolypin, die einzige beherrschende Persönlichkeit, welche dem Reiche seit Peter dem Großen und Katharina bis zum Weltkriege erstanden ist. Vielleicht erscheint er nur deshalb so überragend, weil die russische Nation zwar reich an Dichtern, aber arm an Staatsmännern gewesen ist, wofür die Revolution von 1905 ein Beleg war. Peter Arkadjewitsch Stolypin, im April 1906 zum Minister des Innern im Kabinett Goremykin und im Juli zum Ministerpräsidenten ernannt, regierte bis zu seiner Ermordung am 28. September 1911 mit eiserner Faust. Er mit Goremykin und mit dem Reichskontrolleur Schwanebach bestimmten den Zaren, die anspruchsvolle erste Duma im Juli 1906 und im Juni 1907 auch die zweite aufzulösen. Dann wurde durch einen Machtspruch die demokratische Wahlordnung über den Haufen geworfen und eine künstliche eingeführt, welche dem Grundadel, der Beamtenschaft und dem besitzenden Bürgertum die entscheidenden Stimmen gab. Die dritte, im November 1907 zusammentretende Duma fügte sich dem gebieterischen Willen Stolypins nicht bloß aus unterwürfigem Sinne, sondern weil die besitzenden Klassen, erschreckt durch Mord und Brand auf den Gütern des Adels, durch die Streiks und Aufstände in den Städten, eine starke Regierung für nötig hielten. Stolypin setzte dem Aufruhr und den Bombenwürfen seine furchtbaren Feldgerichte entgegen, von denen viele Tausende dem Galgen, Unzählige dem Kerker und den sibirischen Bergwerken überantwortet wurden; die Galgenschlinge erhielt darnach den Namen Stolypin-Krawatte. Das würde auch ein anderer getroffen haben, nicht aber die umfassende Agrarreform, die gleichzeitig in Angriff genommen wurde. Das Gesetz von 1909 versetzte dem Mir, der kommunistischen Dorfgemeinde, den Todesstoß, indem es jedem Bauer den Austritt erlaubte, so zwar, daß er mit dem auf ihn fallenden Landanteil ausgestattet wurde.

Das Ziel war die Bildung eines freien Bauernstandes, innerhalb dessen der einzelne durch Fleiß, Umsicht, durch gesunde Selbstsucht, zu größerer Geltung aufsteigen konnte. Diese Bahn war seinerzeit von Maria Theresia und Josef II., von der französischen Revolution, wie von Stein und Hardenberg beschritten worden. Das Besondere an der Tat Stolypins war, daß im Westen seit jeher das Privateigentum bestand, er es aber auf dem russischen Dorfe vielfach erst schaffen mußte; bei den Großrussen war der Mir die Regel, während in der Ukraine Eigenbesitz überwog. Die Reform stand zum Sozialismus in denkbar schärfstem Gegensatz und wurde auch von den bürgerlichen Demokraten wie von den Anhängern des Herkommens mißbilligt, die alle den Mir beibehalten, wenn auch umgestalten wollten. Stolypin war ein Reformer gegen den sogenannten Geist der Zeit und richtete sich nur nach den praktischen Bedürfnissen. Dabei hatte er als Konservativer auch die Schaffung einer besitzenden, für die Erhaltung des Bestehenden gewonnenen Klasse von Bauern im Auge. Dieses politische Ziel, Stärkung der Monarchie, erreichte er zwar nicht; daß er aber die wirtschaftliche Entwicklung richtig erkannte, zeigte sich im Verlaufe der 1917 ausgebrochenen Revolution; denn die Sowjetregierung machte zwar anfänglich den Versuch der Sozialisierung auch des Grundeigentums, erschrak aber vor dem Widerstande des Landvolkes und willigte in die Aufteilung der Güter des Staates, der Kirche und des Adels unter die landhungrigen Bauern. Dabei dürfte es wohl bleiben, so daß sich das Werk Stolypins und der sozialistischen Revolution ergänzen.

Stolypin regierte aber nicht bloß mit den Besitzenden gegen die Demokratie, er spielte noch eine andere Karte aus, um der revolutionären Ideen Herr zu werden[1]). Sein Trumpf war der großrussische Nationalismus, für den er die Geister einspannte. Er setzte sich die völlige Einschmelzung der Fremdvölker in das russische Staatsvolk zum Ziele und scheute auch vor harten Maßregeln nicht zurück, wobei er die Duma und einen Großteil der bürgerlichen Elemente Nordrußlands auf seiner Seite hatte. Den Finnländern wurde ein Stück der vom

[1]) Otto Hoetzsch, „Rußland", 1913.

Zaren beschworenen Selbständigkeit nach dem anderen entrissen, den Deutschen der baltischen Provinzen wurden die Quellen ihrer nationalen Bildung verschüttet. Den Letten, die man durch zwei Jahrzehnte gegen die Deutschen der Ostseeprovinzen als Werkzeug benützt hatte, ließ die Regierung ihre Unterrichtsanstalten sperren. Die Polen wurden strenger niedergehalten als je; am schlimmsten ging es den Ukrainern, die schon so weit erstarkt waren, daß sie in der ersten Duma mit 30 bis 40 Volksvertretern erschienen. Wohl wurde das 1876 erlassene Verbot des Druckes ukrainischer Bücher nicht ausdrücklich erneuert, tatsächlich aber wieder gehandhabt; das über 30 Millionen zählende Volk sollte großrussisch denken und sprechen. Daß den Juden durch Ansiedelungsverbote, durch Beschränkung des Besuches höherer Unterrichtsanstalten und endlich durch Pogrome arg mitgespielt wurde, gehörte mit zum Regierungssystem. Ein Gluthauch nationaler und religiöser Unduldsamkeit senkte sich auf das Reich herab. Zunächst und durch Jahre setzte es Stolypin durch, daß sich breiter Schichten des großrussischen Volkes ein gesteigertes, selbst überreiztes nationales Gefühl bemächtigte und den revolutionären Ideen das Gegengewicht hielt. Diese Stimmung herrschte nicht bloß bei der reaktionären Partei, sondern auch bei den gemäßigten Liberalen, den Oktobristen, welche, mit Gutschkow an der Spitze, das Ministerium Stolypin unterstützten, gleich ihm die fremdstämmigen Völker niederhalten wollten und nur mit Finnland eine Ausnahme machten. Selbst ein Teil der Demokraten ließ sich vom nationalen Schlagworte gewinnen, doch blieb die Mehrheit, mit Miljukow an der Spitze, dem Grundsatze der Gerechtigkeit in nationalen Dingen treu. Ausnahmslos aber billigten alle bürgerlichen Gruppen das Streben nach Besitznahme Konstantinopels; bis tief hinein zu den russischen Sozialisten war diese Auffassung vertreten.

Die Regierungsmethode Stolypins widersprach haarscharf den Grundsätzen des neu aufgekommenen Neoslawismus, so daß man hätte denken sollen, die Geister würden sich erbittert gegeneinander kehren. Der Russe hat aber geringe Anlage zu strenger Logik, vielmehr nimmt

die breite russische Natur innere Widersprüche gemächlich in sich auf, wenn sie sich nur der beherrschenden Empfindung einordnen; in diesem Falle dem Nationalgefühle. Der Neoslawismus wollte im Grunde ebenso wie Stolypin die Vorherrschaft des großrussischen Staates über alle slawischen Völkerschaften; nur hielt er die sanftere Methode, das Zurückziehen der Krallen hinter die Samtpfoten, für angezeigt.

So trafen sich die Neoslawisten mit dem Ministerpräsidenten auf halbem Wege; als sie sich an ihn um die Erlaubnis zur Abhaltung eines allgemeinen slawischen Kongresses wandten, versicherte er sie seiner inneren Teilnahme, jedoch unter der Voraussetzung, daß es sich bloß um die kulturelle, nicht um die politische Einigung der slawischen Völker handle. Diese Zurückhaltung war dem Minister durch zwischenstaatliche Rücksichten, besonders auf Österreich-Ungarn, auferlegt; mit der Umformung des Reiches beschäftigt, wollte er äußere Verwicklungen und Kriegsgefahr vermeiden. Er war aber nicht engherzig; die Neoslawisten mochten zeigen, was sie für das heilige Rußland leisten konnten. Mit Erlaubnis der Regierung wurde General Wolodimirow im April 1908 nach Prag geschickt, um einen allslawischen Kongreß vorzubereiten, und kehrte mit dem günstigsten Bescheide zurück.

Dem Winke der Regierung folgend, war die absolutistisch gesinnte Rechte der Duma, darunter die Panslawisten von der Farbe der „Nowoje Wremja", zum Zusammengehen mit der neuen Richtung bereit. Der Neoslawismus schuf sich 1908 in der Gesellschaft für slawische Kultur zu Moskau einen Mittelpunkt und diese verkündete als Programm, sie verwerfe unbedingt das politische Zusammenspannen im Sinne eines bestimmten Staates oder Glaubens, also Rußlands und der Orthodoxie, sie achte vielmehr die geistigen Besonderheiten jedes slawischen Volkes. Dagegen war die ältere Schule, mit dem Grafen Wladimir Bobrinskij an der Spitze, Feuer und Flamme gegen die Autonomie Polens wie gegen das nationale Sonderleben der Ukrainer; die letzteren wären einfach Russen; insbesondere in Ostgalizien wurde mit russischen Regierungsgeldern, durch Kirchenbauten und Schulgründungen, eine Bewegung dieses Sinnes hervorgerufen, deren Seele

der österreichische Reichsratsabgeordnete Markow war. Doch gleichviel: Alt- und Neoslawisten wirkten zusammen, um die habsburgische Monarchie zu bekämpfen und zu unterdrücken. Indem die russische Regierung mit den slawischen „Brudervölkern“ im Inneren des Reiches anders verfuhr als außerhalb, handelte sie ähnlich wie Richelieu, der die Protestanten in Deutschland unterstützte, in Frankreich dagegen niederhielt. Gambetta hatte, um das Protektorat Frankreichs über die Katholiken der Türkei nicht in Frage stellen zu lassen, seinen Landsleuten zugerufen, der Antiklerikalismus sei kein Exportartikel; gerade umgekehrt hielt es die russische Regierung, indem sie den Neoslawismus bei den Tschechen und Slowenen, den Serben und Bulgaren durchgreifen ließ, ihm aber in Rußland selbst keinen Einfluß auf die Staatsverwaltung einräumte.

Den österreichischen Slawen kam der Neoslawismus aus zwei Gründen sehr gelegen. Zunächst, weil er ihr nationales Eigentum als gleichberechtigt anerkannte, dann aber, weil sie trotz ihrer Teilnahme an den allslawischen Zettelungen das Haus Habsburg und die österreichische Regierung glauben machen konnten, sie pflegten nur den geistigen Zusammenhang mit den Russen ohne den Hintergedanken politischer Einigung; so ließ sich das Doppelspiel mit der Treue zu Österreich und der Förderung der russischen Macht leichter treiben.

*

Die allslawischen Kongresse

Das war die Stimmung, in der am 13. Juli 1908 zu Prag der slawische Kongreß zusammentrat, zu dessen Präsidenten Kramař gewählt wurde. Es war seit 1848 die erste Versammlung, an der Abgeordnete aller slawischer Völkerschaften teilnahmen; stolzen Tones verkündigte in der Eröffnungssitzung der russische Dumaabgeordnete Maklakow, die Tagung werde in der Kulturgeschichte des Jahrhunderts

an erster Stelle stehen und den ersten Stein zu einer großen Zukunft legen. Der Kongreß erhielt durch die russischen Abgeordneten das Gepräge; die Mitte und die Linke der Duma waren schwach vertreten, insbesondere fiel die Abwesenheit des Führers der bürgerlichen Demokraten, Miljukow, auf; somit hatten der Zahl und dem Gewichte nach die echten Panslawisten wie Bobrinskij das Übergewicht. Folgerichtig hielten sich die volksbewußten Ukrainer fern und sandten eine Absage, weil sie, sich selbst achtend, mit ihren Henkern nicht gemeinsam tagen wollten; ihr Landsmann Markow mit seinem Fähnlein nahm seinen Platz unter den Russen von der Farbe Bobrinskijs. Tschechen, Slowenen, Kroaten, Serben und Bulgaren erschienen in stattlicher Zahl. Das eigentliche Ereignis war die Teilnahme von Polen der russenfreundlichen Richtung, unter denen sich neben Dmowski und den Nationaldemokraten auch mehrere Allpolen aus Galizien befanden. Bahnte sich also der Zusammenschluß der zwei slawischen Hauptvölker an? Dann war der Bund Osteuropas gegen die deutsche Nation geschlossen. Tatsächlich klang durch alle Beratungen unerbittliche Feindschaft gegen das Deutsche Reich, wofür Kramař schon in seiner Begrüßungsansprache sorgte.

Dem Anscheine nach wurde der Zweck des Kongresses erreicht, in tönenden Beschlüssen die Versöhnung der Russen und Polen einstimmig verkündet, unter dem Beitritte also der echten Panslawisten, die alle vor Liebenswürdigkeit gegen das Nachbarvolk überflossen, dem sie in der russischen Reichsduma die Gerechtigkeit versagten. Dmowski war von diesen Aussichten so geblendet, daß er 1908 mit dem (Bd. III, S. 153) erwähnten Buche „Deutschland, Rußland und die polnische Frage" hervortrat. Sehr rasch jedoch mußten die Polen erkennen, daß sie sich getäuscht hatten. Denn die russische Regierung zeigte ihnen nach wie vor die Faust, und im Jahre 1909 führte sie einen neuen Schlag; das Cholmer Land wurde von Russisch-Polen losgelöst und dem Gouvernement Kiew einverleibt, um die das Gebiet bewohnenden Ukrainer leichter zu Russen umzuschmelzen. Die Moskauer Panslawisten stimmten der Maßregel freudig zu; das Blendwerk der Versöhnung zerrann

und Dmowski verlor bei seinen Leuten den Kredit, so daß er bei der nächsten Wahl in der Duma keinen Sitz erhielt.

Eine Widerwärtigkeit anderer Art traf die slawische Welt mit der Annexion Bosniens und der von Iswolskij erlittenen diplomatischen Niederlage. Ein schmerzlicher Begleitumstand war, daß die Vertreter aller slawischen Völker im österreichischen Reichsrate im Oktober 1908 der Einverleibung Bosniens zustimmten (Band II, S. 235). Als Kramař darob im Mai 1909 in einer zu Moskau stattfindenden Sitzung des Vollzugsausschusses des allslawischen Kongresses mit Vorwürfen überhäuft wurde, meinte er elegisch: „Wir alle wurden besiegt“; er entschuldigte seine und die Haltung seiner politischen Freunde damit, daß sie den von Kaiser Franz Josef persönlich beschlossenen Staatsakt nicht bekämpfen konnten, ohne als Hochverräter dazustehen; und dabei hätten sie gewußt, daß Rußland nicht das Äußerste zur Abwehr wagen werde [1]). Wie wir wissen, hatte Kramař der Annexion zugestimmt, weil er von der russischen Regierung die Weisung erhielt, sich ins Unabwendbare zu fügen; er schwenkte aber mit seinen Landsleuten sofort um, als Iswolskij im Spätherbste die Abmachung mit Aehrenthal brach und sich gegen Österreich wandte. Dementsprechend zogen im November Volkshaufen durch die Straßen Prags mit Hochrufen auf Serbien und mit Schmähungen auf die habsburgische Monarchie. Das Ministerium Beck, durch seine tschechischen Bundesgenossen bloßgestellt, wurde vom Kaiser fallengelassen, der Ausnahmszustand über Prag verhängt; darauf gingen Kramař und seine Partei in die Opposition; sie hatten jetzt zum Angriffe gegen Österreich die Hände frei. Der Sprachenstreit in Böhmen spitzte sich immer heftiger zu, um so mehr, als die russische Regierung nach ihrem Rückzuge in der bosnischen Frage aus ihrer Feindseligkeit gegen Österreich-Ungarn kein Hehl machte und den Aufmarsch der allslawischen Gruppen dieses Reiches in jeder Art förderte.

Von jetzt ab wurde der allslawische Gedanke von der russischen Regierung als Stoßkraft gegen Österreich-Ungarn benützt, was auf dem zweiten allgemeinen slawischen Kongresse deutlich zutage trat, der vom

[1]) Fischel, „Der Panslawismus“, S. 554.

7. bis zum 10. Juli 1910 in Sofia tagte. Er verdiente seinen Namen nicht, denn diesmal fehlten nicht bloß die ihrem Volke getreuen Ukrainer, sondern auch die von Rußland getäuschten und mißbrauchten Polen. Diese zwei Volksstämme neigten im ganzen zu Österreich, ebenso, kleine Volkssplitter abgerechnet, die Kroaten. Um die zerschlissene Fahne des Neoslawismus sammelten sich auf der anderen Seite die Tschechen und die slowenischen Radikalen, die Serben und die Bulgaren; diese Gruppe war aufs engste mit dem reaktionären und orthodoxen Panslawismus verbrüdert, während sich das demokratische Rußland vom Kongresse fernhielt. Infolgedessen war die Versammlung eine Heerschau über die Volkskräfte, auf welche der Zar bei einem Kriege auf der Balkanhalbinsel rechnen konnte. Nicht als Teilnehmer, nur als Gäste, waren die Polen erschienen; als nun bei einem Festmahle ein Russe sein Glas dem Wohle des polnischen und des ukrainischen Volkes weihte, brach in Bobrinskij die verhaltene Leidenschaft los und er trank auf das Wohl derjenigen, die keine slawischen Verräter seien. Er und Markow wurden von den liberalen Russen als die Führer des Kongresses bezeichnet, denen sie sich nicht fügen wollten. Richtete sich die Prager Tagung von 1908 vornehmlich gegen das Deutsche Reich, so die von Sofia gegen Österreich-Ungarn. Wiederholt wurde der Trauer um das annektierte Bosnien Ausdruck gegeben; ein Abgesandter aus diesem Lande, Rista Radulević, verbreitete sich über die aufpeitschende Wirkung des Ereignisses auf Serbien und forderte die Anwesenden auf, dem bosnischen Volke in seinem Kampfe um Unabhängigkeit zur Seite zu stehen. Da Kramař zum Ehrenpräsidenten der Versammlung gewählt wurde und diesen Aufruf zum Abfalle Bosniens von der habsburgischen Monarchie ohne Einspruch gewähren ließ, wurde er in dem gegen ihn angestrengten Hochverratsprozesse dafür zur Verantwortung gezogen; er entschuldigte sich damit, daß er den Vorgängen nicht seine Aufmerksamkeit zugewendet hätte; auch verstehe er nicht genug Serbisch, um einer Rede vollständig folgen zu können. Übrigens gab sich die Stimmung des Kongresses nicht bloß in einzelnen Äußerungen kund; die ganze Balkanhalbinsel war bereits ein

Feuerherd, überall sprach man von dem zu bildenden Balkanbund, vom Losschlagen gegen die Türkei und gegen Österreich. Auch die Sofioter Versammlung zeitigte kein praktisches Ergebnis, aber sie bereitete die Gemüter auf den nahen Krieg vor. Sie war aber der letzte der sogenannten allslawischen Kongresse, denn der Balkankrieg von 1912 endete mit der tödlichen Feindschaft zwischen Serben und Bulgaren. Im Inneren der slawischen Welt waren das Befreiungs-, Einigungs- und Machtstreben der einzelnen Völker die Hauptsache, wonach sie sich verbanden und bekämpften; dazwischen leistete der Panslawismus in seinen verschiedenen Verkleidungen gute Dienste, bald als Deckmantel für den russischen Ehrgeiz, bald als Schreckgespenst gegen Österreich, bald als Reizmittel für die Nerven der noch stumpferen slawischen Völker.

*

Die Wirkung der russischen Politik.

Nikolaus II.

Für die nächste Entwicklung kam alles auf die russische Regierung an. Wie sich in deren Schoße die Entschlüsse formten, ist bisher im einzelnen unbekannt, wenn auch der Charakter Nikolaus' II. keine Rätsel zu lösen gibt. Andrew White, einige Zeit amerikanischer Botschafter in Petersburg, stellt fest, daß der Hauptzug im Wesen des Zaren absolute Gleichgiltigkeit gewesen sei, Unfähigkeit zu einer tieferen Gemütsbewegung bei irgendeinem äußeren Eindrucke[1]). Das wird durch die von den Bolschewisten veröffentlichten Tagebuchblätter des Kaisers aus der Zeit der Revolution von 1917 bestätigt; denn selbst

[1]) A. D. White, „Aus meinem Diplomatenleben". (Deutsche Übersetzung, Leipzig 1916, S. 145.)

beim Nahen der Katastrophe zeigte er sich nicht tiefer ergriffen, beschäftigte sich auch während seines Sturzes mit Nebendingen, so mit dem Geschichtsunterrichte seines Sohnes; selbst der Abfall seiner Generäle preßte ihm nur einen Seufzer ab. So erklärt sich auch die Furchtlosigkeit, mit der er, wie berichtet wird, seiner Ermordung entgegensah. Nicht Unverstand, sondern Willensschwäche war sein Verhängnis. Sein Urteilsvermögen war zwar gering, aber doch noch ausreichend, um ihm eine gewisse Einsicht in den Weltenlauf zu gestatten. Solche Naturen sind besonders ungeeignet für leitende Stellen, denn sie trauen sich die Fähigkeit zu, selbst zu regieren, ohne die Kraft zu haben, auf dem als richtig erkannten Wege zu beharren.

Seine Unselbständigkeit war so offenkundig, daß White schon zu Beginn des Jahrhunderts vorhersagte, er werde von der Bewegungspartei in den Krieg mit Deutschland hineingezogen werden. Er war friedlich gesinnt, aber vor den Kriegen gegen Japan wie gegen Deutschland waren es doch die von ihm befohlenen Maßregeln, die den Zusammenstoß herbeiführten. Die entscheidende Wendung seines Lebens vollzog sich in ihm kurz nach 1905, als er sich von Deutschland abwandte und sich mit Britannien einließ. Wir sind von den Vorgängen an seinem Hofe nur unzureichend unterrichtet und wissen nicht, was ihn eigentlich bestimmte, Wilhelm II., dem er für dessen Verhalten während des mandschurischen Krieges Dank schuldete, den Rücken zu kehren und sich Eduard VII. zuzuwenden, über den er kurz zuvor als Unruhestifter das härteste Urteil gefällt hatte. Noch blieb sein Verhältnis zu den Mittelmächten, auch zu Österreich, freundnachbarlich, bis er, durch die Annexion Bosniens verletzt, tiefe Abneigung gegen den Wiener Hof faßte. Dafür gibt es ausreichende Zeugnisse, so den Bericht des serbischen Ministers Pašić, dem Nikolaus im November 1908 zu dessen Freude eröffnete, das Schicksal Bosniens werde sich durch das Schwert entscheiden. Unter den Einflüsterungen der Kriegspartei kam er zu der Annahme, Österreich-Ungarn trage sich mit Eroberungsplänen auf dem Balkan, selbst mit dem Gedanken eines Angriffes auf das russische Reich. Wir werden sehen, wie er sich

Schritt für Schritt in diesen Argwohn einspann und, da Wilhelm II. den Schild über das Donaureich hielt, mit Bitterkeit gegen Deutschland erfüllt wurde.

Iswolskij rief dieses Mißtrauen in ihm wach, die Großfürsten Nikolaus und Peter Nikolajewitsch bestärkten ihn darin, wogegen Sasonow, Minister des Äußern von 1909 bis 1916, eher in friedlichem Sinne tätig war. Nur war dieser sein Ratgeber eine schwankende, verwaschene Persönlichkeit, die eben deshalb zu Nikolaus paßte, bei größerer Geschäftskenntnis nichtssagend wie sein Herr. Von Haus aus war Sasonow England eher abgeneigt, so daß die Feinde Deutschlands mit ihm unzufrieden waren.

Daß die Leitung der äußeren Politik Rußlands 1910 den Frieden im Auge hatte, geht auch aus dem Buche eines der Räte Sasonows, des Fürsten Georg Trubetzkoj, „Rußland als Großmacht", hervor, in dem vor Abenteuern gewarnt war; eine panslawistische Politik wäre eine Gefahr für Rußland, da ganz Europa durch sie in Flammen geraten würde; niemand könne nach Hinschlachtung zahlloser Menschen für den Erfolg bürgen [1]).

In diesem Sinne traf Sasonow noch 1910 und 1911 das Abkommen mit Deutschland über die Bagdadbahn und die Bahnanschlüsse mit Vorderasien. Noch 1911, während der Marokkokrise, entzog sich das amtliche Rußland dem Ansinnen der französischen Vergeltungspartei und bestärkte das Ministerium Caillaux in der Absicht eines Ausgleiches mit Deutschland. Bei der Zusammenkunft zu Potsdam sagte Sasonow dem deutschen Reichskanzler eine friedfertige Balkanpolitik zu, ließ sich aber unmittelbar darauf aus der Bahn werfen und stand dem serbisch-bulgarischen Angriffsbündnisse gegen die Türkei zu Gevatter: unter den vielen unzureichenden Ministern seiner Zeit war er so haltlos wie nur einer.

[1]) Der letzte, der noch einen Ausgleich mit Österreich-Ungarn über die Balkanhalbinsel für richtig hielt, war General Kuropatkin, der 1912 die Formel empfahl: Konstantinopel für Rußland, Saloniki für Österreich-Ungarn. Aber diese Stimme verhallte ungehört. Vgl. Hans Uebersberger, „Alexei Nikolajewitsch Kuropatkin" in der „Neuen Freien Presse" vom 29. Februar 1916.

Das Walten Stolypins war auch deshalb folgenreich, weil unter ihm der Zar für die Auffassung gewonnen wurde, die nationale Idee müsse als Schutzdamm gegen die demokratischen und sozialistischen Strömungen verwendet werden. In dem engen Gehirn des Zaren setzte sich die Hoffnung auf die nationalen Triebkräfte so fest, daß er darob übersah, wie gefährlich ihm die allslawische Politik werden konnte. Indessen hielt, solange Stolypin lebte, die Regierung den Panslawismus am kurzen Zügel, schob ihn nach Bedarf vor und zurück; das Neuslawentum war vollends bloß ein Spiel und Werkzeug. Da aber wurde Stolypin am 18. September 1911 das Opfer des Mordanschlages eines Mannes, der, im Dienste der Polizei stehend, Gemeinschaft mit den Verschwörern machte. Sein Tod war deshalb verhängnisvoll, weil die zum Balkankriege treibende Partei Ellbogenfreiheit erhielt. Sein Nachfolger Kokowzew, im Finanzwesen unter Witte emporgekommen, war sachkundig und guten Willens, aber unsicher in Zielen und Wegen.

Es bedarf keiner Erläuterung, daß auf ein Regiment von Schwächlingen die öffentliche Meinung stärkeren Einfluß gewinnt; die Mittelmäßigkeit auf dem Throne und im Rate gibt immer nur den Ausdruck einer bestimmten Massenerscheinung wieder. Sieht man von den Sozialisten ab, so war der politische Geist der Nation für eine imperialistische Politik eingenommen und Nikolaus II. war der letzte, der sich dieser Strömung entziehen konnte. Bis zum Winter auf 1912 überwog in ihm trotz allen Schwankungen der konservative Zug. Auch wenn der Petersburger Hof mit dem von Wien im Hader lag, ließ er nicht außer acht, daß die drei Kaisermächte durch die Gemeinsamkeit monarchistischer Interessen aufeinander angewiesen waren. Jetzt überwog beim Zaren die Empfindung, das Haus Romanow müsse sich um seiner Selbsterhaltung willen auf die nationalen Elemente im russischen Reiche stützen. Dafür, daß dem Volke Freiheitsrechte entzogen blieben, sollte es durch eine kräftige slawische Politik entschädigt, seine Aufmerksamkeit auf die Balkandinge abgelenkt werden. Eine Umschaltung von hoher Bedeutung auch für die Weltpolitik. Zunächst richtete sich der Stoß gegen die Türkei, während den christlichen Staaten der Halbinsel bisher

der Angriff verwehrt worden war. Das alles vollzog sich nicht plötzlich, nicht nach einem vorbedachten Plane, mehr aus dem Gefühle heraus, also aus einem in der äußeren Politik bedenklichen Antriebe. Auch machte der Zar gewöhnlich zwei Schritte vor und einen zurück, immer glaubte er Herr seiner Entschlüsse zu sein. Aber schneller als die kaiserliche Regierung wollte, glitt sie die abschüssige Bahn hinab und fuhr so in den Abgrund.

XXXIII

Vorgeschichte des ersten Balkankrieges

XXXIII. Vorgeschichte des ersten Balkankrieges

Plan eines russisch-türkischen Bündnisses

Kaum jemals setzte eine Großmacht ihre Kraft an ein gleich lebenswichtiges Ziel wie Rußland im Streben nach der freien Ausfahrt zum warmen Meere. Als die Türkei mit Italien wegen Tripolis in Krieg geriet, sperrte sie, eines Angriffes auf die Dardanellen gewärtig, die Meerengen notgedrungen auch für die Handelsschiffahrt, wodurch die russische Volkswirtschaft empfindlichen Schaden litt. Der Nachteil mußte in künftigen Kriegen wachsen, je rascher die Ausfuhr von Getreide aus Südrußland in die Höhe ging. Es war der einmütige Wunsch der Nation, sich des Schlüssels zum Schwarzen Meer zu bemächtigen. Man mag den Einfluß der slawischen Ideologie höher oder niedriger einschätzen; jedenfalls wog er federleicht gegen die Wucht der staatlichen und wirtschaftlichen Interessen Rußlands.

Seit Peter dem Großen betrachtete sich das Zarenreich als Erben der Türkei und stieß dabei auf den Widerstand der anderen Großmächte. Diese verschlossen sich nicht der Einsicht, daß es mit der türkischen Herrschaft in Europa zu Ende ging, sie waren aber durch vier Menschenalter bemüht, den Zusammenbruch zu verlangsamen. Lösten sich die einzelnen Teile vom osmanischen Reichskörper nur allmählich los, so mußte sein schließlicher Einsturz nicht notwendigerweise einen Weltkrieg entfesseln. Bei diesem Bemühen war England der Widerpart Rußlands, aber seit dem Ende des 19. Jahrhunderts änderte es seine Politik, um bei der Teilung des Erbes so reich wie möglich bedacht zu werden. Das fetteste Stück, Ägypten, hatte es schon 1882 in Besitz genommen. Sobald nun Britannien, um alle Randmächte gegen

Deutschland zu vereinigen, den Russen die Aussicht auf die Erwerbung Vorderasiens eröffnete, sahen diese der Zukunft guten Mutes entgegen.

Seit dem Ausbruche des italienisch-türkischen Krieges drängte die Bewegungspartei in Petersburg zum Handeln, während Sasonow noch zurückhielt und dem serbischen Gesandten Popović anfangs Dezember 1911 sagte, man werde den „kleinen Intriganten“ wie Montenegro die Gelüste vertreiben [1]). Die Ereignisse gingen jedoch über den Kopf des russischen Ministers hinweg. Bei den vorwärtstreibenden politischen Gruppen bestanden zwei verschiedene Ansichten. Die einen arbeiteten an der Herstellung eines Bundes der slawischen Balkanvölker gegen die Türkei, damit Rußland, als slawische Schutzmacht, in dem also entzündeten Kriege die Hand auf Konstantinopel legen könne. Unermüdlich war der russische Gesandte in Belgrad, Hartwig, in diesem Sinne tätig; gegen ihn richtet sich in erster Linie das Wort des Botschafters Jules Cambon, eine große Gefahr für den Frieden liege in dem Mangel an Disziplin bei den russischen Diplomaten, die auf eigene Faust Politik machen. Sasonow war zu schwach, sie im Zaume zu halten.

Einen anderen Weg ging Tscharykow, der russische Botschafter bei der Pforte. Er machte darauf aufmerksam, daß es nicht zum Vorteile der Zarenmacht gereiche, die europäische Türkei unter die christlichen Staaten aufteilen zu lassen, da dann neben einem Großserbien auch ein Großbulgarien entstünde, das bestrebt sein würde, sich dem russischen Einflusse zu entziehen. Ein mächtiges Bulgarien würde den Besitz Stambuls begehren und gegen das Begehren Rußlands einen stärkeren Riegel bilden, als die zerfallende Türkei. Deshalb riet Tscharykow, die hilfsbedürftige Pforte am Leben zu erhalten und als Vasallen in den Bannkreis Rußlands zu ziehen.

Dieses Verfahren hatte Bismarck den Russen in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ empfohlen, es ist dasselbe, das Katharina II. ursprünglich Polen gegenüber anwandte. Man weiß, daß sie es vorge-

---

[1]) Bericht des serbischen Gesandten nach Belgrad vom 4. Dezember 1911 (wohl alten Stils), abgedruckt bei M. Boghitschewitsch, „Kriegsursachen“, Zürich 1919, S. 164.

zogen hätte, die polnische Republik als Staat zu erhalten, um sie in ihrem ganzen Umfange ihrer Botmäßigkeit zu unterwerfen. Ungern wich sie dem Drängen Friedrichs des Großen und Josefs II., Polen zu zerlegen und jedem ein Stück zuzuweisen. So schwebte auch Tscharykow vor, eine Teilung der Türkei zu verhindern, bei der sich auch Engländer, Franzosen und andere Nationen stattlicher Gebietsteile bemächtigen würden.

Behufs Verwirklichung dieses Gedankens entwarf Tscharykow den Plan eines auch die Türkei umschließenden Balkanbundes; über dieses künstliche, Christen und Moslim umfassende Gebilde würde der Zar verfügen und den Frieden unter ihnen erhalten. Als Lohn für ihre Rettung hätte die Pforte einen kostbaren Preis zu zahlen gehabt: die freie Ausfahrt der russischen Flotte ins Mittelländische Meer. Darauf war in erster Linie die Absicht des Botschafters gerichtet[1]).

Als Tscharykow mit seinem Ansinnen an die Pforte herantrat, gerieten die beteiligten Kreise in lebhafte Erregung. Der russische Botschafter ließ in den von ihm abhängigen türkischen Zeitungen die Werbetrommel für seinen Balkanbund rühren, worauf die serbische, bulgarische und griechische Presse zornentbrannt gegen die Zusammenspannung der christlichen Staaten mit der Türkei schrieb, deren Lebensdauer nicht verlängert werden dürfe. Die Pforte selbst hegte entschiedene Abneigung gegen den Rettungsplan, der als Übergang zu ihrer Verspeisung gedacht war. Sie wandte sich an die Großmächte um Schutz, machte aber wieder die Erfahrung, daß jedermann sie ihrem Schicksale überließ, um sich nicht mit Rußland zu überwerfen.

Wohl trat, wie immer, Botschafter Marschall für seinen türkischen Schützling ein; aber Kiderlen-Wächter, der die Freundschaft Rußlands höher stellte als die der Pforte, entschied sich für Stillehalten. Trotzdem fand die türkische Regierung den Mut zur Ablehnung des Vorschlages Tscharykows, was in geziemender Form geschah[2]).

---

[1]) Über die russische Mittelmeerpolitik und über die Versuche Rußlands, auf friedlichem Wege zu einer seinen Interessen entsprechenden Einigung zu gelangen, vgl. jetzt Siebert, l. c. S. 674ff. u. a. O.

[2]) K. Helfferich, „Der Weltkrieg", S. 93.

Zur Zeit dieser Unterhandlungen befand sich Sasonow auf einer diplomatischen Rundreise, die ihn auch nach Paris und London führte. Er behauptete später, Tscharykow hätte seine Abwesenheit benützt, um ohne Weisung vorzugehen und Lorbeeren für sich zu holen[1]). Ob sich das wirklich so verhielt oder ob die russische Regierung nur die Schuld für die erlittene Schlappe auf die Schultern des Botschafters abwälzte, genug, dieser wurde der Eigenmächtigkeit geziehen und fallen gelassen. Im März 1912 verließ er seinen Posten und trat in den Ruhestand.

*

Entstehung des Balkanbundes

Jetzt hatten die Fürsprecher eines gegen die Türkei gerichteten Balkanbundes freie Bahn. Die russische Regierung nahm nach Ablehnung jenes Antrages auf die Pforte weniger Rücksicht als je und schlug sich zu ihren Gegnern. In den christlichen Balkanstaaten löste die Entlassung Tscharykows Jubel aus, da ein Bündnis Rußlands mit der Türkei das Grab ihrer ehrgeizigen Pläne gewesen wäre; denn ohne die wenigstens diplomatische Unterstützung Rußlands war die Befreiung der Slawen und der Griechen von der türkischen Herrschaft unmöglich.

Indessen bestand noch ein ernstes Hindernis gegen das Zustandekommen eines christlichen Balkanbundes, und das war die wechselseitige Eifersucht der Bulgaren, Serben und Griechen. Am wenigsten war man in Sofia zum Zusammengehen bereit. Denn die Bulgaren mißgönnten den Hellenen Saloniki und waren wenig gewillt, erhebliche Stücke Mazedoniens den Serben zu überlassen. Das Hauptübel war, daß die Volksstämme der europäischen Türkei, vier Millionen Christen und zwei Millionen Moslim, so wirr durcheinander geschichtet waren, daß

[1]) So sprach sich Sasonow Anfang Dezember zum serbischen Gesandten in Petersburg aus. M. Boghitschewitsch, „Kriegsursachen", S. 167.

sich eine Abgrenzung nach Nationalitäten nicht vornehmen ließ. So lag es besonders in Mazedonien. Deshalb verfolgte das Kabinett von Sofia die längste Zeit den Plan, Mazedonien ungeteilt zu lassen und dem ganzen Lande Autonomie zu erringen. Es rechnete damit, daß, da der Kern der Bewohner des Landes bulgarisch war, diese sich nach ihrer Befreiung schließlich insgesamt Bulgarien anschließen würden. Von einer Teilung Mazedoniens wollte die Regierung König Ferdinands nichts wissen. Aus diesem Grunde lehnte sie 1910 den Vorschlag des griechischen Ministerpräsidenten Venizelos ab, ein Bündnis zum Kriege gegen die Türkei zu schließen, und schenkte auch einem ähnlichen aus Belgrad kommenden Ansinnen kein Gehör. Dabei blieb es, solange in Sofia das Ministerium Malinow regierte.

Anders, als am 24. März 1911 das Kabinett Geschow ans Ruder kam, neben dem der Präsident der Nationalversammlung Danew die maßgebende Persönlichkeit in der herrschenden Partei war. Die zwei Männer waren hingebende und gläubige Freunde Rußlands, und richteten sich gänzlich nach den ihnen aus Petersburg zukommenden Winken. Von dem Augenblicke an, in dem der Petersburger Hof sich einer ausgreifenden Balkanpolitik zuwandte, sahen sie das Heil ihres Landes darin, als dessen südliche Vorhut gegen die Türkei vorzugehen. Die Ratschläge Hartwigs — des russischen Gesandten in Belgrad — waren dem bulgarischen Minister des Äußeren ein Orakel und Hartwig ging im Betreiben eines Balkanbundes noch über die Weisungen Sasonows hinaus. König Ferdinand zwar war von der slawischen Sentimentalität seiner Minister nicht angekränkelt, aber um so mehr bereit, die Sachlage zur Vergrößerung Bulgariens auszunützen. Wie wir wissen, hatte er sich 1909 mit dem Wiener Kabinett überworfen und sich im Dezember dieses Jahres durch einen Geheimvertrag mit Rußland diesem völlig in die Arme geworfen[1]). Darin verpflichtete er sich, für den Fall eines Zusammenstoßes Rußlands mit den mitteleuropäischen Mächten seine Armee gegen den gemeinsamen Feind aufzubieten, und heimste dafür die Zusage

[1]) Siehe oben Band II, S. 282. Der Vertrag ist abgedruckt in den Dokumenten aus dem russischen Geheimarchiv, S. 27, und bei M. Boghitschewitsch, „Kriegsursachen", S. 115.

ein, daß nach errungenem Siege alle türkischen Gebiete mit überwiegend bulgarischer Bevölkerung seinem Staate einzuverleiben wären; die Dauer des Bündnisses war auf fünf Jahre festgesetzt. Wenn Rußland das Feuer noch nicht an die Lunte gelegt hatte, so lag dies an seiner unzureichenden Vorbereitung zum Kriege; Hartwigs Auftreten aber ließ hoffen, daß der große Augenblick gekommen sei. Von den Strömungen am Petersburger Hofe gut unterrichtet, wartete Ferdinand ab, ob die slawische Bewegungspartei den Zaren zu sich hinüberziehen werde.

Ministerpräsident Geschow war für seine Person nicht zum Wagen und Zuschlagen geschaffen; als der reichste Mann Bulgariens eher ruheliebend, auch nicht übermäßig ehrgeizig, dafür aber begierig nach Volksgunst und von der öffentlichen Meinung über Gebühr abhängig. In Bulgarien aber beherrschten die mazedonischen Emigranten, die, gezwungen oder freiwillig, im Königreiche eine Stätte gefunden hatten, die Presse, die geheimen und die öffentlichen Vereine, die Volksstimmung. Sie waren von dem leidenschaftlichen Wunsche beseelt, die Türken durch welche Mittel immer aus ihrem Vaterlande zu vertreiben, und erfaßten daher die Idee eines Balkanbundes mit glühendem Eifer. Ihnen schloß sich die Jugend Bulgariens an, auf welche der allslawische Gedanke seinen Zauber nicht verfehlte. Der bulgarische Gesandte in Rom, Rizow, ehedem mazedonischer Revolutionär, war unter den Diplomaten die zu diesem Ziele treibende Persönlichkeit. Er überbrachte Botschaften von der italienischen Regierung, welche die Balkanstaaten mit dem Versprechen lockte, Italien werde sie bei der Befreiung ihrer Stammesgenossen unterstützen. Ungeduldig blickte man in Rom nach einem Mittel aus, die Pforte zur Abtretung von Tripolis zu nötigen. Der Anstoß zum Handeln kam aber auch jetzt nicht von der bulgarischen Regierung, sondern von Serbien. Nach der im bosnischen Streitfalle erlittenen Niederlage hatte der serbische Minister des Äußeren, Milovanović, den Versuch gemacht, mit dem Wiener Kabinett anzuknüpfen, und wollte Aehrenthal bestimmen, den Serben zur Gewinnung türkischer Gebiete behilflich zu sein. In Wien abgewiesen, faßte Milovanović einen ganzen und runden Entschluß; er warf sich mit Eifer und Geschicklichkeit auf

die Gründung eines Balkanbundes zum Behufe eines Eroberungskrieges gegen die Türkei.

Belgrad wurde der Glutherd, von dem aus nach allen Richtungen Funken sprühten; die Erbitterung über die Annexion Bosniens war so groß, daß keine Regierung sich ihr hätte entziehen können, und Milovanović handelte so, wie jeder andere Politiker an seinem Platze gehandelt hätte. Rizow, der ein persönlicher Freund des serbischen Ministers war, vermittelte eine Zusammenkunft mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Geschow, als dieser, von der Reise in ein französisches Bad heimkehrend, durch Serbien fuhr. Milovanović stieg in sein Wagenabteil, begleitete ihn durch drei Stunden auf der Fahrt und entwarf ihm die Grundzüge des zu schließenden Bundes. Das wichtigste Problem war die Schlichtung des Streites um Mazedonien. Der serbische Minister entwickelte den Gedanken, nach der gemeinsamen Eroberung des Landes den Zaren zum Schiedsrichter anzurufen. Dabei kam er den Ansprüchen Bulgariens geschmeidig entgegen. Denn für Serbien, so legte er dar, handle es sich in erster Linie nicht so sehr um Mazedonien, als um Bosnien und die Herzegowina. Von vornherein wollte er dem Balkanbunde eine Spitze auch gegen Österreich-Ungarn geben. Geschow berichtet in dem Buche, welches er diesem Ereignisse widmete, daß Milovanović den Gedanken aussprach, der Zusammenbruch der Monarchie werde die Entscheidung über Mazedonien und ebenso die Einigung mit Rumänien erleichtern. An diesem Brande wollte der Serbe sein Süppchen kochen. „Wenn zu gleicher Zeit", so sagte Milovanović, „die Auflösung der Türkei und der Zerfall Österreich-Ungarns eintreten könnten, so wäre die Lösung bedeutend vereinfacht; Serbien erhielte Bosnien und die Herzegowina, wie Rumänien Siebenbürgen, und wir hätten keine Einmischung Rumäniens in unseren Krieg mit der Türkei zu fürchten". In den Augen des leichtfertigen Mannes wäre die Zertrümmerung der habsburgischen Monarchie, also die furchtbarste Revolution, die über Europa hereinbrechen konnte, eine Vereinfachung gewesen [1]).

[1]) Iv. E. Guéchoff, „L'Alliance Balcanique", Paris 1915, S. 27.

Geschow nahm das alles zur Kenntnis, ohne eine bindende Zusage zu machen. Nach Sofia zurückgekehrt, fand er lebhafte Bewegung der Geister vor, die sich mit der Dauer des Krieges um Tripolis steigerte. Die mazedonischen Revolutionäre wandten das oft erprobte Mittel an, um die Erbitterung gegen die Türkei bis zur Fieberhitze anzufachen. Sie reizten die Moslim Mazedoniens durch blutige Bombenattentate, so daß diese sich erhoben und unter den Bulgaren ein Blutbad anrichteten. Bei einem solchen Anlaß wurden in der Stadt Ištip am 4. Dezember 1911 etwa dreihundert Christen niedergemetzelt[1]).

Durch Bulgarien brauste der Ruf nach Vergeltung, und Geschow ließ sich in das Bündnis mit Serbien hineintreiben. Anfangs gingen die Unterhandlungen, die in Sofia mit dem serbischen Gesandten Spalajković geführt wurden, langsam vonstatten; sie wurden erst bei einer Zusammenkunft, die Milovanović in Paris mit Rizow hatte, beschleunigt. Serbien bot immer mehr, zuletzt soviel, daß das Sofioter Kabinett nicht ablehnen konnte. So kam es unter für Bulgarien überaus günstigen Bedingungen zum Vertrage vom 13. März 1912[2]). In demselben wurden die Beziehungen der Verbündeten zur Türkei, Österreich-Ungarn und auch zu Rußland geregelt.

In erster Linie richtete sich der Vertrag gegen die Türkei und verfügte über das zu erobernde Mazedonien, Altserbien und den Sandschak. Die zwei letzteren Gebiete wurden Serbien zugesprochen, das

[1]) So J. Georgow in dem Aufsatze: „Die Ursachen des Balkankrieges" in Hardens „Zukunft", 12. April 1913. Es heißt dort, S. 54: Geschow hätte die Bewahrung des Friedens gewünscht, indessen „glückte es den Revolutionären, durch ein Bombenattentat in der... Stadt Schtip, die sich immer als sehr revolutionär gezeigt hatte, die türkischen Behörden zu greuelvollen Ausschreitungen zu bringen und so die friedfertige und gegenüber der Türkei allzu nachsichtig gestimmte Politik der bulgarischen Regierung zu durchkreuzen". Der Verfasser des Aufsatzes, Professor der Philosophie an der Universität zu Sofia, ist selbst Mazedonier.

[2]) Der Vertrag vom 13. März 1912 (nach dem julianischen Kalender vom 29. Februar) wurde zuerst am 24. November 1913 im Pariser „Matin" veröffentlicht. Darnach ist er im Anhange des Buches von Geschow abgedruckt. Den authentischen Text kennt man durch die Enthüllungen der bolschewikischen Regierung; aus diesen stammt die deutsche Übersetzung in den „Dokumenten aus den russischen Geheimarchiven", S. 35ff. Die Teilnahme Hartwigs an dem Staatsakt erhellt aus seinem Berichte an Sasonow vom 12. Mai 1912 (in denselben „Dokumenten", S. 289).

sich über sie mit Montenegro auseinanderzusetzen hätte. In bezug auf Mazedonien machte Serbien die bescheidensten Ansprüche. Das Land wurde in zwei Zonen geteilt, von denen die eine, etwa fünf Sechstel des Landes, unbestritten Bulgarien zur Verfügung gestellt war. Das letzte Sechstel wurde nicht etwa Serbien zugewiesen, sondern ausgemacht, daß der Zar als Schiedsrichter innerhalb dieses Gebietes die künftigen Grenzen zu ziehen hätte. Wohl hatte Bulgarien aus seinem Löwenanteile noch Griechenland abzufinden, aber Serbien verzichtete dabei auf jede Einmischung. Es wollte sich mit dem begnügen, was ihm der Zar von dem bestrittenen Gebiet zusprechen werde[1]).

Dann hatte der Vertrag eine Spitze gegen Österreich-Ungarn. Von Bosnien und der Herzegowina wurde nicht gesprochen, jedoch ausgemacht, daß die Monarchie unter keiner Bedingung ein Stück türkischen Bodens in Besitz nehmen dürfe. Sollte nämlich, so hieß es in dem Abkommen, irgendeine Großmacht den Versuch machen, europäisch-türkisches Gebiet zu erobern oder auch nur zeitweilig zu besetzen, so konnte jeder Vertragsteil verlangen, daß der andere ihm mit allen seinen Streitkräften zu Hilfe komme. Diese Bestimmung war eine Feindseligkeit gegen Österreich-Ungarn, auf welche Serbien den größten Wert legte und die Bulgarien mitmachte, weil es sich dadurch nahezu die ganze mazedonische Beute sicherte.

Von großer Tragweite endlich war die Verabredung, durch welche Rußland in aller Form die Entscheidung über die Geschicke des Balkans übertragen ward. Der Zar wurde nicht bloß in der mazedonischen Gebietsfrage zum Schiedsrichter bestellt, sondern, so hieß es ausdrücklich, auch in jedem anderen sich aus dem Vertrage ergebenden Streite. Aber weiter: selbst die Entscheidung darüber, ob und wann der Bundeskrieg gegen die Türkei zu beginnen habe, wurde in seine Hand gelegt. Rußland war damit auf einem Gipfel der Macht angelangt und die

[1]) Die Karte, die sich im Anhange des Buches von Geschow befindet, gibt die Umrisse des strittigen und des unbestrittenen Gebietes. Genauer ist die Karte in dem Werke der Carnegie-Stiftung: „Enquête dans les Balcans", S. 26. Hier ist S. 19—31 ein guter Überblick über die Geschichte des Balkanbundes gegeben.

Regierung des Zaren schmeichelte sich, den Krieg hinausschieben oder entfesseln zu können, wann sie es für gut finde.

Das bulgarisch-serbische Bündnis wurde durch die am 12. Mai und am 12. Juli 1912 geschlossenen Militärkonventionen ausgestaltet. In diesen waren die Kriegspläne und Truppenstärken bestimmt, sowohl für einen Krieg mit der Türkei, wie gegebenenfalls auch für den mit Österreich-Ungarn und Rumänien. Es wurde angenommen, daß die zwei letztgenannten Staaten sich der Pforte annehmen würden; mindestens werde die habsburgische Monarchie den Sandschak von Nowibazar besetzen wollen. Das sollte unbedingt verhindert werden, und Bulgarien versprach, wenigstens 200 000 Mann gegen ein derartiges Vorgehen der Donaumonarchie aufzubieten.

Weniger enge verband sich Bulgarien mit Griechenland. Die zwei Regierungen konnten sich über die Teilung Mazedoniens nicht einigen. Doch kam es am 29. Mai 1912 zu einem gegen die Türkei gerichteten Vertrage folgenden Inhalts: Die zwei Staaten werden ihren Volksgenossen in Mazedonien zu ihren Rechten verhelfen und sie mit den Waffen unterstützen, wenn es darob mit der Türkei zum Kriege kommen sollte. Diesen Abschluß erlebte Milovanović noch, starb aber kurz darauf, am 1. Juli 1912. Nach einem Übergangsministerium bildete Pašič das Kabinett, unter dem Serbien die nächsten zwei Kriege durchfocht. Pašič hatte bei allen Vorbereitungen mitgewirkt, sein Eintritt in die Regierung war auch für die Nichteingeweihten ein weithin erkennbares Sturmzeichen.

*

Friedensversicherungen der Balkankönige und Rußlands

Die Geheimhaltung der Kriegsbündnisse war dadurch geboten, daß die Balkanstaaten ihre Rüstungen erst beendigen wollten. Serbien, vom Meere abgeschnitten, aber auch Bulgarien, dem nur das Schwarze Meer

zu Gebote stand, konnten Waffen und Kriegsvorrat nur über Österreich-Ungarn oder über die Türkei, zunächst über Saloniki beziehen; sie mußten also ihre Nachbarn in guter Laune erhalten. Massenhafte Sendungen kamen übers Meer aus Frankreich, dessen Waffenfabriken und Banken von der französischen Regierung den Wink erhielten, die Balkanstaaten durch Anleihen und Lieferungen zu unterstützen. Unterdessen hüllten sich die Verbündeten in den Mantel der Tugend und Friedfertigkeit. Wirklich blieb den Mittelmächten wie der Türkei die Bildung des Balkanbundes bis in den September verborgen.

Um die Täuschung zu verstärken, machte der König von Bulgarien mit seiner ganzen Familie dem Kaiser von Österreich in Wien einen Besuch, durch den seine freundnachbarliche Gesinnung bekundet werden sollte. Bei diesem Anlasse begrüßte ihn der Kaiser bei dem am 1. Juni stattgehabten Festabende mit den Worten: „Meine wärmsten Wünsche begleiten die friedliche Entwicklung Bulgariens, das dank der hohen Weisheit Euerer Majestät ein Element der Ordnung und Ruhe auf dem Balkan bildet. Ich bin glücklich, die Anwesenheit Euerer Majestäten und königlichen Hoheiten unter uns als ein neues Unterpfand der ausgezeichneten Beziehungen ansehen zu können, die zwischen unseren Staaten bestehen." Der Koburger erwiderte in gleichem Sinne, kehrte aber heim, um einige Wochen später auch die zweite der Militärkonventionen mit Serbien zu schließen, in welcher militärische Maßnahmen gegen Österreich-Ungarn verabredet waren. Am 8. Juni erschien König Nikolaus von Montenegro in Wien, wurde freundlich aufgenommen und vom Kaiser zum Chef eines Regiments ernannt. Zur selben Zeit kamen auch Rizow wie Danew, der Präsident der bulgarischen Nationalversammlung, nach der österreichischen Hauptstadt, die mit König Nikolaus die Vorbereitungen zum Kriege besprachen. Aehrenthals wachsames Auge war erloschen, und wenn er auch nicht in das wohlgehütete Geheimnis hätte dringen können, so wäre den Balkankönigen der Weg doch nicht mit Rosen bestreut worden.

An der Komödie der Täuschungen beteiligte sich auch die russische Regierung. Sie hatte den Staaten der Halbinsel die Hände zum Bunde

zusammengelegt; nach dem Zeugnisse Geschows waren nicht bloß Hartwig, sondern auch die russischen Militärbevollmächtigten in Sofia und Belgrad bei den Vereinbarungen als Vermittler tätig. Zum Überfluß schickte die bulgarische Regierung im Mai den Sobranje-Präsidenten Danew zum Zaren, um ihm eine Abschrift des mit Serbien geschlossenen Vertrages zu überreichen. Der Zar war sehr gnädig, und Geschow berichtet: „Er versprach, uns erforderlichenfalles behilflich zu sein, die Ausrüstung und Bewaffnung unserer Armee zu beendigen und die finanziellen Operationen zu Paris und London durchzuführen." Indessen legte der Zar und eindringlicher noch Sasonow dem bulgarischen Abgesandten nahe, der Balkanbund solle nicht selbst zum Angriffe schreiten. Alles vereinfache sich, wenn die Türkei, um das Netz zu zerreißen, zuerst das Schwert ziehe. Es war Europa gegenüber besser, die Verantwortung des Krieges der Pforte zuzuschieben. Konnte aber Bulgarien mehr wünschen, als was der Zar zusagte?

Indem die russische Regierung die Zertrümmerung der Türkenherrschaft in Europa vorbereitete, wurde die Zusage gebrochen, die der Zar und Sasonow dem Berliner Kabinett gegeben hatten. Am 4. November 1910 waren, wie wir wissen, Kaiser Wilhelm und der Zar, Bethmann Hollweg und Sasonow in Potsdam zusammengetroffen und übereingekommen, überall, auch auf dem Balkan, den Status quo zu erhalten. Der Wortlaut des Abkommens wurde von Bethmann Hollweg am 10. Dezember 1910 dem Reichstage in folgender Erklärung bekanntgegeben:

„Das Resultat der letzten Entrevue möchte ich dahin zusammenfassen, daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombinationen einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnten. In diesem Sinne haben wir insbesondere Gelegenheit gehabt, zu konstatieren, daß Deutschland und Rußland ein gleichmäßiges Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan und überhaupt im nahen Orient haben und daher keine Politik unterstützen werden, von welcher Seite sie auch kommen könnte, welche auf Störung jenes Status quo gerichtet wäre."

Diese Vereinbarung wurde durch die letzten Maßnahmen Rußlands gröblich beiseite geschoben. Um die deutsche Regierung jedoch in Sicherheit zu wiegen, wurde wieder eine Zusammenkunft der zwei Kaiser veranstaltet, die zu Baltisch-Port stattfand und vom 4. bis 6. Juni 1912 dauerte. Bethmann Hollweg, Kokowzew und Sasonow waren anwesend. Die Russen ergingen sich in Friedensreden, die gern gehört und deshalb geglaubt wurden.

Nach der Zusammenkunft ließ das Petersburger Kabinett gemäß der mit der deutschen Regierung getroffenen Vereinbarung folgende halbamtliche Erklärung veröffentlichen:

„Der Gedankenaustausch ergab aufs neue den festen Entschluß, die zwischen beiden Ländern bestehende altehrwürdige Überlieferung hochzuhalten. Die Begegnung bezeugt einerseits die feste und dauernde Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland, anderseits ist sie ein Ausdruck der friedlichen Grundlinien, welche die Politik beider Reiche gleichmäßig bestimmen."

Der Zar wird sein Gewissen damit beruhigt haben, daß er nicht selbst in den Kampf auf dem Balkan einzugreifen gedachte, sodann, daß in dem von ihm gebilligten serbisch-bulgarischen Vertrage ausgemacht war, der Angriff auf die Türkei werde nur mit seiner Genehmigung stattfinden[1]. Er glaubte die Geister nicht bloß beschwören, sondern bannen zu können. Dazu aber gehörten andere Hexenmeister als Nikolaus und Sasanow, bei denen der Wille noch schwächer war als die Einsicht.

[1] Für die Stellung Rußlands zum serbisch-bulgarischen Vertrage vom März 1912 vgl. auch Siebert, l. c. S. 560ff. u. a. O.

*

Zerrüttung in der Türkei

Das heraufziehende Verhängnis wurde von der türkischen Regierung mit dem ihr eigenen Fatalismus erwartet. Die Lage schien ihr im Sommer 1912 nicht schlimmer zu sein als in zahlreichen früheren Krisen. Durch den Angriff auf Tripolis war die Türkei nur hauttief verwundet worden, die bei diesem Anlasse wieder ihre Defensivkraft bewies. Ihr phlegmatischer Widerstand verdeckte jedoch die Schäden ihrer militärischen und politischen Verfassung. Es ist immer schwer, vor der Waffenprobe eines Krieges die militärische Kraft eines Landes richtig einzuschätzen. Selbst gute Beobachter sind darin zuerst 1912, dann 1914 irre gegangen. Das erstemal wurde die Türkei ebenso überschätzt wie später ungerecht mißachtet; zuerst enttäuschte sie ihre Freunde, dann ihre Gegner. Die Wahrheit ist, daß die soldatischen Tugenden des türkischen Volkes immer dieselben gewesen sind, daß sich dagegen die politischen Verhältnisse vor dem zweiten Kriege erheblich geändert haben, da die Niederlagen von 1912 zu wirksamen Verbesserungen Anlaß gaben. Aber jene unglücklichen Ereignisse machten auf die meisten Beurteiler einen so starken Eindruck, daß sie die vorübergehenden Erscheinungen mit den tieferen Ursachen verwechselten. Dagegen hat ein Kenner wie Feldmarschall von der Goltz für die Leistungen wie für die Fehlgriffe den richtigen Maßstab gefunden und seine, zwischen den zwei Kriegen erschienene Schrift: „Der jungen Türkei Niederlage“ ist ein glänzendes Zeugnis seiner Beobachtungsgabe und Urteilsschärfe.

Vor allem muß die Behauptung berichtigt werden, daß die Niederlage von 1912 ein Beweis der politischen Unfähigkeit der herrschenden jungtürkischen Partei war. Denn sie hatte wohl im Parlamente die Mehrheit, die Regierung jedoch war ihr, wie oben (Bd. III, S. 60) erzählt ist, zu Beginn des Tripoliskrieges entwunden und den alten Pfortendiplomaten Said Pascha und Kiamil Pascha übertragen worden, die sich im Gegensatz zu ihr befanden. Ihr bester Mann, Enver Bey,

befand sich in Tripolis, wo er dem türkischen Namen Ehre machte. In Konstantinopel herrschte also ein widerspruchsvoller Zustand, der schlimmer war als selbst eine engherzige Parteiherrschaft. Die Jungtürken wurden durch die Ereignisse in Tripolis und den Balkankrieg in halb getaner Arbeit gestört, so zwar, daß von den alten Einrichtungen vieles umgestürzt, das Neue noch nicht aufgebaut war. Es mußte erst genauer festgestellt werden, wieviel Schutt bereits weggeräumt, was an fruchtbarer Saat ausgestreut war.

Zwei arge Mißgriffe der Jungtürken jedoch sprangen in die Augen. Der eine war die aufklärerische Geringschätzung der religiösen Antriebe, durch welche Volk und Heer durch Jahrhunderte zu heroischen Taten und schweren Opfern bestimmt worden waren. Die Priesterschaft sah sich mißachtet oder mißtrauisch überwacht und war deshalb bereit, zum Sturze der Partei die Hand zu bieten. Diese Opposition grollte in der Tiefe, offen aber erhob sich Widerstand, als der Vorsatz gefaßt wurde, die Nationalitäten des Reiches zu einem einheitlichen Staatsvolke zu verschmelzen. Als Völkerkitt waren europäische Bildung und parlamentarische Einrichtungen ausersehen; nicht mehr wie einst das Gesetz des Islams und die Verehrung des Sultans als Kalifen. Die Zentralisation ließ sich aber ebensowenig aufzwingen, wie die Aufklärung. Die jungtürkischen Führer, die im Komitee für Einheit und Fortschritt saßen, setzten es sich unter anderem in den Kopf, allen Nationen das Türkische als Staatssprache aufzudrängen. Das rief den Widerstand nicht bloß der christlichen Völker, sondern auch vieler Moslim wach. Die Christen der Balkanhalbinsel hätten sich auch durch klügere Behandlung nicht gewinnen lassen, schlimm aber war, daß auch die Araber und die mohammedanischen Albanesen sich gegen die neue Staatsordnung auflehnten.

Die Araber waren den Türken an Bildung überlegen, fühlten sich als deren Lehrer und empfanden es um so mehr als Anmaßung, daß die türkische Sprache ihrer volltönenden und reichentwickelten vorangehen sollte. Die arabische Halbinsel war immer unbotmäßig gewesen; jetzt erhob in Jemen der Imam Jahia die Fahne des Aufstandes,

in Assyr wollte sich der Scheich Idris unabhängig machen. Waffenlieferungen aus Ägypten nährten das Feuer und mit Hilfe Albions hoffte der Imam Jahia ein arabisches Kalifat zu errichten. Der Aufstand griff im Januar 1911 um sich, so daß die türkischen Truppen in Sana, der Hauptstadt Südarabiens, eingeschlossen wurden. Aus Vorderasien mußten 30 Bataillone zum Entsatze aufgeboten werden, die nach unsäglichen Beschwerden und harten Kämpfen den Imam Jahia im Sommer 1911 zur Unterwerfung brachten. Der Scheich Idris dagegen stand beim Ausbruche des tripolitanischen Krieges noch im Felde. Arabien wurde auf diese Weise das Grab von guten Truppen der türkischen Armee. Aber auch im Hauran, dem Berglande des östlichen Syrien, loderte der Aufstand empor. Albanien endlich war in steter Bewegung. Hier gab es seit jeher Steuer- und andere Revolten. Der unüberlegte Einfall der Regierung, in den wenigen öffentlichen Schulen die türkische Unterrichtssprache einzuführen, schuf neue Schwierigkeiten. Im Sommer 1910 und ebenso 1911 gab es örtliche Unruhen, die, wie wir wissen, vorübergehend dadurch gedämpft wurden, daß die österreichisch-ungarische Regierung in Konstantinopel durch kräftige Vorstellungen durchsetzte, daß von den zentralistischen Maßnahmen Abstand genommen und Amnestie gewährt wurde.

Alte Übel und neue Mißgriffe wirkten also überall zusammen. Die immer zu den Alttürken neigende Regierung sah es gern, daß sich im Parlamente eine Opposition unter Führung des Obersten Sadik Bei zusammentat, um die jungtürkische Mehrheit zu bekämpfen. Die Minorität schrieb die Verteidigung lokaler und nationaler Autonomie auf ihr Programm, ihren Kern bildeten arabische und albanesische Abgeordnete.

Nun wäre dieses parlamentarische Spiel und Gegenspiel ohne Folgen geblieben, wenn die Opposition nicht viele Offiziere auf ihre Seite gebracht hätte. Es war verhängnisvoll, daß inmitten der das Reich bedrängenden Gefahren das Offizierkorps politisch gespalten war. Wohl setzten die Jungtürken bei den Wahlen vom April 1912 durch unbarmherzigen Druck fast überall ihre Kandidaten durch, aber im

Sommer darauf meuterten in Mazedonien, auf Antrieb der Offiziere, die Garnisonen, und im Zusammenhange damit erhoben sich die Albanesen aufs neue, die diesmal zwei Forderungen stellten, Autonomie für ihr Land und Sturz des Komitees für Einheit und Fortschritt. Die gegen die Albanesen geschickten Truppen gingen zu den Aufständischen über, so daß die zwiespältige Regierung am Ende ihrer Weisheit stand. Das Ministerium Said Pascha gab am 16. Juli 1912 seine Demission und es dauerte, da die Verwirrung immer mehr zunahm, vier Wochen, bis das im Kriege mit Italien befindliche Land wieder eine Staatsleitung erhielt. Endlich wurde der greise Ahmed Mukhtar Pascha zum Großwesir ernannt. Die Seele der Regierung war aber als Präsident des Staatsrates der alte Kiamil Pascha, der erbitterte Gegner der Jungtürken. Das neue Kabinett kündigte an, es verwerfe die Überspannung im Zentralisieren und stellte den Nationalitäten Zugeständnisse in Aussicht. Es war aber bereits nebensächlich geworden, welche Regierungsgrundsätze bei der Pforte maßgebend waren. Denn den anderen Balkanstaaten handelte es sich nicht um die Reform der Türkei, sondern um den Sturz ihrer Herrschaft in Europa. Sie richteten ihre Kanonen ebenso gegen eine zentralistische Regierung, wie gegen eine solche, die ihre Schwäche durch Nachgiebigkeit bekundete. Man sieht, wie ganz anders es um die Türkei damals und beim Ausbruche des Weltkrieges stand. Im Jahre 1914 herrschte einheitlicher Geist und der starke Wille Enver Paschas setzte alle Kräfte zur Verteidigung des Reiches in Bewegung.

*

Ausbruch des Krieges

Im August flatterten Sturmvögel auf. An der montenegrinisch-türkischen Grenze wurden Schüsse gewechselt, in Epirus erschienen griechische Banden, und, was am gefährlichsten war, die bulgarischen Revolutionäre arbeiteten in Mazedonien wieder mit Bomben. Am

1. August flogen zwei dieser Höllenmaschinen im Bazar zu Kotschana auf, wodurch 47 Menschen, meist Mohammedaner, getötet wurden. Die gräßliche Tat wurde so erwidert, wie die Urheber erwartet hatten. Die Moslim erhoben sich und richteten unter den Christen ein schreckliches Blutbad an. Darauf ertönte der Schrei nach Rache in Bulgarien und Serbien; es sei höchste Zeit, den Glaubensbrüdern Rettung zu bringen.

In Wien und Berlin bestand noch immer nicht die richtige Vorstellung von der Nähe der Gefahr. Am 13. August forderte Graf Berchtold die Großmächte zu einem „Meinungsaustausch" auf, behufs gemeinsamer Einwirkung auf die christlichen Balkanstaaten im Sinne des Friedens; der Pforte wieder wäre zu sagen, sie möge in der dezentralistischen Richtung weiterschreiten, welche einzuschlagen sie im Begriffe war. Alle Kabinette gingen auf die sogenannte Konversation ein, natürlich aus verschiedenen Motiven; die einen Österreich-Ungarn zuliebe, die anderen um dessen Regierung Sand in die Augen zu streuen. Sasonow stellte sich entzückt und begrüßte, wie der Botschafter der Donaumonarchie in Petersburg, Graf Thurn, nach Wien meldete, die Anregung, „als ein neues Zeichen der vollkommenen Identität der Ziele" des Wiener und des Petersburger Kabinetts. Ob der russische Minister ein- oder zweimal log, kam auf dasselbe heraus; am 2. September wiederholte er wörtlich jene Phrase[1]). Unterdessen schoß die zu Kotschana ausgestreute blutige Saat in die Halme. Große Volksversammlungen forderten die bulgarische Regierung, die sich gern drängen ließ, zum Handeln auf. Am 12. September richtete sie an die Großmächte eine Denkschrift, in der mit Mobilmachung gedroht wurde, wenn die Pforte für Mazedonien nicht einen Generalgouverneur, eine Provinzialvertretung und eine nationale Miliz bewillige. Das war die Zumutung der Trennung Mazedoniens vom türkischen Reiche. Zur selben Zeit erhielt das Wiener Kabinett Kenntnis von der Knüpfung des Balkanbundes, wovon sie am 14. September die deutsche Regie-

[1]) Österreichisch-ungarisches Rotbuch: „Diplomatische Aktenstücke, betreffend die Ereignisse am Balkan 13. August 1912 bis 6. November 1913", Wien 1914.

rung verständigte. Indessen gab Graf Berchtold noch nicht alle Friedenshoffnung auf, wenigstens sagte er am 24. September in den Delegationen in einer sonst düster gefärbten Rede: „Die Diplomatie hält Wacht, um drohende Konflikte zu verhüten und die Gefahren eines Balkanbrandes zu ersticken.“ Diese Voraussage wurde wenige Tage darauf über den Haufen geworfen. Denn am 30. September veröffentlichten die Könige von Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro die Befehle zur Mobilisierung ihrer Armeen. Die Gleichzeitigkeit der Rüstung schloß jeden Zweifel darüber aus, daß sie über die Türkei herfallen wollten.

Erst jetzt erkannte die Pforte die Gefahr und kam zu dem lange hinausgeschobenen Entschluß, mit Italien Frieden zu schließen. Das römische Kabinett war durch diese Wendung einer großen Sorge ledig, da es ihm nicht gelungen war, die Türkei allein auf die Knie zu zwingen. Erst die Gesamterhebung auf dem Balkan brachte die erwünschte Entlastung. Der Friedensschluß erfolgte zu Lausanne am 18. Oktober 1912 gleichzeitig mit der Kriegserklärung der Balkanstaaten. Die Türkei verzichtete auf Tripolitanien, wofür Italien ihr die Einnahmen aus der Provinz ersetzte. Der sogenannte Sieger ließ sich dazu herbei, jährlich 2 Millionen Franken zu zahlen, was, wenn die Pforte es vorzog, durch die einmalige Entrichtung einer Summe von 50 Millionen Franken ausgeglichen werden konnte. Das Schicksal der von Italien im Ägäischen Meere besetzten Inseln blieb in der Schwebe. Italien versprach zwar deren Räumung, aber erst, wenn die türkischen Truppen aus dem abgetretenen Lybien vollständig herausgezogen wären. Denn dieses Lybien war zwar annektiert, aber nur zum kleineren Teile im Besitze der Italiener, die seiner auch später nicht recht Herren wurden, als die türkischen Soldaten das Land verlassen hatten. Auch dann gab Italien die Inseln, darunter das wichtige Rhodus, nicht heraus. Es trug also aus dem Kriege einen schönen Gewinn davon, mehr durch die Gunst der Verhältnisse als durch eigene Kraft. Hübsch war auch die Art, wie das römische Kabinett die von ihm zum Kriege aufgestachelten Balkanstaaten ihrem Schicksale überließ, als sie zu den Waffen

griffen. Obwohl die Italiener nur magere Lorbeeren aus Afrika heimbrachten — bloß die Flotte hatte sich erprobt —, berauschten sie sich an dem errungenen Erfolge; denn die militärische Organisation hatte mehr geleistet, als man im allgemeinen von ihr erwartete, und der öffentliche Geist nahm die Fehl- und Rückschläge des Krieges mit ruhiger Fassung hin. Das Land war mit sich zufrieden und glaubte die Feuerprobe für einen großen Krieg bestanden zu haben. Das gesteigerte Selbstgefühl wurde einer der Antriebe zum Eintritte in den Weltkrieg im Jahre 1915.

Während Italien den Kopf aus der Schlinge zog, leistete Rußland dem Balkanbunde jeden möglichen Beistand, bis fast zum Eingreifen in den Krieg. Einem bulgarischen Gewährsmanne zufolge bewilligte es der bulgarischen Regierung einen Vorschuß von 27 Millionen Franken und lieferte ihr aus seinen Beständen 50 000 Gewehre, 50 Millionen Patronen, 190 000 Soldatenmäntel und anderen Kriegsvorrat[1]). Dazu kam ein Größeres. Gleichzeitig mit der Mobilmachung des Balkanbundes wurde in Rußland eine Probemobilmachung der Armeekorps des Westens ins Werk gesetzt, angeblich um die neue Heeresorganisation zu erproben; dadurch wurde der Friedensstand um rund eine Million Soldaten erhöht. Man glaubte zu jener Zeit, der Widerspruch zwischen den Friedensversicherungen Rußlands und seinen Rüstungen rühre davon her, daß in Petersburg die Friedens- und die Kriegsparteien den Zaren bald dahin, bald dorthin zogen; er selbst wäre gegen das Losschlagen gewesen. Während des Weltkrieges fiel jedoch der deutschen Regierung ein Geheimbefehl des Kommandeurs des Warschauer Armeekorps in die Hand, der am 30. September 1912 — also am Tage der Mobilmachung des Balkanbundes erlassen — die Anstalten für einen etwaigen Krieg gegen Deutschland traf; er begann mit den Worten: „In Abänderung aller früher erfolgten Anordnungen bezüglich des operativen Teils, teile ich Ihnen auf Befehl des Kommandierenden der Truppen nachstehende leitende Gesichtspunkte mit: Allerhöchst ist befohlen worden, daß die Verkündigung

[1]) Schultheß, „Europäischer Geschichtskalender 1913“, S. 759.

der Mobilisation auch die Verkündigung des Krieges gegen Deutschland ist." Der Schluß aber lautet: „Der Inhalt dieser Weisung bildet ein strenges Staatsgeheimnis[1])."

Der Erlaß ist gegen Deutschland gerichtet; indessen dachte der Zar nur in dem Falle an einen Krieg mit dieser Macht, wenn sie Österreich-Ungarn antreiben sollte, der Türkei gegen den Balkanbund zu Hilfe zu kommen. Hielt sich Mitteleuropa neutral, so war die russische Regierung gleichfalls geneigt, Frieden zu halten. Die Brechung der Türkenmacht ebnete den Russen den Weg nach Konstantinopel; das aber stand noch in größerer Ferne. Der nächste Antrieb kam von dem slawischen und christlichen Gemeingefühle, dem sich kein Russe entziehen konnte. Jene gewaltige Rüstung hatte neben der Einschüchterung Österreich-Ungarns noch den Sinn eines Mementos für die Türkei, daß der Zar die Niederstreckung der Balkanstaaten, falls ihr Angriff fehlschlagen sollte, nicht dulden werde. Man war in Petersburg nicht frei von der Sorge, daß sich die Schützlinge blutige Köpfe holen könnten. Rußland konnte ihnen aber leichter beispringen und auch Europa eher zu diplomatischer Hilfeleistung bewegen, wenn der Balkanbund sich nicht offenkundig ins Unrecht setzte. Daher das vom Petersburger Kabinett beliebte Doppelspiel. Im Hinblicke auf die Gefahr, in die sich die Balkanstaaten begaben, veranlaßte Sasonow die französische Regierung zu einem den Großmächten zu machenden Vorschlage, welcher jedem, der sein Motiv nicht kannte, absonderlich erscheinen mußte. Der russische Minister begab sich Anfang Oktober nach Paris, hielt mit Poincaré Rücksprache, worauf dieser — er war damals Ministerpräsident und Minister des Äußeren — die Mächte einlud, folgende Erklärung abzugeben. Erstens, daß sie einen Friedensbruch auf dem Balkan mißbilligten; dann, daß sie die Reformen in der Türkei selbst in die Hand nehmen wollten; und endlich, was das Auffallendste war, daß sie, wie immer der Krieg ausfallen möge, eine Änderung der Staatsgrenzen nicht zulassen würden. Nun konnte niemand so naiv

[1]) Der Erlaß ist in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 10. November 1916 abgedruckt.

sein, zu glauben, der Balkanbund werde nach einem Siege seine Eroberungen wieder fahren lassen und noch weniger, daß Rußland oder Frankreich Heere aufbieten würden, um dem Bunde seine Beute zu entreißen. Es war aber dem Petersburger Kabinett darum zu tun, gegen einen etwaigen Sieg der Türkei eine Schranke aufzurichten. Sie sollte dann ebensowenig eine Gebietserweiterung davontragen, wie 1897 nach ihrem Erfolge über die Griechen. Das Ganze war also eine zugunsten der Balkanstaaten ersonnene Assekuranz. Der Vorschlag Poincarés war aber so gefaßt, daß sich keine Großmacht ausschließen konnte; enthielt er doch ein Bekenntnis zu dem Status quo und zu den bestehenden Verträgen.

Alle Großmächte stimmten der politischen Komödie zu und ließen in ihrer Presse der Eintracht und Weisheit Europas Lobsprüche zollen.

So ergingen denn an die Balkanstaaten einmütige Ermahnungen der Großmächte zur Erhaltung des Friedens. Als jedoch die Gesandten Rußlands und Österreich-Ungarns am 8. Oktober beim Könige von Montenegro vorsprachen, um sich ihres Auftrages zu entledigen, erwiderte Nikolaus achselzuckend, sie kämen zu spät, denn er habe am selben Tage in Konstantinopel bereits die Kriegserklärung überreichen lassen. Diese Verhöhnung einer Botschaft Europas war doch auch dem Petersburger Kabinett zu arg, so daß Sasonow den König der Schwarzen Berge vor aller Welt abkanzelte. Da Montenegro jedoch trotzdem von Rußland mit Geld und Waffen unterstützt wurde, lag die Vermutung nahe, das Spiel sei abgekartet, wenn auch nicht mit Sasonow, so doch mit dem Schwiegersohne des Königs, dem Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch. Daß der König von Montenegro tollkühn voranging, wurde von der Fama damit erklärt, daß er im Bunde mit seinen französischen Bankiers auf den Fall der Börsenkurse spekulierte. Es war doch auffallend, daß die anderen drei Genossen des Balkanbundes erst eine Woche später losschlugen. Sie ließen am 13. Oktober der Pforte eine Note überreichen, in der sie für die christlichen Völkerschaften des Balkans Autonomie verlangten, für sich aber die Überwachung der

Reform. Die Türkei lehnte die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten ab. Darauf erklärten Bulgarien, Serbien und Griechenland am 17. und 18. Oktober den Krieg. Der Ruf zu den Waffen erregte in diesen Ländern helle Begeisterung. Es galt, für die vielhundertjährige Knechtschaft Rache zu nehmen und den noch unterworfenen Volksgenossen die Befreiung zu bringen. Deshalb schwieg für kurze Zeit ihre gegenseitige Eifersucht, und einig war der Balkanbund auch in Unterwürfigkeit vor dem Zaren, dessen Beistand im Falle der Not nicht entbehrt werden konnte.



XXXIV

Der erste Balkankrieg (Herbst 1912)

XXXIV. Der erste Balkankrieg (Herbst 1912)

Türkische Zustände

Die Gebrechen des türkischen Heerwesens, die in dem Kriege von 1912 zutage traten, waren zum Teil auf den am 27. April 1909 abgesetzten Sultan Abdul Hamid zurückzuführen. Er stand unter steter Furcht vor Verschwörungen, so daß bei Truppenübungen scharfe Patronen nicht verwendet werden durften. Wohl wurden deutsche Offiziere für das Heer gewonnen, unter denen Colmar von der Goltz hervorragte, der 1883 bis 1895 als Chef des Militärbildungswesens wirkte und aus dessen Schule nicht wenige tüchtige türkische Generalstabsoffiziere hervorgingen; als Goltz aber bei diesen das Kriegsspiel einführte, erregte dies den Argwohn des Sultans, so daß er die türkischen Teilnehmer verhaften ließ und nur nach dringenden Vorstellungen freigab. In den letzten Jahren seiner Regierung berief die Kriegsverwaltung aus Bequemlichkeit fast gar keine Rekruten ein, um sich mit deren Ausbildung nicht erst Arbeit zu machen; dafür wurden die älteren Mannschaften gegen Recht und Billigkeit Jahre und Jahre bei der Fahne gehalten. Das jungtürkische Regiment mußte den Beschwerden Raum geben und zunächst nahezu alle eingeübten Mannschaften entlassen. Es setzte an Stelle der alten Organisation eine neue, vielfach bessere, die aber zu Beginn des Balkankrieges unfertig war. Die tiefgreifenden Neuerungen haben erst im Weltkriege Früchte getragen.

In dem ersten, oft überstürzten Reformeifer der Jungtürken wurde aus Überschätzung dessen, was Schulwissen einer Armee frommen mag, verordnet, daß Offiziere, die, aus der Mannschaft hervorgegangen, nicht eine bestimmte Schulbildung besaßen (die Alailis), aus dem Dienste entfernt werden sollten. Diese harte Maßregel beraubte die Armee

vieler selbst in Feldzügen erprobter Elemente, und die ausgestoßenen Offiziere liehen den Feinden der jungtürkischen Regierung ihren Beistand; Abdul Hamid fand an ihnen eine Stütze bei dem reaktionären Staatsstreiche, den er im April 1909 versuchte und bei dem er unterlag. Dies war an sich schlimm genug; da aber die Jungtürken zudem durch eine Offiziersrevolution zur Macht gelangt waren, griff die Lust an Politik und Parteiung unter den Offizieren um sich und übte eine verderbliche Wirkung. Das jungtürkische Regiment kam, wie erzählt wurde, wesentlich durch diese Übelstände zu Falle. Der Marschall, dem die Jungtürken 1909 die Besiegung Abdul Hamids verdankten, Mahmud Scheffet Pascha, trat unmittelbar vor dem Balkankriege von dem Amte des Kriegsministers zurück. Die Leitung der Armee ging auf Nasim Pascha als Kriegsminister über, der auch den Oberbefehl gegen den Balkanbund übernahm. Viele jungtürkische Offiziere versagten ihm ihr Vertrauen, was zusammen mit den übrigen Schäden Schlimmes befürchten ließ.

Dazu kamen die Übelstände in der Zusammensetzung der Armee. Die vielen Feldzüge in Arabien, im Hauran, in Albanien, hatten in den besten Truppen breite Lücken gerissen. Trotzdem haben die Soldaten der Feldarmee, die Nizam, auch 1912 fast immer ihre Schuldigkeit getan. Anders die Landwehren, die Redifs. Sie waren so oft zu den Fahnen gerufen worden, daß einige Zeit vor dem Balkankriege zu ihrer Schonung ein Erlaß herausgegeben wurde, die Landwehrmänner dürften in einem Jahre nicht mehr als einmal eingezogen werden. So hatte man also diese geschulten Mannschaften gerade in der höchsten Not nicht zur Verfügung. Bei Ausbruch des Krieges mußten, um die Reihen zu füllen, Tausende und aber Tausende von Rekruten zusammengetrieben werden, die ins Feuer kamen, ohne mit ihrem Gewehr recht umgehen zu können. Noch weniger war auf die christlichen Soldaten zu zählen, einer neuen Erscheinung in der Armee, da bis zur jungtürkischen Revolution die Christen nicht zum Kriegsdienste herangezogen worden waren. Sie bildeten, unter den verschiedenen Truppenkörpern verteilt, überall ein unzuverlässiges Element. Anderer-

seits wurden bei den Moslim des Heeres die religiösen Empfindungen nicht so energisch aufgerufen wie sonst. Das liberalisierende türkische System hatte an Stelle der althergebrachten Motive, Glaubensfanatismus und Hingebung an den Sultan, die Liebe zum Vaterland setzen wollen, eine den Türken fremde Vorstellung, wie denn in ihrer Sprache ursprünglich das Wort „Vaterland“ gefehlt hat und jetzt durch den betreffenden arabischen Ausdruck vertreten wird. Den religiösen Fanatismus wachzurufen, dazu konnte sich die Regierung auch im letzten Augenblicke nicht entschließen, mit Rücksicht auf die Großmächte, besonders auf England mit seinen zahlreichen mohammedanischen Untertanen. In dem Balkankriege von 1912 fehlte der sonst für das türkische Heer charakteristische Imam, der unter Anrufung Allahs den Kämpfern todesmutig ins feindliche Feuer voranschreitet.

Vieles von diesen Mißständen war in Europa bekannt, trotzdem aber schlugen Freunde wie Gegner die militärische Kraft der Türkei hoch an, da die Armee doch ihre alten guten Eigenschaften noch besitzen mußte. Was man nicht kannte, das war der erbärmliche Zustand aller Anstalten zur Verpflegung des Heeres, und darunter eigentlich brach der brave türkische Soldat ohne seine Schuld zusammen. Der Train fehlte der Armee vollständig, von einer geordneten Zufuhr der Nahrungsmittel war keine Rede, Sanität und sonstige Hilfsanstalten waren nur im Embryo vorhanden. Die feindlichen Heere waren zwar nicht tadellos ausgerüstet, hatten sich aber seit dem Frühjahre auf den Krieg nach Kräften vorbereitet. Auch war ihre Mobilisierung rascher beendet als die im ausgedehnten türkischen Reiche. Im Hinblicke darauf waren die Heerführer der Balkanstaaten zum raschen Zuschlagen entschlossen.

All dies bedenkend, hatte Feldmarschall von der Goltz dem türkischen Generalstab schon früher empfohlen, zunächst der Entscheidung auszuweichen, um Zeit für die Mobilisierung zu gewinnen. Nach fünfzehnjähriger Abwesenheit kam er 1910 wieder für einige Monate nach der Türkei und riet seinen ehemaligen Schülern, im Falle eines Angriffes der Balkanstaaten die erste Aufstellung des Heeres nicht an

den Reichsgrenzen, sondern mehr landeinwärts zu nehmen; in einer festen Stellung sollte die Armee Zeit gewinnen, sich zu verproviantieren und zu verstärken, um erst nach Abweisung eines feindlichen Angriffes zur Offensive überzugehen. Darnach empfahl er zum Schutze Konstantinopels den Aufmarsch an dem sich in die Maritza ergießenden Ergenefluß; und ähnlich wie in Rumelien sollte auch in Mazedonien vorgegangen werden.

Dieser bedächtige Ratschlag wäre von Mahmud Scheffet Pascha wohl befolgt worden; der neue Kriegsminister Nasim Pascha jedoch schlug ihn in den Wind. Er als Oberbefehlshaber hatte zu entscheiden und er befahl den sofortigen Angriff. Ihm wie den Generalstabsoffizieren seiner Umgebung wollte es nicht einleuchten, weshalb sie den Krieg nicht nach dem Vorbilde Friedrichs des Großen und Napoleons I. führen sollten. Doktrinen wurden von ihnen für wichtiger gehalten als Tatsachen und als der Wert von Zeitgewinn[1]).

Dank diesen Mißgriffen waren die Verbündeten, ihren eigenen Angaben zufolge, in der vierten Oktoberwoche dem türkischen Heere fast um das Doppelte überlegen; sie verfügten über 500 000 bis 600 000 Mann gegenüber 300 000 Osmanen[2]). Es war trotz der großen Menschenzahl der Türkei nicht möglich gewesen, mehr Mannschaften aus Asien herüberzubringen, da bis zum Friedensschlusse mit Italien am 18. Oktober 1912 das Ägäische Meer gesperrt war; dann übernahmen die griechischen Kriegsschiffe die Blockade, was ihnen deshalb möglich war, weil Sultan Abdul Hamid die Flotte aus Furcht vor der geistigen Selbständigkeit ihrer Offiziere vernachlässigt hatte. Die Überzahl der Verbündeten wäre ihrem Feinde noch verhängnisvoller geworden, wenn sie die Massen auf die entscheidende Front gebracht hätten. Das geschah aber nicht, weil jeder der Balkanstaaten zugleich

[1]) Über die Kriegspläne der Türkei belehrt am besten das erwähnte Buch von v. d. Goltz, „Der jungen Türkei Niederlage", Berlin 1913, Seite 22—27.

[2]) Die Bulgaren hatten 11 Infanteriedivisionen zu je 20 000 Mann, dazu Kavallerie und Artillerie, zusammen etwa 250 000; die Serben geben 170 000 Mann als ihre ursprüngliche Stärke an, die Griechen 135 000, die Montenegriner 30 000 Mann. Später wurden von beiden Seiten größere Massen aufgebracht.

auch so viel türkische Landstriche wie möglich besetzen wollte, schon um sie nicht einem der Bundesgenossen in die Hände fallen zu lassen. Da zur Überwältigung der türkischen Divisionen in Westmazedonien, Altserbien und im Sandschak eine Reihe von Divisionen verwendet wurden, kam die türkische Armeeleitung in die Lage, auf den zwei Hauptkriegsschauplätzen, in Rumelien und in Ostmazedonien, dem Feinde mit genügenden Streitkräften entgegenzutreten. Dies bestärkte Nasim Pascha in dem Entschlusse zur Offensive in Rumelien gegen die Bulgaren, in Ostmazedonien gegen die Serben.

*

Vormarsch der Türken gegen die Bulgaren

Die Bulgaren mußten zur Beobachtung Adrianopels, wo 45 000 Türken lagen, zwei bis drei Divisionen verwenden, ebensoviel operierten auf Nebenkriegsschauplätzen; so rückten sie nur mit fünf Divisionen, über 100 000 Mann, gegen die türkische Hauptmacht heran. Den Oberbefehl über die ganze Armee führte König Ferdinand, dem die Generäle Sawow und Fidschew zur Seite standen; jene erste Disposition der Heeresleitung war nicht gerade imponierend. Sehr bald stieß ihr Hauptheer unter General Radko Dimitriew auf die Türken, die, dem Befehle Nasim Paschas entsprechend, ihnen entgegenrückten. Vergeblich hatte Abdullah Pascha, der hier kommandierte, dem Oberfeldherrn vorgestellt, daß seine Truppen noch nicht kriegsbereit seien, so daß die Methode der Verteidigung rätlich wäre. Er mußte gehorchen und so trafen sich am 22. Oktober bei Kirkkilissa die feindlichen Heere in annähernd gleicher Zahl. Nun zeigten die Bulgaren gleich hier die bessere Ordnung und standen unter besserer Führung; doch war der Kampf am Abend unentschieden und auf beiden Seiten wurden die Truppen in gesicherte Linien zurückgeführt. Da aber trat in der Nacht etwas ganz Überraschendes ein. Ohne jede Ursache entstand zwischen 7 und 8 Uhr

im türkischen Lager eine Panik, so daß zwei Divisionen wie unsinnig zu fliehen begannen und sich vollständig auflösten. Die Panik war, wie man glaubt, dadurch hervorgerufen, daß unausgebildeten Truppen, die mit ihren Waffen nicht zu hantieren wußten, die Gewehre losgingen, worauf ihre ebenso ungeschickten Nachbarn sich überfallen glaubten und spornstreichs davonrannten; eine Abteilung riß die andere mit sich fort. Die Nacht war dunkel, so daß die Herstellung der Ordnung unmöglich war. An einer anderen Stelle ein ähnlicher Schrecken, auch hier lief alles zurück. Zum Glück merkten die Bulgaren, die sich zurückgezogen hatten, nichts von dem Wirrsal, so daß der fliehende Feind nicht verfolgt wurde. Das war ein schlimmer Anfang.

*

Serbisch-türkischer Feldzug

Der zweite Kriegsschauplatz war Mazedonien, in das vom Norden die Serben, vom Süden die Griechen einrückten. Den letzteren wurde ein schwächeres türkisches Korps entgegengestellt, um sie aufzuhalten; gegen die Serben zog Zekki Pascha mit dem zweiten türkischen Hauptheere. Auch ihm ward der Angriff vorgeschrieben. Die serbische Heeresleitung, Kronprinz Alexander und sein Generalstabschef Putnik, war darauf nicht gefaßt, weil sie Kenntnis von den Ratschlägen des Feldmarschalls von der Goltz besaß, die dahin gingen, die Türken sollten erst auf dem Ovče Polje, einer Hochebene, mehrere Tagmärsche südlich der Grenze, Stellung nehmen. Demgemäß marschierten die Serben getrennt auf mehreren Straßen in Mazedonien ein, mit Üsküb (Skoplje) als gemeinsamem Ziel. So kam es, daß das serbische dritte Armeekorps, über Prischtina heranziehend, zwar von Altserbien Besitz ergreifen konnte, aber nicht zur Stelle war, als die zwei anderen Armeekorps auf die türkische Hauptmacht stießen. Diese zwei Korps waren überrascht, die Türken gleich am Ausgange der Grenzpässe bei Kumanowa aufgestellt

zu finden. Da die beiden Frontdivisionen der Serben am 23. Oktober unerwartet angegriffen wurden, mußten sie anfangs zurückweichen. Doch erwehrte sich die Morawadivision tapfer und unter ansehnlichen Verlusten der andringenden Türken. Immerhin glaubte Zekki Pascha am Abend Sieger geblieben zu sein und sandte nach Saloniki die Meldung, die serbische Armee ziehe sich zurück.

Am nächsten Morgen waren aber auch die anderen serbischen Truppenteile herangekommen, so daß erst jetzt die Entscheidung fiel. Der Kampf begann, da das Schlachtfeld am Morgen in Nebel gehüllt war, erst gegen 11 Uhr. Die Artillerie eröffnete auf beiden Seiten das Gefecht, wobei die serbischen Geschütze sich überlegen zeigten und die türkischen zum Schweigen brachten. Darauf richtete sie ihr Feuer auf das türkische Fußvolk, das namhafte Verluste erlitt. Dadurch war aber die schmähliche Flucht nicht gerechtfertigt, die in seinen Reihen einriß. Eine albanische Division kam zuerst ins Laufen, ihr folgte in unsinniger Hast das übrige Heer. In furchtbarer Verwirrung wälzten sich die Massen am Nachmittag und während der folgenden Nacht nach Üsküb, machten keinen Versuch zur Verteidigung der Stadt und flüchteten bis nach Köprülü (Veles); somit war auch das Ovče Polje, die von Goltz empfohlene Verteidigungsstellung, kampflos aufgegeben. Wie die Bulgaren bei Kirkkilissa, so unterließen die Serben hier die Verfolgung; sie glaubten nämlich, erst mit den vorderen Abteilungen des Feindes zusammengestoßen zu sein und vermuteten, der Hauptkampf stehe noch bevor. Erst am nächsten Tage folgten sie den Türken, ersahen aus den weggeworfenen Waffen und aus den 80 Geschützen, die sie auflasen, deren Flucht und zogen am 26. Oktober in Üsküb ein.

So brach die osmanische Herrschaft in Mazedonien zusammen. Die Türken sollen 12000 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen eingebüßt haben, die Sieger gaben ihre Verluste auf 1100 Tote und 3—4000 Verwundete an, von denen der größte Teil auf die Morawadivision fiel[1]). Es scheint aber, daß diese Ziffer zu hoch gegriffen ist; in

[1]) Die obigen Ziffern finden sich bei A. Kutschbach, „Die Serben im Balkankrieg 1912—13", Stuttgart 1913, der für sein Buch amtliches serbisches Material erhielt und die

diesem Kriege war jeder der Verbündeten bemüht, die von ihm gebrachten Opfer zu übertreiben, um daraus ein Anrecht auf größere Landgebiete abzuleiten.

Erst nach dieser beschämenden Niederlage kamen die guten Eigenschaften der türkischen Truppen wieder zum Vorschein. Als die christlichen Soldaten wie andere unzuverlässige Elemente auseinandergelaufen waren oder sich ergeben hatten, zeigte sich bei dem Kern des Heeres die alte Zähigkeit und Pflichttreue, so daß es ein besseres Schicksal verdient hätte. Seine Lage war jedoch verzweifelt. Denn während es vom Norden her von den Serben verfolgt wurde, zogen im Süden die Griechen unter dem Kronprinzen Konstantin heran, so daß es zwischen zwei Feuer geriet. Der Kronprinz konnte, da sein Heer 80 000—90 000 Mann zählte, die ihm gegenüberstehenden 30 000 Türken zunächst in einer Reihe von Gefechten zurückdrängen. Als diese aber Verstärkung bekamen, hielten sie bei Florina stand, warfen die Griechen zurück und nahmen ihnen 16 Kanonen ab. Unterdessen erreichten die Serben den Engpaß von Prilep, wo eine kleine Abteilung von Türken sie aufzuhalten suchte, was aber bei der Überzahl des Feindes nicht gelang (3. und 4. Oktober). Darauf stellte sich das türkische Hauptheer auf der Hochebene von Monastir zum endgiltig entscheidenden Kampfe gegen die doppelt so starke serbische Macht. Dieses Kräfteverhältnis gut ausnützend, befahl die serbische Heeresleitung den konzentrischen Angriff auf den Feind, in der Hoffnung, ihn in seiner festen Stellung einzukreisen und ihm den Rückzug zu verlegen. Das aber gelang nicht, obwohl die serbischen Truppen die ihnen zugewiesene Aufgabe mit Hingebung zu lösen suchten. Bei der außerordentlichen Schwierigkeit des Terrains und bei dem Widerstande der Türken konnten sie die ihnen vorgeschriebenen Bewegungen nur langsam vollziehen, so daß die Schlacht vom 15. bis zum 18. November dauerte. Die türkische Heeresleitung, die Gefahr der Umzingelung erkennend, versuchte den Ring des Feindes

---

Serben verherrlicht, mit Seitenhieben auf Österreich-Ungarn. Der französische Oberst Boucabelle, „La guerre Turco-Balcanique 1912—1913“, Paris 1913, beziffert die Verluste der Serben im ganzen auf 3000 Tote und Verwundete.

durch einen Gegenstoß zu durchbrechen — ohne Erfolg, so tapfer sich die Ihrigen auch schlugen. Doch konnten die Türken, wiewohl von Nord, Ost und Süd gefaßt, noch auf der nach Westen führenden Straße den Rückzug vollziehen; freilich unter Verlust von 10 000 Gefangenen, während etwa 7000 von ihnen tot oder verwundet waren. Die Sieger verloren im ganzen 5000 Mann; sie eroberten wieder viele Geschütze, darunter die 16 griechischen, die von den Türken bei Florina den Griechen weggenommen worden waren.

Das war das Ende des Widerstandes in Mazedonien. Denn nun bekamen auch die Griechen Luft und konnten den Serben die Hand reichen. Die Reste des geschlagenen Heeres mußten sich nach Janina oder nach Albanien werfen, in dessen Bergland sie furchtbaren Entbehrungen entgegengingen. Hunger und Kälte wüteten in ihren Reihen. Die Sieger hatten nur mehr die Aufgabe, die festen Plätze zu nehmen und die verzweifelnden feindlichen Abteilungen zu umstellen.

*

Bulgarisch-türkischer Feldzug

Die eigentliche Entscheidung fiel in Rumelien, an den nach Stambul führenden Straßen. Das türkische Heer konnte nach dem Unfall von Kirkkilissa zunächst ohne Gefahren abziehen, da die bulgarische Kavallerie nur langsam folgte und deshalb die Richtung des Rückzuges nur spät und ungenügend erkundete. Wieder empfahl Abdullah Pascha, einen größeren Raum zwischen die Seinigen und die Bulgaren zu legen und erst hinter dem Ergeneflusse die von Goltz gewählte Stellung zu beziehen; wieder trat Nasim Pascha dieser Absicht entgegen und befahl, schon am Karagatsch, einem Nebenfluß des Ergene, haltzumachen und hier den Feind zu erwarten. Die Heere stießen also bei Lüle Burgas zusammen und dieser Kampf ist der einzige, der den

Namen einer Schlacht wirklich verdient. Es wurde vom 28. Oktober bis zum 2. November gefochten, zum Teile mit wechselndem Glücke, so daß auch die Besiegten die Waffenehre wahrten. Und dies, obwohl die türkischen Soldaten infolge der erbärmlichen Verpflegung hungerten und sich jeden Augenblick zerstreuten, um nur etwas an Nahrungsmitteln zusammenzuraffen. Am linken türkischen Flügel, wo Abdullah Pascha kommandierte, wankte infolge des Hungers und der Nachtfröste die Schlachtordnung am 30. Oktober, so daß am 31. Oktober der Befehl zum Rückzuge gegeben wurde. Zur Rechten befehligte Mahmud Mukhtar Pascha, zuerst als Korpskommandant, dann als Führer der ganzen Osthälfte des Heeres; und dieser ebenso tapfere wie unermüdliche General hielt auch nach dem Abzuge Abdullah Paschas aufs Zäheste stand. Noch am 1. November führte er einen Gegenstoß, den Bulgaren hart zusetzend. In der Nacht darauf brach aber die physische Kraft auch seiner Truppen zusammen, die ermattet vom Schlachtfelde zurückfluteten. Man kann nicht sagen, daß die bulgarische Heeresleitung hervorragendes geleistet hätte. Die von ihr befohlenen Angriffe waren meist frontal und drangen selten durch; als der Westflügel der Türken abgezogen war, wäre Gelegenheit gewesen, die in der Luft schwebende linke Flanke Mahmud Mukhtar Paschas zu umfassen und sein Heer gegen das Schwarze Meer zu drängen, was jedoch unterlassen wurde. So vortrefflich sich die Bulgaren auch schlugen, die Entscheidung wurde nicht durch ihre Tapferkeit, sondern durch den vollständigen Mangel eines Trains bei den Türken herbeigeführt. Auf den Stationen der nach Konstantinopel führenden Eisenbahn waren zuletzt zwar große Vorräte aufgehäuft worden, aber es fehlte während der Schlacht das Fuhrwerk, um die Lebensmittel an die Front zu bringen. Damit stand es bei den Bulgaren besser, denen Tausende von Ochsenwagen Brot und Fleisch nachführten. Trotzdem hielten noch am 2. November, als Mukhtar Pascha den Befehl zum Rückzug geben mußte, die Spitzen des türkischen Heeres den Feind auf, so daß auch diesmal eine schärfere Verfolgung unterblieb. Von den Bulgaren blieben 7000 tot, 10000 wurden verwundet, die Verluste der Türken waren erheblich größer.

Auf den Straßen nach Konstantinopel zogen die türkischen Truppen ab, die harte Prüfung mit dem ihnen eigenen Fatalismus ertragend. Zwischen den zurückgehenden Abteilungen flutete eine ganze Völkerwanderung unglücklicher mohammedanischer Familien, die Heimat wie Hab und Gut zurücklassend, da die Bulgaren unter den Moslim furchtbar wüteten. Während aber diese Flüchtlinge erst in der Hauptstadt Rast machten, bezog das Heer weiter vorne eine früher sorgfältig hergerichtete Stellung. Es war die Tschataldscha-Linie, welche die Halbinsel, auf der die Hauptstadt liegt, vollständig von Meer zu Meer absperrt. Deren Schanzen waren 1878 gegen die vordringenden Russen aufgeworfen worden, gerieten später in Verfall, wurden aber rechtzeitig wiederhergestellt und ausgebaut. Hinter diesen Befestigungen sammelte und erholte sich das türkische Heer; die unausgebildeten Mannschaften wurden nach Konstantinopel zurückgeschickt, dagegen die aus dem Osten des Reiches anlangenden Reservemänner eingereiht. Schon dies war eine Kräftigung; dazu kam, daß die Nähe der Hauptstadt und des Meeres die Verpflegung erleichterte, so daß sich bei den Türken wieder Kampfesmut einstellte.

Allgemach rückte das bulgarische Heer heran, durch Schwierigkeiten der Verpflegung etwas aufgehalten. Seine Führer hielten jeden Erfolg für erreichbar, auch die Erstürmung der befestigten Linie. Es drängte sie zur Aufrichtung des Kreuzes auf der Hagia Sophia. Dem Könige Ferdinand schwebte als letztes Ziel vor, Konstantinopel zur Hauptstadt seines Reiches zu machen. In dieser Gesinnung wurde er von dem Stellvertreter im Oberbefehle, General Sawow, bestärkt, der ungestüm auf den höchsten Siegespreis hinwies. Vergebens riet der Generalstabschef Fidschew, die bisher errungenen Erfolge nicht zu überschätzen. Gleich ihm hatte der schwache Ministerpräsident Geschow nach dem Siege von Lüle Burgas einen raschen Friedensschluß mit der Türkei gewünscht, um die Ernte unter Dach zu bringen. War es doch bedenklich, daß, während das bulgarische Heer südostwärts drang, die Serben und die Griechen sich in Mazedonien festsetzten. Trotzdem wurde der Sturm auf die Tschataldscha-Linie beschlossen. Der Oberbefehl

bei diesem Unternehmen wurde Radko Dimitriew anvertraut, der sich im Kriege bisher hervorgetan hatte. Das bulgarische Heer zählte 120 000—140 000 Mann, die Türken etwa 90 000; am 17. und 18. November fand der Angriff statt. Die Aufgabe war an sich schwer und wohl nur lösbar, wenn die Bulgaren zuvor ihre schwere Artillerie herbeigebracht hätten, die aber bei der gleichzeitigen Belagerung von Adrianopel unentbehrlich war. Dazu kam, daß sich General Dimitriew in der entscheidenden Maßregel vergriff. Denn er führte bloß die Hälfte seines Heeres zum Sturme, die andere blieb in der Reserve. Das war nach dem Urteile des deutschen Generalstabes „für eine gewaltsame Erkundung zu viel, für einen entscheidenden Angriff zu wenig[1]“. Die stürmenden Truppen verbluteten sich, ganze Regimenter wurden aufgerieben. Dimitriew konnte sich nicht entschließen, auch die Reserven zu opfern; er hätte das Gewaltige jedoch entweder nicht unternehmen oder aber zu Ende führen sollen. Die Türken warfen sich auf die weichenden Abteilungen, sie bis in ihre Ausgangsstellungen zurücktreibend. Ein türkischer Soldat wurde damals von einem Zeitungsberichterstatter gefragt, wie es komme, daß seine Kameraden sich diesmal so gut gehalten hätten; er erwiderte: „Wir fechten, weil wir zu essen haben!“ Nach gelungenem Rückstoße wurden die Türken wieder in die Tschataldscha-Linie zurückgeführt, um sich keiner Niederlage auszusetzen. Von da ab hielten sich beide Teile in ihren Stellungen, ohne irgend etwas zu unternehmen. Den Türken war jedoch mit der Rettung der Hauptstadt ein Großes gelungen.

Unabwendbar aber war das Schicksal der Türkenherrschaft auf der Balkanhalbinsel. Die Pforte konnte nicht daran denken, den Siegern die Eroberungen abzunehmen. Das desorganisierte Osmanische Reich war den jugendfrischen Völkerschaften erlegen, die begeistert in den Kampf gezogen waren. Von keiner der Großmächte war Hilfe zu erwarten. In Stambul gewann die Friedenspartei die Oberhand; Ende Oktober machte Großwesir Ahmed Mukhtar Pascha dem Britenfreund

[1] „Kriegsgeschichtliche Einzelschriften“, herausgegeben vom Großen Generalstab, Heft 50, S. 107.

Kiamil Pascha Platz, der die bereits begonnenen Unterhandlungen weiterführte. Auch die Bulgaren lenkten jetzt ein, da der Krieg ihnen große Opfer auferlegt hatte, die man auf 80 000 Tote und Verwundete anschlug. Sie hätten klug daran getan, einen endgültigen Frieden zu schließen; aber dazu wollten sich König Ferdinand und Sawow nicht verstehen, da das Traumbild von Byzanz ihnen vorschwebte. Sie ließen sich nur zu einem Waffenstillstande herbei, der am 3. Dezember für Bulgarien und Serbien zustandekam. Die Griechen aber traten nicht bei, sondern setzten den Kampf fort. Ihnen war vor allem daran gelegen, Janina noch in ihre Hand zu bekommen; auch glaubten sie, einen günstigen endgiltigen Frieden dadurch erzwingen zu können, daß sie mit ihrer Flotte auch weiterhin die Dardanellen sperrten und so Stambul von der Ägäis abschlossen. Grundlage des Waffenstillstandes war der militärische Status quo, so daß die Pforte auf das ganze Festland bis zur Tschataldscha-Linie verzichtete; Adrianopel blieb von den Bulgaren und Serben eingeschlossen und die Türkei mußte sich einverstanden erklären, daß die Stadt während des Waffenstillstandes nicht mit Lebensmitteln versehen werde. Das Schicksal Adrianopels und Janinas blieb also in Schwebe, ebenso das des albanischen Skutari. Dessen tapferer Verteidiger, Riza Pascha, hatte nicht Lust, sich tatenlos aushungern zu lassen und erkannte den Waffenstillstand nicht an. Mit Ausnahme der drei genannten festen Punkte war aber alles Land bis zur Tschataldscha-Linie den Siegern überlassen worden.

Das „Wehe den Besiegten!" blieb den Türken nicht erspart, nicht dem Reiche und nicht dem Volke. Mit Blut und Greueln hatten sie vor Jahrhunderten ihre Herrschaft auf der Balkanhalbinsel aufgerichtet und milde Herren waren sie nicht gewesen; dies wurde ihnen jetzt furchtbar heimgezahlt. Mit dem Vorrücken der Heere des Balkanbundes brachen Mord und Plünderung über die unglücklichen Bekenner des Islam herein[1]). Sie hatten sich auf Schlimmes gefaßt gemacht und deshalb die Massenflucht nach der Küste; den Zurückbleibenden, die

[1]) Das Folgende nach den Ergebnissen der Untersuchung, die auf Anregung des russischen Abgeordneten Miljukow von der Carnegie-Stiftung an Ort und Stelle vorgenommen

auf Schonung gerechnet hatten, ward sie fast überall versagt. In den ersten Wochen zumal häuften sich Greuel, später wehrten die Regierungen der Balkanstaaten wenigstens dem Morden, während die Brandschatzung und die Vertreibung von Hof und Acker fortdauerten. Zu dem National- und dem Religionshasse trat die Begierde, sich dort zu rächen, wo die Türken frühere Aufstände in Blut erstickt hatten; dazu der soziale Gegensatz zwischen dem christlichen Bauer und dem türkischen Grundherrn, dem Beg, der alles büßen sollte, was seine Vorfahren sich angemaßt hatten. Bulgaren, Griechen und Serben wetteiferten in dem entsetzlichen Mißbrauche des Sieges. In den Landstrichen um Monastir, so stellte später ein christliches Hilfskomitee fest, wurden 80 Prozent aller mohammedanischen Dörfer verbrannt. Die nach größeren Städten flüchtenden Bewohner starben dort den Hungertod.[1] Überall wüteten am schlimmsten die Banden von Komitatschis, die, an die Greuel des Kleinkrieges gewöhnt, ihre alten türkischen Gegner, obwohl sie jetzt unbewaffnet und wehrlos waren, über die Klinge springen ließen. Die Gegend von Kukusch wurde zuerst unter Aufsicht einer kleinen Garnison bulgarischer Truppen gebrandschatzt, dann zog eine Bande unter Führung eines gewissen Donscheff ein, die 345 Häuser niederbrannte, deren männliche Bewohner aber in die Moschee sperrte und dem Feuertode preisgab. Das waren Bulgaren; in Strumitza aber leitete ein serbischer Offizier die Mordtaten, der mehrere hundert Moslim vor ein eilig zusammengesetztes Kriegsgericht schleppen ließ und die umstehenden Ortsbewohner über jeden einzelnen befragte: Gut oder schlimm? Eine einzige Stimme genügte zur Herbeiführung des Todesurteils, dem kaum einer von zehn Türken entging; die anderen wurden sofort aufgehängt. In der reichen Stadt Seres wurde unter Leitung einer bulgarischen Garnison in derselben Weise gewütet. In dem ersten Sieges- und Blutrausch waltete der Vorsatz, durch Ermordung oder Vertreibung der mohammedanischen Einwohner das ganze Land den Christen zurückzugeben. Dann aber, zumal als am 3. Dezember der Waffenstillstand

wurde. So in dem Bande „Dotation Carnegie pour la Paix internationale. Enquête dans es Balcans“, Paris 1914, besonders S. 55—63.

geschlossen wurde, erwachte bei den verbündeten Regierungen, besonders in Bulgarien, das Schamgefühl; strenge Maßregeln machten dem Morden ein Ende, es wurden sogar einige der schlimmsten Übeltäter vor Gericht gestellt und bestraft. Indessen dauerte die Gewaltherrschaft fort und sie verfolgte auch religiöse Zwecke. In den von Bulgaren eroberten Landstrichen lebten 80000 Pomaken, der Sprache nach ein bulgarischer Stamm, die vor Jahrhunderten zum Islam übergetreten waren. Ihnen, die so gute Moslim geworden waren, wurde von der bulgarischen Kirche vorgeschrieben, zum Christentum überzutreten, was sie auch tun mußten, um nicht Leben oder doch Habe zu verlieren. Irgendein Unterschied zwischen den Greueln der Türkenherrschaft, so oft ein Aufstand einheimischer Bewohner unterdrückt worden war, und der Schuld, mit der die christlichen Sieger sich jetzt beluden, ist nicht aufzufinden. Doch sprach zuungunsten der letzteren, daß der große Kampf zwischen Kreuz und Halbmond jetzt auch nach der Empfindung der Sieger durchgefochten war; es mußten nicht erst Opfer geschlachtet werden, um die neue Herrschaft zu befestigen. Habgier aber und Racheburst fragen nicht nach Gründen. In den großen Völkerrevolutionen geht menschliche Leidenschaft wie ein Erdbeben über die Scholle und ihre Bewohner wahllos hinweg.

In England und Frankreich war man taub und blind für die von den christlichen Siegern verübten Grausamkeiten. Pierre Loti, der glänzende Schilderer orientalischer Sitten, nahm sich der bedrängten Moslim an und wollte die an ihnen begangenen Frevel in der Presse zur Sprache bringen; aber der sonst vielumworbene Schriftsteller fand kein großes Blatt, das seine Aufsätze hätte veröffentlichen wollen[1]). Ähnlich in England, wo nur die radikalen Zeitungen Berichte über die Greuel brachten. Als ein Komitee von Moslim, das in Konstantinopel zusammentrat, seine Beschwerden in den führenden Blättern der zwei großen englischen Parteien vorbringen wollte, wurde es abgewiesen. In einem späteren Zeitpunkte, September 1913, schrieb die der Regierung nahestehende „Westminster Gazette" den merkwürdigen Satz nieder: England habe

[1]) Pierre Loti, „La Turquie agonisante", Paris 1913.

genug an den Berichten über die Grausamkeiten, es sei an der Grenze seiner Aufnahmsfähigkeit angelangt. Das war ein Nachklang zu der schon 1912 gegebenen Antwort Greys, als er von einem radikalen Abgeordneten interpelliert wurde; er lehnte die Einmischung Englands als untunlich ab. Wie oft aber war dieselbe Regierung gegen die Pforte eingeschritten, wenn Klagen gegen sie erhoben wurden! Menschlichkeit besaß nur Anwert als Vorspann für die britische Politik. Die kühlen Rechner in England zogen aber nicht in Betracht, welchen Eindruck es auf die islamische Welt machte, wenn die Todeszuckungen der Moslim keiner Beachtung gewürdigt wurden. Seitdem wendete sich die Türkei vollständig von England ab, und bald kam der Tag der Heimzahlung für die erlittene Unbill.

XXXV

Die europäische Diplomatie während des ersten Balkankrieges

Bis in die Grundfesten des europäischen Staatensystems waren die Schläge zu verspüren, unter denen die türkische Kriegsmacht zusammenbrach. Für die südöstliche Halbinsel Europas begann ein neues Zeitalter; auch sonst stiegen die Slawen zu der ihrer Volkszahl entsprechenden Macht auf. Damit verschob sich ebenso das Kräfteverhältnis unter den anderen Rassen des Weltteils, vor allem das der Germanen Mitteleuropas zu den Romanen. Da Österreich-Ungarn stark mitbetroffen war, so galten die zwei deutschen Großmächte als besiegt. Die öffentliche Meinung in Rußland stand mit ihrer Teilnahme von vornherein auf Seite der Balkanslawen, während in den wirtschaftlich tätigen Kreisen Englands und Frankreichs vor dem Kriege der Unwille über die Ruhestörer überwog. Auch die französische Regierung stand unter dem Eindrucke dieser Stimmung, weshalb sie zu Beginn des Krieges den von den Mächten angenommenen Vorschlag ersann, daß der Besitzstand auf der Balkanhalbinsel unverändert bleiben solle, wie immer das Waffenglück sich auch wende. Das änderte sich nach dem Ausgange des Kampfes gründlich; den Siegern flogen in Frankreich, Italien, England alle Herzen zu. Bei den Franzosen erwachten blendende Zukunftshoffnungen, denen der Führer der Royalisten, Graf de Mun, Ausdruck gab, indem er in einer Rede ausführte, die Wiedergewinnung des 1871 verlorenen Gebietes stehe in naher Aussicht. Dazu kamen Einzelheiten; da die Serben und Bulgaren mit Geschützen aus französischen und englischen Fabriken, die Türken dagegen mit Kruppkanonen ausgerüstet waren, rühmten sich die westlichen Völker der Überlegenheit ihrer Waffenindustrie. Wenn man die Stärke der zwei großen europäischen Heerlager bisher ungefähr gleich hoch schätzte, so war von jetzt an damit zu rechnen, daß

die 600 000 Soldaten der siegreichen Balkanstaaten dereinst sich dem Aufgebote der Randmächte anschließen und die Schlachten der Zukunft entscheiden würden. Unter diesem Eindrucke stand auch die deutsche Regierung, weshalb im November 1912 in Berlin Beratungen über eine Verstärkung der Landmacht stattfanden, die 1913 zu der großen Wehrvorlage führten. Brach denn nicht der große Tag der slawischen Rasse heran? Der Panslawismus war nicht ein bloßes Schreckgespenst, sondern schien eine wirkliche Größe, die sich in der Zahl von gegen die Mittelmächte neu aufzubietenden Kriegern ausdrückte.

*

Das Programm des Wiener Kabinetts

Keine einzige europäische Regierung hatte den militärischen Zusammenbruch der Türkei erwartet, für Österreich-Ungarn aber wie auch für Deutschland war er eine bittere Enttäuschung. Die Militärs in diesen Staaten hatten die Widerstandskraft der Türkei überschätzt, die Diplomaten auf dieser falschen Annahme ihre Politik aufgebaut. Der Donaumonarchie widerfuhr unter den Möglichkeiten das Schlimmste. Die Türkei, so hatte Metternich gesagt, sei eine Grenze wie das Meer; an ihrer Stelle erhoben sich jetzt vulkanische Herde. Es war ein Symbol der geänderten Zeitverhältnisse, daß der Gemeinderat von Belgrad am 28. Oktober 1912 die Niederreißung des einstigen Wohnhauses des Prinzen Eugen anordnete.

Das Wiener Kabinett nahm aber, wie den Ausbruch, so auch den Ausgang des Krieges als unabwendbare Schicksalsfügung hin. Der 82jährige Kaiser wollte einen Krieg vermeiden und war darin mit dem Minister des Äußeren einig. Die Slawen der Monarchie hegten für ihre Stammesbrüder auf dem Balkan die wärmste Teilnahme und feierten deren Siege begeistert mit; sie würden offenen Widerspruch erhoben haben, wenn österreichische Waffen für die Türkei aufgeboten worden

wären. An der russischen Grenze stand ein durch die angebliche Probemobilisierung verstärktes Heer. Nicht daß der Zar den Krieg wünschte; aber er würde ihn erklärt haben, wenn die Mittelmächte für die Türkei Partei genommen hätten. So trat auch Graf Berchtold nach den ersten Siegen der Verbündeten dem Grundsatze bei: „Der Balkan den Balkanvölkern!"

Lange Zeit war es der Wunsch der österreichischen Patrioten gewesen, auf den Bahnen des großen Savoyers einherzuschreiten. Graf Andrássy war jedoch der letzte Staatsmann, der sich mit Plänen dieser Art trug und deshalb der Monarchie in der Berliner Kongreßakte die Straße nach Saloniki sicherte. Seine Nachfolger aber erklärten, Österreich-Ungarn sei gesättigt; selbst Aehrenthal, der tatkräftigste unter ihnen, gab das Schlagwort aus, das Reich müsse eine Politik der Sammlung befolgen, was zum Verzichte auf den Sandschak führte. Als die Griechen am 8. November 1912 in Saloniki einzogen und die serbischen Truppen die Adria erreichten, war der großösterreichische Wunschtraum, an das Ägäische Meer zu gelangen, verflogen. Graf Berchtold war mehr zu ruhigem Beschauen als zum Handeln und Wagen geschaffen. Er hatte dem Kaiser selbst vorgestellt, er sei für die stürmischen Zeiten nicht der geeignete Mann. Als Minister stellte er den Einwendungen gegen seine Politik nicht selten die Bemerkung entgegen, er habe sich nicht zu seinem Amte gedrängt. Nie aber sollte einem Manne die Verantwortung für das Schwerste aufgelastet werden, dem Ehrgeiz und Selbstvertrauen fehlen. Denn nur bei diesen Eigenschaften stellt sich die äußerste Anspannung des Geistes und des Wollens ein, die nicht entbehrt werden kann, mögen auch guter Wille und Ehrenhaftigkeit über jeden Zweifel erhaben sein.

Die Selbstentäußerung einer Großmacht wird von den anderen in der Regel mit Lob begrüßt. Die Bundesgenossen sind gewöhnlich damit einverstanden, daß ihnen keine Anstrengung zugemutet wird, die Gegner empfinden Schadenfreude und sind, da ihre Pläne nicht durchkreuzt werden, einer Sorge ledig. Durch die Zurückhaltung des Wiener Kabinetts wurde ein europäischer Krieg vermieden. Auch der russischen Regierung

kam dies gelegen, da noch zwei Aufgaben vor ihr standen: die Feststellung der Staatsgrenzen zwischen dem Schwarzen Meere und der Adria, sodann die Festigung des Balkanbundes als eines Hebels zu größeren Kraftleistungen.

Nur in Rumänien war man beunruhigt und enttäuscht. König Carol hatte geglaubt, mit einer Macht verbündet zu sein, die, selbst ausgreifend, auch seinem Staate eine Vergrößerung verschaffen werde. Er wenigstens hegte keine Lust, sich durch die anderen Balkanstaaten in den Schatten drängen zu lassen. Zudem bestand eine Verabredung zwischen Wien und Bukarest, daß Rumänien bei der zu erwartenden Aufteilung der Halbinsel das Recht hätte, sein Gebiet nach Südosten auszudehnen. Im Hinblicke darauf sagte der König am 13. Oktober 1912, fünf Tage vor Kriegsausbruch, zum österreichisch-ungarischen Gesandten, Prinzen von Fürstenberg, daß er zunächst ebensowenig eingreifen wolle wie die Großmächte; im Falle eines durchschlagenden Sieges des Balkanbundes jedoch werde er ein Stück der bulgarischen Dobrudscha besetzen und Rumänien einverleiben. Am 31. Oktober, nach Eintritt der Voraussetzung, wiederholte er seine Ankündigung mit großer Bestimmtheit. Da das Wiener Kabinett auf das Zusammengehen mit Rumänien großen Wert legte, erhielt der Gesandte den Auftrag, seine Unterstützung zuzusagen.

Albanien durfte gleichfalls nicht vernachlässigt werden. Kálnoky, Goluchowski und Aehrenthal hatten die Bildung eines selbständigen Albanien vorbereitet, Berchtold noch im Sommer 1912 in gleichem Sinne gewirkt. Mit Italien bestanden seit 1901 und 1909 Verträge über die zukünftige Autonomie Albaniens. Wohl faßte das römische Kabinett die Gewinnung Valonas ins Auge, hielt aber mit seiner Absicht zurück; Österreich-Ungarn wieder wünschte ein freies und möglichst großes Albanien, da es nicht den Wunsch hegte, seinen zehn Nationalitäten eine elfte zuzugesellen. Wenn sich die zwei Kabinette auch gegenseitig mißtrauten, so waren sie doch in der Negation einig, denn keine mochte die Slawen an die Ostküste der Adria vordringen lassen. Der österreichische Einfluß in Albanien, so schmeichelten sich die Italiener, werde so schwer nicht zu beseitigen sein; dagegen würden die Serben, so sagte man sich

in Rom, wenn sie sich einmal in Durazzo festgesetzt hätten, kaum verdrängt werden können, da die ganze slawische Welt hinter ihnen stand. Zunächst also und für eine Übergangszeit entschied sich Italien gleichfalls für die Autonomie Albaniens. Bei dem Besuche des italienischen Ministers des Äußeren, San Giuliano, in Berlin, Anfang November 1912, wurden diese Dinge besprochen, außerdem aber die Verlängerung des Dreibundes. Er lief noch länger als ein Jahr, indessen wurde ausgemacht, ihn jetzt schon zu erneuern. Das geschah durch den am 5. Dezember geschlossenen Vertrag, von welcher Tatsache die Öffentlichkeit auch in Kenntnis gesetzt wurde.

Der Übereinstimmung mit Italien sicher, stellte das Wiener Kabinett sein Balkanprogramm fest. Es ließ sich darüber am 30. Oktober in einer nach Berlin gerichteten Depesche und gleichzeitig in Rom vernehmen. Als Ziel Österreich-Ungarns wurde hingestellt:

> „Die freie Entwicklung Albaniens. Ein Begehren Serbiens nach einer Gebietserweiterung bis an die Adria müsse a limine zurückgewiesen werden.
>
> Die Befriedigung berechtigter Wünsche Rumäniens.
>
> Sicherstellung wichtiger wirtschaftlicher Interessen Österreich-Ungarns am Balkan, insbesondere betreffs der Bahnverbindung mit dem Ägäischen Meere“[1].

Die deutsche wie die italienische Regierung sprachen ihre Zustimmung aus, sehr befriedigt darüber, daß das bescheidene Verlangen des Bundesgenossen sie der Mühe und Gefahr eines Zusammenstoßes mit dem Dreiverbande enthob.

Weniger hätte das Wiener Kabinett gewiß nicht verlangen können. Gebietsforderungen wurden nur zugunsten Rumäniens und Albaniens gestellt, nicht aber zu eigenem Vorteile; für sich selbst begnügte sich Österreich-Ungarn mit der Wahrung wirtschaftlicher Interessen, zu denen der

[1]) Österreichisch-ungarisches Rotbuch, S. 37. In der betreffenden Depesche Berchtolds an den Botschafter Grafen Szögyény in Berlin war hinzugefügt, „daß diese Darlegungen nicht den Charakter eines erschöpfenden Programmes besitzen, sondern nur die Grundzüge unseres Standpunktes enthalten, der den Ereignissen anzupassen sein wird.“ Ein politisch wie stilistisch gleich anfechtbarer Satz.

Bau eines Schienenweges von Bosnien zum Ägäischen Meere gehörte. Ebensowenig waren Regungen des Ehrgeizes in dem von Berchtold am 5. November den Delegationen gehaltenen Vortrage zu verspüren. Nur zu einem raffte sich das Wiener Kabinett auf. Ende Oktober trat Poincaré, um Rußland gefällig zu sein, an die Großmächte mit dem Vorschlage heran, sie möchten ihr Desinteressement an den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel erklären, also aussprechen, daß sie selbst dort nichts anstrebten. Da aber Österreich-Ungarn durch die politische Neugestaltung des Balkans stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, wäre es Selbstentmannung gewesen, zu versprechen, es werde alles ohne Einspruch geschehen lassen. Somit lehnte das Wiener Kabinett ab. Indessen bewies das von ihm am 30. Oktober verkündete Programm eine Enthaltsamkeit, die man nicht erwartet hatte. Die Zurückhaltung Österreich-Ungarns war allen Großmächten willkommen, da die Gegner sich über den Verzicht freuten, während Deutschland wieder froh war, daß die Bescheidenheit des Bundesgenossen einen europäischen Zusammenstoß hinausschob.

*

Italien. Erneuerung des Dreibundes (5. Dezember 1912)

Das Programm Österreich-Ungarns klang nur in dem einen Punkte bestimmt, indem es sich entschieden gegen das Vordringen der Serben an die Adria aussprach. Es schützte die Albanesen in dem Rechte auf Selbstbestimmung, so daß den Serben der von ihnen gewünschte Hafen an der Adria verweigert wurde. Die Kraftentfaltung der Donaumonarchie war nicht groß, aber auch sie erklärte sich nur daraus, daß das Wiener Kabinett in diesem Belange nicht allein stand, sondern der Zustimmung Italiens sicher war. Während es sonst immer befürchten mußte, von seinem angeblichen Bundesgenossen hinterrücks angefallen

zu werden, konnte es sich in Albanien auf die Italiener verlassen. Regierung und Volk der Apenninenhalbinsel waren darin einig, daß Serbien sich nicht an der Ostküste der Adria festsetzen dürfe, daß Albanien früher oder später gänzlich von Italien in Besitz genommen werden müsse; als Zwischenstufe zu diesem Hochziele wäre die Autonomie des Landes anzustreben. Abgesehen davon, waren sich die italienischen Politiker darüber klar, es sei für Italien besser, wenn man es an der Ostküste der Adria mit dem innerlich zerklüfteten Donaureiche zu tun habe, als wenn die aufstrebenden Südslawen daselbst geboten. Darüber sprach sich der italienische Minister des Äußeren, San Giuliano, in dieser Zeit deutlich zu befreundeten Staatsmännern aus. Gegen das Erwachen des Ehrgeizes Österreich-Ungarns war das römische Kabinett durch die mit ihm 1901 und 1909 über Albanien geschlossenen Verträge gedeckt, in denen die Autonomie Albaniens ausgemacht war. Als daher Ende Oktober 1912 der Slawensturm über die Balkanhalbinsel hinwegbrauste, hielt es das römische Kabinett für angezeigt, sich gegen die Gefahr enge mit den Mittelmächten zu verbinden. Dieser Gedanke beherrschte die italienische Politik bis zum Schlusse der Balkankriege 1913. Noch aus einem anderen Grunde entschloß sich Italien zu dieser Politik. Es war gegen Frankreich verstimmt, weil ihm dieses bei der Blockade Tripolitaniens Schwierigkeiten gemacht und den Schmuggel von Waffen an die Araber gedeckt hatte. Dazu kam die Anhäufung von französischen Kriegsschiffen im Mittelländischen Meere, die sich als Folge des französisch-englischen Marineabkommens ergab. Wollten die Westmächte Italien damit einschüchtern und es erinnern, daß es als Bundesgenosse Deutschlands bei der künftigen Teilung des türkischen Reiches ausgeschlossen werden würde? So schwang der Pendel der italienischen Politik zunächst zu den Mittelmächten hin.

Diese Schwenkung war während des Winters von 1912 auf 1913 ein wichtiges Element in den Weltereignissen und führte zu der vorzeitigen Erneuerung des Dreibundvertrages, der erst am 8. Juli 1914 ablief. Darüber war schon ein Jahr früher verhandelt worden; man

konnte sich aber nicht einigen, da Österreich-Ungarn nur auf die unveränderte Verlängerung des Dreibundes eingehen wollte. Das Berliner Kabinett vermittelte darauf eifrig, und als sich San Giuliano am 4. November in Berlin einfand, verständigte er sich mit Kiderlen-Wächter über die zu wählende Fassung. In der Form wurde dem Verlangen Österreich-Ungarns entsprochen und der Dreibundvertrag von 1887 unverändert erneuert; doch ward ein Zusatzprotokoll vereinbart, das auf der einen Seite besagte, auch Tripolitanien und die Kyrenaika seien in dem zu schützenden Besitzstande Italiens mitinbegriffen; andererseits ward darin festgestellt, daß die zwei Abkommen über Albanien von 1901 und 1909 nach wie vor bindend seien. Am 14. November gab das Wiener Kabinett seine Zustimmung und am 5. Dezember fand in Wien die Unterzeichnung des neuen Dreibundvertrages statt. Er trat nach Ablauf des bisherigen in Kraft (8. Juli 1914) und zwar für dieselbe Dauer wie der bisherige; er galt vorerst für sechs Jahre und dann wieder für denselben Zeitraum, wenn er nicht ein Jahr früher gekündigt wurde. Es blieb also alles beim alten — zur Festigkeit des Dreibundes fehlte nur eine Kleinigkeit und das war die Treue des italienischen Bundesgenossen[1]).

*

Der Sandschak. Rumänien

An dem Balkanprogramme Berchtolds fiel der Welt am meisten auf, daß darin nicht vom Sandschak von Nowibazar gesprochen wurde, daß die Donaumonarchie somit dieses bisher Serbien von Montenegro trennende Gebiet den beiden Staaten überließ. Nun hatte Österreich-Ungarn wohl 1908 in aller Form auf seine Besatzungsrechte im Sandschak verzichtet, aber nur zugunsten der Türkei. Im November 1912 rückten jedoch

[1]) Die Verhandlungen bei A. F. Pribram, „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914“, Wien 1920, I, S. 294—298.

serbische und montenegrinische Truppen ein; indem sie sich die Hände reichten, war die habsburgische Monarchie von Albanien und weiter von Saloniki abgeschnitten; auch die von ihr angestrebte Bahnverbindung Bosniens nach dem Süden lag fortan im Machtbereiche Serbiens.

Die Selbstbescheidung des Wiener Kabinettes hatte ihren Grund in den Beziehungen zu Rußland und Italien. Der zu erwartende Einspruch des Bundesgenossen wäre noch mißlicher gewesen, als der des erklärten Nebenbuhlers. Italien besaß im Artikel VII des Dreibundvertrages eine kräftige Handhabe, da ihm darin das Recht auf eine Abfindung zugesprochen war, falls sich Österreich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel ausdehnen würde. Es war vorauszusehen, daß das römische Kabinett als Entschädigung für den Sandschak ein Stück Albaniens, in erster Linie Valona, fordern würde. Österreich-Ungarn beargwohnte jedoch nichts mehr als das Fußfassen Italiens an der Ostküste der Adria. Schon deshalb verzichtete Berchtold lieber auf den Sandschak. Dann aber hatte er mit dem Einspruche Rußlands zu rechnen. Ob der Petersburger Hof aus der Frage einen Kriegsfall gemacht hätte, läßt sich bei unserer lückenhaften Kenntnis seiner Politik nicht mit Sicherheit sagen. Es steht nur fest, daß Sasonow bei seinem Besuche in Frankreich im Oktober 1912 zu politischen Persönlichkeiten gesagt hatte: „Wenn Österreich-Ungarn den Sandschak besetzt, so marschieren wir." Darauf mußte man sich in Wien gefaßt machen und stand somit unter dem doppelten, von Rußland und Italien geübten Drucke.

Die Selbstbescheidung Österreich-Ungarns war für alle Balkanvölker eine große Überraschung. Der König von Rumänien hatte darauf gerechnet, gemeinsam mit Österreich-Ungarn die Neuordnung der Balkanhalbinsel in die Hand zu nehmen und das von ihm im Oktober berufene Ministerium ging ganz auf diese Absicht ein. Es faßte die zwei Fraktionen der konservativen Partei in sich, Anhänger sowohl Peter Carps als Take Jonescus; der greise Carp selbst nahm jedoch ein Portefeuille nicht an. An der Spitze der Regierung stand Majorescu; Minister des Äußeren war Marghiloman; neben Jonescu wirkte der ihm nahestehende Filipescu. Carp, der zuverlässigste Freund der Zentralmächte auf dem

Balkan, war über die Schwäche der österreichisch-ungarischen Politik betroffen und gab dieser Empfindung unverhohlen Ausdruck. Mitte Dezember berichtete ein Berliner Blatt über eine Unterredung mit ihm, in der er die Mitteilung machte, die Pforte habe das Wiener Kabinett zur Besetzung des Sandschak aufgefordert, er begreife nicht, warum es nicht darauf eingegangen sei. Er fand, daß, wenn sich Österreich-Ungarn entschlösse, gemeinsam mit Rumänien tatkräftig zu handeln, der Erfolg nicht ausbleiben könnte. Indessen stand das Wiener Kabinett, während es für sich selbst nichts verlangte, loyal für den Anspruch Rumäniens ein. Das geht sowohl aus der österreichischen wie aus der rumänischen Dokumentensammlung über die Zeit der Balkankriege hervor. Nicht durch die Unzuverlässigkeit, sondern durch die Zaghaftigkeit der österreichisch-ungarischen Politik wurde die Abwendung Rumäniens von den Zentralmächten herbeigeführt. Denn nur der Starke fesselt die alten Freunde an sich und gewinnt neue.

*

Wien und Belgrad. Die Serben an der Adria (Oktober und November 1912)

Indessen konnte noch alles gutgemacht werden. Ein freiwilliger Verzicht ist nicht demütigend, von einer einmal gestellten Forderung dagegen weicht eine Großmacht nicht ohne Schaden zurück. Es gab Gründe genug, weshalb sich das Wiener Kabinett der Einmischung enthielt, unter denen die Rücksicht auf die südslawischen Völker des eigenen Reiches und der Nachbargebiete sehr beachtenswert war. In diesem Punkte hat der Verlauf der Dinge dem Grafen Berchtold recht gegeben. Dadurch, daß er, von Albanien abgesehen, die Balkanstaaten gewähren ließ, hielt er sich die Brücke nach Bulgarien frei.

Es war auch richtig, daß das Wiener Kabinett sich den großserbischen Plänen dort entgegenstemmte, wo es mit Italien zusammen-

wirkte. Es war nun einmal eine gegebene Tatsache, daß Serbien auf Bosnien so wenig verzichten wollte wie Frankreich auf Elsaß-Lothringen. Darüber kam man weder mit aufrichtigem Wohlwollen noch mit Sentimentalität hinweg. Die Sprache der Belgrader Blätter, auch der von der Regierung abhängigen, ließ keinen Zweifel zu. Gestattete Österreich-Ungarn, daß sich Serbien über Albanien bis an die Adria ausdehnte, so schuf es diesem Staate die Möglichkeit einer eigenen maritimen Politik und eine für die Monarchie bedenkliche Zukunftsmöglichkeit. Serbien dagegen behauptete, es bedürfe einen Ausgang zur Adria, um mit seiner Lebensmittelausfuhr von den Nachbarstaaten unabhängig zu sein; wie der menschliche Körper die Lungen zum Atmen, so benötige es zum mindesten *einen* Hafen und den dahin durch Albanien gehenden Ausgang. Nun hing aber Serbien durch den Sandschak mit dem befreundeten Montenegro zusammen und konnte die langentbehrte Bahn zur Adria durch diese Gebiete bauen. Nordalbanien war also zu jenem Zwecke allein nicht nötig. Das Großserbien der Zukunft rechnete aber mit weiten Räumen, und zu seinem Aufbaue gehörte auch die Unterwerfung der nordalbanesischen Stämme.

Es gab wohl in Wien einzelne Stimmen für die Gewährung dieses Wunsches Serbiens. Die so urteilten, waren der Ansicht, daß es durch ein viertel Jahrhundert, wahrscheinlich länger, zu tun haben würde, um jene Bergstämme zu unterwerfen oder auszurotten, und dieses Vergnügen sollte man dem unruhigen Volke gönnen. Indessen konnte sich Österreich-Ungarn doch nicht darauf einlassen, den Schutz seiner Interessen einem kleinen, absichtlich dem Untergange preisgegebenen Bergvolke anzuvertrauen. Ganz verkehrt war, was Kramař und Masaryk predigten, daß sich Österreich-Ungarn das serbische Volk dauernd verpflichten werde, wenn es seinen Herzenswunsch erfülle. Dankbarkeit spielt im Völkerleben keine Rolle, und aus demselben Motive hätte Österreich-Ungarn am Ende auch noch auf Bosnien verzichten können. Den tschechischen Parteiführern handelte es sich mit ihren Lehrmeinungen nicht um das Heil der Monarchie, sondern um die Förderung der nationalen Ideale des Serbentums.

Es war nun, nachdem Österreich-Ungarn seine Willensmeinung bekanntgegeben hatte, peinlich, wie sich Serbien achtlos darüber hinwegsetzte. Als serbische Truppen die vorwiegend von Albanesen bewohnte Stadt Prizrend besetzten, ließ die österreichisch-ungarische Regierung im „Fremden-Blatt“ halbamtlich die Erwartung aussprechen, die Serben würden hier haltmachen und nicht weiter nach Westen vordringen, wo das unbestrittene Gebiet eines anderen Volkes beginne. Diese Mahnung war in den Wind geredet. Die Serben setzten den Vormarsch fort und kümmerten sich auch nicht darum, daß der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Ugron, dem Ministerpräsidenten Pašić in aller Form eröffnete, das Wiener Kabinett werde die Festsetzung der Serben an der Adria unter keinen Umständen gestatten. Pašić erwiderte ebenso bestimmt, Serbien könne auf einen Adriahafen nicht verzichten. Tatsächlich drangen zwei serbische Kolonnen quer durch Albanien und erreichten nach mühsamen, durch Entbehrungen und Kälte erschwerten Märschen am 10. November Alessio am Adriatischen Meere. Die serbische Presse, stolz auf diese Waffentat, überschüttete die habsburgische Monarchie wegen der Nutzlosigkeit ihres Einspruches mit Hohn.

Am 18. November brachte die „Vossische Zeitung“ die Meldung ihres Wiener Korrespondenten, der österreichisch-ungarische Konsul in Prizrend, Prochaska, sei von serbischen Truppen mißhandelt worden. Es war angegeben, daß die Nachricht aus serbischer Quelle stamme; unmittelbar darauf wurde im Prager „Čas“, dem Organ Masaryks, eine ähnliche Meldung gleichen Ursprungs veröffentlicht. Wilde Gerüchte liefen um, Prochaska wäre verstümmelt oder ermordet worden; sie fanden Eingang auch in die österreichische Presse. Man konnte an sie glauben, weil die serbische Heeresleitung zunächst keine Depesche von und nach Prizrend durchließ; der von Wien zur Untersuchung abgesandte Beamte wurde mehrere Tage in Belgrad hingehalten und durfte erst am 26. November mit Prochaska in Üsküb zusammentreffen; er fand ihn wohlbehalten, aber auch seine Drahtberichte langten nur unvollständig und durcheinandergeworfen in Wien an. So stieg die Aufregung in Österreich-Ungarn bis zur Fieberhitze, ohne daß

die serbische Regierung sich um die Aufhellung des Tatbestandes kümmerte.

Der Grund, warum das Belgrader Kabinett dieses Spiel trieb und sich in der Herausforderung der Nachbarmonarchie gefiel, lag auf der Hand. Es arbeitete mit allen Mitteln darauf hin, das gesamte Slawentum gegen die Donaumonarchie in Bewegung zu setzen. Die großserbischen Entwürfe waren nur zu verwirklichen, wenn nicht bloß der Balkanbund, sondern auch Rußland für sie eintrat. Der mit Bulgarien am 13. März 1912 geschlossene Vertrag fertigte Serbien mit einem allzu kleinen Stück Mazedonien ab und brachte nur dann größere Vorteile, wenn Serbien sich Nordalbaniens und Bosniens bemächtigen konnte. Vorwiegend aus diesem Grunde hatte das Belgrader Kabinett mit Bulgarien abgeschlossen. Von seinem Standpunkte aus handelte Serbien richtig. Es mußte den siegesfrohen Heeren des Balkanbundes die Richtung gegen Österreich-Ungarn geben, wenn es nicht zu kurz kommen wollte. Denn die bereits wegen Mazedoniens aufdämmernde Zwietracht war nur abzuwenden durch einen gemeinsamen großen Krieg gegen die Donaumonarchie. Die serbische Aktionspartei hoffte, das Wiener Kabinett werde sich durch die Gerüchte über das Schicksal seines Konsuls zu einer hitzigen Tat hinreißen lassen und so einen Zusammenstoß herbeiführen. Erst Ende November gelangte die österreichisch-ungarische Regierung in den Besitz der bestimmten Nachricht, serbische Soldaten hätten sich in Prizrend zwar Ungehörigkeiten gegen die Monarchie zuschulden kommen lassen, der Konsul aber sei nicht beleidigt worden. Das Wiener Kabinett unterließ aber die Bekanntmachung der Meldung und wartete noch den vollständigen Bericht des nach Prizrend gesandten Beamten ab. Da dieser erst am 17. Dezember veröffentlicht wurde, hielt das Ereignis die Öffentlichkeit bis dahin in Atem [1]). So lange glaubte man Österreich-Ungarn herausgefordert und beleidigt, ohne daß es sich Genugtuung holte.

---

[1]) Vgl. Th. v. Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866", Band II, S. 291. Das Ministerium des Äußeren wurde mit Recht getadelt, daß es mit der Aufklärung länger zögerte als notwendig war. Man behauptete, der Grund sei gewesen, weil es für die

Es war die Furcht vor dem Zarenreiche, die dem Wiener Kabinette die Hände band. Von Petersburg kamen schlimme Nachrichten. Am 16. November erklärte sich Sasonow in einer Unterredung mit dem österreich-ungarischen Botschafter, Grafen Thurn, für die Überlassung eines Adriahafens an Serbien. Grey und Poincaré sprachen sich in demselben Sinne aus, und so marschierte der ganze Dreiverband für Serbien auf, welches sein Spiel ungestraft fortsetzen konnte. Das Gefährliche dabei war die russische Probemobilisierung (Band III, Seite 188 f.), die ins Werk gesetzt worden war. Die russischen Truppenbewegungen waren so umfangreich, daß der Personenverkehr auf der Warschau-Wiener Eisenbahnlinie gesperrt werden mußte. Ein bedenkliches Zeichen war auch, daß die mit dem Mobilisierungsgeschäfte betrauten Offiziere der westlichen Armeekorps nach Petersburg zur Beratung berufen wurden. Diese nach Wien gelangende Nachricht gab dem österreichischen Generalstabe den Anlaß zu der Erklärung, die Sicherheit der Monarchie sei bedroht. Der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand regte darauf Rüstungen an, die vom Kriegsminister Auffenberg beim Kaiser beantragt wurden. Am 21. November ward, wenn auch nicht in der Form, so doch in der Sache, die Mobilisierung der drei Armeekorps im Nordosten des Reiches angeordnet und die längst notwendige Vermehrung der Artillerie beschlossen [1]. Ungefähr zur selben Zeit wurden die Truppenkörper im Süden durch Reservemannschaften verstärkt. Der bald darauf erfolgende

---

inzwischen verfügten Rüstungen Stimmung machen wollte. Daran wird etwas Wahres sein. Falsch aber ist es, daß die Nachricht von der Mißhandlung des Konsuls Prochaska von Wien aus in die Welt gesetzt wurde. Der Korrespondent der „Vossischen Zeitung" hatte, was feststeht, die Meldung auf der serbischen Gesandtschaft erhalten. Die übermäßigen Angriffe auf das Ministerium des Äußeren hatten ihren eigentlichen Grund darin, daß unter dem Grafen Berchtold die Nachrichten, die früher einzelnen großen Wiener Blättern gegeben worden waren, gleichmäßig verschiedenen Zeitungen zukamen. Die in ihrem Monopol geschädigten Zeitungen benützten den Fall Prochaska, um sich zu rächen, und führten durch viele Monate den Kampf gegen den Leiter des Preßbureaus, Hofrat Kanya. Andere Zeitungsorgane beteiligten sich aus Lust am Skandal an den Übertreibungen, die im Parlament Widerhall fanden. Das dauerte so lange, bis Kanya, der die Zustimmung des Ministers des Äußeren besaß, zum Gesandten in Mexiko vorrückte.

[1]) Vgl. Auffenberg-Komarów, „Aus Österreichs Höhe und Niedergang", S. 212 ff.

Rücktritt Auffenbergs hatte andere, persönliche Gründe und änderte nichts an der Sachlage. Dagegen war der Rückkehr des Generals Conrad v. Hötzendorf an die Spitze des Generalstabes (Ende November 1912) erhebliche politische Bedeutung beizumessen. Er war ein Jahr vorher aus dem Amte geschieden, weil er nicht imstande war, kräftige Maßnahmen gegen Italien durchzusetzen. Auch in der jetzigen Krise wirkte er für eine militärische Machtentfaltung.

*

Wien und Berlin

Wenn trotzdem kein Losbruch erfolgte und eine Versumpfung eintrat, so lag dies an der Abneigung aller drei Kaiserhöfe, es auf Hauen und Schießen ankommen zu lassen. Die deutsche Regierung war verpflichtet, Österreich-Ungarn im Notfalle zu Hilfe zu kommen, hegte aber nicht Lust, sich Albaniens wegen in einen Krieg verwickeln zu lassen. Kiderlen-Wächter dachte darüber ähnlich wie Bismarck, als dieser es ablehnte, die Kräfte Deutschlands für die Unabhängigkeit Bulgariens einzusetzen; nur zur Verteidigung des angegriffenen Österreich-Ungarns war der eine wie der andere Staatsmann bereit, dazu allerdings mit ganzer Kraft. Nicht bloß über Albanien dachte Kiderlen anders als Berchtold, auch über die Lebensfähigkeit und Lebensnotwendigkeit der Türkei. Er glaubte nicht an die Dauer der Türkenherrschaft in Europa und sah auch voraus, daß die Pforte im Kampfe gegen den Balkanbund unterliegen werde. Darüber sprach er sich zum serbischen Geschäftsträger Boghitschewitsch unverhohlen aus, und dieser hatte den Eindruck, der Staatssekretär meine es mit den Glückwünschen zu den Siegen der Serben aufrichtig[1]). Kiderlens Mißvergnügen über Rußlands Unzu-

[1]) M. Boghitschewitsch, „Kriegsursachen", Zürich 1919, S. 43ff. Auch zu dem serbischen Diplomaten Nenadović, einem Vetter König Peters, äußerte sich Kiderlen damals in einem serbenfreundlichen Sinne. Am 5. November sagte Kiderlen zu Boghitschewitsch, S. 56: „Die Dreibundmächte sind sich darüber klar, daß es mit der Türkei zu Ende gehe,

verlässigkeit, das sich über die Potsdamer Verabredung hinwegsetzte, war zwar groß, aber er nahm die Dinge, wie sie lagen, und ließ deshalb den Draht nach Petersburg nicht abreißen. Aus all dem ergab sich das vom Berliner Kabinett eingeschlagene Verfahren; es drückte auf Österreich-Ungarn, um dieses vom Losbrechen abzuhalten; aber es gab in Wien seine durch nichts zu erschütternde Bundestreue kund, falls die Donaumonarchie angegriffen werden sollte.

Dieselbe Linie hielt Kaiser Wilhelm ein. In seinen Unterredungen mit dem Botschafter Grafen Szögyény und anderen Angehörigen des Habsburgerreiches kam er wiederholt darauf zu sprechen, daß Österreich-Ungarn 1909 die Gelegenheit versäumt habe, Serbien mit einem wuchtigen Schlage niederzustrecken; damals sei Rußland noch nicht gerüstet gewesen, während es jetzt mit imponierender Kraft hinter Serbien stehe. Österreich-Ungarn könne sich auf ihn verlassen, aber man dürfe ihm nicht zumuten, daß er um eines albanischen Hafens willen die Jugend der deutschen Nation in Kampf und Tod schicke. Auch diesmal, wie 1906 und 1911, wollte der Kaiser seinem Volke den Krieg ersparen.

Dies war auch die Ansicht, die der Kaiser dem Erzherzoge Franz Ferdinand gegenüber aussprach, als sich dieser am 22. November in Springe bei Hannover zur Hofjagd einfand. Der Thronfolger wollte ihm die Notwendigkeit kräftigen Vorgehens gegen Serbien beweisen, was der Kaiser nicht bestritt; er wünschte aber dabei das Unterlassen jedes Schrittes, der den Bruch mit Rußland zur Folge haben konnte. Es ist gewiß unrichtig, daß er, wie erzählt wird, zum Erzherzoge gesagt hätte: „Mir scheint, du willst mit meinem Säbel rasseln!“; jedenfalls aber trugen seine Worte dazu bei, den ohnehin matten Flug der österreichischen Politik zu lähmen. Damit aber die Feinde Österreich-Ungarns nicht im Zweifel seien, wie sich Deutschland zu der großen Frage des Tages

und sie beabsichtigen, den Erfolg der Balkanstaaten in keiner Weise zu beeinträchtigen. Aber sowohl Österreich-Ungarn als auch Italien und Deutschland würden eine Bedrohung ihrer Interessen durch Rußland sehen, wenn Serbien an das Adriatische Meer gelange. Abgesehen von der Adria setzen sie der Ausbreitung Serbiens nach keiner Richtung ein Hindernis in den Weg.“ Kiderlen wies gleichzeitig auf eine Ausbreitung gegen das Ägäische Meer und Saloniki hin, was offenbar nicht ernst gemeint war.

stelle, erklärte Bethmann Hollweg am 2. Dezember 1912 im Reichstage, die Bundesgenossen Deutschlands hätten ihre Ansprüche zunächst selbst zur Geltung zu bringen, womit immer wieder Albanien gemeint war; sollten sie aber angegriffen werden, dann, so fügte er hinzu, „würden wir zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa, zur Verteidigung unserer eigenen Zukunft und Sicherheit fechten.“[1] Damit sollte gesagt sein, daß Deutschland sich von Österreich-Ungarn nicht ins Schlepptau nehmen lasse, es aber gegen jedermann decken werde.

Die Nachrichten aus Berlin und Springe machten den Grafen Berchtold noch bedenklicher und vorsichtiger, so daß das stürmische Drängen des Chefs des Generalstabes, Conrad, auf ihn keine Wirkung hatte, so wenig wie seinerzeit auf Aehrenthal.

Wäre es nach Conrad gegangen, so hätte Kaiser Franz Josef marschieren und vor allem den Sandschak von Nowibazar besetzen lassen. Dadurch wären die Serben zur Räumung Albaniens genötigt gewesen. Da aber der zweiundachtzigjährige Kaiser die Sache nicht übers Knie brechen wollte, unterblieb jene Maßregel, und die Serben räumten Albanien nicht, dessen nördlichen Küstenstrich sie allen diplomatischen Wechselfällen zum Trotze bis zum Mai des nächsten Jahres vergnügt besetzt hielten. Ihnen gegenüber standen in Dalmatien und Bosnien die verstärkten Bataillone der österreichisch-ungarischen Truppenkörper, die sich unmutig fragten, weshalb sie durch ein halbes Jahr zwecklos bei den Fahnen gehalten wurden.

*

Petersburg und London

Ähnlich wie in Wien ging es am Petersburger Hofe zu, nur daß hier die vor einem Kriege nicht zurückschreckenden Elemente mit größerer

[1] Oliver, l. c. S. 275, schreibt über die Haltung Deutschlands: „It is certain that Germany desired peace; many wellinformed people indeed believed that at this time she desired peace more ardently than any other state.“

Wucht auf den Plan traten. Hinter den Großfürsten Nikolaus und Peter Nikolajewitsch und ihren montenegrinischen Gemahlinnen stand ein erheblicher Teil des Bürgertums, der sich von panslawistischen, besser gesagt nationalrussischen Empfindungen leiten ließ. Die eigentlichen Panslawisten waren noch immer der Zahl nach schwach, aber die Öffentlichkeit berauschte sich an den unerwartet glänzenden Siegen der slawischen Brüder auf dem Balkan, nicht bloß aus Rassenstolz, sondern noch mehr, weil Rußlands Ansehen dadurch wuchs. Auch der Zar und seine Ratgeber wurden von dieser Gefühlswelle berührt, ohne sich jedoch von ihr fortreißen zu lassen. Nikolaus II. war friedliebend, sein Ministerpräsident Kokowzew nicht minder, der Minister des Äußeren aber eine so schwache Persönlichkeit, daß er sich nur hielt, wenn er sich den Wünschen des Zaren anbequemte. Für gewöhnlich ein Spielball der Parteien, war Sasonow damals weniger geneigt als je, sich in Abenteuer verstricken zu lassen. Es war zwar recht schön, daß die Südslawen die Osmanen niederrangen, andererseits aber auch unbequem, daß die Bulgaren in ihrem Ehrgeize die Hand nach Konstantinopel ausstreckten. Rußland mußte, das war eine andere Gedankenreihe, Wert auf die Erhaltung eines unabhängigen und möglichst starken Serbiens legen, um es nötigenfalls zum Flankenstoße gegen Österreich-Ungarn zu benützen; aber an dem Schicksal Albaniens nahm Rußland nur geringen Anteil.

Aus all dem und dem Fingerziehen der Parteien am Hofe ergab sich ein gewisses Schwanken der russischen Politik, das den Mittelmächten beschwerlicher fiel, als wenn die Regierung des Zaren anspruchsvoller, aber dabei klarer über ihre Ziele gewesen wäre. Man mußte damit rechnen, daß der Zar sich am Ende doch überrumpeln lassen und seinen im Westen angehäuften Truppen den Marschbefehl geben werde.

In der zweiten Hälfte des November lichtete sich der Horizont ein wenig. Die Friedensstimmung überwog, so daß die russische Regierung Serbien von ihrer Absicht verständigte, die Bildung eines selbständigen Albanien zuzulassen. Serbien solle sich ins Unvermeidliche fügen und die Erfüllung seines Wunsches einer nahen besseren Zeit anheim-

geben[1]). Vergeblich waren die Bitten des serbischen Gesandten in Petersburg, vergeblich die Berufung auf den mit Rußlands Genehmigung geschlossenen Vertrag vom 13. März 1912 (Schließung des Balkanbundes), in welchem Nordalbanien den Serben zugesprochen worden war, vergeblich auch das Toben der panslawistischen Vereine und der „Nowoje Wremja", die von einer diplomatischen Niederlage Rußlands sprachen und Sasonow dafür verantwortlich machten. Serben und Griechen, welch letztere gern Südalbanien an sich gerissen hätten, machten wieder die Erfahrung, wie wenig sie eigentlich im Spiele der Großmächte bedeuteten. Den Serben nützte die Schutzhoheit des Zaren in diesem Falle nicht viel, ebensowenig den Hellenen die geräuschvollen, in Frankreich für sie stattfindenden Kundgebungen. Ende November wurde auch das Wiener Kabinett in Kenntnis gesetzt, daß die Bildung eines selbständigen Albanien zugestanden werden könne. Das war ein Schritt des Entgegenkommens an den Standpunkt Österreich-Ungarns, aber ein ganz kleiner. Denn damit war noch nichts über die Grenzen des zu bildenden albanischen Staates gesagt, nicht einmal, ob er nicht doch ein Stück der Meeresküste — es war an Durazzo gedacht — verlieren werde. Das war die den Serben noch winkende Hoffnung.

Neben dem Willen Rußlands zählte Frankreich in den Balkandingen nicht viel; aber nicht bloß das Pariser, auch das Londoner Kabinett war mit der vorläufigen Entscheidung in bezug auf Albanien einverstanden. Während der Zar dabei Rücksicht auf das von Deutschland unterstützte Österreich-Ungarn nahm, war für Grey entscheidend, daß sich Italien für die Albanesen einsetzte. Es war sein stetes Bemühen, das römische Kabinett vom Dreibunde loszulösen; jetzt aber gesellte es sich aus Abneigung gegen das Vordringen der Südslawen gegen die Adria bestimmter als je zu den Mittelmächten. Noch lebhafter kehrten sich die Italiener gegen die Griechen, die sich in Südalbanien ausbreiteten, die Insel Saseno bei Valona besetzten und Anspruch auf den einzigen Hafen Albaniens erhoben. Es geschah unter Gutheißung

[1]) M. Boghitschewitsch, „Kriegsursachen", Zürich 1919, S. 128.

Italiens und Österreich-Ungarns, daß am 28. November zu Valona eine Versammlung der angesehensten Männer Albaniens zusammentrat und die Unabhängigkeit des Landes verkündete. Brach jetzt ein europäischer Krieg aus, so stand Italien an der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns. Damit waren die jahrelangen Anstrengungen der französischen und der englischen Diplomatie gescheitert. Die Regierungen des Dreibundes gaben im Dezember der Öffentlichkeit Kenntnis, daß sie den erneuerten Vertrag unterzeichnet hatten. Italien blieb allerdings mit England in gutem Einvernehmen und sein Botschafter in London, Imperiali, bestürmte den Staatssekretär, er solle das römische Kabinett nicht von sich stoßen. Grey hütete sich vor dem Fehler, die Fäden mit Rom zu zerschneiden, denn Italien war bei einer etwaigen Entscheidung durch die Waffen ein nicht gering zu schätzender Faktor.

Zudem sagte sich Grey, daß er bei der Annexion Bosniens und während der Marokkokrise einen Fehler gemacht hatte, als er den Russen und den Franzosen voran gegen die zwei Mittelmächte angerannt war. Damals lud er den Vorwurf des Friedensstörers auf sich und geriet mit den englischen Radikalen in ärgerliche Händel. Auch deshalb hielt er sich bei den Verhandlungen über Albanien in der zweiten Reihe und ließ Rußland den Vortritt. Er war jetzt ganz Frieden, ganz Versöhnung und sagte jedem Diplomaten, der es hören wollte, England denke nicht daran, aus irgendeiner der Balkanfragen einen Kriegsfall zu machen; er gebe in Petersburg mäßigende Ratschläge und bemerke zu seiner Zufriedenheit, daß Deutschland in Wien in gleicher Richtung wirke.

*

Einladung zur Londoner Konferenz

Als nun Bulgarien und Serbien am 3. Dezember mit der Pforte Waffenstillstand schlossen und der Balkanbund mit ihr vereinbarte, der Kongreß zur endgültigen Herstellung des Friedens habe in London zusammenzutreten, machte Grey den Großmächten den Vorschlag, durch

ihre Vermittlung auch den österreichisch-russischen Zwist beizulegen. Eine gleichfalls nach London einzuberufende Botschafterkonferenz wäre mit dieser Aufgabe zu betrauen. Anfangs trug das Wiener Kabinett Bedenken, darauf einzugehen. Es hatte am 30. Oktober das Mindestmaß seiner Forderungen genannt und war nicht in der Lage, von ihnen abzugehen; sein Wort, sein Ansehen waren zum Pfande gesetzt, so daß es sich nichts abringen lassen mochte. Da aber Deutschland und Italien für die Beschickung der Botschafterkonferenz waren und das Wiener Kabinett nicht den Vorwurf des Starrsinns auf sich laden wollte, gab es am 5. Dezember seine Einwilligung, machte aber einen wichtigen Vorbehalt. Es wiederholte nicht bloß seinen Einspruch gegen die Festsetzung Serbiens an der Adria, sondern kündigte auch an, der österreichisch-ungarische Bevollmächtigte auf der Konferenz werde sich nicht einmal auf eine Erörterung dieser Angelegenheit einlassen.

Soweit wäre Europa auf dem Wege der Gesundung gewesen, für die sich noch ein weiteres Zeichen einstellte. Das Belgrader Kabinett wollte dem Zaren eine Probe seines Vertrauens und seiner Unterwürfigkeit geben und erklärte, daß es sich in der albanischen Frage der Entscheidung der Londoner Botschafterkonferenz fügen werde. Das Schlimme war nur, daß Rußland und Österreich-Ungarn auch weiterhin unter Waffen blieben. Die wilde Mobilmachung zuerst dort, dann hier, trug unheilvolle Früchte. Vom österreichischen Standpunkte aus war eine rasche Entscheidung in der albanischen Frage wünschenswert, um nicht länger von Serbien verhöhnt zu werden, sodann um die eingezogenen Mannschaften wieder zu entlassen und die kostspielige Rüstung ablegen zu können. Das wurde durch die Botschafterkonferenz hinausgeschoben. Serbien kümmerte sich so wenig um Österreich-Ungarns diplomatische Noten, wie um dessen an der Grenze aufmarschierte Bataillone. Die Truppen Rußlands waren zahlreicher; vielleicht würde der Zar doch noch den Entschluß fassen, sich für den kleinen slawischen Bruder einzusetzen. Die albanische Wunde blieb offen und ist auch durch die Botschafterkonferenz nicht geheilt worden, sie schwärte bis zum Weltkriege und darüber hinaus.



XXXVI

Der zweite Balkankrieg

* (Januar bis Mai 1913) *

Friedenskongreß in London. Wiederausbruch des Krieges

Die Aussichten auf einen baldigen Friedensschluß schienen nicht ungünstig, weil der Pforte die Kraft zu fernerem Widerstande nicht zugemutet wurde. Der Spruch der Weltgeschichte war gefällt: was auch das Schicksal einzelner Gebiete und fester Plätze, besonders Adrianopels, werden mochte, wie immer die eroberten Gebiete unter die Sieger aufgeteilt werden würden, jedenfalls waren Mazedonien, Altserbien, Albanien und der Epirus für die Türkei verloren. Aber so bedeutungsvoll dieser Ausgang auch war, dahinter stand eine größere Schwierigkeit, und das war der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, da ein Zusammenstoß dieser Mächte den ganzen Erdteil in seinen Wirbel zu reißen drohte, während der Balkankrieg selbst räumlich begrenzt werden konnte.

Darin, daß die Friedensverhandlungen zu London geführt wurden, kam die beherrschende Stellung Englands zum Ausdrucke, ebenso wie der Kongreß von Paris 1856 für das Übergewicht Frankreichs, der von Berlin 1878 für das Deutschlands Zeugnis abgelegt hatte. In London kam man schwieriger von der Stelle, weil eine Doppelverhandlung vor sich ging, der Friedenskongreß der kriegführenden Staaten auf der einen Seite und daneben die Botschafterkonferenz der Großmächte. Die Befugnisse der zwei Versammlungen waren ziemlich genau abgegrenzt. Der Kongreß hatte den Umfang der Abtretungen der Türkei festzusetzen, während den Botschaftern von den siegesfrohen Staaten nur zwei Angelegenheiten überlassen waren, Albaniens künftige Grenzen und die Aufteilung der Inseln des Ägäischen Meeres. Der Balkan-

bund hatte durchgesetzt, daß bei den Kongreßentschließungen keine der Großmächte eine Stimme hatte, nur wurde dem britischen Staatssekretär der Ehrenvorsitz eingeräumt. Die Botschafterkonferenz dagegen wurde von Grey geleitet nach dem diplomatischen Brauche, daß der Vorsitz immer dem Staate zukommt, auf dessen Gebiet die Verhandlung stattfindet. Damit rückte Grey an die erste Stelle im europäischen Konzert, und er handhabte, wie allgemein anerkannt wurde, den Kapellmeisterstab mit Geschicklichkeit und Takt. Dadurch stieg auch sein Ansehen im eigenen Lande; auch die Radikalen waren mit seiner versöhnlichen Führung der Geschäfte einverstanden, zumal seine Geheimpolitik, darunter der Vertrag mit Frankreich, unbekannt war.

Indessen fiel dieser Erfolg dem englischen Staatssekretär erst nach Wochen und Monaten zu, während der erste Abschnitt der Londoner Verhandlungen mit einem Mißklange schloß. Das lag an den vom Balkanbund gestellten hohen Forderungen. Die Siegerstaaten wollten nicht bloß ihre Eroberungen behalten, sondern beanspruchten außerdem die Übergabe der drei noch nicht gefallenen Festungen Adrianopel, Skutari und Janina. Besonders schmerzhaft war für die Türkei der drohende Verlust Adrianopels, des Bollwerks der Hauptstadt. Da die Pforte die Abtretung rundweg verweigerte, brach der Balkanbund die Verhandlung ab und der Kongreß fand am 7. Januar sein vorläufiges Ende.

Dagegen setzte die Botschafterkonferenz ihre Arbeiten fort und gab sich Mühe, den Wiederausbruch des Krieges zu verhindern. Bei den Großmächten vereinigten sich die verschiedensten Gründe, um einen baldigen Frieden auf der Balkanhalbinsel zu wünschen, für den doch auch menschliche Rücksichten sprachen. Den meisten Kabinetten wäre es unlieb gewesen, wenn die Bulgaren ihren Siegeszug fortgesetzt und Konstantinopel in Besitz genommen hätten. Gerade den Russen mußte die bulgarische Herrschaft über die Meerengen noch widerwärtiger sein, als die türkische, denn der neue Pförtner hätte den Bosporus in festere Hut genommen als der frühere. Die russische Regierung gönnte den Bulgaren Adrianopel; darüber hinaus wäre ihnen aber ein Riegel

vorzuschieben. Die zwei Mittelmächte hätten bei einem Tausche der Herrschaft über die Meerengen zwar nichts verloren, aber sie neigten zu den Türken und wollten ihnen einen Rest ihres europäischen Besitzes erhalten. Den Franzosen und den Engländern endlich war die Lösung der Gebietsfragen auf dem Balkan verhältnismäßig gleichgültig, selbst das Schicksal Konstantinopels nicht eine Angelegenheit erster Ordnung. Für Frankreich waren die Wünsche Rußlands maßgebend, den Briten wenigstens sehr wichtig, da sie den Zaren im Dreiverbande festhalten wollten. Die Herstellung eines baldigen Friedens auf dem Balkan lag den drei Randmächten in erster Linie deshalb am Herzen, weil sie dem Balkanbunde noch eine große Aufgabe zudachten; er sollte an der Umklammerung Mitteleuropas teilnehmen, oder besser gesagt, den Ring schließen.

Wenn dieses Ziel erreicht wurde, war Österreich-Ungarn am nächsten bedroht; deshalb arbeitete das Wiener Kabinett an der Lockerung und dem Zerfall des Balkanbundes. Dagegen war Grey unermüdlich an dem Ausgleiche der Gegensätze, an der Verständigung unter den christlichen Balkanstaaten, tätig. Bei dieser Arbeit entwickelte er, solange es anging, Geduld und Sanftmut, zuletzt aber eine bis zum Hochmut gesteigerte Schärfe, beide Male zur richtigen Zeit. In den Augen der Welt hatten somit die Randmächte eine bessere Stellung, denn von ihnen, in erster Linie von Grey, war die Herstellung des Balkanfriedens zu erwarten.

Die Regierungen des Dreiverbandes hatten es nicht nötig, der Öffentlichkeit ihre wahren Triebfedern bekanntzugeben; sie versicherten vielmehr, ihnen sei es vor allem um das Ende des Blutvergießens zu tun. Allgemein fand man es natürlich, daß die Türkei zu diesem Behufe ein Opfer brächte; in der Botschafterkonferenz tauchte also der Gedanke auf, die Pforte solle und müsse Adrianopel herausgeben. Dafür waren von vornherein die Randmächte und Italien, worauf auch Deutschland und Österreich-Ungarn mit nicht geringer Selbstüberwindung zustimmten. Da das Berliner Kabinett der Welt seinen Friedenswillen beweisen wollte, gab es die Pforte preis, so daß

Österreich-Ungarn klein beigeben mußte. Kiderlen-Wächter war Ende Dezember plötzlich gestorben; ob er die eintretende Entgleisung noch mitverschuldet hat, ist unbekannt.

Die Botschafterkonferenz einigte sich auf eine Note, die auf Anregung der Mittelmächte zwar eine gewisse Milderung erfuhr, am 17. Januar jedoch der Pforte übergeben wurde. Der Umfall der Freunde der Türkei war häßlich, und nur mit tiefem Widerstreben vollzog der deutsche Botschafter in Stambul, Freiherr von Wangenheim, den ihm erteilten Auftrag. Die Pforte, von aller Welt im Stiche gelassen, hielt die Unterwerfung für unabweislich, was der Großwesir Kiamil Pascha, nach Anhörung eines aus den höchsten türkischen Würdenträgern bestehenden Rates der Alten, die Mächte am 22. Januar 1913 wissen ließ.

Da trat in Konstantinopel ein jäher Umschwung ein. Den ottomanischen Patrioten brannte die Schmach eines derartigen Friedensschlusses auf der Seele, und unter ihnen befand sich ein Mann, ein Held, bei dem Entschluß und Tat eins war. Enver Bey hatte sich 1908 an der Erhebung gegen Abdul Hamid beteiligt, dann aus eigener Wahl den Posten eines Militärbevollmächtigten in Berlin mit der Führerstelle im Kampfe um Tripolis vertauscht. Heimgekehrt, war er Zeuge des Unglücks seines Landes und der Schwäche der Regierung; er gewann die jungtürkische Partei für einen Anschlag auf das Ministerium Kiamil Pascha. Am 23. Januar zogen mehrere tausend Menschen vor den Palast des Großwesirs; Oberst Enver Bey drang ein und zwang Kiamil, sein Abschiedsgesuch zu unterzeichnen, worauf er zum Sultan eilte. Leicht erhielt er von diesem die Zustimmung zur Entlassung des Kabinetts. Unterdessen hatte der Kriegsminister Nasim Pascha Truppen um seinen Palast in der Absicht zusammengezogen, den Aufstand niederzuschlagen. Aber Enver Bey wurde bei seinem Erscheinen von den Soldaten ehrfurchtsvoll begrüßt und mit seinen Begleitern von ihnen zum Kriegsminister durchgelassen. Beim Eintritt in dessen Gemach empfingen ihn die Adjutanten des Ministers mit Revolverschüssen, die sofort erwidert wurden; Nasim Pascha und seine Offiziere fielen im

Tumult. Unmittelbar darauf wurde Mahmud Scheffet Pascha zum Großwesir und Kriegsminister ausgerufen, wodurch die jungtürkische Partei wieder zur Macht kam. Die vom Balkanbunde gestellten Friedensbedingungen wurden abgelehnt, worauf Bulgarien und Serbien am 3. Februar wieder zu den Waffen griffen.

*

Ausgleich des österreichisch-russischen Gegensatzes

In Petersburg sah man die Erneuerung des Krieges mit Mißbehagen, da der Bulgarenkönig kein Hehl daraus machte, daß er in Konstantinopel einzuziehen beabsichtige. Als ihm die russische Regierung ihre Unzufriedenheit ausdrückte, berief er sich auf das stürmische Verlangen seines Heeres und versicherte, er werde nach der Einnahme Konstantinopels nur zwei Tage daselbst weilen, um seinem Volke eine Genugtuung zu bereiten. Unwillig ließ Sasonow dem bulgarischen Gesandten sagen, er brauche ihn nicht zu besuchen, da dessen Regierung doch tue, was ihr gut dünke.

Diese mißliche Erfahrung war ein Grund mehr, weshalb der Eifer des Petersburger Kabinetts für die christlichen Balkanstaaten erkaltete. Rußland hatte nur das Interesse, Serbien und Montenegro nicht unter die Botmäßigkeit Österreich-Ungarns geraten zu lassen. Das war auch der Antrieb zu den großen vom Zaren bei Ausbruch des Balkankrieges angeordneten Rüstungen gewesen; die Donaumonarchie sollte von der Einmischung in den Balkankrieg abgeschreckt werden. Um Neujahr 1913 wurde die Zahl der zu den Fahnen berufenen russischen Reservisten auf eine Million geschätzt; am 8. Januar befahl der Kriegsminister, diese angeblich zu einer Probemobilisierung eingezogenen Mannschaften bis August im Dienste zu behalten.

Indessen wollte Rußland nur verhindern, daß Österreich-Ungarn den Balkanstaaten das Gesetz auferlege; sonst wurden die kleinen slawischen Brüder mehr benützt als gestützt. Im Januar erhielt die serbische Regierung die Mitteilung, daß ihre Ansprüche auf einen albanischen Hafen nicht unterstützt werden könnten, da der Widerstand Österreich-Ungarns und Italiens nicht zu überwinden sei. Damit war eine Schwierigkeit aus dem Wege geräumt, aber der Streit um Fetzen albanischen Landes dauerte fort. Montenegro warf sein Auge auf Skutari, die größte Stadt Albaniens; Serbien auf die Hochfläche Ostalbaniens, mit den Städten Diakowa, Ipek und Prizrend; Griechenland lugte von der bereits besetzten Insel Saseno auf den Hafen von Valona aus. Wurden diese Wünsche erfüllt, so blieb den Albanesen nur mehr ein wirtschaftlich wertloses Karstland, etwas größer zwar als Montenegro, aber schwächer als dieses, weil hier ein nationales Fürstenhaus waltete. Mehrere Monate feilschten die Kabinette von Wien und Petersburg um die einzelnen Städte, eine Verhandlung, die der panslawistische Chorus in Moskau und Petersburg mit blutrünstigen Drohungen gegen Österreich-Ungarn begleitete. Zunächst ließ die russische Regierung die Hetzrufer gewähren, um in Wien behaupten zu können, daß sie bei der bedenklichen Erregung der Geister nicht nachgeben könne. So verschob sich der Schnittpunkt der österreichisch-ungarischen und der russischen Bestrebungen an die Küste der Adria, wo Rußland im Grunde nichts zu suchen hatte. Das Ringen um Gestalt und Grenzen des zu schaffenden Albanien galt keinem wirklichen Interesse des Zarenreiches, sondern war eine überflüssige Kraftprobe, die das Schlimmste besorgen ließ, wenn sich jeder Teil versteifte.

Aus diesem Wirrsal einen Ausweg suchend, sandte das Wiener Kabinett den Prinzen Gottfried von Hohenlohe, den späteren Botschafter in Berlin, nach Petersburg. Er überbrachte dem Zaren ein Handschreiben des Kaisers Franz Josef, fand aber anfangs unfreundliche Aufnahme. Sasonow sprach beim ersten Zusammentreffen mit ihm so hochmütig, daß Hohenlohe das Gespräch abbrach und erklärte, unter

solchen Umständen wäre eine Verhandlung fruchtlos. Diesem unfreundlichen Anfange folgte jedoch am 4. Februar eine günstig verlaufende Audienz Hohenlohes beim Zaren, worauf Sasonow mildere Saiten aufzog. Dann empfing der Zar den Prinzen am 8. Februar noch einmal und die zwei Unterredungen hatten, ohne daß etwas Bestimmtes abgemacht wurde, das Ergebnis eines Nachlassens der Spannung. Der Zar zeigte sich friedenswillig, aber von Mißtrauen erfüllt. So fragte er Hohenlohe, ob es wahr sei, daß der österreichische Thronfolger gesagt habe, sein sehnlichster Wunsch sei der Einmarsch in Rußland an der Spitze seiner Truppen. Man sieht, daß die russische Kriegspartei das Verhältnis durch derartige Gerüchte zu vergiften bemüht war, denn Erzherzog Franz Ferdinand war damals im Sinne des Friedens tätig und lag deshalb mit dem Chef des Generalstabes, Conrad von Hötzendorf, im Zwist. Die Gespräche im Zarenpalaste drehten sich um die Rüstungen, die Nikolaus II., soweit es sich um Rußland handelte, als unbedenklich hinstellte, wieder betonend, sie wären nur erfolgt, um zu verhindern, daß Österreich-Ungarn den südslawischen Staaten die Siegesbeute entreiße. Beruhigend war, daß Nikolaus II. wiederholte, er wirke immer mäßigend auf Serbien ein — ob er denn nicht genug für Österreich-Ungarn getan habe, indem er das Belgrader Kabinett vermochte, die Räumung der albanischen Küste zu versprechen? Und er bürge dafür, daß Serbien sein Versprechen halten werde. Die Gespräche endeten mit gegenseitigen Versicherungen ehrlichen Friedenswillens, deren Übermittlung an den Kaiser von Österreich vom Zaren mit einer gewissen Herzlichkeit verlangt wurde.

Als Prinz von Hohenlohe am 10. Februar in Wien anlangte, berichtete er, sein Eindruck von der Stimmung in Petersburg sei der, daß alles von der Bereitwilligkeit Österreich-Ungarns zur Demobilisierung abhänge; sonst müsse man sich auf Krieg gefaßt machen. Dementsprechend wandten sich die Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg diesem Gegenstande zu und nahmen einen günstigen Verlauf. Gleichzeitig wich die russische Regierung in der albanischen Angelegenheit wieder einen Schritt zurück. Sie teilte der Londoner Kon-

ferenz ihre Bereitwilligkeit mit, Skutari bei Albanien zu belassen, unter der Bedingung, daß Diakowa, Ipek und Prizrend davon abgetrennt würden. Die Nachricht, daß Skutari den Montenegrinern entgehen werde, schlug bei den Panslawisten wie eine Bombe ein; dröhnende Proteste wurden zu Moskau in Versammlungen und Straßenaufzügen erhoben, die „Nowoje Wremja“ forderte ironisch, die Sängerbrücke in Petersburg, an der sich das Ministerium des Äußeren befand, solle auf den Namen Berchtoldbrücke umgetauft werden. Indessen behielt Sasonow, dessen Rücktritt auch von einigen Großfürsten gefordert wurde, mit Hilfe des Ministerpräsidenten Kokowzew die Oberhand. Da der Zar seinen Ministern zustimmte, machten sie mit den unbequem gewordenen Lärmern nicht viel Federlesens und verboten jede Art nationalistischer Kundgebung. Sofort trat Stille ein, da der Panslawismus damals in den Massen ebensowenig Wurzel besaß wie früher. Während die zähe Verhandlung über Albanien weiter vonstatten ging, kam es in der wichtigeren Abrüstungsfrage zur Einigung. Die deutsche Regierung vermittelte eifrig. Kaiser Wilhelm schrieb am 24. Februar 1913 an den österreichischen Thronfolger einen verständigen Brief, in dem es hieß:

„Ich möchte glauben, daß Ihr die allmähliche Rückgängigmachung der getroffenen Maßnahmen unbedenklich ins Auge fassen könntet, natürlich unter der Voraussetzung, daß Rußland dasselbe tut. Das würde aber nach meinen Nachrichten zweifellos auch eintreten. Vielleicht hat die Mission von Hohenlohe in dieser Hinsicht schon die Wege geebnet. Ich würde es sehr begrüßen. Österreich-Ungarn würde dadurch der Welt beweisen, daß es nicht nervös ist, und zugleich die Sympathie aller auf seine Seite ziehen.“

So sagten sich die Kabinette von Wien und Petersburg am 11. März gegenseitig zu, die an den Grenzen der beiden Reiche angeordneten Mobilisierungen rückgängig zu machen. Das war ein Sieg der Vernunft über das gegenseitige Mißtrauen und ein Ende von Millionenausgaben, die insbesondere die schwachen österreichisch-ungarischen Finanzen hart belasteten. Indessen hörte das Rüstungsfieber da-

mit nicht vollständig auf. Da die Montenegriner Skutari trotz allen schönen Zusagen Rußlands weiter belagerten und die Serben aus Durazzo und sonst aus Albanien noch immer nicht abzogen, blieb es bei den militärischen Maßnahmen Österreich-Ungarns an der Grenze der beiden Staaten. Doch machte das Wiener Kabinett einen entgegenkommenden Schritt. Es beharrte zwar darauf, daß Skutari und Diakowa Albanien einzuverleiben wären, gab aber Prizrend und Ipek preis. Diakowa blieb noch einige Zeit der Zankapfel. Die deutsche Regierung wünschte jedoch einen rascheren Verlauf und erklärte in Wien, es sei dem Deutschen Reiche, bei all seiner Bündnistreue, in der es nie wanken werde, nicht zuzumuten, um Diakowas willen einen Krieg gegen Rußland zu führen. Es wird noch Gelegenheit sein, auf das Verhalten des Berliner Kabinetts zurückzukommen, besonders auch auf die unangenehme Überraschung, die der neue deutsche Staatssekretär, Jagow, dem österreichischen Minister bei ihrer im März 1913 stattfindenden Unterredung bereitete. Diesem Drucke folgend, wurde man in Wien zuletzt weich, und Berchtold erklärte am 20. März, er bestehe nicht länger auf seiner Forderung, wenn er auch nochmals betonte, daß die an Serbien überlassene Hochfläche mit Diakowa, Ipek und Prizrend überwiegend von Albanesen bewohnt sei. Für Albanien waren aber doch Skutari und Durazzo mit der übrigen Küste gerettet.

Das war der Inhalt des von der Londoner Botschafterkonferenz einhellig gefaßten Beschlusses über die Grenzen Albaniens. Alle Welt beglückwünschte Sir Edward Grey zu dem Ergebnisse; schon am 10. März gab ihm der Premierminister das Zeugnis, er leite die Konferenz mit „beispielloser Geduld, Entschlossenheit, Bestimmtheit und Umsicht“. In dieser Krise arbeitete das Londoner Kabinett mit dem Berliner oft zusammen, in der Art, daß Deutschland in Wien mäßigend einwirkte, während die englische Diplomatie auf der anderen Seite in Petersburg wie bei den Balkanstaaten zur Nachgiebigkeit riet. Die Beziehungen zwischen den zwei Machtgruppen, so erklärte Asquith in jener Rede, seien herzlicher geworden, wenn auch jede von ihnen unverändert so blieb, wie sie war. Die Verständigung über die

Balkanangelegenheiten sei ein sehr angenehmer Zug der jüngsten Geschichte gewesen, und darin habe England in gemeinsamem Wunsche mit Deutschland zusammengearbeitet.

*

Verlauf des zweiten Balkankrieges

Unterdessen versuchten die Türken noch einmal das entschwindende Kriegsglück zu halten. Das führte zu den Kämpfen vom 7. Januar bis zum 16. April 1913, die den Verbündeten viel, aber nicht alles Erstrebte brachten. Das Wichtigste war, ob es dem bulgarischen Heere gelingen werde, sich Konstantinopels zu bemächtigen. Während des Waffenstillstandes hatten die Türken die die Hauptstadt deckende Tschataldscha-Linie noch stärker befestigt und die Bulgaren sahen ein, daß sie sich bei einem Stirnangriffe wieder blutige Köpfe holen würden. Sie wandten sich also vorerst nicht gegen die Halbinsel, auf der Stambul liegt, sondern gegen die von Gallipoli, von der die Dardanellen beherrscht werden. Fiel Gallipoli, so konnte die griechische Flotte ins Marmarameer eindringen und Konstantinopel wurde dann von der Land- wie von der Seeseite bedrängt. Es war nun ein Wendepunkt im Schicksal Bulgariens, daß der Anschlag auf die Halbinsel von Gallipoli mißlang, da die Türken dort, wo die Halbinsel sich vom Festland löst, kräftig widerstanden. Enver Bey als Generalstabschef begnügte sich aber nicht mit der Verteidigung, sondern führte eine Heeresabteilung nach Scharköj in den Rücken der bulgarischen Armee, um sie ins Meer zu werfen. Aber auch sein Angriff mißlang, womit der Kampf zum Stehen kam. Wenngleich Enver Bey nicht einen Umschwung herbeizuführen vermochte, ging aus diesen Kämpfen doch hervor, daß die militärische Kraft der Türken nicht gebrochen war. Auch zeigte sich, daß die Bulgaren so unwiderstehlich nicht waren, wie sie sich schmeichelten; die Blutverluste im ersten Abschnitte des Krieges hatten

sie sehr geschwächt. Im Rate König Ferdinands war sein Generalstabschef Fidschew in mäßigendem Sinne tätig, während General Sawow den König nach wie vor in ehrgeizigen Entwürfen bestärkte.

Ebensowenig kam es auf dem Meere, auf dem die hellenische Flotte das Übergewicht behauptete, zur Entscheidung. Schon im Spätherbste 1912 bemächtigten sich die Griechen der Inseln Tenedos, Lemnos und Thasos; dem Waffenstillstande traten sie, wie erzählt wurde, nicht bei, setzten vielmehr den Angriff fort und eroberten Lesbos und Chios. Während dieser Vorgänge hielt sich das türkische Geschwader, da dessen Befehlshaber von einer Ausfahrt das Schlimmste befürchtete, vorsichtig in den Dardanellen. Als dann in Stambul der kriegerische Umschwung eintrat, wurde ein energischer Admiral, Ramsi Bey, eingesetzt; dieser lief mit seinen Schiffen am 16. Dezember aus, stellte sich mutig zum Kampfe, wurde aber zur Rückkehr genötigt; nicht anders erging es ihm am 18. Januar. Bloß dem türkischen Kreuzer „Hamidije" waren schöne Erfolge beschieden. Er schlüpfte durch die griechische Blockade ins Ägäische Meer und kreuzte bald hier, bald wieder in der Adria; er störte den griechischen Handel, beschoß Küstenplätze und bohrte Truppentransporte der Verbündeten in den Grund.

So tapfer sich die Türken auch zur Wehr setzten, so geschah auf der Balkanhalbinsel doch das Unabänderliche. Von den drei noch aufrechten Festungen Adrianopel, Janina und Skutari fiel eine um die andere. Zuerst Janina. Von den Griechen unter dem Kronprinzen Konstantin hart bedrängt, mußte die von Munition und Lebensmitteln entblößte Festung am 6. März übergeben werden; 20 000 Türken wurden gefangengenommen, 11 000 jedoch schlugen sich in die unwirtlichen Gebirge von Albanien und Epirus durch, den Widerstand unter harten Entbehrungen fortsetzend. Der griechische König Georg konnte sich nur kurze Zeit des Sieges freuen; am 18. März wurde er zu Saloniki von einem Geisteskranken durch einen Revolverschuß getötet. Bei dem neuen Könige Konstantin ruhte das Zepter in sicherer Hand.

Am 26. März erlag auch Adrianopel, dessen Belagerung am 22. Oktober 1912 begonnen hatte. Die Besatzung besaß in Schükri Pascha

einen unerschrockenen und kriegskundigen Befehlshaber, der in zahlreichen, mitunter glücklichen Ausfallsgefechten den Feinden hart zusetzte. Die Einschließung war auch während des Waffenstillstandes nicht unterbrochen, alle Zufuhr abgeschnitten gewesen. Nach dessen Ablaufe belief sich die Belagerungsarmee auf 90—100000 Mann, hauptsächlich Bulgaren, zu denen ein serbisches Korps gestoßen war. Die Artillerie des Verteidigers, der mit seiner Munition immer sparsamer umgehen mußte, wurde niedergekämpft, so daß die Forts nicht mehr Widerstand leisten konnten. Der Hauptsturm begann am 26. März und führte am Vormittag zum Falle eines Teiles der Forts. Darauf mußte sich die in die Stadt zurückgenommene Besatzung am Nachmittag ergeben. Angriff wie Verteidigung waren rühmliche Waffentaten. Gleiches ist von der Belagerung Skutaris zu sagen, das sich am längsten hielt und von dessen wechselvollen Schicksalen noch die Rede sein wird.

Während dieser Kämpfe stellte sich auf beiden Seiten Kriegsmüdigkeit ein. Die Bulgaren hatten, während sie mit der Türkei im Kriege lagen, die Angelegenheiten Mazedoniens vernachlässigt und sahen mit tiefem Unmute, daß sich Serben und Griechen daselbst festsetzten. Deshalb besonders trat König Ferdinand mit der Türkei in Verhandlungen ein, die am 16. April zu einem Waffenstillstande auf dem größten Teil der Balkanhalbinsel führten. Nur um Skutari wogte noch der Kampf.

Das zeitliche und örtliche Einstellen der Feindseligkeiten war nicht etwa das Anzeichen einer friedlichen Stimmung im Südosten des Weltteiles. Im Gegenteil: unter den Balkansiegern brach der Streit um die Beute aus, und sie rüsteten gegeneinander bereits eifriger als zur Vertreibung der Türken aus deren europäischen Besitzungen. Aus den zwei ersten Balkankriegen wuchs der nächste hervor, in dem sich die Verbündeten untereinander zerfleischten, und wahrscheinlich ist die blutige Reihe von Kämpfen auch mit dem Weltkriege nicht abgeschlossen.

Das war aber noch das verhältnismäßig geringere Unheil. Die den Weltteil aufregende Unruhe hatte noch andere, tiefer liegende Ursachen. Die russischen und die österreichischen Rüstungen des Herbstes führten

auch in Deutschland und in Frankreich zu weitreichenden militärischen Maßregeln. Die deutsche Regierung kam — wie erwähnt — im März 1913 zur Kenntnis des im November 1912 geschlossenen englisch-französischen Bündnisses und arbeitete ebenso an der Verstärkung ihrer Wehrmacht wie Frankreich, das auf Andringen Rußlands die Wehrpflicht von zwei auf drei Jahre ausdehnte. Die große deutsche Wehrvorlage vom 7. April 1913 wie die französische glichen dem unterirdischen Grollen vor dem verderbenbringenden Erdbeben.

*

Belagerung Skutaris. Schwäche des Wiener Kabinetts

Nach dem Waffenstillstande steigerten sich noch die Widerwärtigkeiten, welche die Balkankriege über Österreich-Ungarn gebracht hatten; sie erreichten in dem Streite um Skutari den Höhepunkt. Es war schon mißlich, daß die Serben, den Mahnungen des Wiener Kabinetts zum Trotz, Nordalbanien mit Durazzo besetzt hielten, was bei den Gegnern Österreichs Schadenfreude erweckte. Schlimmer noch war, daß König Nikolaus von Montenegro die Belagerung Skutaris mit allen Kräften fortsetzte. Es kümmerte ihn wenig, daß seine Verbündeten am 16. April Waffenstillstand schlossen, daß die Botschafterkonferenz Skutari Albanien zugesprochen hatte und daß deren Vorsitzender, Grey, die fortgesetzte Berennung der Stadt im Unterhause am 25. März als „unnützes Gemetzel“ und „verbrecherische Torheit“ gebrandmarkt hatte. Wußte doch der König, daß Europa gegen ihn nur Worte machte und er höchstens von dem bisher behutsam auftretenden Österreich-Ungarn etwas zu fürchten hatte. Im Februar schickte ihm Serbien ein Korps zu Hilfe, das von griechischen Schiffen über Saloniki an die Adria befördert wurde. Das war für Österreich-Ungarn um so peinlicher, als seinem Kaiser

von altersher das Protektorat über die Katholiken Albaniens zustand und die zahlreichen Bekenner seines Glaubens um Schutz flehten. Das Wiener Kabinett bestürmte die Londoner Botschafterkonferenz, von Montenegro die Erlaubnis des Abzuges der friedlichen Bewohner Skutaris zu verlangen. Der König schlug auch das ab, bis das Wiener Kabinett am 22. März mit Waffengewalt drohte, worauf erst die Nichtkämpfer Skutari verlassen durften. Die Belagerung aber wurde, auch nachdem die Stadt von den Mächten den Albanesen zugesprochen war, fortgesetzt. Auf der einen Seite erhob die Londoner Konferenz in Belgrad und Cetinje Vorstellungen, endlich die Waffen ruhen zu lassen; andererseits aber mahnten die Mächte Österreich-Ungarn zur Geduld und verweigerten die Zustimmung zu dessen bewaffnetem Eingreifen, unter dem Vorgeben, alles werde sich friedlich schlichten lassen. Die Konferenz kam auf den Einfall, den König von Montenegro durch eine Flottenschau an der albanischen Küste und durch die Blockade Nordalbaniens zum Nachgeben zu bestimmen. Die Schiffe der Großmächte — Rußland war zwar nicht vertreten, übertrug aber dem französischen Admiral seine Vollmacht — versammelten sich an der Mündung der Bojana zu einer „Demonstration", was aber die Montenegriner und Serben im Belagern und Stürmen nicht beirrte. Europa hätte, statt seiner Kriegsschiffe, um ein Spottwort Salisburys gelegentlich der Flottendemonstration gegen Griechenland 1880 zu wiederholen, ebenso viele Badewannen mit derselben Wirkung an die albanische Küste senden können.

Berchtold wollte noch immer nichts ohne Zustimmung der Botschafterkonferenz unternehmen, obwohl diese nur der Form nach seinen Wünschen Raum gab, tatsächlich aber Österreich-Ungarn dem öffentlichen Spotte aussetzte. Nur die deutsche Regierung stand ihm aufrichtig zur Seite; alle anderen Mächte hielten ihn mit Redensarten hin und Italien weidete sich an der Verlegenheit des Bundesgenossen. Wenn der österreichische Botschafter Mérey dem Grafen San Giuliano die Notwendigkeit militärischen Eingreifens darlegte, drückte der italienische Minister zwar seine Teilnahme aus, fügte aber hinzu, seine Regierung

wäre mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung des Landes nicht in der Lage, Österreich-Ungarn gegen Montenegro freie Hand zu lassen. Sollte das Wiener Kabinett, so fuhr er fort, trotzdem Truppen nach Skutari senden und die Stadt besetzen, so bliebe Italien nichts übrig, als seinerseits Valona in Verwahrung zu nehmen.

Das Zögern des Wiener Kabinetts hatte seinen Grund zum Teile im Gesundheitszustande des 83jährigen Kaisers. Sonst von ungewöhnlicher körperlicher und geistiger Frische, erkrankte er in den ersten Monaten des Jahres 1913 so schwer, daß sein Leben in Gefahr stand. Die Ärzte erklärten, Aufregungen müßten ihm unbedingt ferngehalten werden. Die Umgebung des Kaisers machte den Grafen Berchtold gewissermaßen für dessen Leben verantwortlich, so daß er mit dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand übereinkam, in der albanischen Frage sei eine hinhaltende Politik zu befolgen, damit man womöglich in einer Linie mit den Großmächten bleibe. Es stand zwar im Widerspruch mit dem ungestümen Naturell des Thronfolgers, daß Österreich-Ungarn in dieser Krise lange untätig blieb; doch glaubte er, zumal die deutsche Regierung energisch im Sinne der Mäßigung und der Vermeidung eines internationalen Konfliktes wirkte, die Verantwortung für die Folgen eines allgemeinen Krieges nicht auf sich nehmen zu können.

Darüber entstand zwischen dem Erzherzoge und dem Chef des Generalstabes, Conrad von Hötzendorf, eine ernste Meinungsverschiedenheit. Die zwei Männer arbeiteten in der Regel zusammen, jetzt gingen ihre Wege auseinander. Conrad litt schwer unter der Minderung des Ansehens der Monarchie in Europa und verlangte, daß Österreich-Ungarn ohne Rücksicht auf die Konferenz, der es sich bedauerlicherweise verschrieben hatte, die Kanonen sprechen lasse. Man werde die Waffen nur zeigen müssen, um die Aufhebung der Belagerung von Skutari zu erzwingen. Aber auch vor dem Losschlagen scheute Conrad nicht zurück, worin ihm nicht bloß die Generäle, wie der Kriegsminister Krobatin und der in Bosnien kommandierende Potiorek, sondern auch der Reichsfinanzminister Bilinski beistimmten[1]). Er vermochte aber den um den Kaiser

[1]) So nach der Denkschrift Conrads an den Kaiser vom Januar 1914.

gezogenen Kreis der Ärzte und Hofwürdenträger nicht zu durchbrechen. „Es wird immer klarer," so äußerte er sich mit bitterem Unmute, „daß ich zum Chef des Generalstabes bestellt wurde, um mit meinem Namen eine schwächliche äußere Politik zu decken." Und er fügte hinzu: Nicht am Kaiser liege die Schuld, der in allen Lebenslagen für einen mutigen Rat empfänglich gewesen sei, sondern an der ihrer Aufgabe nicht gewachsenen Regierung.

So war der Fall Skutaris unabwendbar. Die Verteidigung wurde anfangs von Hassan Riza Beg geleitet, bis dieser unter unaufgeklärten Umständen ermordet wurde; man schrieb die Urheberschaft des Verbrechens dem General Essad Pascha zu, einem Albanesen, der darauf den Oberbefehl übernahm.

Unter beiden Führern erwehrten sich die Verteidiger mit Erfolg der Stürme des montenegrinisch-serbischen Heeres, die sich vorwiegend gegen den Tarabosch richteten, den die Stadt beherrschenden, wohlbefestigten Hügel. Da aber Essad Pascha nach der Fürstenwürde in Albanien strebte, zog er es vor, sich mit Montenegro zu verständigen; er übergab die Stadt am 23. April dem Könige Nikolaus, gegen das Recht freien Abzuges der Garnison, die er für seine ehrgeizigen Pläne zu verwenden gedachte. Von Moskau bis Prag und Agram pflanzte sich der Jubelruf der slawischen Welt fort, begleitet von Hohn auf Österreich-Ungarn, das in seinen Südprovinzen eine bewaffnete Macht zusammenhielt, ohne sich zum Eingreifen entschließen zu können.

Die Eroberung Skutaris war für Österreich-Ungarn ein solcher Schlag, daß sich dessen Regierung endlich aufraffte. Noch am selben Tage eröffnete Berchtold den Großmächten, das Wiener Kabinett sei nicht willens, die ihm wie auch der Botschafterkonferenz zugefügte Beleidigung hinzunehmen. Sollten die Mächte nicht ohne Verzug gegen Montenegro militärische Maßregeln ergreifen, so werde die Donaumonarchie allein die Räumung Skutaris erzwingen; sonst, so erklärte der österreichische Botschafter in Petersburg, würde das europäische Konzert zum Gelächter.

Wie beim Hahnenschrei die Gespenster, so verschwanden bei dieser Ankündigung die Quertreibereien der europäischen Diplomatie. Der Form wegen mahnte Sasonow noch einmal in Wien zum Abwarten und San Giuliano legte das Gesicht in ernste Falten. Wirklicher Widerspruch aber erfolgte von keiner Seite. Die Voraussage Conrads traf aufs Wort ein. Sobald die österreichisch-ungarischen Regimenter zum Einmarsche in Montenegro bereitgestellt waren, erklärte König Nikolaus am 3. Mai seine Unterwerfung; er ließ nur um eine Verschiebung der militärischen Aktion bitten, um seine Truppen aus Skutari herausziehen zu können. Am Tage darauf wurde auch Durazzo von den Serben geräumt, nachdem sie seit November die Mahnungen Österreich-Ungarns in den Wind geschlagen hatten.

Skutari aber ward am 14. Mai durch Truppen der verschiedenen Großmächte besetzt, um seinerzeit dem albanischen Fürstentum übergeben zu werden.

Jetzt erst, nach einem Waffendienste von 7 Monaten, wurden die österreichischen und ungarischen Heeresteile an der serbischen und montenegrinischen Grenze auf den Friedensstand gesetzt. All das hätte bei mutigem Auftreten schon geraume Zeit früher erreicht werden können.

*

Die Entscheidung der Botschafterkonferenz

Jetzt endlich waren die Dinge reif zum Friedensschlusse zwischen dem Balkanbunde und der Türkei, die in Europa nichts mehr zu verlieren hatte als ihre Hauptstadt. Strittig waren nur noch die Grenzen des schmalen, Stambul umgebenden türkischen Landgebietes und das Schicksal der Inseln des Ägäischen Meeres. Der Londoner Botschafterkonferenz fiel, da die beteiligten Staaten sich nicht einigen konnten, der Schiedsspruch zu. Bulgarien wollte, da es vom Bosporus ausge-

schlossen war, wenigstens am Marmarameer festen Fuß fassen und forderte hier eine Grenzlinie, die sich von Rodosto bis zum Kap Malathria am Schwarzen Meer erstreckte. Darauf ließen sich aber die Großmächte nicht ein. Adrianopel mochte den Bulgaren zufallen, am Marmarameer jedoch durften sie sich nicht einnisten.

Die Botschafterkonferenz zog also die Grenze von Enos am Ägäischen bis Midia am Schwarzen Meer, wodurch die Dardanellen und die Propontis ebenso türkisch blieben, wie der Bosporus. So beschlossen es Rußland und Britannien, und die anderen Mächte waren damit einverstanden. Grey erhielt die Vollmacht, dem Balkanbunde in diesem Punkte den Willen Europas anzukündigen und nötigenfalls aufzuzwingen. Bei den Friedensverhandlungen entwickelte er sonst viel Geduld und Höflichkeit, jetzt griff er kräftig durch. Bei der entscheidenden Aussprache am 27. Mai lud er die Abgesandten der Balkanstaaten, die den Vorschlag der Großmächte annahmen, zur Unterzeichnung des Friedensvertrages ein, den anderen legte er nahe, London zu verlassen — eine ungastliche Gebärde, die dem Hausherrn nicht wohl anstand, aber die beabsichtigte Wirkung hervorbrachte. Bulgarien hatte sich bereits mit seinen Bundesgenossen überworfen und wollte weitere Konflikte mit den Großmächten vermeiden; es gab mithin nach. So wurde der Vorfriede von allen Beteiligten unterzeichnet. Er ließ aber mehr Fragen unerledigt, als er löste. Festgelegt war nur, was die Türken in Europa verloren, dagegen zweifelhaft, wie diese Festlandsgebiete unter den Siegern zu verteilen waren; ferner was mit gewissen wichtigen Inseln des Ägäischen Meeres geschehen sollte. Über die erstere Frage mußten sich erst die Sieger einigen, über die letztere ward den Großmächten der Spruch vorbehalten. Die Bestimmungen des Vorfriedens glichen offenen Pulverfässern, neben denen Feuer angezündet waren. Als der Londoner Friedenskongreß die Sitzungen schloß, waren alle Teile unbefriedigt, die Mitglieder des Balkanbundes auf dem Sprunge, übereinander herzufallen. Ein vielhundertjähriger Abschnitt der Geschichte des Balkans, der die Türkenherrschaft in sich schloß, war beendet, eine neue Zeit brach herein, in der das Schicksal der Balkan-

völker in deren eigene Hand gelegt war. Deshalb hörte aber das Blutvergießen nicht auf, nur daß die der Ketten Entledigten die Waffen gegeneinander kehrten.

*

Österreich-Ungarn und die großserbische Bewegung

Durch die Vorgänge während der zwei ersten Balkankriege war das Ansehen Österreich-Ungarns tief gesunken. Nicht bloß, weil es unwiderruflich zu Ende mit dem Traume war, daß die Habsburger jemals wieder auf den Spuren des Prinzen Eugen von Savoyen wandeln und die Straße nach Saloniki einschlagen würden. Darauf verzichtete das Wiener Kabinett schon mit seinem Balkanprogramme vom Herbste 1912; den ganzen Winter hindurch erklärte es wiederholt, daß es für sich nichts verlange, nur für Albanien die ihm gebührenden Küstenplätze und für Rumänien eine gewisse Erweiterung gegenüber Bulgarien, damit sein Bundesgenosse bei der Teilung des türkischen Erbes nicht leer ausgehe. Aber auch diese bescheiden gesteckten Ziele waren nur mühsam oder gar nicht erreicht worden. Bulgarien sträubte sich trotz dem Zureden der zwei Mittelmächte hartnäckig gegen die ihm zugemutete Abtretung Silistrias, so daß sich in Bukarest die Ansicht festsetzte, der Anschluß an den Dreibund böte nicht den geringsten Vorteil. Sichtbar wurde der Einfluß der Mittelmächte weit von dem der europäischen Randstaaten übertroffen, deren Freunde und Schützlinge aus dem Kriege mit Lorbeeren und Landgewinn heimkehrten. Fast ebenso schlecht schnitt Österreich-Ungarn im Zwiste mit Serbien und Montenegro ab. Wohl rettete es den Albanesen ein gewisses verkleinertes Gebiet, aber das Ergebnis war wesentlich durch das Zusammenwirken mit Italien erzielt worden und bloß, weil dieses sich Albanien zum Verspeisen zurechtrichtete; ohne Italiens Fürspruch

hätte die Botschafterkonferenz dem Wiener Kabinett nicht einmal ihre platonische Mithilfe gewährt.

Das Verhältnis zu Italien gestattete der österreichischen Regierung ein Aufatmen mitten unter schweren Sorgen. San Giuliano kannte den nationalen Hexenkessel auf dem Balkan und sah voraus, daß Italiens Streben nach der Herrschaft über die Ostküste der Adria bei den Südslawen auf härteren Widerstand stoßen werde als bei Österreich-Ungarn; deshalb hatte er den Dreibund schon anderthalb Jahre vor dessen Ablauf am 5. Dezember 1912 erneuert und unterstützte die Donaumonarchie mit den uns bekannten Vorbehalten in ihrem Kampfe um Durazzo und Skutari. Er ging aber noch weiter. Schon im Januar 1913 waren die drei verbündeten Regierungen in Kenntnis des im Jahre vorher geschlossenen französisch-englischen Marineabkommens, demzufolge die britischen Schiffe aus dem Mittelländischen Meere gezogen wurden, wogegen Frankreich seine ganze Kriegsflotte in dessen Gewässern vereinigte. Die Zusammenfassung aller französischen Seestreitkräfte in den Kriegshäfen von Toulon und Biserta bei Tunis gab den Italienern zu denken; sie empfanden den Druck gleich bei der ersten Gelegenheit in dem Streite um die albanischen Häfen, während dessen die französische Regierung den Griechen ihren Schutz gewährte und deren Ansprüche auf Valona begünstigte.

Diese Umstände bestärkten den italienischen Generalstab, dessen Chef Pollio ein überzeugter Anhänger des Dreibundes war, in dem Gedanken eines engeren, auch maritimen Zusammenschlusses mit Österreich-Ungarn und Deutschland, was San Giuliano bei seiner politischen Gesamtrichtung billigte. Die Verhandlungen über ein Marineabkommen dauerten durch Monate; sie führten im April 1913 zu einer grundsätzlichen Einigung; doch fand die Unterzeichnung im Entwurfe erst am 23. Juni statt; die endgültige Konvention trägt das Datum des 2. August, sie sollte am 1. November 1913 in Kraft treten[1]).

Es ist bemerkenswert, wie tief sich Italien mit den Mittelmächten einließ, nicht etwa aus Gefühlsrücksichten, sondern aus dem Bedürfnisse

[1]) Vgl. Pribram, „Geheimverträge", S. 308ff.

eines Rückhaltes gegen die übermächtige französische Flotte. Auf diesen Kampf ist das Abkommen zugeschnitten, an dessen Spitze die Worte stehen: „Die im Mittelmeere befindlichen Seestreitkräfte des Dreibundes vereinigen sich behufs Erringung der Seeherrschaft im Mittelmeere durch Niederkämpfung der feindlichen Flotte." Italien hielt die französische Gefahr für so ernst, daß, wahrscheinlich auf seinen Vorschlag, gleich damals die Ernennung eines gemeinsamen Oberbefehlshabers der verbündeten Flotten für den Kriegsfall vereinbart und zu diesem Amt der österreichisch-ungarische Admiral Haus bestimmt wurde; ihm wären bei dem Bundeskriege alle Streitkräfte, auch die Italiens, untergeordnet gewesen. Damit erkaufte sich das römische Kabinett die ihm genehme Einteilung und die Hilfe auch der österreichisch-ungarischen Flotte. Etwa ein Drittel derselben blieb zur Verteidigung in der Adria zurück, zusammen mit nicht mehr als vier italienischen Panzern. Dagegen hatte Österreich-Ungarn zwei Drittel seiner Flotte ins Mittelländische Meer zu schicken, die sich mit den zwei italienischen Geschwadern und mit vier deutschen Kriegsschiffen zu vereinigen hätten. Die verbündeten Geschwader sollten sich an der Ostküste Siziliens treffen und Admiral Haus hätte sie zunächst gegen den französischen Kriegshafen Biserta zu führen, um die Franzosen zu schlagen und die Überschiffung von Landtruppen aus Nordafrika nach dem Mutterland zu verhindern. Gelang dies, dann sollte sich die verbündete Flotte nach dem Norden des Mittelländischen Meeres wenden, wo Italien bloß ein schwaches Geschwader zurückzuhalten hatte, um hier der französischen Hauptflotte mit ihrem Stützpunkt Toulon die Spitze zu bieten. Die Österreicher und die Deutschen waren also die Hilfegewährenden, welche die italienischen Häfen und Küsten vor Beschießung und Brandschatzung bewahren sollten; begreiflich, daß der Oberbefehl bei dem gemeinsamen Werke dem österreichisch-ungarischen Admiral übertragen ward. In dem Abkommen waren alle Panzerschiffe der Verbündeten dem Zwecke entsprechend eingestellt; für die Österreicher ward der Hafen Augusta an der Ostküste Siziliens, für die späteren Operationen der Kriegshafen auf der Insel Maddalena

nordöstlich von Sardinien als Sammelplatz bestimmt; Italien verpflichtete sich, schon im Frieden für die Anstalten zur Aufnahme der Verbündeten zu sorgen. Dies alles galt für den Kriegsfall, über dessen Eintritt, da das Notwendige darüber bereits im Dreibundvertrag festgesetzt war, keine weitere Abmachung erfolgte. Wunderbar, wenn man das Abkommen mit Italiens Abfall 1915 zusammenhält. Nun sind Verträge auch sonst oft gebrochen worden; das Eigene an der italienischen Politik war aber, daß sowohl mit dem Dreibund wie mit dessen Feinden abgeschlossen wurde, in dem festen Vorsatze, es mit dem im Kampfe Stärkeren zu halten und den Schwächeren zu verraten.

Darauf machte sich auch das Wiener Kabinett gefaßt; der Chef des Generalstabes Conrad und Admiral Haus wenigstens rechneten mit voller Bestimmtheit auf den Abfall Italiens. Graf Berchtold nahm die für den Augenblick nützliche Freundschaft Italiens immerhin mit, und daraufhin wagte er es nach der Eroberung Skutaris, Österreich-Ungarns Ehre als Großmacht mit einem letzten Ruck wiederherzustellen. Auch der russischen Regierung hatte er sich bis zu einer gewissen Linie versichert. So glückte die Sache; in den Augen der Südslawen freilich hatte Österreich-Ungarn ausgespielt.

Es ließe sich darüber streiten, aus welchen Gründen Serbien und Montenegro der Donaumonarchie durch sieben Monate Trotz bieten konnten, wenn die russische Regierung sich nicht darüber ausgesprochen hätte. Nach dem am 11. März mit Österreich-Ungarn über die beiderseitigen Rüstungen geschlossenen Ausgleiche wünschte das Petersburger Kabinett die rasche Schlichtung auch der albanischen Frage, sah aber seine Absicht von Montenegro durchkreuzt, weshalb es am 10. April eine öffentliche Erklärung erließ, in der dem unbotmäßigen Vasallen eine Strafpredigt gehalten wurde[1]). „Als die Skutarifrage gelöst wurde," heißt es darin, „ward der König freundschaftlich davon in Kenntnis gesetzt, unter Hinweis auf die schwere Verantwortung, die er auf sich nehme, wenn er weiterhin seinen Widerstand fortsetze. Dann wurde

[1]) Die Übersetzung dieses Regierungsartikels findet sich in Schultheß, „Europäischer Geschichtskalender", 1913, S. 614.

ihm der Rat erteilt, sich den Beschuldigungen, persönliche Gesichtspunkte zu verfolgen, indem er die Montenegriner nutzlosen Massakers preisgebe, zu entziehen. Als diese Schritte bei König Nikolaus erfolglos blieben, wurde klar, daß er mit der Einmischung Rußlands und der Großmächte und einem europäischen Kriege rechnete... Die russische Regierung kann nicht von ihrem Standpunkte abgehen, daß ihre Verantwortlichkeit vor dem russischen Volke in erster Linie die Pflicht in sich schließe, kein russisches Blut zu vergießen, wenn es nicht die Interessen des Vaterlandes fordern."

In dieser Zurechtweisung war der Kern aus der Hülle geschält und festgestellt, daß Montenegro einen europäischen Krieg entzünden wollte, um das großserbische Programm durchzusetzen; und dasselbe galt von den Hintermännern des Königs Nikolaus in Moskau und in Belgrad, von den Panslawisten wie von den Männern der großserbischen Bewegung. Das Schlimme war, daß die russische Politik ein doppeltes Antlitz zeigte. Während der Zar und Sasonow zu einem Ausgleiche bereit waren, arbeiteten ihnen in Montenegro die zwei mit den Töchtern des Königs Nikolaus vermählten Großfürsten entgegen, und der Gesandte Hartwig spornte in Belgrad die Regierung an, sich nicht an den Einspruch Österreich-Ungarns zu kehren. Dieses werde es nicht wagen, den Südslawen mit den Waffen entgegenzutreten; nach Wien kam die Nachricht, Hartwig habe Serbien zur Absendung des gegen Skutari bestimmten Hilfskorps ermutigt; er sei mit Pašič ein Herz und eine Seele. Die Unbotmäßigkeit der panslawistisch gesinnten russischen Diplomaten war eines der gefährlichsten Elemente.

Wir erinnern uns übrigens, daß Pašič schon 1908 in der entscheidenden Sitzung des serbischen Kabinettes, entgegen dem Rate des Ministers des Äußeren, Milovanović, für den Krieg mit Österreich-Ungarn gestimmt hatte; aber auch der letztere wandte sich bald darauf der Kriegspolitik zu, indem er den Balkanbund vom 13. März 1912 mit der ausgesprochenen Absicht schloß, die Streitkräfte der verbündeten Staaten zuerst gegen die Türkei, dann gegen Österreich-Ungarn zu vereinigen.

In dem genannten Vertrage war Mazedonien zum übergroßen Teile den Bulgaren überlassen worden, um sie für einen Krieg zur Eroberung Bosniens zu gewinnen. Das war die ausgesprochene Absicht Pašić', als er kurz darauf die Leitung der Staatsgeschäfte übernahm. Diesen leitenden Gedanken hielt er auch fest, als Serbien mit Bulgarien über die Teilung der Beute in Streit geriet. Wäre es nach ihm gegangen, so hätte sein Land in Mazedonien ein Opfer gebracht, wofür es sich in Bosnien entschädigen sollte. Diese bulgarenfreundliche Gesinnung zog ihm im Frühjahr 1913 den Haß der serbischen Offiziere zu, die ihm vorwarfen, er beabsichtige die Stammesgenossen in Mazedonien leichtfertig preiszugeben. Auch nach dem Kriege mit Bulgarien ließ er seinen Gedanken nicht fallen, er sprach sich in diesem Sinne im Februar 1914 zum Zaren aus; man könne — meinte er — Bulgarien gewisse Zugeständnisse machen, „wenn es bei der Lösung der serbisch-kroatischen Frage behilflich sein wolle“ [1]). Wenn Serbien also — für diesen Plan wollte er nach seinem eigenen Berichte über das Gespräch den Zaren gewinnen, — mit Hilfe Bulgariens die kroatisch-südslawischen Länder erobere, konnte der dem Zaren verhaßte König Ferdinand begnadigt werden. Begreiflicherweise leugnete die serbische Regierung amtlich ihre Absicht ab und gab sich im März und April 1913 den Anschein, daß sie sich gern mit Österreich-Ungarn aussöhnen würde, wenn dieses nur Durazzo den Serben überlassen wollte; darauf zielte auch eine von Pašić im März 1913 nach Wien unternommene Reise. Es gab gewichtige Gründe für Österreich-Ungarn, sich nicht gegen die Ausdehnung Serbiens ans Meer zu stemmen und nicht alle Kraft an dieses Ziel zu setzen; es wäre aber naiv zu glauben, daß die großserbischen Treibereien aufgehört hätten, wenn das Wiener Kabinett in der albanischen Frage zurückgewichen wäre. Nach den Siegen Serbiens über die Türkei, nach den Gefechten von Kossowo, Prilep und nach seinem rühmlichen Anteil an der Eroberung Adrianopels und Skutaris war das Selbstgefühl des Volkes mächtig geschwellt, das Vertrauen auf die

[1]) So nach dem eigenen Berichte Pašić' über seine Audienz beim Zaren bei M. Boghitschewitsch, „Kriegsursachen“, S. 177.

eigene Kraft so groß, daß die Waffenentscheidung mit Österreich-Ungarn nur eine Frage der Zeit war. Da jedoch Serbien mit der nördlichen Großmacht und seinem achtunggebietenden Heere aus eigener Kraft nicht fertig werden konnte, erwarteten die großserbischen Patrioten die Erfüllung ihrer Wünsche von einem europäischen Kriege. Allerdings ließ die russische Regierung in ihrer Erklärung vom 10. April 1913 der Welt sagen, daß sie das Blut der Söhne des Reiches nicht für die großserbischen Ansprüche werde dahinströmen lassen, und sie war damals noch stark genug, um die Moskauer Panslawisten und die anderen kriegslustigen Elemente, den Großfürsten Nikolaus und die Generäle, niederzuhalten. Daher mußten die Serben und die Montenegriner Durazzo und Skutari räumen; aber der Stachel blieb bei ihnen zurück und sie ließen die Donaumonarchie die ihnen bereitete Niederlage entgelten. Mehr als je litt Österreich-Ungarn durch die Aufpeitschung des Nationalgeistes in seinen südslawischen Ländern, durch großserbische Verschwörungen und Mordanschläge, bis von Bosnien aus die Kriegsfurie entfesselt wurde.



XXXVII

Wettrüsten in Europa 1913

Die Menschen stehen immer im Banne des letzten großen Erlebnisses, das, ob freudig oder schmerzlich, überstark auf sie wirkt; darüber verrauschen die Lehren der Geschichte, wenn sie überhaupt in ihrem Geiste Wurzel geschlagen haben. Im Winter auf 1913 war die Welt voll von den Siegen des Balkanbundes, von dem Emporkommen der Slawen, von der Gemeinbürgschaft Rußlands und seiner Vasallen, die dem sie schützenden Zarenreich in einem europäischen Kriege militärischen Zuzug leisten würden. Blieben die Slawen einig, so verschob sich zu ihnen der Schwerpunkt der Macht.

Frankreich horchte auf und reckte sich in die Höhe, es sah den Tag der Abrechnung mit Deutschland heraufziehen. In Erwartung der kommenden Dinge und bereit, den günstigen Augenblick zu benützen, verbanden sich Frankreich und England im November 1912 durch die zwischen Grey und Cambon gewechselten Briefe, nicht bloß um einen Angriff abzuwehren, sondern um beim Eintreten „eines, den allgemeinen Frieden bedrohenden Ereignisses“ militärische Maßregeln zu treffen. Ihre Hand ruhte am Degen, zur Verteidigung wie zum Angriffe bereit.

Auch ohne von diesem Abkommen unterrichtet zu sein, empfand die deutsche Regierung die gesteigerte elektrische Spannung der Atmosphäre. Die strategische Rechnung ihres Generalstabes war umgeworfen. Das von deutschen Offizieren ausgebildete türkische Heer war zerschlagen und nur notdürftig zusammengekittet. Österreich-Ungarn wäre, wenn es im Kriegsfalle die Streitkräfte des gesamten Balkanbundes zu bekämpfen gehabt hätte, damit übergenug beschäftigt gewesen. Bei dieser Sachlage konnte es gegen Rußland nur ein unzureichendes Heer aufbieten, zumal wenn seine Slawen sich nicht mehr zur Verteidigung der

Monarchie gegen die slawische Welt im Osten und Süden bereitfanden. Dann ruhte die Last der Abwehr gegen Rußland ausschließlich auf dem Deutschen Reiche. Daher der im November 1912 zu Berlin gefaßte Beschluß auf verstärkte Waffenrüstung[1]).

Vorsicht war um so mehr geboten, als die deutsche Regierung im März 1913 zur Kenntnis nicht bloß des englisch-französischen Marineabkommens, sondern auch des Grey-Cambonschen Briefwechsels kam, welch letzterer ihr sogar im Wortlaut übermittelt wurde. Der gewandte Überbringer dieser wichtigen Nachricht, offenbar ein deutscher Diplomat, befand sich zwar im Irrtume mit der Annahme, daß England der französischen Verlockung erlegen wäre — es verhielt sich eher umgekehrt —, aber er zog aus den Schriftstücken den richtigen Schluß, indem er schrieb:

„Die englische Regierung spielt ein gefährliches Spiel. Sie hat durch ihre Politik in der bosnischen und in der marokkanischen Frage Krisen, die Europa zweimal an den Rand des Krieges brachten, hervorgerufen. Die Ermutigung, die sie direkt wie indirekt andauernd dem französischen Chauvinismus zuteil werden läßt, kann eines Tages zu einer Katastrophe führen, bei der englische wie französische Soldaten auf französischen Schlachtfeldern die englische Einkreisungspolitik mit ihrem Blute bezahlen werden. Die Saat, die König Eduard gesäet hat, geht auf.“[2])

*

Französische und deutsche Truppenvermehrung

Je düsterer für Deutschland der Anblick der Lage war, desto heller erstrahlte im Herzen des französischen Volkes die Hoffnung auf Wiedergewinn des 1870 Verlorenen. In Poincaré sahen die Nationalisten

[1]) Den Zeitpunkt gab Bethmann Hollweg im Reichstage am 8. April 1913 an.

[2]) Die der deutschen Regierung zugekommene wichtige Enthüllung wurde von ihr zu Beginn des Weltkrieges der Öffentlichkeit bekanntgegeben. H. F. Helmolt, „Die geheime Vorgeschichte des Weltkrieges“, S. 75—77.

den Träger dieses Gedankens, dem er schon als Ministerpräsident jeden möglichen Dienst leistete. Als daher die Amtsdauer Fallières' im Januar 1913 zu Ende ging, war Poincaré für die Männer der Vergeltung der natürliche Anwärter auf die höchste Würde der Republik. Eben deshalb stieß seine Bewerbung bei seinen persönlichen Gegnern gleich Clemenceau, wie auch bei den Friedensfreunden innerhalb der republikanischen Gruppen auf Widerspruch. Als sich diese am 16. Januar zur Probeabstimmung versammelten, blieb er mit 309 Stimmen in der Minderheit gegenüber Pams, auf den sich 323 Stimmen vereinigten; letzterer wurde zum Kandidaten der Republikaner ausgerufen und Clemenceau forderte in seiner gewalttätigen Art Poincaré zum Rücktritte von der Bewerbung auf. In den Straßen von Paris jedoch kam es zu Kundgebungen für den Lothringer, der aus seinem Grolle gegen Deutschland kein Hehl machte. Am entscheidenden Wahltage, dem 17. Januar 1913, gaben ihm auch die Monarchisten ihre Stimme, doch selbst dann war seine Mehrheit nicht groß, nicht mehr als 483 unter 870 Stimmen.

Der neue Präsident der Republik entsprach der in ihn gesetzten Erwartung gleich damit, daß er am 26. Februar Delcassé zum Botschafter in Petersburg ernannte. Der Mann, der 1905 den Krieg mit Deutschland der Erledigung der Marokkofrage durch Zusammentritt einer Konferenz vorzog, trug dem Erbfeinde seitdem auch die erlittene persönliche Niederlage und die Verdrängung aus dem Amte nach. Wie er in Petersburg gegen Deutschland tätig war, so in Paris der Botschafter Iswolskij, der, von Aehrenthal politisch überwunden, seinerseits an Österreich-Ungarn Rache zu nehmen vorhatte.

Während des Winters auf 1913 arbeiteten in Paris und in Berlin die Generalstäbe an den Plänen zur Heeresverstärkung, über die Poincaré sich schon im August 1912 zu Petersburg mit Rußland verständigt hatte. Wohl stellte die französische Regierung amtlich in Abrede, daß sie damals mit der russischen Regierung ein Abkommen auf Verlängerung des Heeresdienstes geschlossen hätte, und ein förmlicher Vertrag wird somit auch nicht zustande gekommen sein; aber Clemenceau und

Jaurès haben so bestimmt behauptet, in Petersburg wäre der Anstoß gegeben worden, daß an dieser Tatsache nicht zu zweifeln ist. Am 17. Februar veröffentlichte der „Temps“ die Grundzüge des neuen Wehrgesetzes, das den Kammern am 6. März unterbreitet wurde. Es legte den Franzosen ein schweres Opfer auf, indem die Dienstverpflichtung von zwei auf drei Jahre verlängert werden sollte, wodurch das stehende Heer eine Erhöhung des Friedensstandes um 157000 Mann, von 480000 auf rund 640000 Mann erfuhr. Da das Vorrecht des Einjährigfreiwilligendienstes 1905 abgeschafft worden war, bedeutete die Vorlage für die studierende Jugend wie für alle Bürger eine erhebliche Vermehrung der Kriegslasten. Nach der Ansicht des Generalstabes jedoch konnte Frankreich, das bloß 39 Millionen Einwohner gegenüber den 65 Millionen Deutschlands zählte, nur auf diese Art dem überlegenen Feinde die Spitze bieten, und so gegen den ersten feindlichen Stoß ein genügend starkes Heer auf die Beine bringen.

Obwohl nun die Mehrheit der Kammern der Vorlage günstig gesinnt war, erhob sich doch auch lebhafter Widerspruch. Eine große Anzahl von Schriftstellern und Gelehrten, darunter Anatole France, warnte in einem öffentlichen Aufrufe vor der Überstürzung, mit der das geistige und wirtschaftliche Leben der Nation in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dazu der militärische Gegengrund: keine Armee zieht vor Einberufung ihrer Reserven ins Feld, so daß, wenn nur die Truppen in zwei Jahren genügend ausgebildet sind, die Auffüllung der Stämme ebenso schnell vor sich geht, ob nun ein Jahrgang mehr bereits unter den Fahnen steht oder nicht. Besonders unter den gerade dienenden Mannschaften, die, zu zweijährigem Dienste berufen, unerwartet von der neuen Verpflichtung betroffen wurden, erregte die Reform große Erbitterung. In Paris, Orleans, Nancy, Belfort und an vielen anderen Orten rotteten sich die Soldaten zusammen und drohten mit Aufruhr, wenn man sie länger bei den Fahnen festhalte. Die Regierung gab insofern nach, als sie in das Gesetz die Bestimmung aufnehmen ließ, die bereits dienenden Soldaten seien nach dem zweiten Jahre zu entlassen. Der ganze Vorgang warf auf die Mannszucht im Heere ein übles Licht; als außer-

dem bekannt wurde, daß die Zahl derjenigen, die sich der Einberufung zum Dienste entzogen, in den Jahren 1909 bis 1911 von 23370 auf 76723 gestiegen war, mehrten sich die Besorgnisse. Die Freunde der Militärvorlage wuchsen jedoch an Zahl, als die deutsche Regierung am 7. April dem Reichstage einen Entwurf vorlegte, demzufolge die Zahl der jährlich Auszuhebenden um 116965 Mann zu erhöhen wäre. Durch dieses Aufschnellen der Rekrutenzahl sollte das deutsche Heer den Friedensstand von 863000 Mann erreichen, also den Frankreichs ganz bedeutend übertreffen, selbst wenn die Kammern der Vorlage zustimmten.

Diesseits wie jenseits des Rheins wurde behauptet, erst die Rüstungen des anderen Teils hätten zu Gegenmaßregeln genötigt. Tatsächlich aber waren beide Regierungen schuld an dem Wettrüsten, denn die jetzige Anstrengung war hüben wie drüben ins Auge gefaßt, bevor man von der Absicht der anderen Kenntnis hatte; dann aber trieb ein Keil den anderen. Die Reden des Kriegsministers Etienne vom 18. Juni und des Ministerpräsidenten Barthou vom 26. Juni, welche die Einwürfe Jaurès', Caillaux' und der Sozialisten bekämpften, enthielten kriegerische Aufrufe gegen das Deutsche Reich. Etienne erklärte, Deutschland denke nicht an einen plötzlichen Angriff, sondern an einen Massenangriff, deshalb vermehre es seine Truppenzahl. Diese Gefahr verkennen, hieße die Nation täuschen; wenn Frankreich nicht überflutet werden wolle, müsse es von der ersten Stunde an die Gesamtheit der organisierten Streitkräfte ins Feld schicken.

Ob nun der böse Wille Deutschlands bestand oder nicht, jedenfalls war der militärische Beweisgang Etiennes schief, da, wie man ihm in der Kammer vorhielt, die Korps aus dem Innern doch immer erst nach Einziehung aller Reservemänner des Feldheeres an die Grenze befördert werden würden, also mit den Mannschaften von 14 Altersklassen und nicht bloß von den dreien, die gerade bei den Fahnen standen. Doch gleichviel; das aufgepeitschte Mißtrauen beherrschte die öffentliche Meinung so stark, daß der Grundsatz der dreijährigen Dienstpflicht in der Deputiertenkammer am 20. Juli mit 358 gegen 205 Stimmen genehmigt

wurde. Die verhältnismäßige Stärke der Opposition war jedoch ein Beweis, daß die Erklärung der sozialistischen Partei gegen „die pseudonationale Politik“ des Präsidenten Poincaré auch bei den bürgerlichen Radikalen Billigung fand. Im Senat war die Mehrheit für das Gesetz größer; bezeichnenderweise enthielt sich der Führer der französischen Pazifisten, Baron d'Estournelles de Constant, der Abstimmung, statt sich zu der von ihm auch in einer Berliner Friedensversammlung verkündeten Überzeugung zu bekennen.

Mit demselben Ergebnisse schlossen die Verhandlungen des deutschen Reichstages, nur daß aus ihm sorgenvoller Ernst über die Einkreisung Deutschlands sprach. Die Militärvorlage knüpfte an die Tatsache an, daß die allgemeine Wehrpflicht im Reiche nur unvollkommen durchgeführt war, da man die Ausgaben für die Einstellung aller waffenfähigen jungen Mannschaften scheute. Frankreich dagegen legte sich dieses Opfer auf, um trotz seiner geringeren Einwohnerzahl eine der deutschen nahezu gleich starke Armee aufzustellen. Daher wurden jenseits des Rheins alle waffenfähigen jungen Leute ausgebildet, 82 % aller Zwanzigjährigen, in Deutschland nur 58—59 vom Hundert[1]). Somit mußten in Deutschland sofort ältere Leute, meist Familienväter, in den Krieg ziehen, viele Jüngere blieben dagegen zunächst zu Hause, um erst ausgebildet zu werden. Deshalb verlangte die Heeresverwaltung die Erhöhung der jährlichen Rekrutenzahl um 63000 Mann, also bei zweijähriger Dienstpflicht die Verstärkung des Friedensheeres um 116—117000 Gefreite und Gemeine, zu denen noch 4000 Offiziere und 15000 Unteroffiziere traten. Es sollten also fortan statt 661000 Mann 778000 Gefreite und Gemeine, außerdem 17000 Einjährig-Freiwillige Heeresdienst leisten. Man sieht also, daß Frankreich seinen Friedensstand mehr erhöhte als Deutschland; aber dieses verstärkte gleichzeitig seine Feldarmee, was Frankreich nicht mehr vermochte, da es bereits früher alle seine waffenfähige Mannschaft eingestellt hatte. Es war in Deutschland auch so eine starke Anspannung, aber nicht die äußerste, zu der die Nation

[1]) So der Regierungsvertreter in der Sitzung des deutschen Reichstags vom 9. April 1913.

fähig war; sind doch zu Beginn des Weltkrieges 1 200 000 Kriegsfreiwillige zu den Fahnen geeilt.

Auch in Frankreich mußten gleichzeitig große Summen für die neuen Heeresauslagen bewilligt werden; in Deutschland forderte die Regierung für die Mehrkosten an Bewaffnung, Ausrüstung und für Neuformationen den großen einmaligen Betrag von 1291 Millionen Mark. Nicht durch Anleihen wollte man diese Summen decken, sondern durch neue Steuern. Abgesehen von der Erhöhung der Zölle und der Erbschaftssteuern, außer den neuen Stempelabgaben und sonstigen Leistungen, wurde eine Vermögensumlage verlangt. Diese Wehrsteuer traf ausschließlich die besitzenden Klassen, fand aber nirgends Widerspruch, da das von Feinden und Nebenbuhlern umgebene Vaterland das Opfer zu heischen genötigt war.

Durch die Beratungen wehte ein freudiger nationaler Sinn, der nirgends in eine Herausforderung des Auslandes umschlug. Alle bürgerlichen Parteien stimmten zu, Polen und Elsässer natürlich ausgenommen; die Sozialdemokraten behaupteten, sie glaubten an keinen großen Krieg und verspotteten die Furchtsamen, die sich vor den Balkanwirren und überhaupt vor aller Welt fürchteten.

*

Deutsche Außenpolitik. Jagow

Der Gang der deutschen Außenpolitik war im allgemeinen den zwei von Bethmann-Hollweg bei der ersten Lesung der Wehrvorlage gehaltenen Reden zu entnehmen, und schon aus ihnen erhellte, daß der Tod Kiderlen-Wächters (Ende Dezember 1912) nicht spurlos vorübergegangen war. Sein Scheiden war für das Reich ein schwerer Verlust und da auch Marschall im selben Jahre verschied, blieb die ihrer zwei fähigsten Männer beraubte deutsche Diplomatie verwaist zurück. Es war Not an Mann; Lichnowsky war für London kein ausreichender Ersatz und

auch für das Amt des Staatssekretärs mußte man sich mit einem Notbehelfe begnügen. Der Botschafter am Quirinal, Gottlieb von Jagow, auf den die Wahl fiel, scheute selbst vor der schweren Bürde zurück und bat dringend, auf seinem Posten bleiben zu dürfen, wich aber dem Drängen des Kaisers und Bethmanns und wurde am 5. Januar 1913 mit der Leitung der Geschäfte betraut. Dabei war bei der Unsicherheit des Kanzlers in der äußeren Politik die Wahl seines Gehilfen eine Angelegenheit erster Ordnung. Kiderlen-Wächter war fast ganz selbständig vorgegangen und mitunter kaum dazu zu bringen, dem Kanzler in die Verhandlungen mit dem Auslande Einblick zu gewähren. Seine Steifnackigkeit und sein starkes Selbstbewußtsein waren auch dem Kaiser unbequem, aber er war den fremden Diplomaten an Geschicklichkeit ebenbürtig und ging mit Sicherheit seinen Weg. Am liebsten wäre ihm stetes, gutes Einvernehmen mit Rußland gewesen, und da er die Türkei verloren gab, so eröffnete sich die Möglichkeit, auf ihre Kosten zu diesem Ziele zu gelangen. Er war aber mehr ein Mann der diplomatischen Kleinkunst, kein Bahnbrecher; auch er konnte sich nicht entschließen, im Geiste Bismarcks die Türkei als Opfer hinzuwerfen, Konstantinopel den Russen zu überlassen und eine großzügige Lösung der orientalischen Frage vorzubereiten. So hinterließ er seinem Nachfolger eine verwickelte Erbschaft.

In einem Hauptpunkte stimmte der Kanzler mit Jagow besser überein als mit Kiderlen-Wächter, und das war das Verhältnis zu Rußland und zu England. Beide waren, wie man es später genannt hat, Anhänger der westlichen Orientierung. Nicht in dem tieferen Sinne, daß Jagow den Forderungen Großbritanniens Raum geben wollte, um Deutschland in der Weltpolitik Luft zu machen; so weit verstieg er sich nicht und hätte sich damit auch beim Kaiser unmöglich gemacht. Indessen erwirkte der neue Staatssekretär ein rascheres Tempo in den Unterhandlungen über die beiderseitigen Flottenstärken und war überhaupt bemüht, durch einen Ausgleich über Einzelfragen eine bessere Stimmung hervorzurufen. Man war endlich so weit, daß Tirpitz am 7. Februar 1913 im Reichstage erklärte, Deutschland werde bei

den Schiffsbauten nicht über das Verhältnis von 10 zu 16 hinausgehen. In der Londoner Botschafterkonferenz überließ das Berliner Kabinett die Führung dem britischen Staatssekretär, die sowohl bei der Unterhandlung über das Schicksal Adrianopels wie Diakowas zutage trat; Bulgaren und Serben stießen beide Male bei Deutschland nicht auf Schwierigkeiten.

Dagegen rückte das Berliner Kabinett, was ganz überflüssig war, allgemach von Rußland ab. Nicht, daß mit dem Tode Kiderlens ein völliger Wandel eingetreten wäre, denn es war nicht Jagows Art, und es lag nicht innerhalb seines Könnens, neue und überraschende Wege zu weisen. Im engen Kreise seiner politischen Einsichten unterschied und schloß er spitzig und scharf, aber er griff in den allgemeinen Gesichtspunkten, in den Grundlagen seiner an sich logischen Folgerungen, fast regelmäßig daneben. Was immer auf der Balkanhalbinsel geschah, sah er unter dem Augenwinkel des deutsch-russischen Gegensatzes. Der Kanzler ließ sich bei dieser Auffassung von dem Gedanken des Schutzes europäischer Gesittung gegen die von Osten hereinbrechende Barbarei leiten; er war nach Anlage und Bildung der Kulturmensch, der sich der Führung einer allerdings nicht sehr tief schürfenden Geschichtsphilosophie anvertraute. Diese Philosophie zog ihre Nahrung aus dem Gefühle, nicht aus der sich streng disziplinierenden Vernunft. Dem nüchtern denkenden Staatssekretär waren diese Ideen nicht fremd, aber sie standen bei ihm in zweiter oder dritter Linie; es schien ihm wichtiger, kleinere oder größere Vorteile in Konstantinopel und Vorderasien zu erringen, damit es nicht heiße, die daselbst von der deutschen Diplomatie erzielten Erfolge seien unter seiner Geschäftsführung zusammengeschmolzen. Auf die Türkei nahm er deshalb mehr Rücksicht als sein Vorgänger. Damit aber vertiefte sich, ohne daß man sich in Berlin darüber klar gewesen wäre, die das Deutsche Reich und Rußland trennende Kluft.

Diese Stimmungen spiegelten sich in der ernsten und würdigen, Drohungen vermeidenden Rede Bethmann Hollwegs vom 7. April 1913 wider, in der er sich deutlich England zuneigte, dagegen an einer

Stelle den Gegensatz des Germanen- und des Slawentums mit überflüssiger Bestimmtheit betonte. Über Greys Rolle auf der Londoner Konferenz verbreitete er sich mit hohem Lobe und erhoffte sich von dem Zusammenwirken mit England noch Besseres als bisher. Indem er auf der andern Seite den Vorhang von den Hintergründen des Ostens aufhob, glaubte er, wenn auch nur bedingungsweise, auf den künftigen Kampf zwischen Germanen und Slawen aufmerksam machen zu sollen; für die Germanen bedeute es einen Nachteil, daß das „System der Gegengewichte" durch die Niederlage der Türkei verschoben worden sei. Die Unklugheit dieser Gegenüberstellung sprang in die Augen; denn dann ging durch Österreich-Ungarn der Riß, dessen Slawen fälschlich den Feinden der Mittelmächte zugezählt wurden, was von den Kroaten und österreichischen Polen durchaus nicht galt. Ebenso vergaß der Reichskanzler den uralten Zwiespalt zwischen Polen und Rußland, wie Bulgariens sich vorbereitende Lossagung von der Schutzhoheit des Zaren. Um einer rednerischen Zuspitzung willen waren wirkliche und zu gewinnende Freunde weggeschoben, selbst vor den Kopf gestoßen. Der Kanzler schwächte zwar in einer zweiten Rede (9. April) seinen Ausspruch ab und berief sich darauf, daß er nur die gefährlichen Schlagworte der Panslawisten habe treffen wollen; aber jene Worte prägten sich tief in die Gemüter ein, und während des Weltkrieges haben die Treibereien zum Abfalle der österreichischen Slawen von Österreich, besonders unter den Soldaten, regelmäßig auch mit der Rede des Reichskanzlers gearbeitet, der selbst festgestellt habe, es handle sich um einen gewaltigen, gegen die Slawen gerichteten Rassenkampf; in der Verteidigungsrede des tschechischen Führers Kramař vor seinen Richtern nimmt dieses Schlagwort einen breiten Raum ein.

*

Differenzen zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin in den Balkanfragen

Diese Verallgemeinerung wurde von der Politik des Berliner Kabinetts auch auf die Balkanhalbinsel übertragen. Jagow gefiel sich in dem Gedanken, nicht bloß das verbündete Rumänien und die Türkei, sondern auch Griechenland in eine engere Verbindung mit den Mittelmächten zu setzen und durch sie das slawische Bulgarien einzukreisen. Er schätzte den Wert Rumäniens zur Abwehr Rußlands nach Gebühr ein, das Verhältnis zu Bulgarien dagegen sah er durch einen Nebel von Vorurteilen. Er war überzeugt, daß die Bulgaren, da sie ihre Unabhängigkeit wie ihre letzten großen Erfolge Rußland verdankten, dessen gefügige Vasallen und für den Dreibund nicht zu gewinnen wären. Ihren König Ferdinand mißachtete er tief, erklärte ihn für einen Ränkeschmied, dessen Wort keinen Glauben verdiene. Als er März 1913 mit Berchtold zusammentraf, überraschte er diesen höchlich durch die Darlegung, es wäre aussichtslos, Bulgarien von Rußland loszulösen. Vergebens stellte ihm Berchtold auf Grund seiner besseren Kenntnis vor, daß Bulgarien der Vormundschaft Rußlands müde und zum Anschlusse an die Mittelmächte reif sei. Ebenso uneinig waren die zwei Minister auch über die Serbien gegenüber einzuhaltende Politik. Jagow wünschte, das Wiener Kabinett solle das serbische Volk durch Entgegenkommen an sich heranzuziehen suchen. Berchtold hielt ihm entgegen, das Wiener Kabinett habe in der letzten Krise das äußerste an Selbstbescheidung geleistet und sich mit einem Existenzminimum begnügt, gerade ausreichend, um aus der Balkanpolitik nicht völlig zu verschwinden. Dann meinte er, es sei zwar recht erwünscht, sich mit Griechenland gutzustellen, doch habe das seine Grenze, da zwischen den Hellenen und Italienern böser Zwist über Valona und Südalbanien schwebe, so daß man nicht gleichzeitig mit beiden eng verbunden sein könne.

Die Meinungsverschiedenheiten waren, als sich die Minister trennten, nicht ausgeglichen. Bei dem Gespräche war Berchtold, der sich

zögernd und stockend ausdrückte, im Nachteil gegen den deutschen Staatssekretär, der ihm an dialektischer Schärfe überlegen war. Der österreichische Minister schrieb besser als er sprach, aber auch im schriftlichen Verkehr kamen die zwei Männer einander nicht näher. So kam es, daß das Wiener Kabinett in Balkanfragen sich während einiger Zeit mit Rom besser verstand als mit Berlin. Denn San Giuliano fand es angesichts der ihm von Serbien und Griechenland bereiteten Schwierigkeiten zweckmäßig, Bulgarien gegen diese Staaten auszuspielen. Auf diese Weise arbeiteten der österreichische und der italienische Gesandte in Sofia zusammen, während der deutsche Vertreter sich kühl abseits hielt.

Der bulgarenfeindliche Kurs kam Berchtold unerwartet, da Kaiser Wilhelm noch im Dezember 1912 in einem längeren Gespräche mit dem rumänischen Thronfolger Ferdinand den Rumänen dringend geraten hatte, sich mit den Bulgaren zu verständigen, um gemeinsam mit ihnen Rußland vom Balkan fernzuhalten.

Berchtold klagte in seinen Schreiben an den österreichischen Botschafter in Rom, Mérey, daß seit dem Tode Kiderlens die Ansichten des Berliner Kabinetts umgeschlagen hätten, so zwar, daß er sich mit dem früheren Staatssekretär in gutem Einvernehmen befunden habe, nicht aber mit dem jetzigen. Dieser aber fand mit seinen mißtrauischen Beschwerden über Bulgarien bei Wilhelm II. williges Gehör, so daß der Kaiser seine alte persönliche Abneigung gegen Ferdinand auch auf den bulgarischen Staat übertrug und in seiner alles vergröbernden Art seinem Grolle in harten Worten Luft machte.

Aus diesen Mißhelligkeiten erklärt sich zum Teil die Schwäche des Wiener Kabinetts bei dem Zusammenstoße mit Serbien und Montenegro. Der von Berlin aus geübte sanfte Druck, in der Diakowa-Angelegenheit nicht eigensinnig zu sein und der Belgrader Regierung entgegenzukommen, legte sich lähmend auf die in Wien zu fassenden Entschlüsse. Als durch die Schwäche Österreichs nicht bloß dessen Ansehen, sondern auch das des deutschen Bundesgenossen litt, und Berchtold sich verspätet zur Tat aufraffte, da ward ihm allerdings die Genugtuung, daß Jagow dem österreichischen Botschafter in Berlin anfangs Mai er-

klärte, er sehe jetzt selbst ein, das Wiener Kabinett habe die serbische Politik richtiger beurteilt als er; aber der Schaden war nicht mehr gutzumachen.

Von diesem häuslichen Zwiste der zwei Kaiserhöfe drang nur wenig in die Öffentlichkeit, um so mehr von einem anderen und wichtigeren, der sich wegen der Beziehungen zu Rumänien und zu Bulgarien einstellte. Wir erinnern uns, daß König Carol von Rumänien zu Beginn des ersten Balkankrieges losschlagen wollte, um zu verhindern, daß Bulgarien sich zu der slawischen Großmacht der Balkanhalbinsel auswachse. Österreich wirkte in Bukarest beruhigend, versprach aber, ebenso wie Deutschland, nachdrücklich dafür zu sorgen, daß Rumänien eine Erweiterung seines Staatsgebietes im Südosten erhalte, wodurch das Gleichgewicht auf der Halbinsel herzustellen wäre. Silistria mit einem möglichst breiten Gebiete sollte rumänisch werden. Daraufhin erneuerte Rumänien, das von dem konservativen Ministerium Majorescu regiert wurde, Anfang Februar 1913 das Verteidigungsbündnis mit dem Dreibunde[1]). Die Mittelmächte setzten sich in Sofia auch ernstlich für die rumänischen Ansprüche ein, stießen aber auf hartnäckige Weigerung der bulgarischen Regierung.

Das Selbstbewußtsein Bulgariens schwoll nach den erfochtenen Siegen an; es kümmerte sich wenig um die platonischen Drohungen der zwei Kaiserreiche. Damals zuerst machte sich in der öffentlichen Meinung Rumäniens die Empfindung geltend, das Land zöge aus der Verbindung mit dem Dreibunde keinen Gewinn. Die nationale Abneigung gegen die in Siebenbürgen gewalttätig vorgehenden Magyaren war bisher durch die Hoffnung niedergehalten worden, die zwei Militärmächte Mitteleuropas seien stark genug, Rumänien auf der Balkanhalbinsel schadlos zu halten. Jetzt tauchte die Frage auf, welchen Wert es hätte, an Österreich-Ungarn gekettet zu sein, wenn es rechte Dienste nicht zu leisten vermochte. Noch hielt sich die vom Ministerpräsidenten Majorescu und von Peter Carp geführte konservative Parlamentsmehrheit zur Politik König Carols; es löste sich aber unter Führung

[1]) Pribram, „Geheimverträge“, S. 107 ff.

Filipescus und Jonescus schon von ihr eine Gruppe ab, die langsam zu den Randmächten hinüberschwenkte, eine Wandlung, die sich in der von Bratianu geführten liberalen Partei bereits früher vorbereitet hatte. Der Mißmut über die Schwäche der Mittelmächte bestimmte die rumänische Regierung, sich nach Petersburg mit der Bitte um Vermittlung zu wenden, was ein schöner diplomatischer Erfolg des Petersburger Kabinetts war. Dieses kam den Rumänen entgegen und lud die Großmächte zu einer Konferenz nach Petersburg ein. Bei dieser Zusammenkunft lösten die Dreibundmächte ihr Versprechen redlich ein, indem sie auf eine Entschädigung für Rumänien drangen; England wirkte zwar entgegen, aber da Rußland nach beiden Seiten vermittelte, gaben die Bulgaren nach längerem Widerstreben nach und unterzeichneten das Protokoll vom 26. April, in welchem sie Silistria nebst einem schmaleren Landstreifen Rumänien zu überlassen versprachen. In Bukarest war man durch den erzielten Landgewinn durchaus nicht zufriedengestellt und gesellte sich, als das Ungewitter über Bulgarien heraufzog, dessen Feinden bei.

Von diesem Zeitpunkte an ließ sich der zwischen Berlin und Wien bestehende Zwiespalt nicht mehr verdecken. Deutschland war Feuer und Flamme gegen Bulgarien. Nicht bloß aus Bundestreue gegen Rumänien, nicht bloß, um diesen Staat nicht in die Arme des Dreiverbandes zu treiben. Das waren wohlerwogene Gründe des Handelns, unverständlich aber war die Welle von Hohn und Zorn, die sich von Berlin aus über Bulgarien ergoß. Rumänien, so ließ Jagow in Wien erklären, tue recht daran, das allzu stark gewordene Großbulgarien niederzuhalten. Anders Berchtold. Nach wie vor arbeitete er im Schweiße seines Angesichtes an der Vermittlung zwischen Bukarest und Sofia. Er stellte den Bulgaren vor, daß sie wie wahnsinnig ins Verderben rannten, wenn sie gegen alle ihre Nachbarn ohne Unterschied losstürmten; er bat König Carol, zu bedenken, daß mit dem Niederbruche Bulgariens ein Stück des den Balkan gegen Rußland schützenden Dammes zusammenstürze. Der deutschen Regierung schien es wichtiger, Rumänien mit festem Vertrauen auf die Treue der Mittelmächte zu

erfüllen; das Wiener Kabinett dagegen setzte seine Hoffnung mehr auf Bulgarien, sah in ihm den Bundesgenossen der Zukunft und gab sich Mühe, zwischen diesem slawischen Volke und Rußland den Keil zu treiben. Graf Berchtold rechnete damit, daß Serbien immer von Begierde nach den südslawischen Provinzen der Monarchie getrieben sein werde, weshalb es durch Bulgarien im Schach zu halten wäre. Für die Ansicht sowohl der deutschen wie der österreichischen Regierung sprachen gewichtige Gründe; nicht der Mangel an Einsicht hier oder dort war das Übel, sondern die Hartnäckigkeit, mit der jeder der zwei Bundesgenossen den Karren in eine andere Richtung zog. Er blieb auch wirklich im Sumpfe stecken.

*

König Ferdinand von Bulgarien

Alles hing davon ab, ob Graf Berchtold der bulgarischen Regierung Vernunft beibringen und sie überzeugen konnte, daß sie Rumäniens Ansprüche befriedigen müßte, um nicht vom Norden her ebenso angefallen zu werden wie im Westen von den Serben, im Süden von Griechen und Türken. Gelang dies, so war eine Österreich-Ungarn befriedigende Ordnung auf der Balkanhalbinsel herzustellen; dann bildete der rumänisch-bulgarische Block die Brücke nach Konstantinopel und Vorderasien, Serbien war zu bescheidenem Auftreten genötigt und der Balkanschrecken beschworen. Dieses Verfahren nun stimmte nicht zu dem von Jagow ausgeklügelten Systeme, so daß Österreich-Ungarn bei ihm keine Unterstützung fand; aber die eigentliche Ursache des Scheiterns des Planes lag in der hartnäckigen Unbelehrbarkeit der Bulgaren, die sich nach allen Seiten ausdehnen, nirgends nachgeben wollten. Dieses Bauernvolk hielt zähe daran fest, keine von seinen Söhnen bewohnte Scholle Landes den Fremden dahinzugeben, und in dem von Rumänien beanspruchten Gebiete saßen Bulgaren.

Wenn wenigstens König Ferdinand sich zu einer höheren Auffassung aufgeschwungen hätte! Er war aber durch die großen Erfolge der zwei ersten Balkankriege berauscht, durch den nahezu wunderbaren Umschwung seines Schicksals aus dem Gleichgewicht gebracht. Wie war er zu Beginn seiner Regierung von Gefahren umringt gewesen! Diesen schweren Anfang überstand er nur mühsam und mit Hilfe des Wiener Kabinetts; später suchte er seine Stütze an Rußland, das er durch den Übertritt seines erstgeborenen Sohnes zur orthodoxen Kirche versöhnte. Was Ferdinand errang, verdankte er dem gewandten Schaukelspiele zwischen Petersburg und Wien. Auch Hinterlist nahm er zu Hilfe, so als er nach dem Abschlusse des auch gegen Österreich-Ungarn gerichteten Balkanbundes nach Wien reiste, um den Kaiser und seine Minister in Sicherheit zu wiegen.

Als er Adrianopel erobert hatte und Konstantinopel bedrohte, überflog sein Ehrgeiz die Schranken der Klugheit. Stambul war das seiner Seele vorschwebende Trugbild. Man erzählt, der König habe in seinem Ringe die Gemme der byzantinischen Kaiser getragen, als wäre er zum Nachfolger Justinians des Großen und der Komnenen bestimmt. Bei solch hochfliegenden Hoffnungen wies er es auch von sich, den Rumänen größere Stücke bulgarischen Bodens abzutreten, obwohl er für gewöhnlich ein kluger, die Wirklichkeiten bedächtig abwägender Politiker war. Aber derartige Widersprüche lagen eben in seinem Inneren dicht nebeneinander; einmal überfiel ihn Niedergeschlagenheit, dann schwellte ihn Siegesgefühl. Seine Umgebung klagte darüber, daß er bei guter Stimmung jemanden zart behandeln konnte, um ihn dann durch Kälte und Härte zu verletzen. In dem nervösen Wechsel seiner Stimmungen, in seinen despotischen Launen lag etwas Krankhaftes. Ebenso schwer ist es, die ihn leitenden religiösen und politischen Beweggründe zu entwirren, denn er war ein die Bräuche seiner Kirche ängstlich ausübender Katholik, litt schwer unter dem Kirchenbanne, den der Papst nach der orthodoxen Taufe seines Sohnes über ihn verhängte, ließ sich aber dadurch nicht in seinem politischen Verhalten bestimmen; daneben aber hing er an manchem ganz unkirchlichen Aberglauben. Er stand

im Mittelpunkte sämtlicher Angelegenheiten seines Landes, die alle durch seine Hand gingen. Seine Kenntnisse waren ausgebreitet, seine Intelligenz befähigte ihn zum Verständnisse aller inner- und außenpolitischen Beziehungen; aber ein großer Herrscher war er nicht, da sich bei ihm das Berechnen und das Handeln oft in kleinliche Ränke verlor.

Auch in der großen Verwicklung von 1913 glaubte er lange mit kleinen Künsten das Auslangen finden zu können. Er hielt das Wiener Kabinett mit schönen Worten hin und gleichzeitig versicherten seine Minister in Petersburg, daß Bulgarien den Zaren als seinen Retter, als Schiedsrichter in dem Streite mit Serbien verehre. Aber in Rußland mißtraute man ihm ebenso wie am Berliner Hofe und hatte zwischen Bulgarien und Serbien bereits die Wahl getroffen. Schon während seines Triumphes über die Türkei war die russische Regierung wegen seiner Absichten auf Konstantinopel unruhig geworden. Äußerlich zwar wurden die zwei Slawenvölker des Balkans mit liebevoller Unparteilichkeit behandelt, denn die Welt sollte glauben, daß der Zar über beide wie als Vasallen verfügte. Die Petersburger Regierung war aber innerlich entschlossen, Bulgarien die Flügel zu beschneiden. Schon waren die Anstalten getroffen, um gegen das überstarke und undankbare Volk nicht bloß die Serben, sondern auch die blutsfremden Rumänen und Griechen zum Kampfe aufzubieten.



XXXVIII

Der dritte Balkankrieg (Sommer 1913)

XXXVIII. Der dritte Balkankrieg (Sommer 1913)

Es gehört zu den Paradoxien der Weltgeschichte, daß der blutige Zusammenstoß auf dem Balkan auf das übrige Europa eher beruhigend wirkte. Der dritte Balkankrieg wurde nicht der zündende Funke, sondern die zur Entladung bereite Elektrizität wurde auf einen Seitendraht abgeleitet.

*

Mazedonische Wirren

Für die Pforte war der Friede mit Bulgarien schon im November 1912 so notwendig gewesen, daß sie sich bereits damals entschlossen hatte, über die Abtretung Adrianopels zu verhandeln. Dies ließ sie im Monate darauf durch den bulgarischen Bankier Kaltschew nach Sofia sagen; auch bei einer Besprechung der zwei Oberbefehlshaber, General Sawow und Nasim Pascha, am 8. Januar 1913, war davon die Rede. Der bulgarische Ministerpräsident Geschow behauptete später, er hätte seinem Könige geraten, darauf einzugehen; schon der Sturm auf die Tschataldscha-Linie wäre gegen seine Abmahnung erfolgt. Diesen Angaben stehen jedoch andere Zeugnisse gegenüber, nach denen auch er durch sein Schwanken schuld gewesen sei, daß mit der Pforte nicht früher abgeschlossen wurde. Ebenso hätte er es versäumt, schon im Winter mit der serbischen Regierung über das Schicksal Mazedoniens ernstlich zu verhandeln[1]).

[1]) Diese Vorwürfe wurden gegen Geschow in der Sobranje besonders von Ghenadiew (November 1913) erhoben, dem damaligen Minister des Äußeren (vgl. Schultheß, Geschichtskalender, Jahrgang 1913, S. 654). Die Anklagen bestimmten Geschow zur Veröffentlichung des (bulgarisch geschriebenen) Buches: „Die verbrecherische Narrheit und die parlamen-

So verschoben sich in den ersten Monaten 1913 die Ziele der bulgarischen Politik, wobei das Naheliegende und Erreichbare in den Hintergrund trat. Mazedonien, der eigentliche Siegespreis des Türkenkrieges, wurde nahezu gänzlich aus der Hand gegeben. Und doch lebte hier ein den Bulgaren stammverwandtes Volk, mochten auch dessen Dialekte den Übergang zur serbischen Sprache bilden; in dem eroberten Adrianopel dagegen wohnte neben Türken und Griechen nur eine Handvoll Bulgaren. Auf mazedonischem Boden wetteiferten Serben und Griechen in der gewaltsamen Entnationalisierung der Einwohner. Diese wurden gezwungen, schriftlich oder durch Eid vor den Altären das Bekenntnis zu einem ihnen fremden Volkstum abzulegen. „Welche Schande," so wurden in einem Orte die Bulgaren von griechischen Gendarmen angefahren, „wir haben euch befreit, die Stimme Alexanders des Großen ruft euch aus dem Grabe, hört ihr sie nicht? Und ihr schlafet noch, ihr nennt euch trotzdem Bulgaren!" Vor allem wurden die bisherigen nationalen Führer, desgleichen die bulgarischen Mitkämpfer in dem früheren Bandenkriege, eingekerkert oder verjagt, Tausende von ihnen flüchteten nach Bulgarien. Dann ging es an die Verfolgung der Lehrer und der Priester. Dem Bischofe von Veles verbot die serbische Behörde, außerhalb der Kirche mit seinen Geistlichen zu verkehren, später wurde er einfach aus seinem Hause hinausgeworfen. Der Verwalter des Bistums Üsküb wurde halbtot geschlagen; nur mit Hilfe des französischen Konsuls rettete er sich nach Saloniki. Mit den einfachen Priestern verfuhr man so, daß, wenn sie nicht für sich und ihre Gemeinde die Zugehörigkeit zum bulgarischen Stamme abschworen, sie aus den Ämtern gejagt wurden; sie konnten froh sein, mit ihrem Leben davon zu kommen. Aber auch Mordtaten kamen vor. Der Priester Ljutwijew zu Prilep wagte es, in einer Rede vor serbischen Offizieren von der Dankbarkeit zu sprechen, welche die befreiten Christen dem

tarische Enquête". Darin ist die ganze Schuld an dem schweren Mißgeschicke seines Landes der Militärpartei zugeschoben. So auch in dem (französisch geschriebenen) Buche Geschows: „L'Alliance Balcanique", Paris 1915, S. 145. In dem unparteiischen Werke der Carnegie-Stiftung, „Enquête dans les Balcans", ist über die hinhaltende Politik Geschows ungünstig geurteilt, S. 40ff.

Könige und dem Heere Bulgariens schuldeten. Darauf wurde er von Offizieren auf der Straße überfallen und niedergemacht. Der Mord wurde von einem serbischen Minister für bedauerlich aber „ziemlich verständlich" erklärt, da der Priester die Serben durch seine Rede herausgefordert hätte[1]). Diese Verteidigung ist fast noch ärger als die Bluttat.

Begreiflich die Erbitterung, die ob dieser Gewaltsamkeiten in Bulgarien um sich griff; sie wurde von den zahlreichen Mazedoniern genährt, die entweder jetzt geflohen waren oder im Mutterlande schon früher eine Heimat gefunden hatten. Unter diesen Auswanderern waren viele unruhige Köpfe, die sich nicht scheuten, jede Untat Auge um Auge, Zahn um Zahn zu vergelten. Sie forderten Krieg, vor allem gegen Serbien und stießen Todesdrohungen gegen König Ferdinand und seine Minister aus, wenn sie sich solchem Ansinnen versagen sollten.

Geschow und seine Amtsgenossen widerstanden diesem Drängen und hofften noch immer auf gütlichen Austrag. Als Schöpfer des Balkanbundes taten sie das möglichste für dessen Erhaltung. Sie ließen sich lange nicht in dem Glauben beirren, daß Serbien den Vertrag vom 13. März 1912 samt der daselbst abgemachten Teilung Mazedoniens einhalten werde. Und wenn nicht, dann war doch Rußland Bürge des Vertrages, Nikolaus II. der Richter, dem dessen Auslegung förmlich und feierlich überlassen war. Für Geschow und Danew war das Vertrauen auf den Zaren fast eine Religion. In diesem kindlichen Glauben hielten sie die Vorgänge in Mazedonien für eine Episode, beklagenswert zwar, aber vorübergehend.

[1]) So in dem Buche „Serbien und Bulgarien in dem Balkankriege 1912/13", von Balcanicus, dessen Autor der serbische Minister Protić war. Hier sind, S. 89, auch die Worte angeführt, welche dem Priester Ljutwijew das Leben kosteten: „Prilep wäre nicht befreit worden, wenn die tapfere bulgarische Armee die türkischen Bajonette bei Tschataldscha nicht aufgehalten hätte, und daher sollen alle dem obersten Befehlshaber des Balkanbundes, S. M. dem Zaren Ferdinand, dankbar sein." Alle anderen, oben erwähnten gegen die Bulgaren verübten Gewalttaten sind in der „Enquête dans les Balcans" erzählt.

*

Der serbische Standpunkt. Ministerium Danew

Nun bereute aber die serbische Regierung tief, jenen Vertrag geschlossen zu haben. Es ist früher (Bd. III, S. 175ff.) erzählt worden, durch welche Gründe sie sich hatte bestimmen lassen, von dem Anspruche auf fünf Sechstel des mazedonischen Landes bedingungslos abzustehen. Sie glaubte auf diese Art die Kräfte des Balkanbundes für den Kampf gegen Österreich-Ungarn zu gewinnen. Das war mißglückt und nun sollte sie sich mit Altserbien und dem Sandschak begnügen, wovon auch Montenegro noch ein Stück erwarten durfte. Nicht einmal das nördlichste Sechstel Mazedoniens war den Serben unbedingt zugesprochen, denn über diese „bestrittene Zone" war noch der Spruch des Zaren zu gewärtigen. Der Fehler war jedoch begangen, er sollte aber jetzt dadurch gutgemacht werden, daß Serbien mit der Forderung auftrat, das Abkommen vom 13. März 1912 wäre durch die Ereignisse überholt. Jeder Vertrag, so behauptete man in Belgrad, gelte nur „rebus sic stantibus"; somit bleibe nichts übrig als dessen Revision, damit auch Serbien aus dem Siege über die Türken entsprechende Vorteile ziehe.

Diesem Anspruche wollte die bulgarische Regierung durch einen Gegenzug begegnen. Am 13. April wandte sie sich nach Petersburg mit der Bitte, der Zar möge seinen Spruch ehebaldigst fällen. Rußland erklärte sich bereit und lud die zwei hadernden Regierungen ein, ihre Ansprüche und deren Gründe in Petersburg bekanntzugeben.

Die serbische Regierung zog die Erledigung zunächst hin und antwortete erst am 25. Mai mit einer eingehenden Darlegung ihres Standpunktes. Diese Ausführungen wurden durch die Rede bekannt, welche Pašić am 28. Mai in der Skupschtina hielt. Indem der serbische Ministerpräsident sich an die Öffentlichkeit wandte, war ihm die Umkehr unmöglich geworden, der Streit somit bis aufs Blut vergiftet.

Der Vertrag vom 13. März 1912, so erklärte Serbien, sei schon deshalb hinfällig, weil Bulgarien die darin übernommenen militä-

rischen Pflichten nicht erfüllt habe, während Serbien weit über die seinigen hinausgegangen sei. Wie wir wissen (Bd. III, S. 178), hatte Bulgarien ursprünglich zugesagt, zur Eroberung Mazedoniens 100 000 Mann zu stellen, sich jedoch vor Ausbruch des Krieges davon entbinden lassen und nur eine Division auf den mazedonischen Kriegsschauplatz geschickt. Die Tatsache, auf die sich Serbien berief, war also richtig, nicht aber der Vorwurf, der aus ihr abgeleitet war. Denn der serbische Generalstab hatte seinerzeit die Gründe des bulgarischen als stichhaltig anerkannt und zu dem geänderten Aufmarsche seine Zustimmung gegeben. Da nämlich die türkische Hauptmacht nicht in Mazedonien, sondern in Thrazien aufgestellt war, mußten auch die Bulgaren hier so stark wie möglich auftreten. Sie trugen auch mit höchster Anspannung zu dem Siege das meiste bei; die Menschenverluste der Bulgaren übertrafen die der Serben um das dreifache.

Des weiteren war es an sich richtig, daß die Serben — wie sie betonten — Truppen und Artillerie zur Eroberung Adrianopels gestellt hatten, ohne durch den Wortlaut des Vertrages dazu verpflichtet zu sein. Diese Hilfsbereitschaft war jedoch an keine Bedingung geknüpft worden, somit daraus für Serbien nicht das Recht der Lossagung vom Bündnisvertrage abzuleiten.

Die Serben begründeten ihren Anspruch ferner damit, sie müßten doch irgendwie dafür entschädigt werden, daß ihnen die Ausdehnung über Albanien zur Adria durch die Großmächte verwehrt worden war. Wäre ihnen Nordalbanien mit Durazzo zugesprochen worden, so würden sie — so ihre Darlegung — den Bulgaren in Mazedonien Platz machen können. Es sei für sie nach dem Siege über die Türkei unmöglich, den Bulgaren nahezu den ganzen Block der Balkanhalbinsel zu überlassen. Auf diese Umstände gründete Serbien übrigens eine neue Anklage gegen Österreich-Ungarn. Dessen Mißgunst hätte ihm die naturgemäße Vergrößerung ans westliche Meer verwehrt; das wäre die Ursache des widrigen Streites mit den stammverwandten Bulgaren. Nun war allgemein bekannt, daß der albanische Riegel den Serben nicht bloß von Österreich-Ungarn, sondern auch von Italien vorgeschoben

worden war; die zwei Adriamächte waren nicht verpflichtet, den Preis für die serbisch-bulgarische Verständigung zu zahlen. Abgesehen davon, war dies alles für die Bulgaren kein Grund, auf die Vereinigung mit ihren mazedonischen Stammesgenossen zu verzichten.

Das Vertragsrecht sprach also für die Bulgaren, deshalb erblickten sie in der Verweigerung der Herausgabe des „unbestrittenen" Gebietes Mazedoniens einen Wortbruch[1]). Dem trat auch König Ferdinand bei. Es kam ihm daher gelegen, daß die Führer der bulgarischen Opposition am 30. Mai vor ihm erschienen, Klage über die Schwäche des Ministeriums Geschow führten und sich für den Krieg mit Serbien aussprachen. Der König drückte ihnen seine Zustimmung aus. Damit zog er einen Strich zwischen seiner Politik und der Geschows, worauf dieser noch am selben Tage seine Entlassung einreichte. Sie wurde angenommen; doch reiste Geschow am 2. Juni noch zu einer früher verabredeten Zusammenkunft mit Pašić nach Zaribrod, um den Hader womöglich doch zu schlichten. Wie vorauszusehen war, blieb der Versuch vergeblich und Geschow trat die Führung der Geschäfte an Danew ab.

Geschow war zu spät zurückgetreten; er hinterließ seinem Nachfolger einen Knoten, der nicht mehr entwirrt werden konnte. Danew aber war sich noch unklarer über die Schwierigkeiten der Lage als Geschow. Der König übertrug Danew die Regierung, weil es diesem, einem unbedingten Russenfreunde, eher gelingen konnte, das Petersburger Kabinett zu einer günstigen Stellungnahme zu bestimmen.

*

Vorladung der Balkanregierungen nach Petersburg

Nun hatte Rußland alles Interesse an der Erhaltung des Balkanbundes als eines Werkzeuges seines Einflusses. Es hatte deshalb alle

[1]) Die Rechtsfrage wird in der „Enquête dans les Balcans" so beurteilt wie in unserer Darstellung.

gütlichen Mittel angewandt, um einen Ausgleich herbeizuführen. Da dies nicht gelungen war, wollte das Petersburger Kabinett durch einen Machtspruch zum Ziele kommen. Der Zar richtete an die vier Balkankönige Telegramme mit der bestimmten Aufforderung, ihre Ministerpräsidenten nach Petersburg zu schicken und sich seiner Entscheidung zu unterwerfen. Hierbei war auffallend, daß, während nur Bulgarien und Serbien vertragsmäßig den Zaren zum Schiedsrichter gewählt hatten, auch Griechenland und Montenegro vor seinen Thron gefordert wurden. In der Einladung sprach, wenn auch in guten Formen, der Gebieter zu seinen Vasallen.

Das Vorrufen vor den Richterstuhl des Zaren war aber eine Überschätzung der Macht Rußlands. Es handelte sich um die Lebensinteressen Bulgariens, Griechenlands, Serbiens; diese Staaten waren aber nicht willens, sich einer anderen Entscheidung zu fügen als der des Schwertes. Die Aufforderung des Zaren ließ die Kabinette von Sofia und Belgrad übrigens im unklaren, ob der Zar seinen Spruch auf Grundlage des Vertrages vom 13. März 1912 fällen wollte oder nicht; beide Regierungen hegten Bedenken, sich aufs ungewisse hin dem Zaren zu unterwerfen.

Es war trotz alledem eine Überraschung für die Welt, als König Ferdinand dem Zaren stolzen Tones antwortete und seine Erwiderung auch der Öffentlichkeit übergab. Er ging zwar auf die Einladung ein, erklärte aber mit aller Bestimmtheit, daß Bulgarien keinesfalls auf Mazedonien verzichten werde, und sollte es darüber auch zum Kriege kommen. „Wir wünschen aufrichtig," so heißt es in der Antwort des Königs, „den Krieg zu vermeiden, aber wir können nicht den einmütigen Gefühlen der Erbitterung entgegentreten, die bei unserem ganzen Volke am Tage nach unerhörten Anstrengungen und ruhmreichen Siegen die Versuche unserer Verbündeten hervorrufen, die ihm, dem Rechte und dem beschworenen Glauben zum Hohn, die heiligsten Früchte dieser Anstrengungen und dieser Siege entreißen wollen. Bulgarien hat nicht nur Rechte auf Mazedonien, es hat auch voraussichtliche Pflichten gegen die Bevölkerung, die stets bulgarisch gewesen ist und es um jeden

Preis bleiben will. Und Euere Majestät werden sich zu erinnern geruhen, daß diese Pflichten durch Jahrhunderte hindurch von Rußland selbst anerkannt worden sind[1])."

*

Ausbruch des bulgarisch-serbischen Krieges

In Serbien war die Stimmung noch erregter. Die Armee und die öffentliche Meinung wollten nichts davon hören, daß der Besitz von Mazedonien in Frage gestellt werde. Auch hatte die serbische Regierung schon am 29. Mai mit der griechischen ein gegen Bulgarien gerichtetes Bündnis geschlossen. Pašić war indessen der Ansicht, König Peter dürfe dem Zaren nicht ablehnend antworten. Als er mit dieser Ansicht gegen die Generäle nicht durchdrang, gab er seine Entlassung. Infolge dieses Schrittes entschloß sich der König doch zur Annahme des russischen Vorschlages, und Pašić übernahm wieder sein früheres Amt. Serbien antwortete also bejahend — doch, ebenso wie Bulgarien, bloß der Form nach —, mit dem Vorbehalte einer kriegerischen Entscheidung. Seele der Kriegspartei war Kronprinz Alexander.

Auf beiden Seiten war die Erbitterung so hoch gestiegen, daß auch Danew sich der Stimmung nicht entziehen konnte. Am 22. Juni berief er den Ministerrat und eröffnete ihm, nach einer schlaflosen Nacht sei er zu dem Schlusse gekommen, der Krieg wäre, wenn auch erst nach dem Urteilsspruche des Zaren, unvermeidlich; es sei also besser, ihn sofort zu führen, statt zu demobilisieren und die Armee im Herbste wieder einzuberufen. Seine Ministerkollegen beruhigten ihn und Danew lenkte wieder in friedliches Fahrwasser. Er ließ nach Petersburg melden, er

[1]) Miljukow hat behauptet, dieses Schreiben wäre zwischen der bulgarischen Regierung und dem russischen Gesandten in Sofia, Nekludow, vereinbart worden. Das klingt unwahrscheinlich; es ist aber bezeichnend, welche Umwege und Mißgriffe der russischen Diplomatie zugemutet worden sind. Richtig ist, daß die russischen Gesandten oft auf eigene Faust gehandelt haben, so Hartwig in Belgrad, der ganz auf serbischer Seite stand.

werde bestimmt vor dem Zaren erscheinen; für den 29. Juni setzte er seine Abreise fest, womit es ihm völlig ernst war.

Während Danew also schwankte, waren König Ferdinand und seine Generäle entschlossen, den Schlag sofort zu führen. Denn hinter Serbien und Griechenland erhoben sich feindselig auch Rumänien und die Türkei; die Generäle wollten daher rasch mit den zwei näheren Gegnern fertig werden, um in Mazedonien eine vollzogene Tatsache zu schaffen und so die anderen im Zaume zu halten. Ohne daß Danew verständigt wurde, gab General Sawow im Auftrage des Königs den zwei Korps, die den serbischen und den griechischen Truppen in Mazedonien gegenüberstanden, am 28. Juni den Befehl, am nächsten Abend vorzubrechen und die Gegner aus ihren Stellungen zu verdrängen; die Absicht war, auf diese Art den Serben die Stadt Veles, den Griechen Saloniki zu entreißen. Dementsprechend warfen sich die bulgarischen Abteilungen auf den einen und den anderen Gegner; zunächst auf die Serben, welche eine vorgeschobene Stellung am rechten Ufer der Bregalnitza in Mazedonien innehatten.

Was jetzt folgte, ist ein Gewirr von Tatsachen und Gerüchten, in welche Ordnung zu bringen derzeit unmöglich ist. Das nächste war, daß Danew, überrascht und erschreckt, außerdem persönlich tief verletzt, am 30. Juni den Ministerrat berief und den Beschluß fassen ließ, der Angriffsbefehl müsse sofort zurückgezogen werden. Unter der Drohung sofortigen Rücktritts setzten die Minister beim Könige ihre Forderung durch, und die Truppen erhielten den Auftrag, vom Angriff abzustehen [1]).

Befehl und Gegenbefehl schlugen militärisch und politisch zum Verderben Bulgariens aus. Denn an der Bregalnitza setzten sich die Serben nach der ersten Überraschung tapfer zur Wehr, während in dem Angriffe der Bulgaren Schwanken und Unsicherheit Platz griff. Zum Schlusse wurden die letzteren zurückgeworfen, nicht weil sie militärisch weniger

[1]) Sawow trat in diesem Augenblick vom Oberbefehl ab; wie es scheint, weil er diese widersprechenden Befehle nicht mit seinem Namen decken wollte. Zwischen ihm und dem König traten solche Mißhelligkeiten ein, daß er 1915 kein Kommando erhielt.

tüchtig waren, sondern als Opfer der unsicheren und schwankenden Führung.

Schon in den ersten, am 28. Juni gegebenen Weisungen der bulgarischen Heeresleitung lag der Keim des Mißlingens. „Ich befehle Ihnen," so schrieb Sawow dem Befehlshaber der dritten Armee vor, „den Feind auf das energischste auf der ganzen Linie anzugreifen, ohne Ihre ganzen Kräfte zu entwickeln und sich in einen verlängerten Kampf einzulassen." „Auf das energischste angreifen," aber „ohne die ganzen Kräfte zu entwickeln" ist ein Widerspruch. Merkwürdig! In allen Lehrbüchern über Taktik wird vor halben und in sich widerspruchsvollen Befehlen gewarnt, und in jedem Kriege wiederholen sich dieselben Fehler. Aus einer anderen Weisung Sawows erhellt das ihn leitende Motiv; er wollte dem Gegner einige Stöße versetzen, damit er zu Verhandlungen und zu Zugeständnissen geneigt sei. Krieg also und doch kein Krieg! Solche Halbheiten rächen sich.

*

Rumäniens Eintritt in den Krieg

Schlimmer noch erging es den Bulgaren auf politischem Gebiete. Denn beim Ausbruche der Feindseligkeiten meldete sich sofort Rumänien mit der von Anfang an erhobenen Forderung, Bulgarien solle das Gebiet bis zur Linie Turtukai-Baltschik abtreten. Wohl hatte Rumänien schon Silistria und Umgebung durch Vereinbarung gewonnen (Bd. III, S. 278); es war aber damit nicht befriedigt. Offenbar mußte sich das Kabinett von Sofia zur Gutheißung der neuen rumänischen Forderung herbeilassen, wollte es nicht der Überzahl der Gegner erliegen. Dem aber stellte sich Danew bestimmt entgegen. Er zeigte in diesem Punkte dieselbe Hartnäckigkeit wie im Festhalten an der Idee, Saloniki und überhaupt ganz Mazedonien zu gewinnen. Einerseits hielt er die Drohung Rumäniens für einen Schreckschuß, andererseits rechnete er mit Bestimmtheit darauf,

Rußland werde doch nicht gestatten, daß das slawische Bulgarien von einem neuen Feinde angegriffen werde. In diesem Vertrauen auf Rußland lag dieselbe Verblendung wie die, nach allen Fronten hin die Ansprüche Bulgariens durchsetzen zu können.

Nun hatte sich die russische Regierung bis zum Höhepunkte des Konfliktes unparteiisch verhalten. Es lag ihr soviel an der Erhaltung des serbisch-bulgarischen Bundes, daß ihre Ausgleichsbemühungen unzweifelhaft ernst gemeint waren. Als aber der Bruch erfolgte, fiel die Maske, die wahre Natur der Dinge machte sich geltend. Bulgarien war durch sein Selbstbewußtsein in Petersburg verdächtig geworden. Zwar hatte sich Serbien ebensowenig unbedingt unterworfen, aber es war als Sturmbock gegen die Donaumonarchie schier unentbehrlich und wartete mit heißer Begierde auf die Weisung zum Losschlagen gegen sie. Bulgarien dagegen stand auch mit Österreich-Ungarn gut, es verdiente ferner Strafe für die Verwegenheit, daß es nicht bloß in Adrianopel, sondern auch in Stambul mit dem heiligen Rußland in Wettbewerb zu treten sich vermaß. Selbst Danew, obwohl Russenfreund bis in die Knochen, hatte Anwandlungen von Selbständigkeit gehabt, manchen russischen Vorschlag abgelehnt. Neben ihm aber stand die stambulowistische Partei, die immer für Verständigung mit der Pforte, wie für das Zusammengehen mit den Zentralmächten gewirkt hatte. So erklärt sich die Welle des Hasses, die dem Könige Ferdinand und seinem Volke aus der Presse des Dreiverbandes entgegenschlug.

Demgegenüber fand Bulgarien in dem Wiener Kabinett eine Stütze. Getreu seiner dreißigjährigen Politik lieh es Bulgarien seinen diplomatischen Beistand; es mußte aber Rücksicht darauf nehmen, daß Deutschland bestimmt erklärte, es wolle um des Balkans willen nicht in Gegensatz oder gar in einen Krieg mit Rußland hineingezogen werden. Österreich-Ungarn gab sich also alle Mühe, zwischen Bulgarien und Rumänien zu vermitteln. Dringend riet die österreichische Diplomatie in Sofia zum Nachgeben, zur Abtretung eines Stück Landes, damit wenigstens dieser eine Gegner abgefunden werde. Darauf mußte das Wiener Kabinett auch deshalb bestehen, weil es (Bd. III, S. 277) hierzu

durch ein Abkommen mit Rumänien verpflichtet war und diesen Bundesgenossen bei den Zentralmächten festhalten wollte. Doch vergebens die einleuchtendsten Gründe. Die bulgarische Regierung wollte nirgends einen Schritt zurückweichen, auch für die rumänische Neutralität keine Opfer bringen.

Da nun mußte Danew es erleben, daß Rußland der rumänischen Regierung sagen ließ, es werde sie nicht hindern, wenn sie gegen Bulgarien marschieren lasse. Das war ein Freibrief zum Angriffe. Nun ist in Petersburg behauptet worden, daß man nur die Absicht hatte, Bulgarien zu schrecken und so zu einem Ausgleiche mit Serbien zu nötigen[1]). Ob dies nun wahr ist oder nicht, das letzte Wort der Politik des Dreiverbandes wurde von dem französischen Gesandten in Bukarest, Blondel, gesprochen, der ins Feuer blies und Rumänien antrieb, über Bulgarien herzufallen. In Paris arbeitete man hitzig an einem Bunde Rumäniens mit Serbien und Griechenland; Bulgarien wurde als unzuverlässig zu den Toten geworfen. Einige Monate später pries der Präsident der französischen Kammer, Deschanel, seinen Freund Blondel, weil er Rumänien im dritten Balkankriege zu einer aktiven Politik gegen Bulgarien veranlaßt habe, wodurch „Rumänien den Krieg zu einem raschen und für sich so glücklichen Abschlusse brachte. Dadurch besonders hat Blondel in Rumänien die Sympathien für Frankreich erweckt." [2]) Und da das Heer König Carols losgelassen wurde, blieb auch die Türkei nicht untätig; sie setzte ihr Heer gegen Bulgarien in Bewegung.

Es ist überflüssig, in die militärischen Einzelheiten der Katastrophe einzugehen, die sich mit elementarer Notwendigkeit vollzog; alles taktische war eine Begleiterscheinung der Umstellung Bulgariens durch alle Staaten der Balkanhalbinsel. Serbien, das anfangs seine Zurückhaltung und Friedensbereitschaft markiert hatte, erklärte am

[1]) Diese Bemühungen des Petersburger Kabinetts sind in dem russischen Orangebuch in möglichst günstiges Licht gesetzt (Nr. 271 bis 279).

[2]) J. Gheorgow, Professor der Philosophie an der Universität Sofia: „Bulgarien und die Zentralmächte" in der „Österreichischen Rundschau", 1916 2. Heft.

7. Juli an Bulgarien in aller Form den Krieg und ging zum Angriffe an der Bregalnitza über. Sein Heer drängte die Bulgaren in blutigen, mit besonderer Wildheit geführten Kämpfen zurück und entriß ihnen am 14. Juli Kriva Palanka. Ebenso zwangen die Griechen unter König Konstantin die Gegner zum Rückzuge. Sie bedrohten die Bulgaren, denen sie an Zahl weit überlegen waren, mit Umfassung, so daß diese Schritt für Schritt zurückweichen mußten. So wenig ging die Hoffnung der bulgarischen Generäle in Erfüllung, diese zwei Gegner niederzuringen, bevor das rumänische Heer mobilisiert war.

Das Verderben zog sich über die Bulgaren unentrinnbar zusammen. In dieser ihrer höchsten Not erwog das Wiener Kabinett, ob es nicht eingreifen solle, um das von Gegnern rings umstellte Volk zu retten. Es war leicht vorauszusehen, daß Serbien, einmal die führende Macht auf dem Balkan geworden, das Schwert auch gegen Österreich-Ungarn ziehen werde. Das wollte Berchtold um jeden Preis verhindern; Serbien sollte nicht zu mächtig werden. Es war, wie wenn dem österreichisch-ungarischen Minister nach der Mobilisierung Rumäniens eine Blutwelle zu Kopfe gestiegen wäre. Nachdem das Wiener Kabinett die unangenehmen Ergebnisse der zwei ersten Balkankriege zähneknirschend hingenommen hatte, faßte es sich ein Herz, um zuletzt doch tätig einzugreifen und Serbien Halt zu gebieten. Ein derartiger verzweifelter Schritt mußte allerdings der Monarchie den Haß aller Staaten, bis auf Bulgarien, zuziehen; auch Rußland war dann herausgefordert, und der europäische Krieg kaum mehr abwendbar.

Am 4. Juli erging an die Botschafter Szögyény und Mérey die Weisung, der deutschen und der italienischen Regierung den Entschluß zum Handeln anzukündigen. Sie sollten die zwei Bundesgenossen veranlassen, auf Rumänien einzuwirken, damit es von seinem Angriffe auf Bulgarien ablasse. Dieses erhielt dann Luft und konnte sich Serbiens und Griechenlands erwehren. Dabei behielt sich Österreich-Ungarn vor, den Serben an den Leib zu gehen.

Das plötzliche Losbrechen des Wiener Kabinetts kam seinen zwei Bundesgenossen sehr ungelegen, und beide mahnten dringend ab. San

Giuliano befand sich gerade in Deutschland, wo er mit Jagow in Kiel am 2. Juli eine Begegnung hatte. Die zwei Minister waren in der Verurteilung der Hartnäckigkeit Bulgariens einig und ebenso in dem Entschlusse, sich Rumänien als Bundesgenossen warmzuhalten; Erwägungen, die dem Gedankengange Berchtolds schnurstracks zuwiderliefen. Dementsprechend lautete die in Berlin und in Rom gegebene Auskunft. Österreich-Ungarn erhielt den dringenden Rat, von seinem gewagten Vorhaben abzustehen.

Mérey hatte den ihm gegebenen Auftrag wider bessere Überzeugung ausgeführt. Da San Giuliano noch nicht nach Rom zurückgekehrt war, sprach der Botschafter zuerst mit dessen Stellvertreter, Martino, erst am 12. Juli mit dem Minister selbst. Die zwei italienischen Diplomaten, San Giuliano natürlich bestimmter, machten kein Hehl daraus, daß Italien dem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen nicht auf seinen Wegen folgen, ihm weder gegen Serbien noch auch gegen Rußland Hilfe leisten würde, da der Dreibundvertrag nur zur Verteidigung gegen einen Angriff geschlossen worden sei. San Giuliano verständigte den von Rom abwesenden Ministerpräsidenten Giolitti von der Anfrage Berchtolds und erhielt eine Antwort desselben Sinnes, er solle Österreich von dem äußerst gefährlichen Abenteuer (periculosissima aventura) abraten. „Wir werden euch an dem Zipfel eures Rockes zurückhalten", sagte der Minister des Äußeren zu Mérey und fügte hinzu, er glaube nicht daran, daß das Wiener Kabinett sein Vorhaben ausführen werde.

San Giuliano hatte richtig vorausgesehen. Das Wiener Kabinett war durch die Absagen ernüchtert; auch machten inzwischen die serbischen und rumänischen Truppen solche Fortschritte, daß Österreich-Ungarn sich einer verlorenen Sache angenommen haben würde. Die Hitze Berchtolds verflüchtigte sich, doch blieb bei ihm üble Laune darüber zurück, daß Österreich-Ungarn auch bei diesem Versuche der Geltendmachung seines Ansehens allein gelassen wurde. Der Seelenzustand, in dem das Wiener Kabinett sich vorwagte, ist zu verstehen; die politischen Gründe für sein Vorhaben aber sind schwach, das jähe Auffahren und scheue Zurück-

weichen kläglich. Ein Vorspiel zu dem übereilten Losbrechen gegen Serbien im Juli 1914.

Unterdessen fiel auf der Balkanhalbinsel die Entscheidung. Am 11. Juli überschritt ein Teil der rumänischen Armee die Grenze, ein anderer schlug über die Donau eine Brücke, darauf marschierten die Truppen, ohne Widerstand zu finden, gegen Sofia. Um das Unheil zu vervollständigen, folgten die Türken dem Beispiele und rückten am 22. Juli in Adrianopel ein, das von den Bulgaren eilig geräumt worden war, da sie zur Besetzung der umfangreichen Befestigungswerke nicht genug Truppen besaßen.

*

Friede von Bukarest

So lag Bulgarien am Boden. In dieser Not wandte sich König Ferdinand an den Kaiser von Österreich und an den Zaren mit der Bitte um Vermittlung. Das Wiener Kabinett konnte nur wiederholen, was es vor dem Kriege geraten hatte. Auf seinen Antrieb ersuchte Ferdinand den König von Rumänien um Frieden, die Abtretung des Landes bis zur Linie Turtukai-Baltschik anbietend. Das Fürwort Kaiser Franz Josefs tat das übrige und bestimmte Carol, von dem Einmarsche in Sofia abzustehen. Am 30. Juli wurde Waffenstillstand geschlossen.

Der Kongreß zur Herstellung des Friedens zwischen den christlichen Königreichen der Balkanhalbinsel trat in Bukarest zusammen. Mit der Pforte verhandelte Bulgarien gesondert. Alle Staaten hielten fest zusammen, um Bulgarien an die Wand zu drücken. Dieses mußte also auch den größten Teil dessen herausgeben, was es durch den Krieg mit den Türken gewonnen zu haben glaubte. Seine Volkszahl wuchs zwar durch den endgiltigen Friedensschluß um 400 000 Einwohner, die Serbiens aber um $1^1/_4$, die Griechenlands um $1^1/_2$ Millionen Menschen.

Mazedonien wurde zwischen Serbien und Griechenland geteilt. Zudem verlor Bulgarien 8000 Quadratkilometer an Rumänien und dehnte sich überhaupt nur gegen Süden und Südosten aus, auf Kosten der Türkei. Adrianopel blieb der Pforte, wozu sich Bulgarien einige Wochen später verstand. Wurde Bulgarien durch den Entgang Mazedoniens schwer getroffen, so kam dazu, daß ihm am Ägäischen Meer nur ein schmaler Streifen zufiel mit Dedeagatsch als Haupthafen. Es hätte großen Wert darauf gelegt, wenigstens Kavalla und Seres zu erhalten, um das Meer auch hier erreichen zu können; dieser Anspruch war aber nicht durchzusetzen. Es war tief gedemütigt, aber der gesunde Sinn des Volkes zeigte sich darin, daß es seinen König das Unglück nicht entgelten ließ, sondern sich enger um ihn scharte. Überall sagte man sich, daß die ganze Nation, alle Politiker, durch weit ausgreifenden Ehrgeiz wie durch Überschätzung der eigenen Kraft gefehlt hatten. Alle ohne Ausnahme, alle Parteien, besonders aber die Armee, wollten Mazedonien festhalten, alle im Notfalle die Waffen einsetzen. Der Angriffsbefehl vom 28. Juni war zwar ein schwerer Fehler, aber es steht so gut wie fest, daß die Flinten auch ohne ihn losgegangen wären; auch in Serbien waren die Maßregeln zum Angriffe vorbereitet. Danew nahm schon am 15. Juli seine Entlassung in Verzweiflung darüber, daß keine seiner Annahmen eingetroffen war. Radoslawow folgte ihm als Ministerpräsident, Ghenadiew wurde Minister des Innern. Der letztere ging mit Geschow und Danew strenge ins Gericht[1]), während diese alle Schuld auf die militärische Umgebung des Königs wälzten; Geschow hat ihr „verbrecherische Narrheit" vorgeworfen. Zu einem Spruche des Parlaments über die Schuld Danews und anderer Politiker kam es aber nicht; die Fäden der Verantwortung hätten sich nur schwer entwirren lassen.

Das Selbstbewußtsein der Serben war durch die errungenen Erfolge sehr gehoben; das Haus Karageorgević glaubte sich zu den höchsten Dingen berufen. Es wurde der Donaumonarchie der böseste Gegner, es trieb das verwegenste Spiel.

[1]) Schultheß, „Geschichtskalender", Jahrgang 1913, S. 654.

Ohne nennenswerte Anstrengung war den Rumänen die Schiedsrichterrolle zugefallen, die Rußland angestrebt hatte. Es war nicht rühmlich, ohne jeden Grund einen Eroberungskrieg zu führen, zumal da Bulgarien sich doch durch die frühere Abtretung von Silistria mit Rumänien auseinandergesetzt zu haben glaubte, aber der Augenblick zum Handeln war richtig gewählt.

Die von Rumänien davongetragene Beute bestand aus einem von Bulgaren bewohnten Gebiete. Überhaupt war das Ergebnis des dritten Balkankrieges ein Hohn auf das nationale Prinzip. Rumänien, Serbien und Griechenland rissen Stücke bulgarischen Bodens an sich; die beiden letzten Staaten und ebenso Montenegro vergrößerten sich außerdem durch albanische Gebietsteile. Aus einem Befreiungskriege war ein Eroberungskrieg geworden. Oder besser gesagt: die wahre Natur des Anschlages gegen die türkische Herrschaft trat nach deren Zusammenbruche offen zutage.

*

Verstimmungen im Dreibunde

Indem sich das Wiener Kabinett auf Seite der Bulgaren stellte, handelte es im Sinne seiner eigenen wohlerwogenen Interessen. Man hat gegen Berchtold damals den Vorwurf erhoben, er hätte, indem er zwischen Bukarest und Sofia zu vermitteln bemüht war, die Bundesgenossenschaft Rumäniens verscherzt. Dieser Vorwurf war ungerecht. Die rumänische Regierung hat anerkannt, daß Österreich-Ungarn loyal gehandelt und seine Bundespflichten genau eingehalten habe. Das ist aus verschiedenen Stellen des rumänischen Grünbuchs zu ersehen. Die öffentliche Meinung in Bukarest, gelenkt durch russisches und französisches Geld, ließ sich allerdings gegen Österreich-Ungarn in Bewegung setzen, und in den Tagen der Mobilisierung kam es zu feindseligen Rufen

gegen diese Monarchie. Die in der Presse und dem Parlamente Österreich-Ungarns gegen Berchtold gerichteten törichten Artikel und Reden wurden in Bukarest als Zeugnisse gegen ihn angeführt. Von da an datiert die Abwendung Rumäniens von den Mittelmächten; die tiefere Ursache dieser Erscheinung ist jedoch nicht etwa die Unzuverlässigkeit der Wiener Politik gewesen, sondern der Mangel an Kraft, der sich gezeigt hatte. Die Sache Bulgariens, für die sie sich einsetzte, unterlag: Grund genug, um in Völkern, denen vor allem der Erfolg imponiert, den Eindruck zu erwecken, es sei klüger, sich von den Mittelmächten abzuwenden.

Dazu aber kam, daß jede einzelne Macht des Dreibundes ihre gesonderten Wege ging, daß also seine Gesamtheit an Ansehen verlor. Von Italien muß dies nicht erst erwähnt werden, es frohlockte über den Sieg Serbiens, welches sich immer mehr in die Flanke Österreich-Ungarns einbohrte. Das war noch Nebensache. Schlimmer war, daß auch Deutschland mit Österreich-Ungarn nicht immer einig war. Wie es damit während des ersten Balkankrieges stand, wurde bereits erzählt. Später ging es nicht besser. In Berlin, wo man den Balkandingen ferner stand, wurde nicht ganz erfaßt, welchen Wert Bulgarien für die Mittelmächte hatte. Während das Wiener Kabinett sich für diesen Staat mühte und ihm wenigstens Kavalla retten wollte, sprach sich die deutsche Regierung für die griechischen Ansprüche aus. Der Zwiespalt ward offenkundig, als die europäischen Mächte zum Bukarester Frieden Stellung zu nehmen hatten. Dessen Grenzbestimmungen waren national und geographisch so unhaltbar, daß der Gedanke auftauchte, die Großmächte sollten dem Frieden zwar beitreten, jedoch mit der Bemerkung, es solle später in ruhigeren Zeiten eine Revision vorgenommen werden. Der Vorschlag fand vielseitig Anklang, auch in Petersburg. Rumänien aber, das auf den Bukarester Frieden als auf sein Werk stolz war, sträubte sich gegen einen derartigen Vorbehalt; darauf gaben nahezu alle Mächte, auch Rußland, ihr Vorhaben auf; nur Österreich-Ungarn harrte bei Bulgarien aus und gab in diesem Sinne eine Erklärung ab. In Berlin war man nicht einverstanden, da hier die Ansicht herrschte,

daß Rumänien als Bundesgenosse der Zentralmächte und ebenso Griechenland in jeder Weise geschont und gehegt werden müßten. Dem gab Kaiser Wilhelm vernehmlichen Ausdruck, indem er den König Konstantin zum Generalfeldmarschall ernannte und den König Carol zu seinem großen Erfolge beglückwünschte.

So stand das Wiener Kabinett mit seiner Stellungnahme allein, was füglich hätte vermieden werden sollen.

Ob Deutschland oder Österreich-Ungarn bei diesem Vorgehen richtig handelte, bleibe dahingestellt; mißlich war, daß die Völker des Balkans den Eindruck hatten, daß der Dreiverband geschlossen vorging, während jede der Mittelmächte und neben ihnen auch Italien auf eigene Faust handelte.

Der Verlauf der Balkankrise befreite Österreich-Ungarn von einer großen Gefahr. Hielt der Balkanbund zusammen, so war es so gut wie gewiß, daß er sich früher oder später gegen die Donaumonarchie wenden werde. Auf ihre Kosten, so predigten die russischen Panslawisten den Serben und Bulgaren, ließe sich zwischen den zwei Völkern völlige Harmonie herstellen. Das war auch der Gedanke des Ministeriums Pašić, der es ungern sah, daß die Militärpartei in seinem Lande im Triumphe des Sieges über Bulgarien nichts davon hören wollte, Teile Mazedoniens abzutreten, selbst wenn Bosnien dadurch gewonnen werden könnte. Der Zerfall des Balkanbundes war also ein Glücksfall für Österreich-Ungarn. Die vorsichtige Politik des Grafen Berchtold schien jetzt gerechtfertigt. Und dies besonders, als der Pariser „Matin“ im November 1913 den Wortlaut des bulgarisch-serbischen Vertrages veröffentlichte, aus dem hervorging, daß er nicht bloß gegen die Türkei, sondern auch gegen das Donaureich gerichtet gewesen war. Indessen war doch ein bitterer Bodensatz in dem Tranke, denn die Verstärkung Serbiens und sein militärischer Aufschwung ließen Schlimmes besorgen. Serbien und Montenegro waren nicht mehr durch den Sandschak getrennt, den sie vielmehr unter sich teilten. Sichtbar neigte auch Rumänien dem Dreiverbande zu. Der Weg nach dem Balkan war dem Donaureiche durch die Friedensschlüsse von London und Bukarest versperrt, es war

in die Defensive gedrängt, und ein Bund Serbiens mit Rumänien konnte noch schlimmere Frucht zeitigen als der mit Bulgarien.

*

Mißerfolg der russischen Politik

Vollständig aber war der Mißerfolg der russischen Politik. Der durch den Balkan gehende Riß war für das Slawentum eine Katastrophe, für Rußland ein schwerer Schlag, nicht so arg wie seine Niederlage im Krimkriege, aber ärger als sein notgedrungenes Zurückweichen auf dem Berliner Kongresse. Denn von 1878 an bis 1913 konnte Rußland das noch im Werden und Wachsen begriffene Bulgarien immerhin als Schutzstaat in seine Rechnung stellen. Alle Arbeit der panslawistischen Politik für Bulgarien, alles für die Balkanvölker ausgegebene Geld war hinausgeworfen. Serbien war zwar vergrößert, aber nicht auf Kosten Österreich-Ungarns, sondern des stammesverwandten Bulgarien. Dieses war auch den Rumänen und Griechen geopfert worden, welche sich rein slawische Gebiete einverleibten. Es war ein Hohn auf das slawische Gemeingefühl, daß Rußland den Rumänen seinen Segen zum Angriffe auf Bulgarien gegeben hatte.

Die fortgesetzten Niederlagen der russischen Diplomatie 1854, 1878, 1909 und 1913 waren für die Machthaber im Zarenreiche der stärkste Antrieb zu einem Appell an die Waffen. Den Diplomaten war alles mißlungen, auch die viel gepriesene Stiftung des Balkanbundes. Zwischen Sasonow und der Kriegspartei bestand überdies stillschweigend ein Kompromiß, man solle die Früchte zunächst reifen und den Bund sich befestigen lassen. Erfüllte er die auf ihn gesetzten Hoffnungen, so konnte man noch immer und mit besseren Aussichten gegen Mitteleuropa losschlagen. Insofern wurde durch die Entwicklung der Dinge auf dem Balkan 1913 der Weltkrieg etwas hinausgeschoben. Auf

der anderen Seite war die Politik Österreich-Ungarns während der Balkankriege nicht darnach angetan, die Achtung oder die Furcht vor dieser Macht zu erhöhen. Seine äußere Politik war das Spiegelbild seiner inneren Zerklüftung. Es konnte so schwer nicht sein, die Donaumonarchie zu überrennen. Fieberhafte Rüstungen, durch die Milliarden französischer Anleihen ermöglicht, wurden in Angriff genommen, und hinter den verantwortlichen Ratgebern des Zaren richtete sich als Werkzeug des Schicksals und des Verderbens die Gestalt des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch in die Höhe.



Nachwort

Von Otto Hoetzsch

20*

So weit konnte Heinrich Friedjung sein Werk führen. Nur verhältnismäßig wenig schien denen, die um seinen wissenschaftlichen Nachlaß sorgten, zu fehlen: die Zeit vom Bukarester Frieden bis zum Attentat von Serajewo oder bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Aber es zeigte sich, daß die Lücken auszufüllen schwierig, ja unmöglich war. Vielleicht hat Friedjung selbst nicht bemerkt, daß er den Faden der fernöstlichen und nordamerikanischen Vorgänge, die doch in einem Werk über das „Zeitalter des Imperialismus" wahrhaftig nicht fehlen dürfen, mit 1905, mit dem Frieden von Portsmouth, fallen gelassen und, abgesehen von der kurzen Erwähnung der chinesischen Revolution (III 94ff.), nicht wieder aufgenommen hat. Es kann aber auch seine wissenschaftliche Absicht gewesen sein, wenn er so vorging: zu sehr drehte sich für ihn wie für Europa doch alles um die alte orientalische Frage, an deren aufgehäuftem Zündstoff der Weltkrieg auch zur Explosion kam. Aber jene Lücke ausführlich auszufüllen —, die Liquidierung des russisch-japanischen Gegensatzes, die Fragen der Mandschurei und der Mongolei, die innere Entwicklung Chinas, den japanischen Imperialismus zwischen 1904 und 1914 mit den Voraussetzungen seines Entschlusses, sich am Weltkriege zu beteiligen, den nordamerikanischen Imperialismus, Panamakanal und Mexiko, pazifische Probleme und Monroedoktrin, die Wirkung der Fragen des fernen Ostens (Mächteanleihe, Eisenbahnkonzessionen) auf das europäische Bündnissystem —, alles dieses ausführlich zu schildern, hätte den Rahmen des Werkes, wie es hinterlassen war, gesprengt.

Noch mehr: auch die detaillierte Schilderung des Jahres 1913/14 und des Kriegsausbruches ließ sich nicht durchführen. Denn das alles

ist uns immer mehr unter die Frage der „Kriegsschuld“ getreten. Sie ist in einem solchen Werk gewiß scharf zu präzisieren, kann aber nicht ausführlich behandelt werden. Das hätte erst recht die Anlage des Ganzen verschoben und ein Werk, das eine im ganzen abgeschlossene Periode schildern und das dauern will, zu stark mit noch strittigen Fragen belastet. Auch für Friedjung, hätte er länger gelebt, hätte sich immer mehr alles unter den Gesichtspunkt der Kriegsschuld gestellt, vor allem angesichts des gewaltigen Materials, das nach seinem Tode erschienen ist. Im Entwurf eines Schlußkapitels (Rückblick und Ausblick) hat er die Probleme der Kriegsschuld und des Kriegsausganges ganz allgemein gestellt und seinen Standpunkt dazu sehr bestimmt genommen. Wie er das im einzelnen begründet hätte, wissen wir nicht. Die Bearbeiter konnten das nicht für ihn tun, zumal schließlich auch, je größer die Distanz wird und je stärker man in dem wissenschaftlich-politischen Kampfe um die Kriegsschuldfrage steht, von selbst Einstellung und Ton anders geworden wären.

Wenn sich also der Schluß des Werkes nicht allzusehr von dem übrigen unterscheiden sollte, so konnte lediglich ein bescheidenes Nachwort gegeben werden, das die Ereignisse mehr nur registriert, die einzelnen Geschehnisse, die Vorbereitungen und Voraussetzungen des Weltkrieges, soweit sie sich 1913 und 1914 abgespielt haben, zusammenfaßt. Allerdings mit einer bestimmten Stellungnahme, von der gesagt werden kann, daß sie sich in den großen Zügen sicherlich mit der Friedjungs deckt, der dem Bearbeiter mehrfach seine Übereinstimmung zu den von ihm an anderer Stelle dazu entwickelten Gedanken ausgesprochen hat. Von selbst ergab sich dann, daß der Schluß wieder einmündete in die klassische Einleitung Friedjungs zum 2. Bande dieses Buches über den Imperialismus, der über die Weltwirtschaft und die Weltpolitik in den Weltkrieg geführt hat — ein wahrhaft imperialistischer Krieg von seiten der Russen, der Engländer, der Japaner, der Italiener und schließlich auch der Franzosen, gegen den sich das Weltmachtsstreben der Deutschen, innerlich ebensogut berechtigt wie das der anderen, zur Wehr zu setzen hatte!

*

Die orientalische Frage im letzten Jahre vor dem Weltkriege

Der dritte Balkankrieg hatte die bestehenden großen Gegensätze noch einmal von dem Zusammenstoß abgelenkt, aber er hatte die elektrische Spannung nicht beseitigt, die über Europa lag. Im Hinblick auf die Verhandlungen mit England schätzte man diese in Deutschland nicht ernst genug ein; auch das ist ein Beweis für Deutschlands Friedensliebe und gegen Deutschlands Kriegswillen, daß man hier immer gern bereit war, an „Entspannungen" und dergleichen zu glauben. In ihren Reden im November und Dezember 1913 sprachen die leitenden Staatsmänner ihre Befriedigung aus, daß es gelungen sei, das europäische Konzert durch die ganze orientalische Krisis hindurch zu erhalten. Aber bereits im Januar 1914 war das drückende Gefühl wieder vorhanden von Symptomen, die auf Sturm deuteten.

Die albanische und die armenische Frage, die Angelegenheit der deutschen Militärmission in Konstantinopel, die Gegensätze unter den Balkanstaaten und Besorgnisse vor dem Ehrgeiz und der Willenskraft Enver Paschas beunruhigten Europa.

Mehr noch das unbestreitbare Gefühl, daß der russisch-österreichische Gegensatz sich erneut verschärft hatte, anders gewendet, daß der Mißerfolg der russischen Politik auf dem Balkan diese gefährlich weitertreiben würde. Denn den Wünschen Rußlands entsprach dieser Ausgang des Balkankrieges nicht. Der Balkanbund war zusammengebrochen, Rußlands Berechnung hatte sich als falsch erwiesen, daß es in ihm ein geeignetes Instrument habe, die türkische Frage endgültig zu lösen. Der Wille dazu war aber in Rußland immer stärker und ausgesprochener geworden, der Wille zur Lösung gegen ein Österreich, das man für innerlich morsch hielt, und gegen ein Deutschland, das, mit Österreich unlösbar verbunden, sich immer tiefer in die orientalischen Dinge eingelassen hatte. Kaum ist es notwendig, das Wort abermals anzuziehen, daß für Rußland der Weg nach Konstantinopel über

Berlin führe. Friedjungs Schlußsätze geben treffend die Lage wieder: fieberhaft arbeitete man in Rußland daran, die Scharte auszuwetzen, durch militärische Rüstungen, durch die panslawistische Hetze, durch die mit ihr verbundene Politik, in der vor allem der russische Gesandte in Belgrad, Herr von Hartwig, geradezu Mittelpunkt einer panslawistisch-großserbischen Agitation war. Denn nach Serbien hatte sich nunmehr der Stützpunkt der russischen Balkanpolitik verlegt, die sich immer mehr mit der großserbischen Agitation identifizierte, und deren Ziele waren nur mit der Zertrümmerung Österreich-Ungarns realisierbar.

Für Rußland kam es darauf an, die größer und selbständiger gewordenen Balkanstaaten auszunutzen und, wenn möglich, den Balkanbund unter ihnen zu erneuern. In diesem Streben reichten sich Rußland und Frankreich die Hand, um mit Hilfe dieser Balkanstaaten den Ring um Mitteleuropa, um die Zentralmächte, wie man dann im Kriege sagte, zu schließen.

Wie stellte sich England dazu? Es hatte in der letzten Zeit in der orientalischen Frage eine Politik getrieben, die den Frieden erhalten wollte oder jedenfalls erhalten zu wollen schien. Aber die Balkankriege hatten zum Zusammenbruch und zur Verkleinerung der europäischen Türkei geführt. Immer stärker verschob sich damit das Schwergewicht der orientalischen Frage nach ihrer asiatischen Seite. In früheren Orientkrisen war diese asiatische Seite immer nur nebenbei zu behandeln gewesen. Jetzt hatte sie größte weltpolitische Bedeutung gewonnen. Denn hier stieß das Machtstreben von drei Großmächten zusammen. Der alte Gegensatz zwischen England und Rußland, aus Englands Sorge vor russischer Bedrohung Indiens erwachsen, schien zwar gebändigt; natürlich war er noch da, aber er war zunächst vertagt. Dafür war Deutschland beiden in die Quere gekommen, mit dem Bau der Bagdadbahn, deren Linie nach dem Persischen Golfe die große englische Tendenz auf eine Landverbindung zwischen Indien und Ägypten durchschnitt, und mit seiner Politik für eine militärisch starke und politisch geordnete Türkei, die direkt gegen Rußlands klar zutage liegende Ambitionen ging.

War für Deutschland die Lage so schon schwierig genug, wurde sie für es noch unangenehmer eben durch den Zusammenbruch der europäischen Türkei, so war der Ausgang des dritten Balkankrieges insofern noch bedenklicher, als aller Welt dabei die Uneinigkeit innerhalb des Dreibundes vor Augen getreten war. Die Welt hatte den Eindruck, daß der Dreiverband geschlossen vorgegangen war, und der Dreibund verlor an Ansehen, weil jede Macht im Dreibund ihre Wege für sich ging. Bei Italien war das nichts Neues; es freute sich geradezu über die serbischen Siege, in denen es eine Schwächung Österreichs sah. Aber auch Deutschland und Österreich waren politisch nicht einig gewesen. Österreich hatte, traditionell begründet und auch an sich richtiger, das Gegengewicht gegen Serbien in Sofia gesucht. Deutschland dagegen legte, weil Rumänien der Bundesgenosse des Dreibundes war, obwohl es wegen der ungarisch-rumänischen Feindschaft im scharfen Gegensatz zu Österreich stand und überhaupt zum Dreiverband neigte, den größeren Wert auf Bukarest, demnächst auf Athen. Hier wurde auf die verwandtschaftlichen Beziehungen des Königs Konstantin mit dem deutschen Herrscherhause gerechnet, obwohl Konstantins Vater der Bruder der englischen Königinmutter und der russischen Kaiserinmutter war, obwohl Konstantins Mutter eine russische Großfürstin war und überhaupt seine dänisch-russischen Familienbeziehungen umfassender waren als die mit dem Hause Hohenzollern. Doch war König Konstantin tatsächlich deutsch orientiert. Jedenfalls suchten Österreich und Deutschland so das Gegengewicht gegen Serbien an verschiedenen Stellen, wobei vielleicht bei der deutschen Erwägung noch mitsprach, daß Rumänien und Griechenland nicht-slawische Staaten waren. Da diese Dissonanz deutlich genug zutage getreten war, so endete die Krise des dritten Balkankrieges mit einer Schwächung, mit einem Verlust an Prestige für den Dreibund.

International waren die Frage der Inseln im Ägäischen Meer und Albanien zu behandeln. Um erstere Angelegenheit ging der Streit zwischen Griechenland und der Türkei. Sir Edward Grey schlug vor, daß alle von Griechenland zur Zeit besetzten Inseln, außer Imbros und

Tenedos, Griechenland verbleiben sollten und daß Italien, das seit seinem Kriege mit der Türkei noch Inseln im Ägäischen Meere besetzt hielt, diese an die Türkei zurückgeben solle, wenn der Friedensvertrag von Lausanne durchgeführt sei. Die Großmächte waren damit einverstanden, Griechenland desgleichen, die Türkei aber nicht, weil sie diese Inseln als einen Teil ihres Gebietes in Asien betrachtete. Es kam zu einer erheblichen türkisch-griechischen Spannung. Die Mächte suchten dabei die Türkei dahin zu beeinflussen, daß Griechenland nicht im Besitz der ihm zugewiesenen Inseln gestört würde. Eine Entscheidung ist bis zum Kriege nicht erfolgt, in den die türkisch-griechische Spannung um diese international nicht allzu bedeutungsvolle Frage hineingenommen wurde.

Wichtiger, verwickelter und kritischer war die albanische Angelegenheit. Die Konferenz von London hatte beschlossen, daß ein selbständiges Albanien entstehen solle. Aber zu den Schwierigkeiten der Abgrenzung und der Unreife der Bevölkerung kam die Rivalität der anderen Mächte hinzu, Serbiens, das Wünsche im Norden, Griechenlands, das Wünsche im Süden des für Albanien in Aussicht genommenen Gebietes hatte. Und die Großmächte selbst waren sich nicht einig und klar. Der Dreibund war für ein unabhängiges Albanien mit einem ausreichenden Staatsgebiet. Italien hätte eigentlich das gleiche Interesse mit Österreich verbinden müssen, nämlich hier ein Vordringen Serbiens, das sowohl Österreich wie Italien unangenehm sein mußte, zu verhindern. Aber Italien verfolgte nicht nur das negative Ziel, daß die albanische Küste nicht in andere Hände kommen dürfe, sondern es blickte selbst begehrlich nach dem anderen Ufer der Adria, nach Valona, und strebte längst danach, den italienischen Einfluß in Albanien wirtschaftlich und kulturell zu erhalten und zu erweitern. Das gab der Haltung Italiens einen zweideutigen Charakter und trug auch nicht dazu bei, den Dreibund zu festigen. Frankreich war geneigt, in dieser Sonderfrage Serbien zu unterstützen, in dem ein wertvolles Glied für den um die Zentralmächte zu legenden Ring gesehen wurde. Griechenland wieder, gegen dessen Wünsche die albanische Politik des Drei-

bundes ging, wurde so an den Dreiverband herangedrängt, und England war es vielleicht nicht unlieb, daß hier eine offene Stelle blieb, eine Frage, die Österreich und Italien trennte und so Italien auf die andere Seite zog.

Seit Oktober 1913 arbeitete eine internationale Kontrollkommission für Albanien. Unter holländischen Offizieren sollte eine Gendarmerie Ordnung schaffen. Als Kandidat für den Thron dieses Landes wurde der Prinz Wilhelm zu Wied gewählt, der am 3. November 1913 die Kandidatur auch annahm. War es schon nicht leicht für einen christlichen Fürsten, als Herrscher über einer mohammedanischen Bevölkerung zu walten, so bereitete die mittelalterliche Struktur der sozialen und politischen Verhältnisse in der Bevölkerung weitere Schwierigkeiten, und die mühselige Arbeit, diesen kleinen Staat von 30 000 qkm und 900 000 Einwohnern auf die Beine zu bringen, wurde durch Prätendenten unablässig gestört. Der gefährlichste unter ihnen war Essad Pascha, der ein selbständiges Mittelalbanien zu schaffen suchte und gegen den es schwierig war, den internationalen Einfluß durchzusetzen, weil die Einigkeit zwischen Italien und Österreich fehlte. Im März 1914 brach ein Aufstand in Südalbanien aus, der mindestens indirekt aus Griechenland unterstützt wurde. Als Mutterland behauptete dieses, Ansprüche auf das epirotische Land machen, für die Sicherung seiner Konnationalen sorgen zu müssen. Das machte wieder Verhandlungen über allerhand Garantien nötig. Kurz, auch diese Frage blieb ein internationaler Konfliktstoff, eine offene Wunde, bot Gelegenheit genug zu Reibungen und Zwisten und war für Deutschland peinlich, weil es dabei eine undankbare Vermittlerrolle zwischen den beiden Bundesgenossen wahrnehmen mußte. Mit Kriegsausbruch mußte der Prinz zu Wied das Land verlassen. Griechenland setzte sich im Süden fest, Italien in Valona, und ungelöst floß auch diese Frage in die große Auseinandersetzung hinein, die der Weltkrieg für das Orientproblem brachte.

Aus alledem ergibt sich schon die politische Aufstellung der Balkanstaaten. Griechenland und Serbien verfolgten gemeinsame Interessen und näherten sich so weit, daß am 31. März 1914 vom serbischen Mi-

nisterpräsidenten der Abschluß eines Bündnisses zwischen Serbien, Griechenland und dazu Montenegro öffentlich mitgeteilt wurde. Und die gemeinsame Feindschaft gegen Bulgarien ergab von selbst ein Einverständnis mit Rumänien.

Bulgariens Stimmung war gekennzeichnet durch den bekannten Tagesbefehl seines Herrschers vom 11. August 1913: „Erschöpft und ermüdet, aber nicht besiegt, mußten wir unsere glorreichen Fahnen für bessere Tage zusammenfalten." Das bulgarische Volk überwand die Nachwehen des Krieges schnell. Es wendete sich immer mehr von Rußland ab, dem es seinen Staat verdankte, das es aber in der Krisis des letzten Balkankrieges nicht vor der schweren Niederlage bewahrt hatte. Und es erfüllte sich mit leidenschaftlichem Revanchewillen gegen Serben und Rumänen. Zum Schutz dagegen näherten sich einander Rumänien und Serbien, so daß eine Entente zwischen Serbien, Montenegro, Griechenland und Rumänien in greifbarer Nähe erschien und so ein Balkanbund in anderer Form sich wieder andeutete.

In dieser Entente war Serbien das aktivste und unruhigste Element. Es hatte sich im Balkankrieg recht leistungsfähig gezeigt und gab sich nun immer vorbehaltloser einer nationalistischen großserbischen Agitation hin, die immer weniger verhüllte, daß sie auf die Auflösung Österreich-Ungarns ausging. Darin ging ihm eine Strömung in Rumänien parallel. Auch hier wurde der angreifende Nationalismus immer stärker, der (in der rumänischen „Kultur-Liga") sich auf Siebenbürgen als ein rumänisches Land richtete, der den alten Gegensatz zu Ungarn immer schärfer herausarbeitete und die Spannung zwischen Rumänien und Österreich-Ungarn, also zwischen zwei Bundesgenossen, immer offenkundiger machte. Auf der anderen Seite versuchte man, Rumänien direkt von seinem Bunde loszureißen: im Frühjahr 1914 besuchte der Zar selbst die rumänische Königsfamilie in Constantza. In Deutschland verließ man sich dagegen auf die unzweifelhafte Loyalität König Karols. Aber das war zu wenig als Stütze gegen das russische Streben, einen wieder entstehenden Balkanbund sich dienstbar zu machen, und gegen die unausgesetzte diplomatische Arbeit an allen Balkanhöfen gegen den

Dreibund. Für ihn und für Deutschland wurden diese Verhältnisse immer ungünstiger. Zwar betonte König Konstantin bei seinem Besuch in Berlin am 8. September 1913, wieviel er der deutschen militärischen Erziehung verdanke, aber was besagte das dagegen, daß sein Staat eine französische Militärmission und englische Flotteninstrukteure hatte? Zwar kam eine rumänische Anleihe am 17. Oktober 1913 in Berlin zustande, aber was besagte das, wenn Rumänien immer stärker nach der anderen Seite gezogen wurde?

Dasselbe Ringen spielte sich um die Türkei ab. Diese ging gleich im Herbst 1913 an die Reorganisation ihrer Armee und ihrer Flotte, und als zu Anfang 1914 Enver Pascha Kriegsminister wurde, kam in diese Arbeit noch besonders Plan und Energie. Diese Richtung war mit Recht fest davon überzeugt, daß Rußland gegen jede militärische Wiedererstarkung der Türkei, auch der verkleinerten Türkei, sein würde. Sie brauchte sich nicht erst zu fragen, worauf sich die immer drohender werdenden russischen Rüstungen richteten. Diese türkischen Führer wußten und sahen, welche Rolle in Rußland die „historische Mission" wieder spielte, daß Rußland Konstantinopel und die Meerengen in Besitz nehmen müsse. Sie wußten, daß man in Rußland mit einem europäischen Kriege rechnete, der die Lösung dieser Aufgabe Rußland ermögliche, und daß man in Rußland alle nötigen militärischen Maßnahmen gegen die Meerengen für einen solchen Fall vorbereitete. Sie fühlten die warnende Ähnlichkeit der Situation mit der vor Ausbruch des letzten Krieges zwischen Rußland und der Türkei, unter Alexander II.

Wie stand England dazu? Schon seit einiger Zeit gab es eine englische Marinemission, unter dem Admiral Limpus, in Konstantinopel. Aber weder deren Tätigkeit noch Englands ganze Haltung gaben irgendeine Gewähr dafür, daß England für die Erhaltung der Türkei einzutreten gewillt sei. Die einzige Macht, die daran und an der militärischen Wiedererstarkung der Türkei ein Interesse hatte und betätigte, war Deutschland. Der Wunsch der Türkei, darin von Deutschland unterstützt zu werden, schon traditionell begründet und weiter

zurückliegend, führte zu Verhandlungen und einem Abschluß am 28. Oktober 1913, auf den hin im Dezember 1913 eine deutsche Militärmission unter dem General Liman von Sanders ihre Tätigkeit begann. Schon am 13. Dezember aber fragten die Botschafter Rußlands, Englands und Frankreichs darüber, angeblich zwar nur „informatorisch“, bei der türkischen Regierung an. Man gab sich den Anschein, und die Presse sprach es aus, als würde die türkische Unabhängigkeit durch die deutsche Militärmission bedroht; die allgemeinen Gegensätze traten daran einmal mit aller Stärke zutage. Und besonders auffällig war die Beteiligung Englands, das selbst eine Marinemission in Konstantinopel unterhielt, Deutschland aber hatte, so berechtigt deutscher Argwohn gewesen wäre, keinen Widerspruch dagegen erhoben!

Der Anfrage, die tatsächlich ein Druck Rußlands unter englischer Unterstützung war, mußte nachgegeben werden. Daß der General Liman von Sanders am 10. Januar 1914 seines Kommandos enthoben und zum Generalinspekteur der Armee und der Militärschulen in der Türkei ernannt wurde, wurde in Deutschland als peinliche Nachgiebigkeit, als Niederlage im Spiel der Mächte aufgefaßt, die die Gegensätze klar erkennen ließ und die vorhandene Spannung noch steigerte.

Militärisch und sonst arbeitete die Türkei für ihren Ausbau und gegen die drohenden Gefahren. Nach fast zweijähriger Unterbrechung trat ihre Kammer am 14. Mai 1914 wieder zusammen. Am 9. April 1914 wurde eine Anleihe mit Frankreich abgeschlossen, das dafür Eisenbahnkonzessionen im Westen von Kleinasien erhielt. Deutschland und Frankreich hatten sich darüber ihrerseits schon am 15. Februar geeinigt, und wenn sich die französische Arbeit, wie die deutsche es tat, auf den Bahnbau und die wirtschaftliche Mitarbeit beschränkte, so konnte der friedliche Wettbewerb nur gut sein, um so mehr, als diese von Frankreich anzulegenden Bahnlinien auf das Rückgrat der Bagdadbahn sowieso angewiesen blieben. Über diese, d. h. über ihr Ende im Süden und die Verbindung nach dem Persischen Golfe, gingen die Erörterungen zwischen Deutschland und England weiter; in dem bekannten Abkommen vom 15. Juni 1914 sind auch diese Fragen be-

handelt worden. Aber war denn hier eine Einigung zwischen den beiden großen Rivalen überhaupt denkbar? Liefen nicht deren Tendenzen, geographisch wie politisch, unausgleichbar gegeneinander: hier die deutsch bestimmte Nord-Südlinie Konstantinopel—Persischer Golf und die Erhaltung der Türkei, dort die Ost-Westlinie über Mesopotamien und Arabien und die Auflösung auch der asiatischen Türkei?

Noch stärker ging auf die Auflösung der asiatischen Türkei Rußland aus, indem es die armenische Frage zum Instrument dafür zu machen strebte. Rußland hatte seine armenische Politik herumgeworfen; der Statthalter des Kaukasus, Graf Woronzow-Daschkow, hatte jahrelang grundsätzlich armenierfreundliche Politik getrieben, in der Absicht, mit der Gewinnung der Armenier von Osten aus einen Keil in die Türkei zu treiben und die Möglichkeit zu Konflikten an der armenischen Frage zwischen Rußland und den Westmächten zu beseitigen. Es gelang auch wirklich, die türkenfeindliche armenische Bewegung in rußlandfreundliche Richtung zu leiten, der russische Liberalismus trat immer entschiedener für die angeblich bedrückten Armenier in der Türkei ein, und die Vorstöße Rußlands von seiner Note vom 26. November 1912 bis zu seinem Abkommen mit der Türkei vom 8. Februar 1914 ließen unzweideutig erkennen, wie Rußland sich seine Politik nach einem altbekannten Rezept der Orientpolitik weiter dachte. Deutschland war dabei immer für die Türkei eingetreten. Es wollte Türkisch-Armenien nicht Rußland preisgeben, und als der russische Ministerpräsident Kokowzow im November 1913 in Berlin weilte, mußte er sich davon überzeugen, wie in der armenischen Frage und in der Angelegenheit der deutschen Militärmission Rußlands und Deutschlands Tendenzen gegeneinander gingen.

Immer stärker zeigte sich, wie schwierig die türkische Frage für die deutsch-russischen Beziehungen geworden war. Deutschland war ja schon weit über die Bismarcksche Linie in der Orientpolitik hinausgegangen, und immer schärfer wurde damit sein Gegensatz zu Rußland, der auf der russischen Seite auch immer unverblümter ausgesprochen wurde.

Und das war um so gefährlicher, als England in diesen Dingen mit Rußland zusammenging, obwohl seine eigenen Interessen es jedenfalls nicht dazu zwangen.

An einer anderen Stelle, in bezug auf Persien, hatte der direkte Versuch, zwischen Deutschland und Rußland die Beziehungen wieder zu bessern, wie er im Abkommen von Potsdam unternommen worden war, nicht zum dauernden Erfolg geführt. Auch für Persien wirkte die allgemeine englisch-russische Annäherung nach. Es war ja seit dem Abkommen vom 31. August 1907 von England und Rußland abhängig. Witte hatte damals gemeint, daß alle Vorteile dieses Abkommens auf englischer Seite lägen. Jetzt wurde die Meinung in England stärker, die russische Politik dränge allzusehr vor. Die alte Besorgnis vor einer russischen Bedrohung Indiens wurde durch russische Bahnpläne, so phantastisch sie waren, wieder belebt, und in den wirtschaftlichen Kreisen Englands kritisierte man die Persienpolitik des eigenen Staates, die England wirtschaftlich schade. Aber die englische Politik wollte das zurückstellen, ebenso wie sie bewußt die englischen, gegen Rußland gerichteten Interessen an Konstantinopel und an den Meerengen zurückstellte. Die englische Politik wollte die Zerstörung der Türkei auch auf ein großes Risiko in den Beziehungen zu Rußland hin. Sie wollte das aus eigenen imperialistischen Absichten und um Rußland gegen Deutschland an ihrer Seite zu halten. Der Entwicklung eines Krieges konnte es dann vorbehalten bleiben, wie sich die beiden Rivalen über Konstantinopel und die Meerengen auseinandersetzten. Als der Krieg ausbrach, waren die führenden Kreise der Türkei sich darüber ganz im klaren, daß nicht nur, wie seit alters Rußland, sondern nun auch England als Todfeind der Türkei zu gelten hatte, und daß darum, wenn eine Rettung für die Türkei überhaupt möglich war, diese nur bei den Zentralmächten gesucht werden konnte.

*

Aus dem fernen Osten und Nordamerika

Am 6. Oktober 1913 war der provisorische Präsident von China, Juanschikai, auf fünf Jahre zum Staatsoberhaupt gewählt worden. Er waltete wie ein unbeschränkter Herr über das Reich, aber trotz seiner hervorragenden Bedeutung gingen die inneren und äußeren Verlegenheiten des chinesischen Reiches, das seit der Revolution im Dezember 1911 einer tödlichen Schwäche verfallen war, weiter.

Es mußte vor Japan und vor Rußland Besorgnis haben. Rußland hatte zwar nach dem Fehlschlag im Krieg mit Japan seine Politik im fernen Osten liquidiert. Darum hatte sich besonders Iswolskij bemüht, in der richtigen Einsicht, daß Rußland für die ihm vorschwebenden europäischen Ziele Ruhe im Rücken brauche. Aber zu fest war die Tradition auch einer starken asiatischen Politik Rußlands, und je mehr es im Innern wieder wirtschaftlich und politisch erstarkte, um so mehr nahm es auch diesen Weg wieder auf. Schon 1911 waren seine Beziehungen zu China immer unfreundlicher geworden, in Kenntnis der inneren Schwäche Chinas trat die russische Politik, die Japan gegenüber Vorsicht gelernt hatte, gegen China entschieden, rücksichtslos auf. Ihr Ziel war die äußere Mongolei, mit deren geistlichem Oberhaupt Rußland am 3. November 1912 ein Abkommen geschlossen hatte, das die Mongolei schon wie ein selbständiges, mit Rußland in freundschaftlicher Verbindung stehendes Gebiet behandelte. In einem Vertrag vom 5. November 1913 mit China erkannte Rußland freilich wieder an, daß die äußere Mongolei unter der Suzeränität Chinas stehe, es verpflichtete sich, sich in die Verwaltung dieses Gebietes nicht einzumischen. Aber China mußte die Autonomie der äußeren Mongolei anerkennen, die schließlich eben doch in die russische Einflußsphäre hineingezogen wurde.

In und um China rivalisierten England, Frankreich, Japan, Nordamerika; Eisenbahnkonzessionen und Anleihefragen spielten dabei die

Hauptrolle. Aber für die europäischen Großmächte war China doch wieder mehr ein Nebenkriegsschauplatz geworden, auf dem jedenfalls tiefgreifende Gegensätze zwischen Rußland und England nicht bestanden und an dem anscheinend nur Japan ein entscheidendes Interesse nahm, das, je kritischer die Verhältnisse in Europa wurden, um so sicherer erwarten konnte, freie Hand gegen Chinas Ohnmacht zu erhalten.

In Japan wurde am 15. Mai 1914 das Ministerium Okuma gebildet; Außenminister wurde darin Baron Kato. Das bedeutete: Festhalten am Bündnis mit England und imperialistische Ausdehnungspolitik, gegen die Rußland nicht gerade vorging, für die England durch sein Bündnis mit Japan festgelegt schien und gegen die als Gegner nur Nordamerika in Frage kam.

Zwischen Japan und Nordamerika bestand und wuchs unausgesetzt eine Spannung, für die ein wirklicher Konfliktsgegenstand nur in der Frage der japanischen Einwanderung nach Kalifornien vorlag, die aber in der japanischen Ausdehnungspolitik, noch mehr in den Vorstellungen von ihren Absichten nicht nur gegen China, sondern auch im Stillen Ozean oder gar in Mexiko und Südamerika ihren tieferen Grund hatte. Entlud sich diese Spannung in einem wirklichen Konflikt, so ergab das für England eine sehr schwierige Lage, die unter allen Umständen die englische Politik stark von Europa abgelenkt hätte. Aber Nordamerika behandelte diese Fragen nicht besonders energisch. Daß die realen Interessen Japans und Nordamerikas in China einander unversöhnlich gegenüberstanden, darüber war man sich beiderseitig klar. Aber die Spannung kam nicht zur Entladung, weil Nordamerika in dieser Zeit seine Interessen in größerer Nähe, in Mittel- und Südamerika, lebhafter verfolgte.

Am 10. Oktober 1913 war die letzte Schranke gesprengt worden, die die beiden Ozeane trennte; der Panamakanal war fertig. Ohne Zweifel war das ein großer weltgeschichtlicher Augenblick. Aber an Bedeutung konnte sich der Panamakanal mit dem von Suez nicht messen, und für die Zusammenhänge dieses Buches hat seine Fertigstellung noch keine unmittelbare Wirkung und Bedeutung gezeitigt. Die Stellung Nordamerikas selbst hob sie natürlich ungemein.

Dieses war Mittelamerika stärker zugewandt als irgendeiner anderen weltpolitischen Frage. In Mexiko waren 1910 große Petroleumlager entdeckt worden. Hier stießen Weltinteressen Englands und Nordamerikas zusammen, die durch die große Bedeutung der Ölfeuerung für die Kriegsschiffe besonders aktuell wurden, und aus mancherlei Anzeichen ging hervor, daß Japan seinen Blick auch dahin richtete. Nun war Mexiko seit dem Sturze des Präsidenten Diaz im Jahre 1911 aus der Revolution und inneren Unruhe nicht herausgekommen, und Präsident Wilson schien im Frühjahr 1914 diese Lage benutzen zu wollen zu einem Eingriff, der bei dem bestehenden Machtverhältnis, wenn er mit Energie von Amerika unternommen würde, zu dessen Vorherrschaft in Mexiko hätte führen müssen. Aber der Vorstoß wurde ohne Kraft geführt. Im Sommer trat Präsident Wilson den Rückzug an — seine mexikanische Politik stand allzusehr im Widerspruch mit den Ideen, die sein Staatssekretär Bryan immer predigte, und drohend stand Japan im Hintergrund.

So brachte die mittelamerikanische Politik der Union keine Erfolge und keine Stärkung ihres Prestiges. Und wenn Wilson in bezug auf den ganzen Süden Amerikas am 26. Oktober 1913 die Monroelehre noch über ihre letzte Form hinaus hatte steigern wollen mit dem Grundsatz, daß europäische Staaten im Süden keine Konzessionen mehr erwerben dürften und daß der Norden den südlichen Staaten helfen werde, sich von den europäischen Konzessionen zu befreien, so blieb dieser überhebliche Anspruch ohne jede Wirkung in Südamerika und in Europa. Die ausgreifende und anspruchsvolle, aber niemals wirklich starke Politik der Vereinigten Staaten konnte weder bei den immer selbständiger werdenden Staaten im Süden noch in Europa Vertrauen oder Furcht erwecken. Ein wirksamer oder gar entscheidender Faktor in den europäischen Gegensätzen und Bündnisbeziehungen konnte und wollte sie auch nicht sein.

Im fernen Osten und Stillen Ozean waren Nordamerika und Japan typisch imperialistische Staaten, die ihre expansiven Kräfte mit merkantilistischen Mitteln und durch militärische Rüstungen auf alle

Weise steigerten. Man glaubte in Europa vielfach, daß zwischen ihnen beiden ein baldiger Zusammenstoß unvermeidlich sei, der für das mit Japan durch ein Bündnis und mit Nordamerika durch Rassengemeinschaft verbundene England sehr gefährlich geworden wäre, und sicherlich auch das in Asien wieder lüsterner werdende Rußland hineingezogen hätte. Dazu aber ist es bis zum Weltkriege nicht gekommen. So blieb die Verbindung dieser Probleme mit Europa durch das englisch-japanische Bündnis an sich verhältnismäßig lose. Auch die Schiedsgerichtsverträge, die Präsident Taft im Frühjahr 1914 mit 21 Staaten abschließen konnte, zogen die Bande nicht viel enger. Deutschland und Japan waren unter den Staaten, mit denen Schiedsgerichtsverträge zustande kamen, nicht.

Deutschland war nicht nur durch seine allgemeinen wirtschaftlichen Interessen im fernen Osten beteiligt, sondern auch durch seine Stellung in Kiautschou ungemein exponiert. Heute erkennt man, in welche Gefahr sich der deutsche Imperialismus mit dieser Festsetzung im fernen Osten begeben hatte, die nur zu halten war bei ganz sicheren deutsch-japanischen Beziehungen. Aber auch solche hätten nur Tragkraft gehabt, wenn gute deutsch-russische Beziehungen vorhanden gewesen wären, und weil diese immer gespannter wurden, konnten auch Versuche, Deutschland und Japan einander näherzubringen, nicht zum Ziel führen. Das ergab für Deutschland die große Gefahr, daß im Falle eines deutsch-englischen Konfliktes Japan sein Bündnis mit England benutzen würde, um auf die Seite der Gegner zu treten und sich Kiautschous zu bemächtigen. Die Ostasienpolitik Deutschlands ist ein besonders schlagendes Beispiel für die Verzettelung der deutschen Interessen über die Welt hin und für die unsichere Grundlage, auf der das deutsche Weltmachtstreben aufstieg.

Reibungsflächen zwischen Deutschland und Nordamerika existierten nicht, jedenfalls längst nicht in dem Maße, wie zwischen England und Nordamerika. Aber je näher England den Konflikt mit Deutschland kommen sah, um so stärker wurde sein Streben, keinesfalls in einen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten zu geraten, ja in Rechts- und

Interessenfragen vor ihnen zu kapitulieren, obwohl der englischen See- und Handelsherrschaft von der Entwicklung Nordamerikas größere Gefahren drohen konnten als von der Deutschlands. Die alte Rassen-, Sprach- und Kulturgemeinschaft erleichterte zudem eine Bearbeitung der amerikanischen Öffentlichkeit zugunsten Englands und zuungunsten Deutschlands.

Eine Notwendigkeit, gegen Deutschland für England zu optieren, war für die Vereinigten Staaten nicht vorhanden, wenn auch manchmal Spannungen entstanden waren. Aber die deutsche Gegenarbeit gegen die englische Propaganda ist ohne Erfolg geblieben. Die Union war England noch nicht weltpolitisch verbunden, aber sie wurde zur Stellungnahme an Englands Seite getrieben durch gefühlsmäßige Abneigung gegen Deutschland, durch wirtschaftliche Interessen, die man durch Deutschland bedroht glaubte, durch die Empfindung, daß die englische Flotte auch Amerika schütze, und durch die erfolgreiche englische Propaganda. Deutschland konnte ja auch den Vereinigten Staaten weltpolitisch nichts bieten! Wenn an den europäischen Gegensätzen der große imperialistische Krieg losbrach, so war für den Dreibund eine Unterstützung von den Vereinigten Staaten nicht zu erwarten und von Japan eher ein Eingreifen gegen Deutschland zu befürchten.

*

Innenpolitisches aus den Hauptländern in der Wirkung nach außen

England wurde im letzten Jahre vor dem Kriege durch die irische Krisis schwer erschüttert. Am 25. Mai 1914 wurde zum drittenmal das Homerulegesetz in dritter Lesung im Unterhause angenommen; damit konnte über den Widerstand des Oberhauses hinweggegangen werden. Aber sowenig wie früher und seitdem ist das eine Lösung geworden. Schon im November 1913 hatten die Unionisten in Irland Freiwillige organisiert. Die Opposition von Ulster gegen die Vorlage, wie

gegen den Vermittlungsvorschlag von Asquith vom 9. März 1914 hatte immer schroffere Formen angenommen, wurde immer mehr zur offenen Rebellion. England stand ohne Zweifel im Sommer 1914 vor der Gefahr blutiger Konflikte zwischen Unionisten und irischen Nationalisten, vor dem Bürgerkrieg. Im Sturm des Kriegsausbruchs ging auch diese Krisis unter. Wenn es auch nicht die Absicht war, sie durch Ablenkung nach außen loszuwerden, tatsächlich hat der Ausbruch des Weltkrieges England vor dem Bürgerkrieg bewahrt.

Von einer Hemmung der Flottenrüstungen war keine Rede mehr. Der Flottenetat für 1914 war der größte, der je dem Parlament unterbreitet worden ist, und in seiner Rede vom 17. März 1914 sprach es der Marineminister Churchill so deutlich wie möglich aus, daß England an seiner Flottenpolitik festhalte: die Stärke der britischen Flotte sei der einzige große Ausgleichsfaktor, den England zur eigenen Sicherheit und für den Weltfrieden stellen könne. Wo war der Gedanke des Flottenfeierjahres hin? Was besagten Friedlichkeitsbeteuerungen gegen diese gewaltigen Seerüstungen? England wollte die erste Seemacht bleiben, und es rüstete sich, weil es die Auseinandersetzung mit Deutschland erwartete.

Was diese Flottenpolitik in England war, ist die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich gewesen, die Poincaré, damals Ministerpräsident, bei seinem Besuche in Petersburg im August 1912 zugesagt hatte. Die dreijährige Dienstzeit und eine neue französische Anleihe an Rußland zur Verbesserung des strategischen Aufmarsches in Westrußland stehen im engsten Zusammenhang mit einer französischen Außenpolitik, deren eigentlicher Exponent eben Poincaré, seit 17. Januar 1913 Präsident der Republik, war. Der Parteihader in Frankreich war stark, aber er hinderte diese Politik, die den Weltfrieden ungemein gefährdete und bedrohte, in keiner Weise. Man glaubte auch, des militärischen Erfolges sicher sein zu können, auf Grund der eigenen Rüstungen, der Abmachungen mit England und Rußland und der Geringschätzung der deutschen Armee. Die wenigen Stimmen, die warnten, verhallten; die stärkste, die von Jaurès, wurde am Abend vor der Mobilmachung durch

Meuchelmord zum Schweigen gebracht. Als der Krieg ausbrach, trat die „Union Sacrée“ sofort zutage: in das Ministerium der nationalen Verteidigung, das am 26. August gebildet wurde, traten zwei Sozialisten ein.

In Rußland stieg, je mehr man die Revolution überwand, je weniger die leitenden Kreise die Unzufriedenheit und Gärung im Volke glaubten fürchten zu müssen, und je günstiger die Finanzlage durch gute Ernten wurde, das Selbstbewußtsein und der Wille zu aktiver Politik. Dieser hatte sich seit 1908 zielbewußt wieder dem nahen Orient zugewandt, und er suchte durch ungeheure militärische Rüstungen Rußland in einem Kriege, den man immer mehr erwartete und — wünschte, den Sieg zu sichern. Einen Sieg, der zunächst gegen die Türkei und Österreich-Ungarn, aber auch gegen Deutschland, das mit beiden verbunden war, erfochten werden mußte. Die Beziehungen zu Deutschland waren nicht nur durch Armenien und die Militärmission und indirekt durch die panslawistische Hetze gegen Österreich verschärft worden, sondern wurden auch noch absichtlich durch die Art gespannt, wie man in Rußland die Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages politisch-publizistisch gegen seinen besten wirtschaftlichen Kunden ausnutzte. Die Zeitungen nahmen überhaupt kein Blatt mehr vor den Mund. Am 13. März 1914 schrieben die „Birschewyja Wjedomosti“: „In vollem Einverständnis mit dem obersten Kriegsherrn wünscht Rußland den Frieden. Es ist aber fertig.“ Und am 12. Juni stand in demselben Blatt: „Frankreich und Rußland wollen den Krieg nicht, aber Rußland ist bereit und hofft, daß Frankreich es gleichfalls sein wird.“ In bezug auf die Kriegsbereitschaft, die allerdings bei Ausbruch des Weltkrieges so groß gewesen ist, wie niemals vorher in der russischen Geschichte, waren diese Artikel, in denen der russische Kriegsminister Suchomlinow Frankreich ein Signal gab, zu ruhmredig gewesen. Denn der Termin, zu dem das ganze Rüstungsprogramm fertig sein sollte und auf den sich die Kriegstreiber in Rußland wie in Frankreich eigentlich eingerichtet hatten, war erst das Jahr 1917. Von deutscher Seite sei erwähnt als Symptom der Beunruhigung und immer ge-

fährlicher werdenden Spannung der Artikel der „Kölnischen Zeitung“ vom 2. März 1914. An sich brachten diese Mitteilungen über gewaltige russische Rüstungen nichts Neues, aber wenn darin schon von der „Legende“ der deutsch-russischen Freundschaft gesprochen wurde, so war auch auf der deutschen Seite zu erkennen, wie weit sich die Beziehungen der beiden Länder von der Linie Bismarcks entfernt hatten.

Auch in Rußland war die staatliche Organisation stark genug, alle Symptome der Unzufriedenheit und Gärung bei Ausbruch des Krieges zu unterdrücken. Auch hier haben kritische Zustände im Inneren den Eintritt des Staates in den Krieg nicht gestört.

Die Frage ist gestellt worden, ob die inneren Krisen in den Staaten des Dreiverbandes auch auf den Kriegsentschluß eingewirkt haben. Schwerlich hat es indes unter Herrschern und Staatsmännern des Dreiverbandes, mit Ausnahme vielleicht des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, einen gegeben, der imstande gewesen wäre, einen Weltkrieg zu entfesseln, um aus inneren Schwierigkeiten herauszukommen. Damit soll nicht eine besondere Gewissenhaftigkeit an diesen Männern hervorgehoben werden, sondern sie sind dafür doch alle zu sehr Durchschnitt gewesen, um die Größe eines solchen verbrecherischen Entschlusses aufzubringen. Auch sind von deutscher Seite, wie der Krieg gezeigt hat, die inneren Gegensätze in den einzelnen Ländern der Entente überschätzt worden: die französischen Parteikämpfe, die russische revolutionäre Gärung, die irische Krisis, die vielleicht am ernstesten war, aber von der auch nicht anzunehmen ist, daß sie bei Grey und den anderen englischen Ministern entscheidend zum Kriegsentschluß mitgesprochen habe.

Entscheidend bei allen aber sprach die Unterschätzung der Gegner mit. Österreichs Prestige war in unaufhaltsamem Sinken. Landesverratsprozesse zeigten, wie unterwühlt es war und wie der Irredentismus in ihm von außen unterstützt wurde. Immer dreister erhoben die dreibundfeindlichen Elemente, Tschechen, Serben, Polen, im Donaustaat ihr Haupt. Immer mehr verbreitete sich die Überzeugung, daß dieser Staat, der zudem seine militärischen Rüstungen in sehr engem Rahmen hielt, einen ernsten Stoß nicht aushalten würde.

Diese Erwartung ist auf der Seite der Feinde sogar auch Deutschland gegenüber gehegt worden. Die Schärfe seiner Parteikämpfe, an sich wirklich nicht welterschütternde Konflikte wie die Zabern-Krise, die nervöse Spannung und offenkundig unbehagliche Stimmung, die über Deutschland lag, alles das bestärkte im feindlichen Ausland den Glauben, daß Deutschland nicht so stark sei, wie es zu sein schien. Im Ernst wußte man natürlich auch auf der anderen Seite, obwohl im Weltkrieg und danach fanatisch und ohne Unterlaß das Gegenteil in die Welt geschrieen worden ist, daß Deutschland in keiner Weise planmäßig auf einen Krieg rüstete. Man wußte doch, daß Deutschland längst nicht alles unter die Fahnen stellte, was dienstfähig war. Der Ausbruch des Krieges zeigte zudem später, daß sich Deutschland wirtschaftlich auf einen Krieg nicht vorbereitet hatte, und die Operationen der ersten Monate im Osten ließen auch erkennen, daß zwischen Deutschland und seinem nächsten Bundesgenossen, Österreich-Ungarn, eine ins einzelne durchgeführte Militärkonvention gar nicht bestand, daß Abreden über einen gemeinsamen Feldzugsplan überhaupt nicht existierten.

*

Bündnisbeziehungen in Europa im letzten Jahre vor dem Weltkriege und bei seinem Ausbruch

1. Der Dreibund war am 5. Dezember 1912 zum fünften Male geschlossen worden, eineinhalb Jahre im voraus erneuert; er lief, wenn seine Kündigung nicht 1919 erfolgte, bis 1926. An ihm hingen die Bündnisverträge mit Rumänien.

In diesem überkommenen Bündnissystem war das deutsche Bündnis mit Österreich-Ungarn eine Gemeinschaft auf Leben und Tod geworden, das Bündnis, das auch bestehen blieb, als drei Jahre nach seinem Abschluß der Dreibund geschlossen wurde, und das seit 1902 förmlich nicht erneuert zu werden brauchte, sondern von selber weiterlief. Vom deut-

schen Volke im Reich und von den Deutschen und Ungarn im Donaustaat wurde es als selbstverständliche Grundlage aller außenpolitischen Beziehungen, noch mehr: eben als ein Bündnis auf Leben und Tod aufgefaßt. Unverändert trug es den ihm von seinen Schöpfern aufgedrückten Charakter eines reinen Verteidigungsbündnisses, ohne jeden Offensivgedanken, schon deshalb, weil ein deutscher Angriffskrieg überhaupt keine Ziele haben konnte und weil einem so durchaus auf die Defensive gestellten Staatswesen wie Österreich-Ungarn verständigerweise Angriffsideen gar nicht zugetraut werden konnten. In dieser Auffassung vom Bündnis hatte man auf reichsdeutscher Seite bewußt die Augen davor geschlossen, daß mit der fortschreitenden Zersetzung der Donaumonarchie und ihrem überhandnehmenden Nationalitätenhader der Bundesgenosse immer schwächer wurde und daß er namentlich in militärischer Beziehung mit den deutschen Anstrengungen nicht Schritt hielt.

Am 2. August 1913 hatte Italien zu seinem Dreibundsvertrag eine Marinekonvention geschlossen, die am 1. November 1913 in Kraft trat. Die Intimität Italiens mit den Genossen war also, wenigstens wenn man die Verträge ansah, politisch und militärisch so groß, wie kaum jemals. Der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber wurde auch die Überzeugung immer gefördert, daß Italien als wirklich ernsthafter Bundesgenosse, auf den man sich verlassen könne, zu werten sei. Trotz der Warnungen deutscher Kenner, die die wachsende Unsicherheit dieses Bundesverhältnisses erkannt hatten, und trotz mancher Zwischenfälle war man sich in der deutschen öffentlichen Meinung gar nicht darüber klar, daß sich das Verhältnis zu Italien längst aufs stärkste verschoben hatte, seit es der französischen Politik gelungen war, Italiens Feindschaft zu überwinden, und daß, sobald dies gelungen war, der nie ausgeglichene Gegensatz zwischen Italien und Österreich-Ungarn um so stärker und gefährlicher werden mußte. Noch mehr: Italien hatte 1911 Krieg mit der Türkei begonnen, die wenigstens der Sachlage nach als Bundesgenosse der anderen drei Bundesgenossen gelten mußte. Entscheidend aber war dies: in Deutschland machte man sich nicht klar, daß Italien die Pflichten des Dreibundes niemals gegen England er-

füllen konnte und würde. Diesen Vorbehalt hat Italien bei Abschluß des Vertrages zu Protokoll gegeben und später auch erneuert; man konnte in Berlin und in Wien nicht daran zweifeln, daß Italien die Bündnispflicht gegen England nicht erfüllen würde. Dann verlor aber, je schärfer der deutsch-englische Gegensatz wurde, um so mehr der Dreibund nach dieser Seite überhaupt seine Grundlage, die Voraussetzung seiner Anlage. An deren Stelle ist nichts anderes getreten. Und während der italienisch-französische Gegensatz, aus dem heraus Italien sich überhaupt der Bismarckschen Politik angeschlossen hatte, geschwunden war und im deutsch-englischen Gegensatz für Italien eine gefährliche und wachsende Verlockung zur Treulosigkeit gegen den Bundesgenossen bei Ausbruch eines Krieges lag, glaubte Deutschlands öffentliche Meinung immer noch, daß Italien politisch wie militärisch als wirklicher Bundesgenosse zu zählen sei. Wäre dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg auch nur vorübergehend eine Verständigung mit England gelungen, so hätte er allerdings damit zu einem Teil auch die Grundlage des Dreibundes wiederhergestellt!

Noch ungünstiger lag das Verhältnis zu Rumänien. Die Verträge mit ihm sind der deutschen wie der rumänischen Bevölkerung unbekannt geblieben. Sie konnten also auch auf beiden Seiten nicht populär werden, nicht Wurzel schlagen, selbst wenn dafür auf rumänischer Seite der Boden günstiger gewesen wäre als er tatsächlich war. Neigte in Rumänien doch schon stimmungsgemäß alles nach Frankreich! Gegen Österreich-Ungarn wurde direkte Feindschaft um so stärker, je entschiedener man sich in Rumänien auf Siebenbürgen richtete und je schroffer die magyarische Politik gegen die Rumänen in Ungarn auftrat. Ferner war die Gefahr der wachsenden russischen Rüstungen für Rumänien, wenn es Dreibundgenosse blieb, nicht gering: es war dann dem Einstoß russischer Heeressäulen von Bessarabien her ausgesetzt. Dazu kam, daß Rußland Rumänien nicht mehr bedrohte, im Gegenteil um seine Freundschaft geradezu warb. Auch hier waren die Voraussetzungen des Bündnisses verloren gegangen: der Schutz gegen Rußland war hier (wie bei Italien die Verteidigung gegen Frankreich) nicht mehr nötig. Das Bündnis

stand eigentlich nur auf den Augen König Karols. Graf Ottokar Czernin urteilte 1913, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, daß das Bündnis mit Rumänien unter den obwaltenden Umständen nichts anderes sei, als ein inhaltsloser Fetzen Papier.

2. Das Gefühl, daß die überkommene Bündnissicherung ausgehöhlt werde und daß Deutschland in den weiter gewordenen Verhältnissen der Weltpolitik gefährlich isoliert, um nicht einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, dastehen könne, ist selbstverständlich bei der Leitung der deutschen Außenpolitik auch im letzten Friedensjahr vorhanden gewesen, während der Öffentlichkeit die darin liegende Gefahr niemals ganz klar geworden ist. Das Potsdamer Abkommen war ein Versuch gewesen, Rußland gegenüber aus dieser Isolierung herauszukommen. Länger und zielbewußter wurde der gleiche Versuch England gegenüber betrieben. Es war die politische Überzeugung des Kanzlers von Bethmann Hollweg, daß eine deutsch-englische Verständigung nötig und daß sie möglich sei. Auf der englischen Seite schien die Haltung Greys darauf hinzudeuten, daß das kein absoluter Irrtum sei, besonders, daß man in England bereit sein würde, dem berechtigten deutschen Machtstreben Zugeständnisse in Zentralafrika zu machen, wenn sich zwischen Deutschland und England eine Verständigung über Kleinasien herbeiführen ließe, die freilich ohne große Nachgiebigkeit Deutschlands nicht denkbar war. Im Herbst 1913 hörte man, daß darüber verhandelt werde und daß dabei auch an die afrikanischen Kolonien Portugals gedacht würde. Am 15. Juni 1914 kamen tatsächlich diese langwierigen Verhandlungen in London, die zwischen Grey und dem deutschen Botschafter in London, dem Fürsten Lichnowsky, geführt worden waren, zu einem Abschluß. Sie hatten sich um jene Idee gedreht und eine Verständigung durch die Verbindung der kleinasiatischen und der zentralafrikanischen Fragen herbeizuführen gesucht. Die Mitteilung besagte nur, daß das Abkommen unterzeichnet sei, aber noch nicht bekanntgegeben werden könne, weil die Zustimmung der Türkei zu einigen Artikeln noch vorher eingeholt werden müsse. Aber diese Arbeit schien Früchte für eine deutsch-englische Entspannung zu verheißen, wenn

man sich wirklich über die beiden wichtigsten Gebiete des Wettbewerbes verständigte. In Deutschland glaubte man wenigstens teilweise der Friedensliebe Greys, und Stimmen in Deutschland wurden sogar laut, die von der Möglichkeit und Notwendigkeit einer deutsch-englischen Allianz sprachen.

Dieser Gedanke jedoch begegnete auf beiden Seiten allgemeiner und entschiedener Ablehnung. Die Männer, die an dieser Verständigung arbeiteten, sind auf beiden Seiten vereinzelt gewesen, hatten auf beiden Seiten weder die Stimmung noch das politische Urteil hinter sich. Kannte man doch in Deutschland die Abmachungen zwischen Grey und Cambon vom 22./23. November 1912! War doch in Deutschland der englische Widerspruch gegen die deutsche Militärmission in Konstantinopel nicht vergessen! Auch die Regierung in Deutschland wußte das natürlich. Aber sie hoffte, durch Verständigungspolitik und auch Zugeständnisse die Neutralität Englands in einem Kriege sicherstellen zu können. Unzweifelhaft war das ein großer und verhängnisvoller Irrtum! Eine Rede wie die Churchills, die wir erwähnten, konnte gar nicht deutlicher die Gegensätze bezeichnen, wie sie nun einmal waren, konnte nicht deutlicher sagen, daß die führenden Kreise Englands geradezu von der Notwendigkeit eines deutsch-englischen Krieges überzeugt waren. Der wirtschaftliche Wettbewerb Deutschlands und der deutsche Flottenbau blieben zwei unabänderliche Tatsachen, waren zwei Steine, die kein Abkommen über Bagdadbahn und Zentralafrika aus dem Wege räumen konnte. Gerade weil es sich darüber klar war, hatte sich England in ein Netz von Verabredungen und Intrigen gegen Deutschland eingelassen, was nur einen Sinn hatte, wenn man, ohne vielleicht den Krieg direkt zu wollen, doch davon überzeugt war, daß er unausbleiblich kommen würde. Wenn die englische Politik, die den Junivertrag mit dem Fürsten Lichnowsky abschloß, ehrlich den Weltfrieden wollte, so mußte sie sich aus diesem System von Abmachungen mit Frankreich und Rußland herauswinden. Wollte England wirklich das europäische Gleichgewicht erhalten, so mußte es diese Intimität mit den Bundesgenossen aufgeben. Kjellén braucht das gute Bild für die

englische Politik mit Deutschland, daß man nicht das Feuer mit der einen Hand dadurch lösche, wenn man mit der anderen Hand Öl hineingösse. Das aber hat England getan!

3. Wie die deutsch-russischen Beziehungen sich gelockert hatten, wurde gesagt. Man wendete sich in Deutschland nach dem Tode des Staatssekretärs von Kiderlen-Wächter auch bewußt von Rußland ab. Wenn der Reichskanzler von Bethmann Hollweg dann am 7. April 1913 sogar vom Gegensatz zwischen Germanentum und Slaventum sprach, so war das für England ein Programm, wie Deutschland seine Stellung zu Rußland ansah, und war das doppelt unklug, weil der deutsche Staatsmann ganz vergaß, daß er mit Millionen Slaven, die österreichische Untertanen waren, verbündet war. Seit 1890 waren Deutschland und Rußland auseinandergegangen, dafür waren Rußland und Frankreich zu intimsten Verbündeten geworden, und dafür hatte sich England in den Riß zwischen Deutschland und Rußland hineingeschoben.

4. Das französisch-russische Bündnis war eine ausgesprochene Militärkonvention gegen Deutschland, mit der sich Frankreich gegen Deutschland sichern wollte und mit der Rußland Frankreich in seine Orientpolitik hineinziehen wollte. In dieser Ideenverbindung, die durch Frankreichs Riesenanleihen an Rußland gefestigt wurde, sind Frankreich und Rußland ihren Bund auf Leben und Tod eingegangen, der am 17. Juli 1912 noch durch eine Marinekonvention ergänzt wurde. Der Marineminister Frankreichs, der sie schloß, war Delcassé, und unterschrieben wurde sie bei dem ersten Besuch des damaligen Ministerpräsidenten Poincaré in Rußland.

5. Aus seiner „glänzenden Isolierung" ist England herausgetreten durch sein Bündnis mit Japan von 1902 und vor allem in der entente cordiale mit Frankreich vom 8. April 1904. Am 22. und 23. November 1912 haben dann der englische Außenminister Sir Edward Grey und der französische Botschafter in London, Paul Cambon, zwei Briefe gewechselt, die die Entente zum Bündnis, d. h. zur Militär- und Marinekonvention gemacht haben. Der zielbewußten Politik Cambons war

damit ein großer Erfolg gelungen. Denn mit Recht konnte er sich sagen, daß diese der Form nach privaten Briefe zwischen den beiden Staatsmännern tatsächliche Bindungen, Konventionen der Regierungen miteinander darstellten. Darin verabredeten sich die beiden Staaten über das, was im Falle eines Krieges militärisch und maritim zu geschehen habe. Was der englische Staatsmann darin zugestand, war — daran ist gar kein Zweifel — eine militärische Verabredung, wie sie von Frankreich 1892 mit Rußland zustande gebracht worden war. Seitdem bestand zwischen Frankreich und England ein Vertrag, der kein Vertrag sein sollte, eine Verpflichtung, die eine war und nach außen keine sein sollte, eine Regelung, die England und Frankreich im Falle eines Krieges mit Deutschland bereits in ein geordnetes Verhältnis der Kriegsanlage setzte, das bei Kriegsausbruch ja auch eingehalten worden ist. Damit war etwas Neues in die bestehenden Bündnisbeziehungen gekommen, und eine neue gewaltige Gefahr für den Weltfrieden zog herauf, weil auf der Hand lag, wie diese Verabredung den Kriegseifer in Frankreich und in Rußland stärken mußte. Zur Kenntnis der deutschen Regierung ist die Abmachung zwischen England und Frankreich im März 1913 gekommen.

6. Wie Cambon auf französischer Seite, so bemühte sich von russischer Seite Iswolskij, der russische Botschafter in Paris, die Entente mit England, die seit dem Abkommen über Persien von 1907 bestand, zum Bündnis zu machen. Am 2. April 1914 schrieb Sasonow an Iswolskij, daß ihm „eine weitere Festigung und Ausgestaltung der sogenannten Tripelentente und wenn möglich ihre Umwandlung in einen neuen Dreibund als eine Aufgabe der Gegenwart erscheine“. Es bestand bereits eine Art ständiger „Bundesrat“ dieser Entente, in dem Grey mit dem französischen und russischen Botschafter in London zusammen die gemeinsamen Fragen erörterte — das hat Sasonow im Mai 1914 öffentlich erklärt. Aber weiter wollte sich Grey formell nicht binden. Vom 21. bis 24. April war das englische Königspaar in Paris, Sir Edward Grey begleitete es, und da hat Iswolskij seinen Wunsch durchgesetzt, soweit er überhaupt durchzusetzen war. Dort wurde am 21. April

eine Marinekonvention zwischen England und Rußland zugesagt, für die dann am 26. Mai zwischen englischen und russischen Seeoffizieren der Entwurf in Petersburg entscheidend festgestellt wurde. Der endgültige Abschluß war für den August 1914 in Petersburg vorgesehen. Diese Konvention entsprach ziemlich genau der französisch-russischen Marinekonvention. Sie war, wie diese, durchaus offensiv gedacht, der Angriffsgedanke dieser Abmachungen gegen Deutschland und seine Genossen ging daraus hervor, daß die Verhandlungen gemeinsame Aktionen in der Nordsee, im Schwarzen Meer, in den Meerengen und im Mittelmeer in Aussicht nahmen und daß Rußland darin „die Bindung eines möglichst großen Teils der deutschen Flotte in der Nordsee" von der englischen Flotte verlangte, damit eine russische Landung in Pommern stattfinden könnte, deren Transporte durch englische Handelsdampfer zu erleichtern seien, die nach den russischen Ostseehäfen zu ziehen waren. Unzweifelhaft hatte sich England mit dieser Abmachung außerordentlich stark gebunden, unzweifelhaft dadurch die militärische Schlagkraft und den Kriegswillen Rußlands sehr gestärkt, unzweifelhaft also auch die allgemeine Spannung gesteigert.

Im Mai 1914 hat die deutsche Regierung auch von diesen englisch-russischen Verhandlungen gehört. In seinem Kreuz-Zeitungs-Artikel vom 27. Mai 1914 stellte Theodor Schiemann die Fragen: „Ist es wahr, daß zwischen England und Frankreich eine von den beiderseitigen Generalstäben vereinbarte Marinekonvention besteht? Ist es zweitens wahr, daß eine ebensolche oder ähnliche Marinekonvention zwischen England und Rußland vereinbart ist, und endlich, ist es wahr, daß diese Konvention nicht nur das Mittelmeer, sondern auch die Ostsee umfaßt?" Der Erwartung an dieser Stelle, daß diese Fragen im Interesse der deutsch-englischen Beziehungen mit einem unzweideutigen Nein beantwortet werden könnten, entsprach Sir Edward Grey dem Wortlaut nach in einer Antwort, die er im englischen Unterhause am 11. Juni 1914 auf eine Anfrage über ein englisch-russisches Marineabkommen gab. Er stellte darin jede derartige Verabredung in Abrede, und er sprach damit sachlich eine Lüge aus. —

So ergibt sich im ganzen dies Bild der Bündnisbeziehungen, daß der Dreibund innerlich ausgehöhlt und in seinen Grundlagen schwer erschüttert war, und daß es dagegen der zielbewußten Tätigkeit Cambons und Iswolskijs gelungen war, England in ein System der Tripelentente auch militärisch so hineinzuziehen, daß die Einkreisung Deutschlands im Kriegsfalle sichergestellt zu sein schien. Die Frage ist dann schließlich nur noch, ob Sir Edward Grey mit dieser Politik, die zum Kriege führen mußte, auch die Absicht, einen solchen herbeizuführen, gehabt hat, oder ob er glaubte, seine Bewegungsfreiheit zu behalten und jederzeit durch Einlenken sich den Konsequenzen dieser Abmachungen entziehen zu können. Unmittelbar den Krieg gewollt haben weder König Edward VII., der Vater der Einkreisungspolitik, noch Sir Edward Grey. Die Vorstellung, die der Einkreisungspolitik zugrunde lag, war vielmehr die, Deutschland politisch eben derartig zu umstellen, daß es gar nicht zum Kriege kommen könnte, daß Deutschland kapitulieren müsse, weil seine Situation hoffnungslos geworden sei. Aber beide Männer, und Grey in erster Linie, standen doch viel zu sehr in der geschichtlichen Überlieferung englischer Machtpolitik, als daß sie sich darüber getäuscht hätten, daß zwischen Deutschland und England ein säkularer Gegensatz bestand, wie er in der Vergangenheit zu großen Kriegen mit Spanien, Holland, Frankreich geführt hatte. Derartige Vorstellungen sind englischen Staatsmännern in Fleisch und Blut übergegangen, und in ihnen, aus ihnen heraus hat Grey gehandelt. Er war wohl selbst der Meinung, die Fäden in der Hand zu behalten, so daß er bestimmen konnte, was seine Abmachungen mit Frankreich und Rußland bedeuten sollten und was nicht. In den letzten entscheidenden Tagen aber hat er dann wohl ganz überlegt gehandelt, so zweideutig seine Äußerungen waren. Er wußte genau, was Frankreich und Rußland, nachdem die Kugel mit dem Attentat ins Rollen gekommen war, wünschen würden, und er war in seinem Innern bereit, diese Wünsche zu erfüllen. Er gab Frankreich und Rußland die Sicherheit, daß England bei ihnen stehen würde, und entfesselte so in Petersburg den zum Krieg treibenden Willen völlig. Durch sein Doppelspiel aber

gelang es ihm, sich nicht in den Fäden zu verstricken, sondern vielmehr die Fäden alle in seine Hand zu bekommen. Die englische Politik, d. h. die Diplomatie Greys, hat so bei Kriegsausbruch die für Deutschland ungünstigste Situation herbeigeführt.

*

Schluß

Am 10. Juli 1914 hat Grey die Beziehungen der Großmächte noch dahin charakterisiert, daß die Großmächte über die Balkankrisis hinweggekommen seien und daß die Beziehungen unter ihnen bedeutend besser seien, als irgend jemand es hätte voraussehen können. Das war nach dem Attentat von Serajewo, das am 28. Juni stattgefunden hatte, und dreizehn Tage vor der österreichischen Note (23. Juli), mit der die letzte Szene vor dem großen imperialistischen Weltringen begann.

Die Sieger haben dem besiegten Deutschland das Bekenntnis aufgezwungen, an der Entfesselung dieses größten aller Kriege in der Geschichte schuld zu sein. Die Formel dafür ist in Artikel 231 des Versailler Friedens gegeben, daß der Krieg den alliierten und assoziierten Regierungen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen worden sei, und ausgeführt in der Mantelnote vom 16. Juni 1919, daß Deutschland planmäßig den Weltkrieg vorbereitet, bewußt und absichtlich zum Ausbruch gebracht habe und daß zu diesem Zweck die Leitung der deutschen Politik sich den Versuchen des Ausgleichs entzogen habe, bis es zu spät war und der Weltkrieg unvermeidlich geworden sei, den die Leitung Deutschlands geplant habe und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig gerüstet und vorbereitet gewesen sei. Unbefangene historische Erkenntnis lehrt, daß diese Behauptungen gegen Deutschland falsch sind, daß vielmehr die Schuld am unmittelbaren Ausbruch des Krieges bei der russischen Generalmobilmachung liegt, und daß der Sieg der über jedes Bedenken hinweggehenden Kriegspartei in Petersburg möglich wurde, weil man in

Petersburg im letzten und entscheidenden Augenblick sicher war, daß England Frankreich militärisch unterstützen werde.

Im weiteren historischen Sinne ist zur Schuldfrage zu sagen, daß das Bismarcksche Bündnissystem, das den Frieden Europas erhalten hatte, zerfallen oder im Zerfallen war. Seit der Aufgabe des Rückversicherungsvertrages war dieses ganze System, wie es uns heute in den veröffentlichten Geheimverträgen überwältigend großartig vor Augen tritt, eines der wesentlichsten Grundsteine beraubt. Italien und Rumänien wurden immer unsicherere Genossen. Das Gleichgewicht schwand vollends, je mehr sich England auf die andere Seite legte. Nicht das russisch-französische Bündnis ist die eigentliche Keimzelle des Weltkrieges, sondern seine Ausdehnung zur entente cordiale, die durch das englisch-japanische Bündnis weltpolitisch gesichert war und deren tragende Idee die Umklammerung Deutschlands war. Dabei war Rußland seit 1904 wieder stärker geworden, während Italien immer leichter in der Schale des Dreibundes wog — hätte England wirklich die „balance of power“ erhalten wollen, so hätte es auf die Seite Deutschlands treten müssen.

Deutschland aber, in seinen Bündnisbeziehungen geschwächt und isoliert, durchkreuzte, während England und Rußland ihre Orientgegensätze ausglichen oder vertagten, die Tendenzen sowohl Rußlands wie Englands im Orient. Mit dieser Orientpolitik geriet es, auf schwache Bundesgenossen, wie Österreich-Ungarn und die Türkei, gestützt, schließlich in die ungünstigste Situation für einen Krieg, die überhaupt denkbar war und die es durch seine beiden Kriegserklärungen sich noch verschlechterte.

In diesem Krieg ist Deutschland unterlegen. Sein Imperialismus war nach seiner inneren Begründung ebenso berechtigt wie der der anderen, der Engländer, Russen, Amerikaner, Japaner, Franzosen. In seinen Zielen indes konnte er bei der Lage Deutschlands bei weitem nicht so klar sein wie jene anderen Programme. Deutschland wollte und mußte an der neuen Verteilung der Welt über See teilnehmen, aber es hatte nach wie vor damit zu rechnen, daß sich in Europa wieder eine Koalition zu-

sammenballte, die es zwang, um seine Stellung in Europa selbst auf Leben und Tod zu kämpfen. Der Imperialismus aller Rivalen hatte einen ausschließenden Charakter. Der deutsche wollte und konnte nur friedlich über die ganze Welt gehen, sich überall betätigen, wo die andern ihm freie Hand und offene Tür ließen, und er stieß so an allen Ecken an. Ostasien, die Südsee, Südamerika, Kleinasien, Nordwestafrika, überhaupt Afrika wechselten als Ziele der deutschen Weltpolitik miteinander ab. Nirgends ergaben sich dabei fest abgegrenzte Gebiete vorwiegend deutschen Einflusses, und so betätigte sich die überquellende wirtschaftliche Kraft Deutschlands auf der ganzen Welt. Überall trat es, und zwar erfolgreich, als Konkurrent auf. Überall wurde es für die älteren Rivalen unangenehm. Nirgends ergab sich eine fest fundierte Stellung, sondern nur eine Zersplitterung der überseeischen Interessen, die Deutschland so gut wie überall auf der Erde festlegte, die im Kriege außerordentlich empfindlich und verlustreich wirkte und die im Grunde einen konzentrierten deutschen Imperialismus ausschloß.

Man kann in ihm auch nur zwei eigentlich positive Hauptgedanken nennen: das ist der Bau der Flotte, mit dem man in einen unversöhnbaren Gegensatz zu England geriet, und das ist das deutsche Orientprogramm, mit dem Deutschland in einen Gegensatz sowohl zu England wie zu Rußland geriet.

Das Streben des deutschen Imperialismus war, es sei wiederholt, ebensogut begründet und ebenso berechtigt wie das der anderen, und die militärische Rüstung dafür war notwendig. Aber es fehlte Deutschland an der Erkenntnis der Lage, die sich gewandelt hatte und doch die alten Gefahren beibehielt. Besser: es fehlte vielleicht nicht an der Erkenntnis, es fehlte ein entschlossener Wille, eine Fähigkeit, in dieser Lage, in der die alten Bündnisbeziehungen ihren Wert immer mehr einbüßten und Deutschland auf unsicherer Grundlage von der Isolierung, der Einkreisung bedroht war, die feste Anlehnung zu finden, mit der man allein durch die Gefahrenzone hindurchkommen konnte. Seit 1890 hat die deutsche Außenpolitik sich darum bemüht, aber ohne Erfolg. Ein kleines Gespräch mit dem Staatssekretär von Jagow, das der Admiral

von Tirpitz am 6. August 1914 hatte, und das dieser in seinen „Erinnerungen" aufzeichnet, kennzeichnet besser als jede langatmige Ausführung die völlig hoffnungslose Lage, in die die deutsche Politik, und zwar auch durch ihre Schuld, geraten war. Tirpitz fragt Jagow: „Konnten Sie nicht Rußland die Durchfahrt durch die Dardanellen und alles mögliche versprechen, um den Krieg zu verhindern?" Jagow erwidert: „Wenn Sie uns ein kleines Flottenagreement mit England gegeben hätten, wäre der Krieg nicht nötig gewesen." —

Man glaubte früher, daß zwischen England und Rußland ein so gewaltiger Gegensatz um Asien bestehe, daß er nur in einem Weltkriege seine Lösung finden könnte. Man glaubte dann, daß ein ähnlicher Gegensatz zwischen Amerika und Japan zu gleichem Austrag führen müsse. Statt dessen ist der Weltkrieg zum Austrag zwischen England und Deutschland geworden. Und die allgemeinen Kräfte, die diesem Gegensatz zugrunde lagen, wurden schließlich stärker als die einzelnen Personen, die Widerstand leisten wollten. So ging das Zeitalter des Imperialismus oder diese Periode in ihm aus in dem Weltkriege an der Auseinandersetzung zwischen England und Deutschland, die sich einreiht in jene Kette säkularer Feindschaften und Kämpfe Englands und die, wie die vorhergehenden alle, mit Englands Siege geendet hat. Und so hat Friedjung ganz recht, wenn er in seiner Einleitung zum zweiten Band sagt, daß der Zusammenstoß des deutschen und des angelsächsischen Machtwillens die Voraussetzung des Weltkrieges sei, die deshalb den Hauptgegenstand seines Werkes bilde.

Damit lenken wir zu dieser Einleitung zurück. Heute soll die Zeit des Imperialismus vorbei sein. Die Gedanken des früheren amerikanischen Präsidenten Wilson oder andere internationale Weltideen sollen die Beziehungen der Staaten und Weltmächte anders regeln und Zusammenstöße der Machtwillen, wie der Weltkrieg einer war, unmöglich machen. Aber diese Weltideen haben keinen wirklichen Einfluß; auch die Frage der Abrüstung hat Bedeutung nur, wenn sie von den Bedürfnissen eines Machtstaates, wie Nordamerika, gestellt wird. Die imperialistischen Probleme und Kämpfe sind nicht

deshalb zu Ende, weil der deutsche Imperialismus zusammengebrochen ist. Durch den Kriegsausgang ist die Weltpolitik, noch bevor sie zu einer vollen Einheit verwachsen war, auseinandergerissen, aber in ihren Teilen und Kreisen arbeitet das alte imperialistisch-weltpolitische Streben weiter. Ein englisches Weltreich, ein französisches Weltreich, ein italienischer Großstaat, eine ungeheuer gestiegene Weltmacht Nordamerika, ein japanischer Weltstaat gehen auf den Bahnen weiter, die dieses Werk die Leser geführt hat. Was das Zeitalter des Imperialismus bisher charakterisierte: die Expansionskraft einer wachsenden Menschenmenge und ihr Verlangen nach Rohstoffgebieten, der Druck auf günstige Zugänge zum Meer, auf Häfen und Küsten und das Streben nach Herrschaft über die, wie man es genannt hat, Hochstraßen des Weltverkehrs, die Zusammenfassung der Glieder eines Volkstums, einer durch Abstammung, Sprache, Kultur gewordenen nationalen Einheit zu einer wachsenden staatlichen Macht, die gewaltige Erhöhung der staatlichen Macht, in der ein geistvoller Betrachter des Imperialismus das sinnfälligste ideelle Moment im Imperialismus sah, alle diese Momente, Kräfte, Tendenzen bleiben auch heute nach dem furchtbaren Gewitterschlag und vor dem gewaltigen Trümmerhaufen, den der Weltkrieg in Europa geschaffen hat, lebendig. Ob und wann sie einmal durch andere Kräfte, Ideen, Formen abgelöst oder grundlegend verändert werden, das wird kein Historiker zu prophezeien wagen.

Deutschland, zu spät gekommen, dann allzu rasch gewachsen, hat die ihm aufgezwungene imperialistische Machtprobe nicht bestanden. Die Hoffnung eines deutschen Historikers, der 1903 die imperialistische Idee in der Gegenwart behandelte, daß sich an die Fahne dieses Imperialismus der Segen auch für unser Volk heften möge, ist nicht erfüllt. Den deutschen Historiker von heute kann über den Jammer der deutschen Gegenwart und die Erniedrigung Deutschlands hinweg nur der Glaube an die unzerstörbare Lebenskraft seines Volkes aufrecht erhalten und die Überzeugung, daß das System der imperialistischen Kräfteverteilung, wie es der Ausgang des Krieges geschaffen hat, auf die Dauer nicht bleiben kann, daß das System der Pariser Friedensschlüsse von 1919/1920

zu einem ganzen Teil nur Episode sein wird. Friedjung hatte recht, wenn er den Entwurf zu seinem Schlußwort so schloß:

„Dieses Pariser Friedenswerk ist gewiß nicht der Abschluß, sondern nur ein Einschnitt, im besten Falle der Höhepunkt des Zeitalters des Imperialismus.“



Personen- und Sachregister



